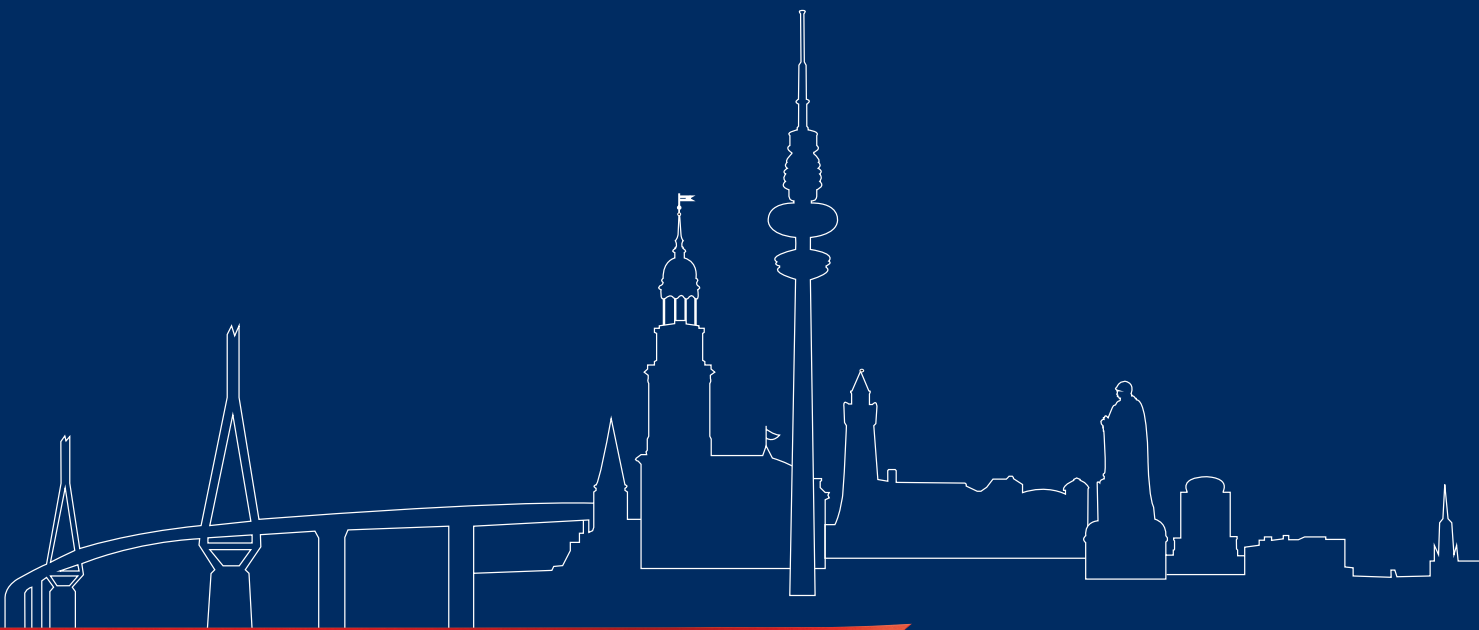


**Geschäftsbericht
der Freien und Hansestadt Hamburg**

2010



Hamburg zieht Bilanz



Hamburg

Eckdaten Konzern Hamburg

+++ Rund 109.000 Beschäftigte: Der Konzern Hamburg ist der größte Arbeitgeber am Wirtschaftsstandort. +++ 65,8 Mrd. Euro Bilanzsumme: Die Bilanzsumme entspricht der eines mittelgroßen deutschen DAX-Unternehmens. +++ 55,3 Mrd. Euro Anlagevermögen: Die Anlagenintensität beträgt 84 Prozent. +++ Wirtschaftliche Betätigung der Stadt: Positive operative Ergebnisse, aber Jahresfehlbetrag auf Konzernebene. +++ »Visionen für die Stadt der Zukunft«: Lebenswerte Stadt, ausreichend Wohnraum für wachsende Bevölkerung, gute Bildung, starke Wirtschaft und steigende Zahl der Erwerbstätigen.

Vorwort des Finanzsenators

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Geschäftsbericht 2010 setzt der Senat die Berichterstattung über die Entwicklung des städtischen Vermögens fort. Die wachsende Komplexität öffentlicher Aufgaben erfordert gute Informations- und Steuerungsinstrumente. Der Geschäftsbericht soll hierzu einen Beitrag leisten. Er stellt die Vielfalt und Breite des Handelns der Stadt dar und erfasst auch Tätigkeiten außerhalb der Kernverwaltung, die auf rechtlich selbstständige Organisationseinheiten oder öffentliche Unternehmen übertragen wurden:

- 300.000 Menschen wohnen in den über 130.000 Wohnungen der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg.
- Die Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft befördert jährlich weit über 400 Millionen Fahrgäste.
- Rund 39.000 Studierende lernen und forschen an der Universität Hamburg.

Im Konzernabschluss werden diese und alle weiteren Einheiten der Stadt Hamburg berücksichtigt. Die Gesamt-schau umfasst somit das gesamte Vermögen, alle Schulden und das tatsächliche Ergebnis der Geschäftstätigkeit. Insgesamt ist der »Konzern« Hamburg mit fast 109.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber der Stadt. Die Bilanzsumme von 65,8 Mrd. Euro entspricht der eines mittelgroßen Unternehmens im Deutschen Aktienindex DAX.

Der Tiefpunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise scheint im Jahr 2010 überwunden. Die Steuererträge sind früher als erwartet wieder angestiegen. Die Ergebnisse des laufenden Verwaltungshandelns bzw. der laufenden Geschäftstätigkeit fallen mit 592 Mio. Euro auf der Ebene der Kernverwaltung und mit 1.031 Mio. Euro auf Ebene des Konzerns wieder positiv aus. Nach Berücksichtigung des Finanzergebnisses, insbesondere der Zinsverpflichtungen der Stadt und ihrer öffentlichen Unternehmen, sowie außerordentlicher Vorgänge und Steuern verbleibt jedoch im Konzernabschluss weiterhin ein Jahresfehlbetrag von 94 Mio. Euro, der ohne die Umstellung der Bilanzierung von Steuererträgen 481 Mio. Euro betragen hätte. Gleiches gilt für den Jahresabschluss der Kernverwaltung, wenn man diesen um bilanzielle Sondereffekte bereinigt. Das Eigenkapital der Stadt ist im Jahr 2010 weiter gesunken.

Im Sinne einer langfristig soliden Finanzpolitik, die auch den Bedürfnissen nachfolgender Generationen gerecht wird, muss der Verbrauch des öffentlichen Vermögens beendet werden. Das heißt in der Sprache der Kaufleute: Der Ressourcenverbrauch darf nicht höher sein als das Ressourcenaufkommen. Auf diesem Weg ist der doppelte Jahres- und Konzernabschluss ein wichtiges Instrument. Er beschreibt die wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen einer Stadt, die allerdings mehr ist als ein klassischer Wirtschaftskonzern: eine starke, moderne und soziale Metropole, in der 1,8 Millionen Menschen gut und sicher leben wollen.

Dank und Anerkennung gebührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt und ihrer öffentlichen Unternehmen, die vielfältige öffentliche Aufgaben bewältigen, nicht zuletzt auch denen, die diesen Geschäftsbericht gestaltet haben.

Ihr

Senator Dr. Peter Tschentscher



Senator Dr. Peter Tschentscher

Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Inhalt

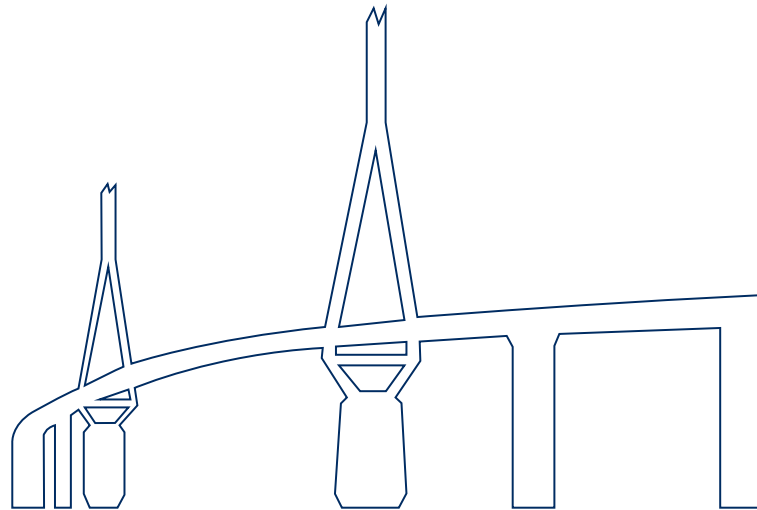
1

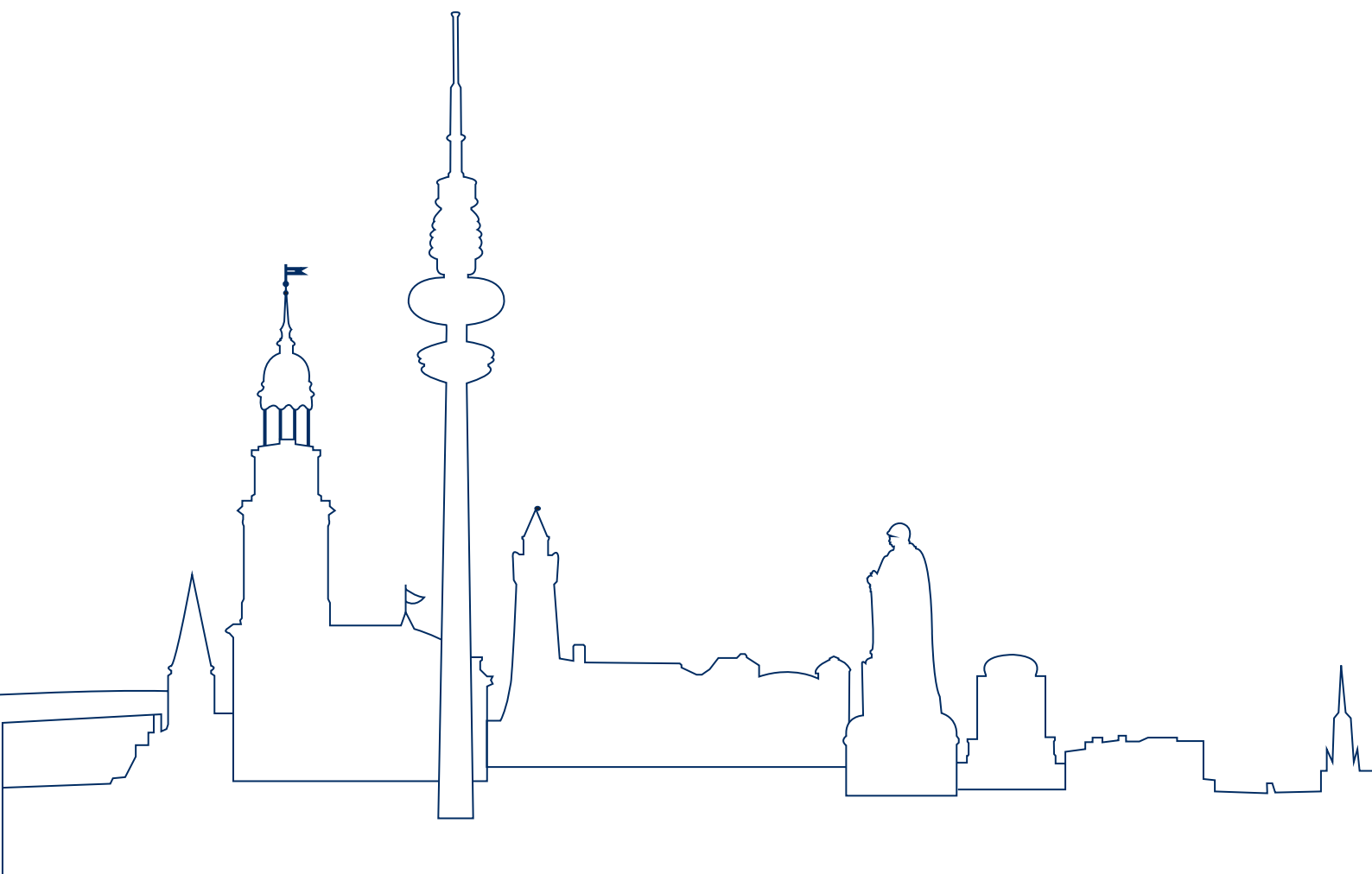
Vorwort des Finanzsenators

4

> Lagebericht und Konzernlagebericht

Vorbemerkung
Finanzpolitische Rahmenbedingungen
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
Geschäftsverlauf und Lage
des Konzerns Hamburg
Nachtragsbericht
Risiko- und Chancenbericht
Prognosebericht





40

> Konzernabschluss

Konzernbilanz
Konzernergebnisrechnung
Konzernanlagenspiegel
Anhang zum Konzernabschluss

90

> Jahresabschluss für die Kernverwaltung

Bilanz
Ergebnisrechnung
Anlagenspiegel
Anhang zum Jahresabschluss

132

> Weitere Informationen

Hinweis zur Erstellung des Jahres-
und Konzernabschlusses
Glossar
Abkürzungsverzeichnis
Impressum

Lagebericht und Konzernlagebericht

201

6 Vorbemerkung**9 Finanzpolitische Rahmenbedingungen****11 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

- 12 Konjunkturelle und weltwirtschaftliche Entwicklung 2010
- 15 Inflation, Zinspolitik
- 15 Staatsverschuldung
- 17 Demografische Entwicklung
- 17 Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt
- 17 Unternehmensneugründungen
- 18 Bildung, Forschung und Entwicklung
- 19 Umwelt und Nachhaltigkeit

20 Geschäftsverlauf und Lage des Konzerns Hamburg

- 20 Wesentliche Ereignisse im Jahr 2010
- 23 Vermögens- und Finanzlage
- 27 Ertragslage

30 Nachtragsbericht**31 Risiko- und Chancenbericht**

- 31 Konjunkturabhängige Risiken
- 32 Strukturelle Risiken
- 33 Demografische Risiken
- 33 Risiken aus Steuerrechtsänderungen
- 33 Sonstige Risiken
- 34 Risikomanagement der Gebietskörperschaft
- 35 Chancen

37 Prognosebericht

- 37 Standards staatlicher Doppik
- 37 Anforderungen der neuen Finanzverfassung
- 38 Ausblick



Vorbemerkung

Mit diesem Geschäftsbericht legt die Freie und Hansestadt Hamburg für das Jahr 2010 den kaufmännischen Jahresabschluss für die Kernverwaltung sowie den Konzernabschluss für die gesamte öffentliche Gebietskörperschaft vor.

Sie bilden eine gute Ergänzung des kameralen Rechenwerks, indem sie auch den nicht zahlungswirksamen Ressourcenverbrauch einer Periode einschließlich Abschreibungen und Rückstellungen abbilden. Der kaufmännische Abschluss enthält damit eine vollständige Vermögensrechnung, in der sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden der Stadt nachgewiesen werden. Da die Stadt dezentrale Strukturen der Aufgabenwahrnehmung geschaffen hat, erfordert ein Überblick über das wirtschaftliche Ergebnis der Gebietskörperschaft als Ganzes die Erstellung eines Konzernabschlusses.

Die kaufmännische Rechnungslegung wird in der Stadt in einem mehrjährigen Prozess eingeführt, der 2015 abgeschlossen sein soll. Die bei der Erstbilanzierung verwendeten Vereinfachungsregeln werden fortlaufend überprüft und an die zukünftig für die Rechnungslegung öffentlicher Gebietskörperschaften gemäß § 7a Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) verbindlichen Standards für die staatliche doppelte Buchführung (Standards staatlicher Doppik) angepasst.

Vor diesem Hintergrund wurden im Jahresabschluss 2010 Teile der Bilanzierung der Steuererträge und der Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gegenüber dem Vorjahr geändert. Darüber hinaus wurde die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV) neu bewertet. Damit ist – wie auch in den vorherigen Berichten – das Ergebnis mit dem des Vorjahres nicht unmittelbar vergleichbar.

Die Neubewertung der HGV geht auf einen Beschluss des Haushaltsausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft zurück. Die Finanzbehörde (FB) hat daher eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt, den Zeitwert der HGV auf den 01.01.2006 und auf den 31.12.2010 auf der Grundlage des Bewertungsstandards IDW S 1 »Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen« des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) gutachterlich zu ermitteln.

Die genannten Bilanzierungsänderungen und Sondereffekte haben erhebliche Auswirkungen auf das Zahlenwerk des Einzel- und des Konzernabschlusses 2010. Daher wird im Folgenden erstmals eine der Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr dienende Ergebnisdarstellung vorgelegt, in der bestimmte Ertrags- und Aufwandspositionen für die Kernverwaltung entsprechend angepasst sind (siehe Tabelle »Ergebnisdarstellung Kernverwaltung 2009 – 2010«).

ERGEBNISDARSTELLUNG KERNVERWALTUNG 2009 – 2010	2009	2010 bereinigt	2010
[in Mio. Euro]			
Steuererträge und steuerähnliche Erträge	7.996	8.227	8.614
Übrige Erträge	3.007	3.056	2.962
Personalaufwendungen ohne Rückstellungen für Altersversorgung	3.413	3.520	3.520
Veränderungen der Rückstellungen für Altersversorgung	873	147	–107
Aufwendungen für Transferleistungen	4.146	4.521	4.521
Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	1.183	1.337	1.337
Übrige Aufwendungen	1.524	1.713	1.713
VERWALTUNGSERGEBNIS	–136	45	592
Zuschreibung auf die HGV	0	0	1.012
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	–212	–134	–134
Übriges Finanzergebnis	–811	–806	–806
FINANZERGEBNIS	–1.023	–940	72
JAHRESERGEBNIS	–1.159	–895	664

Bei der grau unterlegten Spalte »2010 bereinigt« wurden Anpassungen der veröffentlichten Ergebnisrechnung für die Kernverwaltung für dieses Jahr (Spalte »2010«) wie folgt vorgenommen:

Steuererträge werden beginnend mit dem Jahresabschluss 2010 als realisiert betrachtet, sobald der Steuerbescheid bekannt gegeben worden ist; zuvor wurde hierfür auf die Fälligkeit der Steuerzahlung abgestellt. Aus dieser Umstellung ergab sich in 2010 ein Ertrag von 387 Mio. Euro, der einen wesentlichen Teil des Anstiegs der Steuererträge um 618 Mio. Euro auf 8.614 Mio. Euro verursacht. Bereinigt um diesen Effekt liegen die Steuererträge und steuerähnlichen Erträge bei 8.227 Mio. Euro, ein Zuwachs von 231 Mio. Euro gegenüber 2009.

Zuführungen zu und Auflösungen von Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen wurden im Jahresabschluss 2009 brutto berücksichtigt, indem bei Wechsel von Pensionsberechtigten von der Aktiv- in die Passivphase der Beschäftigung die entsprechenden Rückstellungsbeträge ertragswirksam (Sonstige Erträge) aufgelöst und aufwandswirksam (Personalaufwendungen) neu gebildet wurden. Diese Form der Abbildung hat einen erhöhten Ausweis der Übrigen Erträge und zugleich der Zuführungen zu Rückstellungen für Altersversorgung zur Folge, dem kein anderer Einfluss als ein geänderter Beschäftigungsstatus der Pensionsberechtigten zugrunde liegt.

Im Jahresabschluss 2010 wurde entsprechend der handelsrechtlich üblichen Methode dazu übergegangen, die Differenz zwischen Zuführungen und Auflösungen (–107 Mio. Euro in 2010) in Form einer saldierten Buchung bei den Personalaufwendungen zu berücksichtigen. Diese Methodik führt nur zu einer Verschiebung zwischen Personalaufwendungen und Sonstigen Erträgen und bewirkt mithin keine Ergebnisänderung gegenüber der in 2009 angewandten Bruttomethode. Wendete man die im Jahresabschluss 2009 angewandte Methodik der unsalidierten Zuführung auch im Jahresabschluss 2010 an, würde sich ein Bruttozuführungsbetrag von 147 Mio. Euro ergeben.

Der erhebliche Rückgang des Zuführungsbetrages um 726 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus den gutachterlichen Berechnungen. Er beruht im Wesentlichen darauf, dass die im Vorjahr vereinbarten Steigerungen der Bezüge im Beamten- und Tarfbereich aufgrund des bei der Berechnung angewandten modifizierten Teilwertverfahrens (siehe hierzu den Abschnitt 2.2 im Anhang zum Jahresabschluss der Kernverwaltung) im Jahr der erstmaligen Berücksichtigung zu einem erheblichen Zuführungsbetrag führen, mithin einen Einmaleffekt in Bezug auf die Rückstellungshöhe darstellen. Zusätzlich haben zu diesem Rückgang Verschiebungen in der Alters- und Personalstruktur beigetragen.

Die gutachterliche Neubewertung der HGV auf den 01.01.2006 zeigte, dass der in der Eröffnungsbilanz der Stadt ausgewiesene Wert für die HGV um 160 Mio. Euro unter dem methodisch richtig anzuset-

zenden Wert lag. Die Wertanpassung wurde im Sinne des Deutschen Rechnungslegungsstandards 13 (DRS 13) im Ergebnis der laufenden Berichtsperiode berücksichtigt und unter den Übrigen Erträgen abgebildet.

Die Werthaltigkeitsprüfung auf den 31.12.2010 ergab überdies einen Zuschreibungsbedarf gegenüber dem bisherigen Buchwert von 1.012 Mio. Euro, welcher im Ergebnis der laufenden Berichtsperiode in einem gesonderten Posten im Finanzergebnis dargestellt wird.

Da die gutachterlich unterlegte Wertkorrektur des HGV-Beteiligungsansatzes einen einmaligen Effekt darstellt, ist für Zwecke der Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr eine Bereinigung dieses Effekts in der Spalte »2010 bereinigt« vorzunehmen. Es ergibt sich eine Verringerung der Übrigen Erträge um 160 Mio. Euro auf 2.802 Mio. Euro sowie eine Verringerung des Finanzergebnisses um 1.012 Mio. Euro, mithin eine Verschlechterung des Jahresergebnisses um insgesamt 1.172 Mio. Euro.

Es bleibt somit festzuhalten, dass im Sinne einer mit dem Vorjahr vergleichbaren Ergebnisanalyse das Ergebnis der Kernverwaltung im Geschäftsjahr 2010 um die Effekte aus der Umstellung der Bilanzierung zu bereinigen ist und das positive Jahresergebnis in Höhe von 664 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2010 durch bilanzielle Einmaleffekte verursacht ist. Nach Bereinigung dieser Effekte ergibt sich ein Fehlbetrag in Höhe von 895 Mio. Euro. Die Ergebnisverbesserung gegenüber dem noch schlechteren Jahresergebnis 2009 (–1.159 Mio. Euro) beträgt damit nur noch 264 Mio. Euro und ist zudem beeinflusst dadurch, dass für Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen im Jahresabschluss 2010 aufgrund versicherungsmathematischer Effekte im Saldo 479 Mio. Euro weniger Aufwand angefallen ist als im Vorjahr.

Die aus den Veränderungen im Bereich der Steuererträge und steuerähnlichen Erträge sowie der Zuführungen zu bzw. Auflösungen von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen resultierenden Effekte schlagen sich auch auf Ebene des Konzerns nieder. Das bereinigte Ergebnis aus laufender Geschäftstätigkeit liegt mit 644 Mio. Euro um 387 Mio. Euro unter dem für 2010 ausgewiesenen Ergebnis aus laufender Geschäftstätigkeit von 1.031 Mio. Euro. Der Einmaleffekt aus der Neubewertung der HGV wirkt sich hingegen nicht auf Ebene des Konzerns aus, da er als konzerninterner Effekt zu eliminieren ist. Das Finanzergebnis unter Berücksichtigung außerordentlicher Effekte entspricht somit dem ausgewiesenen Finanzergebnis von –1.013 Mio. Euro.

ERGEBNISDARSTELLUNG KONZERN 2009 – 2010	2009	2010 bereinigt	2010
[in Mio. Euro]			
Steuererträge und steuerähnliche Erträge	7.996	8.227	8.614
Übrige Erträge	7.369	8.024	7.770
Personalaufwendungen ohne Rückstellungen für Altersversorgung	5.495	6.004	6.004
Veränderungen der Rückstellungen für Altersversorgung	974	171	–83
Aufwendungen für Transferleistungen	3.154	2.969	2.969
Materialaufwendungen	1.952	1.988	1.988
Übrige Aufwendungen	4.097	4.475	4.475
ERGEBNIS DER LAUFENDEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	–307	644	1.031
Zuschreibung auf die HGV	0	0	0
Übriges Finanzergebnis	–1.303	–1.013	–1.013
FINANZERGEBNIS	–1.303	–1.013	–1.013
AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS EINSCHLIESSLICH STEUERN	–94	–112	–112
JAHRESERGEBNIS	–1.704	–481	–94

Nach Bereinigung um außerordentliche Effekte ergibt sich für den Konzernverbund im Geschäftsjahr 2010 ein Jahresergebnis von – 481 Mio. Euro, das wesentlich durch den Jahresfehlbetrag der Kernverwaltung von 895 Mio. Euro (nach Bereinigung) geprägt ist.

Finanzpolitische Rahmenbedingungen

Im März 2009 hatte die Hamburgische Bürgerschaft den Doppelhaushalt 2009/2010 verabschiedet, der bereits ein Finanzierungsdefizit von 1,6 Mrd. Euro aufwies. Mit der Steuerschätzung vom Mai 2009 wurde erkennbar, dass infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise zusätzlich mit dramatischen Rückgängen der Steuereinnahmen für die Jahre 2009 bis 2013 zu rechnen war.

Im zweiten Halbjahr 2009 kam es daher zu Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft, die vorsahen,

- trotz erwarteter Einnahmeeinbrüche die bisher für 2009 und 2010 geplanten Ausgaben nicht zu kürzen, sich am Konjunkturprogramm des Bundes zu beteiligen sowie hamburgische Ausbildungskapazitäten aufzustocken,
- haushalterische Rücklagen, die für den Haushaltsausgleich in 2009 und 2010 eingeplant worden waren, für den Haushaltsausgleich in den Jahren ab 2011 zu schonen sowie
- eine Nettoneuverschuldung von rund 1,6 Mrd. Euro für 2009 und 1,8 Mrd. Euro für 2010 aufzunehmen.

Im November 2009 verabschiedete der Senat schließlich ein Konsolidierungsprogramm für die Jahre 2010 bis 2014, um die Zinslasten aus den neu aufzunehmenden Schulden sowie den steigenden Zuschussbedarf der HGV auszugleichen.

Tatsächlich erreichten die Steuermindereinnahmen nicht ganz das im Mai 2009 geschätzte Ausmaß. Das Jahr 2009 wurde schließlich mit einem kameralen Finanzierungsdefizit von 917 Mio. Euro abgeschlossen, wovon etwa 894 Mio. Euro durch Nettokreditaufnahme ausgeglichen wurden.

Auch 2010 entwickelten sich die Steuereinnahmen deutlich besser als im fortgeschriebenen Haushaltsplan veranschlagt. Nach Vorliegen der Steuerschätzung vom November 2010 konnten die Ansätze für die der Stadt Hamburg verbleibenden Steuern von rund 7.393 Mio. Euro auf 7.973 Mio. Euro heraufgesetzt werden. Auch dieser Wert wurde von den tatsächlichen Einnahmen in Höhe von 8.093 Mio. Euro noch übertroffen. Zwar wurden im Laufe des Jahres 2010 auch Mehrausgaben in erheblichem Umfang bewilligt, unter anderem für gesetzliche Sozialleistungen, für Mehrbedarfe aus den politischen Vereinbarungen zum »Schulfrieden« und zur Deckung des Zuschussbedarfs des »Hamburgischen Versorgungsfonds« (HVF) AöR, der infolge der HSH Nordbank-Krise in Vorjahren Abschreibungen in Höhe von rund 770 Mio. Euro auf seine HSH Nordbank-Anteile vornehmen musste und dadurch einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag auswies. Dennoch betrug das kamerale Defizit des Jahres 2010 mit 944 Mio. Euro nur rund die Hälfte des ursprünglich erwarteten Wertes. Die Nettokreditaufnahme betrug im Jahr 2010 915 Mio. Euro, die höchste Neuverschuldung Hamburgs seit Jahrzehnten.

Entwicklung der Steuereinnahmen deutlich besser als erwartet

Die Aufstellung des Doppelhaushalts 2011/2012 gestaltete sich ungewöhnlich. Angesichts erheblicher, von den Behörden angemeldeter Mehrbedarfe entschied der Senat – abweichend vom üblichen Ablauf – nicht mehr vor der Sommerpause 2010 über den Haushaltsplanentwurf, sondern erst im September 2010. Aufgrund der Beendigung der Regierungskoalition im November 2010 und der vorzeitigen Neuwahlen im Februar 2011 konnten die parlamentarischen Beratungen dieses Entwurfs jedoch nicht zum Abschluss gebracht werden. Die Bürgerschaft ermächtigte den Senat im Dezember 2010 zur vorläufigen Haushaltsführung für das Jahr 2011. Der Haushaltsplanentwurf 2011/2012 wurde nicht verabschiedet.

Der nach den Wahlen neu gebildete Senat legte neue haushaltspolitische Grundlinien fest. Er bekannte sich ausdrücklich zu dem im Art. 109 Abs. 3 des Grundgesetzes (GG) formulierten grundsätzlichen Verbot weiterer Nettokreditaufnahme ab 2020 – der sogenannten Schuldenbremse – und formulierte das Ziel, das strukturelle Haushaltsdefizit in einem stetigen Prozess schrittweise bis auf null abzubauen. Dabei sollen nicht mehr die wechselnden Prognosen der Steuerschätzungen den wesentlichen Bezugspunkt für die Planung der städtischen Ausgaben darstellen. Als Maßstab wurde vielmehr der in der Vergangenheit beobachtete und nach vernünftigen Maßstäben fortgeschriebene langfristige Trend der Einnahmeentwicklung festgelegt. Um den strukturellen Haushaltsausgleich bis 2020 zu erreichen,

Einhaltung der Schuldenbremse als zentrale Leitlinie der Haushaltspolitik

muss die durchschnittliche Rate des Ausgabenwachses deutlich unter der mittleren Rate des Einnahmewachstums liegen. Ausgehend vom fortgeschriebenen Haushaltsplan 2010 sind die Ausgabenwüchse der kommenden Jahre nach diesem Konzept auf einen Wert von durchschnittlich unter einem Prozent p. a. zu begrenzen. Diese Richtschnur wäre nur dann neu zu justieren, wenn sich bundesweit wirksame Parameter wie das Tempo der Geldentwertung oder Eckdaten des Steuersystems bzw. der Bund-Länder-Finanzbeziehungen erheblich und nachhaltig verändern würden.

Am 03.05.2011 verabschiedete der Senat einen neuen Haushaltsplanentwurf 2011/2012, der im Juni 2011 in die Bürgerschaft eingebracht wurde. Er wurde am 24.11.2011 verabschiedet.

Ausgabensteigerung im Haushaltsplan 2011/2012 unter der Marke von einem Prozent

Die Steuerschätzung vom Mai 2011 führte – angesichts des konjunkturellen Aufschwungs – zu einer Erhöhung der Einnahmeerwartungen für die Jahre 2011 bis 2014 in einer Größenordnung von 600 bis 800 Mio. Euro pro Jahr. Seinen haushaltspolitischen Grundsätzen folgend hat der Senat die erwarteten Mehreinnahmen so in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet, dass das Ausgabevolumen der Fachbehörden dadurch nicht ausgeweitet wird. Vielmehr sollen die Mittel eingesetzt werden, um teure Wohnungsbaudarlehen Hamburgs beim Bund vorzeitig zu tilgen, den »Hamburgischen Versorgungsfonds« (HVF) AöR zu sanieren, die Neuverschuldung des Kernhaushalts zu verringern und bestehende Rücklagen geringer in Anspruch zu nehmen. Auch einschließlich der Mehrausgaben für Kredittilgung und Sanierung des »Hamburgischen Versorgungsfonds« (HVF) AöR bleibt die Ausgabensteigerung gegenüber den jeweiligen Vorjahresplänen in 2011 und 2012 unter der Marke von einem Prozent.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Hamburger Wirtschaft ist eng mit der Weltwirtschaft verbunden. Auch die Beteiligungen des Konzernverbunds der Stadt Hamburg – darunter die Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA), die Flughafen Hamburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung (FHG), die HSH Nordbank AG und die Hamburg Messe und Congress GmbH – sind nicht nur in der Metropolregion Hamburg oder in Deutschland tätig, sondern haben europa- oder weltweite Bezüge.

Nach einem beispiellosen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität 2009 kehrte die Weltwirtschaft 2010 auf den Wachstumspfad zurück. Jedoch schritt die wirtschaftliche Erholung in den Regionen unterschiedlich schnell voran. Während die Schwellenländer die globale Rezession nach der Finanz- und Wirtschaftskrise sehr rasch überwinden konnten, blieb der wirtschaftliche Aufschwung in den entwickelten Volkswirtschaften moderat. In jenen Ländern, in denen es wie in Deutschland vor der Finanzkrise keine Verwerfungen gegeben hatte, war der Konjunkturerinbruch vorwiegend durch den starken Rückgang des Welthandels ausgelöst. Sie erholten sich rasch, als der Welthandel wieder expandierte. Hingegen verlief die wirtschaftliche Erholung in jenen Ländern, in denen die Immobilienmärkte einbrachen oder in denen der Finanzsektor in eine tiefe Krise geriet, wie in den USA, nur zögerlich. Auch verharnte die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern auf einem hohen Niveau.

Weltwirtschaft kehrt auf Wachstumspfad zurück

Die wirtschaftliche Erholung wurde durch eine expansive Geldpolitik unterstützt. Die Zentralbanken haben ihre Niedrigzinspolitik überwiegend fortgeführt. Die Lage an den internationalen Finanzmärkten war aber weiterhin volatil. Beginnend im Frühjahr 2010 sind die Zweifel an der Bonität einiger Länder des Euroraums gewachsen. Griechenland ist seither auf massive Hilfe der Euroländer und des Internationalen Währungsfonds (IWF) angewiesen. Die Einrichtung einer Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) im Mai konnte die Märkte aber zunächst beruhigen.

Weiterhin expansiv ausgerichtete Geldpolitik der Zentralbanken

Die Finanzpolitik, die mit ihrer expansiven Ausrichtung einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise geleistet hatte, ist zunehmend restriktiver ausgerichtet. Durch die Rezession hat die Staatsverschuldung meist stark zugenommen, sodass die Regierungen auf einen Konsolidierungskurs eingeschwenkt sind, der nicht zuletzt von den Finanzmärkten eingefordert wird.

Finanzpolitik schwenkt auf Konsolidierungskurs ein

KONJUNKTURELLE UND WELTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG 2010

*Weltweites reales
Bruttoinlandsprodukt
steigt um 4,8 Prozent*

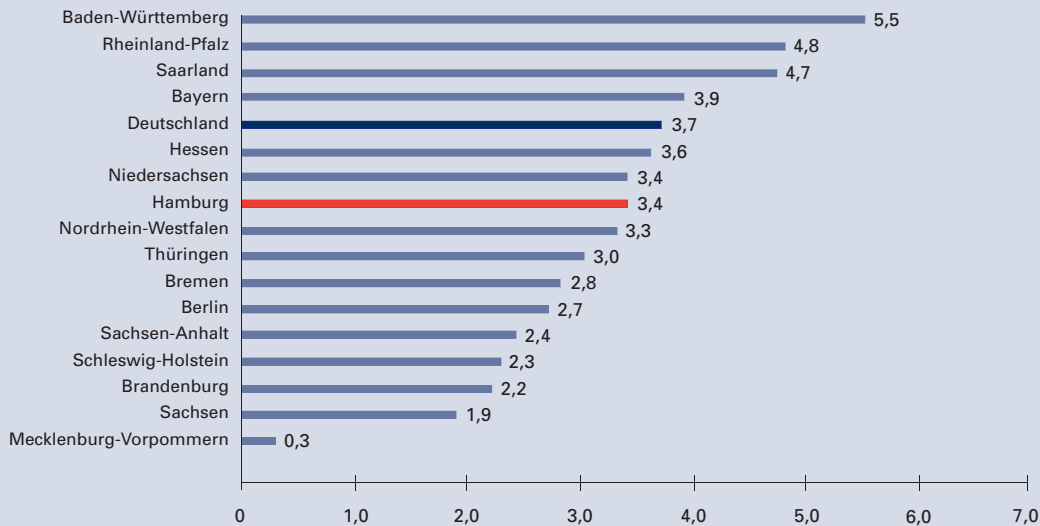
Die Weltwirtschaft hat sich in 2010 nach einem massiven Einbruch im Vorjahr erholt. Nach Berechnungen des IWF stieg das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 4,8 Prozent. Die wirtschaftliche Belebung begünstigte auch die Entwicklung des Welthandels. Nachdem dieser im letzten Jahr deutlich eingebrochen war (–11 Prozent), rechnete der IWF für das Jahr 2010 wieder mit einer deutlichen Zunahme des Welthandelsvolumens (+11,4 Prozent).

Dabei gestaltete sich die wirtschaftliche Entwicklung in den verschiedenen weltwirtschaftlichen Regionen höchst unterschiedlich. Wirtschaftliche Impulse entfalteten insbesondere die Schwellenländer, deren Volkswirtschaften gar erste Anzeichen einer Überhitzung zeigten. So stieg das BIP in China um 10,3 Prozent (Vorjahr: 9,2 Prozent) und in Indien um 10,4 Prozent (Vorjahr: 6,8 Prozent). Demgegenüber war die wirtschaftliche Entwicklung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften insgesamt moderat. Das BIP der USA nahm im Vorjahresvergleich um 2,9 Prozent (Vorjahr: –2,7 Prozent) und das Japans um 3,9 Prozent (Vorjahr: –6,3 Prozent) zu.

Zögerlicher verlief die wirtschaftliche Expansion in der Europäischen Union (EU) mit einem Wachstum von 1,8 Prozent (Vorjahr: –4,2 Prozent). Langsam von der Rezession erholten sich insbesondere Frankreich (+1,6 Prozent) und Italien (+1,3 Prozent). Einen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität mussten Griechenland (–4,5 Prozent), Irland (–1,0 Prozent) und Spanien (–0,1 Prozent) verkraften.

Wirtschaftswachstum 2010 nach Bundesländern

Bruttoinlandsprodukt 2010, preisbereinigt, verkettet, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungsstand Februar 2011

Deutschland als eine besonders exportorientierte Volkswirtschaft konnte dagegen maßgeblich von der Wiederbelebung des Welthandels profitieren. Die deutsche Wirtschaft befand sich in einem kräftigen Aufschwung. Das BIP wuchs 2010 um 3,7 Prozent (Vorjahr: –5,1 Prozent), die höchste Wachstumsrate seit der Wiedervereinigung. Wesentliche Impulse für die wirtschaftliche Expansion lieferte der Export. Im Jahresdurchschnitt nahm der Export gegenüber dem Vorjahr um 13,7 Prozent zu und erreichte somit wieder das Niveau wie vor der Finanz- und Wirtschaftskrise. Das Exportwachstum wurde dabei insbesondere von den asiatischen Schwellenländern getrieben. Gleichzeitig erhöhten sich die Importe um 11,7 Prozent, sodass der Außenbeitrag einen wesentlichen Wachstumsbeitrag lieferte. Ebenfalls kräftig expandierten die Ausrüstungsinvestitionen mit einem Wachstum von 10,5 Prozent. Schließlich war der private Konsum über das gesamte Jahr aufwärtsgerichtet.

*Mit 3,7 Prozent stärkstes
Wirtschaftswachstum
in Deutschland seit der
Wiedervereinigung*

Auch Hamburg als bedeutende Hafenmetropole mit seiner starken Außenhandelswirtschaft und Logistikorientierung konnte vom Wachstum des Welthandels profitieren. Das BIP stieg um 3,4 Prozent (Vorjahr: –3,5 Prozent) und damit im Bundesdurchschnitt. Die tiefen Einschnitte der Finanz- und Wirtschaftskrise konnten somit relativ schnell überwunden werden. Der wirtschaftliche Aufschwung erfasste dabei nahezu sämtliche Branchen, insbesondere die Hafenwirtschaft. Der Containerumschlag im Hamburger Hafen stieg um rund 11 Prozent. Besonders kräftig legte dabei der Containerumschlag für Asien zu.

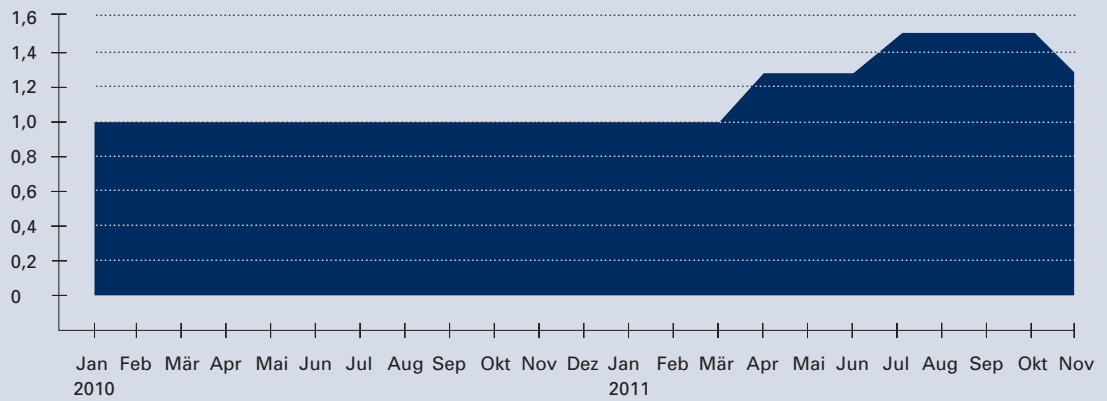
*Breiter Aufschwung
in Hamburg*

Im produzierenden Gewerbe, welches besonders stark von der Krise betroffen war, lag das Wachstum bei 7,0 Prozent (Vorjahr: –10,0 Prozent). Hier machte sich die Aufhellung des internationalen wirtschaftlichen Umfelds bemerkbar. Überwiegend wird die Wertschöpfung Hamburgs aber im Dienstleistungssektor erbracht, der einen Wachstumsbeitrag von 3,1 Prozent (Vorjahr: –2,9 Prozent) leistete. Besondere Impulse entfalteten die Bereiche Handel sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Zudem ist Hamburgs Attraktivität im Städtetourismus ungebrochen. Die Zahl der Übernachtungen stieg abermals um 9,2 Prozent (Vorjahr: 6,0 Prozent) auf fast 9 Mio. Insgesamt kamen rund 4,73 Mio. Gäste (Vorjahr: 4,36 Mio.) nach Hamburg, ein Zuwachs von 8,4 Prozent.

*Wirtschaftliche Impulse
durch produzierendes
Gewerbe und Dienst-
leistungssektor*

Leitzins der EZB in den Jahren 2010 und 2011

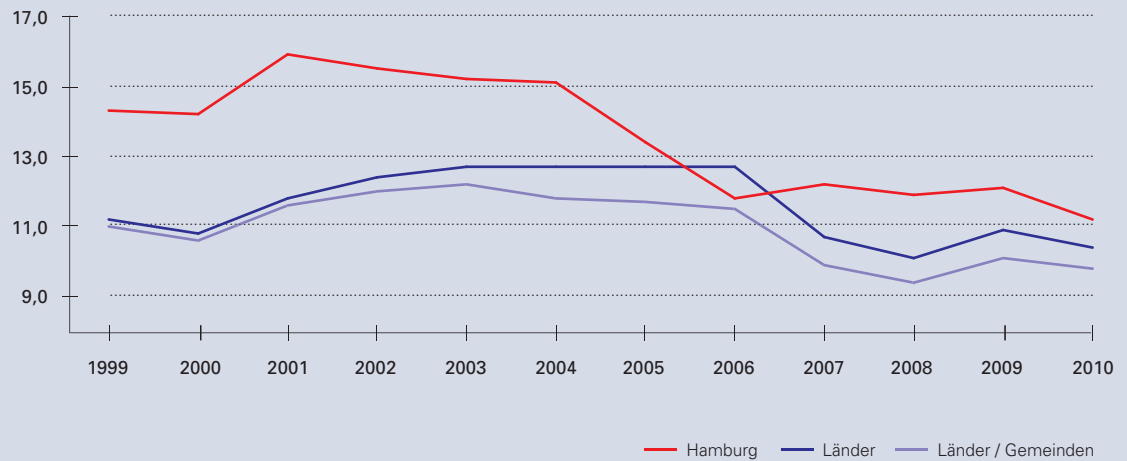
in Prozent



Quelle: Deutsche Bundesbank

Entwicklung der Zins-Steuer-Quote in Hamburg 1999 bis 2010

in Prozent



INFLATION, ZINSPOLITIK

Das Verbraucherpreisniveau ist 2010 um 1,2 Prozent gestiegen. Zwar hat sich die Teuerung damit gegenüber dem Rezessionsjahr 2009 (0,2 Prozent) verstärkt, der Preisauftrieb war gleichwohl im langfristigen Vergleich moderat. Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs zogen insbesondere die Preise für Rohstoffe und Energie, vor allem für Heizöl und Kraftstoffe, an. Aber auch höhere Preise für (saisonabhängige) Nahrungsmittel wirkten inflationstreibend.

Teuerung bleibt moderat

Seit Ende 2010 zeichnet sich ein verstärkter Preisauftrieb ab. Verantwortlich hierfür sind in erster Linie wiederum steigende Preise für Energieträger und Nahrungsmittel. Aber auch höhere Preise für Güter mit administrierten Preisen und verteuerte Importe trugen zu dieser Entwicklung bei. Insgesamt ist für das Jahr 2011 mit einem anhaltenden Preisauftrieb zu rechnen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihre Niedrigzinspolitik beibehalten und den Leitzins 2010 unverändert bei einem Prozent belassen, sodass die Geldpolitik weiterhin expansiv wirkte. Die Geldpolitik der EZB bewegte sich dabei in einem schwierigen Umfeld, welches von der Verschuldungskrise im Euroraum und anziehenden Preissteigerungsraten geprägt war. Zwar führte die EZB ihre liquiditätspolitischen Maßnahmen zur Stützung des Interbankenhandels und der Stabilität der Finanzmärkte zurück, erwarb zugleich aber im Rahmen des »Programms für die Wertpapiermärkte« öffentliche und private Schuldtitel, um einer möglichen Störung des geldpolitischen Transmissionsprozesses zu begegnen.

Expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zur Stabilisierung des Euroraums

STAATSVerschuldung

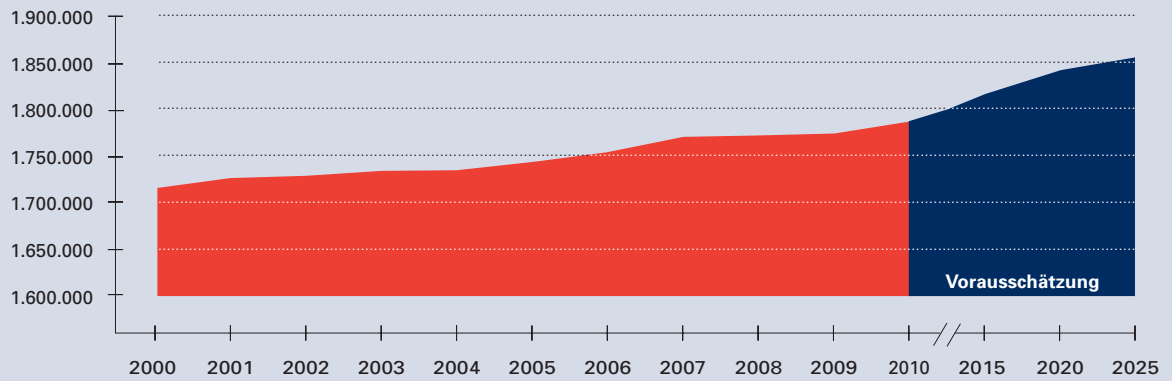
Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo Deutschlands, der im Jahr 2008 konjunkturbedingt einen leicht positiven Wert auswies, hatte sich im Jahr 2009 krisenbedingt auf ein Defizit in Höhe von 3 Prozent des BIP verschlechtert. Im Jahr 2010 stieg das Defizit noch weiter an und überschritt mit 3,5 Prozent den Grenzwert des Maastricht-Vertrags. Ende 2010 lag der Schuldenstand bei etwa 75 Prozent des BIP und damit – wie in der Mehrzahl der Mitgliedstaaten – deutlich über dem Grenzwert des Maastricht-Vertrags.

Die Schulden Hamburgs – Kernhaushalt, »Sondervermögen Konjunkturstabilisierungs-Fonds Hamburg« und Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts – stiegen von 26,7 Mrd. Euro zum Jahresende 2009 auf 27,6 Mrd. Euro zum 31.12.2010. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und höherer Steuereinnahmen sank die Zins-Steuer-Quote des Kernhaushalts – trotz eines höheren Schuldenstands – von 12,1 Prozent auf 11,2 Prozent.

Rückgang der Zins-Steuer-Quote 2010 auf rund 11 Prozent

Bevölkerungsentwicklung der Freien und Hansestadt Hamburg 2000 bis 2010 und Prognose

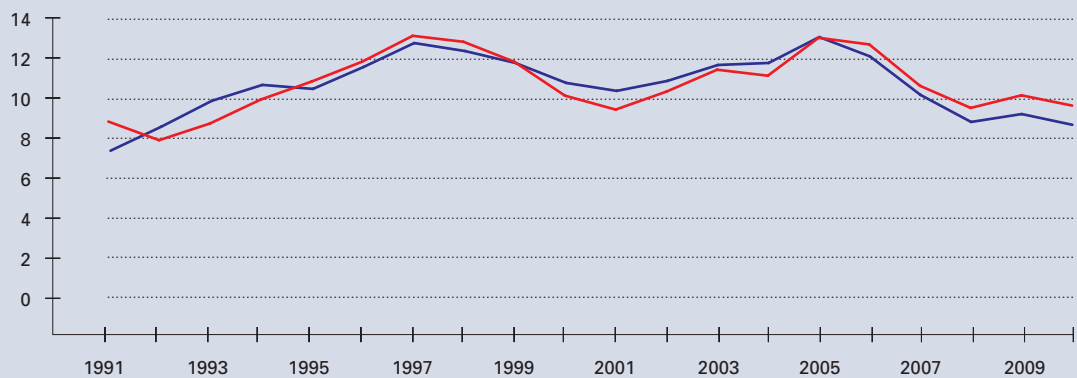
in Personen



Quelle: BDA

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Deutschland und Hamburg seit 1991

Arbeitslosenquote in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf

— Hamburg — Deutschland

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG

Hamburg wächst – seit 1999 ist in Hamburg ein stetiger Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. So lag die Einwohnerzahl zum Jahresende 2010 bei 1,786 Mio. Die Geburtenrate stieg im Vorjahresvergleich um 3,6 Prozent; insgesamt wurden 17.377 Kinder in Hamburg geboren. Der natürliche Bevölkerungssaldo – die Differenz zwischen den Geburten und Sterbefällen in einem Jahr – war erstmals seit Jahrzehnten wieder positiv (+ 317). Darüber hinaus konnte Hamburg erhebliche Wanderungsgewinne erzielen. Im Ergebnis war 2010 eine Bevölkerungszunahme von 12.224 Einwohnerinnen und Einwohnern zu verzeichnen.

*Hamburg wächst –
Steigende Geburtenzahlen
und Wanderungsgewinne*

ENTWICKLUNGEN AUF DEM ARBEITSMARKT

Der Arbeitsmarkt, der sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise deutschlandweit als sehr robust erwiesen hatte, entwickelte sich 2010 ausgesprochen positiv. Die Zahl der erwerbstätigen Inländer stieg im Jahresverlauf um 212.000 (0,5 Prozent), die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gar um 351.491 (1,3 Prozent). Die registrierte Arbeitslosigkeit sank um 176.124 auf 3.238.421 Arbeitslose. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote (bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen) von 8,6 Prozent (Vorjahr: 9,1 Prozent).

Bundesweit positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Mit der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ging eine Reduktion der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie der Kurzarbeit einher. Im Jahresvergleich sank die Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter von 1.144.407 auf 502.694.

Die Lage auf dem Hamburger Arbeitsmarkt hat sich entsprechend der gesamtdeutschen Entwicklung im Jahresverlauf kontinuierlich verbessert. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen verringerte sich 2010 von 78.456 auf 75.508 im Jahresdurchschnitt. Die Arbeitslosenquote (bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen) sank auf 9,5 Prozent (Vorjahr: 10,0 Prozent). Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung konnten weiter ausgeweitet werden. Im Jahresdurchschnitt wurden 1,14 Mio. Erwerbstätige registriert. Damit erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen zum siebten Mal in Folge. Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg erneut im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Prozent auf 826.072 (Vorjahr: 814.772).

*Positive Entwicklung auf dem
Hamburger Arbeitsmarkt –
Sinkende Arbeitslosenzahlen
und steigende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung*

UNTERNEHMENSNEUGRÜNDUNGEN

Die Zahl der Unternehmensgründungen verzeichnete mit 24.632 Gewerbeanmeldungen in Hamburg im Berichtsjahr ein deutliches Plus von 11 Prozent im Vorjahresvergleich. Rund 89 Prozent der Anmeldungen beruhten auf Neugründungen, von denen mit 40 Prozent der größte Anteil auf den Dienstleistungssektor entfällt. Die übrigen Gewerbeanzeigen resultierten aus Rechtsformwechseln, Gesellschaftereintritten, Erbfolgen, Zuzügen oder Umwandlungen.

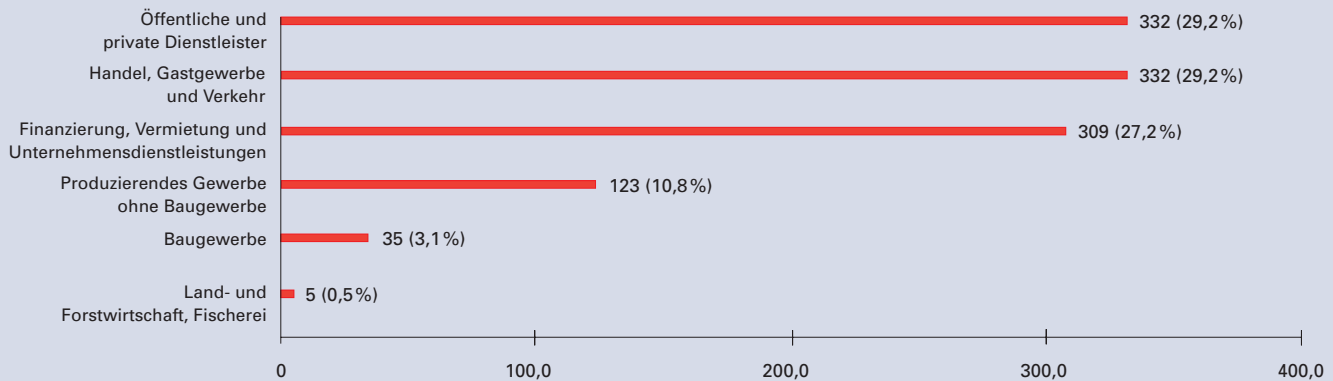
Zahl der Unternehmensgründungen nimmt 2010 deutlich zu

Die Zahl der Gewerbeabmeldungen (16.460) sank im Vorjahresvergleich um 4,5 Prozent. Im Ergebnis war somit ein Nettozuwachs von 8.172 Gewerbetreibenden zu verzeichnen, der das unternehmerische Potenzial Hamburgs weiter erhöht.

In 2010 wurden 847 Anträge auf Unternehmensinsolvenz gestellt (Vorjahr: 838). Mit 3.765 Beschäftigten (Vorjahr: 3.007) waren hierdurch deutlich mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht als im Vorjahr.

Erwerbstätige in Hamburg 2010 nach Branchen

Anzahl in Tausend



Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, Berechnungsstand Februar 2011

BILDUNG, FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Bildung bestimmt nicht nur die Entwicklungs- und Betätigungschancen jedes Einzelnen in Beruf, Privatleben und als Bürger, sondern auch die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Insbesondere Kindern und Jugendlichen soll es durch die Schaffung optimaler Lernbedingungen ermöglicht werden, ihr persönliches und fachliches Potenzial optimal auszuschöpfen. Dies soll im Wege eines umfassenden Bildungsansatzes, der bereits bei der frühkindlichen Bildung beginnt, erreicht werden.

*Hamburg förderte 2010
Bildung mit rund
3,2 Mrd. Euro*

Bildung ist entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Prosperität Hamburgs. Insgesamt gab die Stadt 2010 ca. 3,2 Mrd. Euro für Bildung aus. Hiervon entfielen rund 1,8 Mrd. Euro auf den Bereich der Schulen. Weiterhin bildete die Aufstockung des Lehrpersonals einen Ausgabeschwerpunkt. Die Förderung der frühkindlichen Bildung und Kindertagesbetreuung wurde gegenüber dem Vorjahr um 29 Mio. Euro auf nunmehr 473 Mio. Euro ausgeweitet.

Ein funktionierender Innovations- und Wissenstransfer ist für die Entwicklung der Stadt und ihre Wettbewerbsfähigkeit unerlässlich. Dank ihrer breit gefächerten Hochschullandschaft und ihrer zahlreichen Forschungseinrichtungen besitzt die Freie und Hansestadt Hamburg ein großes Potenzial für Innovationen. Dieses zu heben und Hamburg auch im internationalen Wettbewerb als Wissenschaftsmetropole zu positionieren, bildet einen politischen Schwerpunkt.

Insgesamt gab Hamburg rund 963 Mio. Euro (Vorjahr: 899 Mio. Euro) für den Bereich Wissenschaft und Forschung aus, eine Steigerung von 64 Mio. Euro (7 Prozent) gegenüber dem Vorjahr. Maßgeblich für diese Entwicklung waren insbesondere höhere Zuweisungen an die Hochschulen und die Staats- und Universitätsbibliothek sowie an wissenschaftliche Einrichtungen wie das Deutsche Elektronen-Synchrotron (DESY), die Max-Planck-Gesellschaft, die Leibniz-Gemeinschaft oder die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Daneben wurden Mittel zur Ausbildungsförderung (BAföG) stärker in Anspruch genommen.

UMWELT UND NACHHALTIGKEIT

Hamburg ist Umwelthauptstadt 2011. Gerade die auf vielen Gebieten erreichten Umweltstandards und ehrgeizige ökologische Ziele waren für die EU ausschlaggebend, Hamburg zur »European Green Capital 2011« zu küren. Mit »Visionen für die Stadt der Zukunft« sieht Hamburg in der Auszeichnung Chancen, sich als Europas Vorreiter im Bereich der Ökologie zu positionieren.

Ökologische Stadtentwicklung – Hamburg als »European Green Capital 2011«

Weiterhin betreibt Hamburg die Umsetzung des Klimaschutzkonzepts, das 2007 von der Bürgerschaft verabschiedet wurde und eine langfristige Reduktion des CO₂-Ausstoßes bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 vorsieht (80 Prozent bis 2050). Maßnahmen aus allen gesellschaftlich relevanten Lebensbereichen wie Bildung, Forschung, Wirtschaft, Industrie, Gebäude und Infrastruktur sollen dabei einen Handlungsrahmen für die nachhaltige Klimapolitik Hamburgs bilden.

Klimaschutzkonzept des Senats sieht Senkung der CO₂-Emissionen um 40 Prozent bis 2020 vor

Das 2003 begonnene Programm »UmweltPartnerschaft Hamburg« ist ein Bündnis des Senats mit der Hamburger Wirtschaft zur Förderung nachhaltigen Wirtschaftens. Eine Vielzahl von Unternehmen des Konzerns Hamburg hat sich angeschlossen und unterstützt damit den Klimaschutz. Die Initiative »Projekt 2011« ermöglicht allen Umweltpartnern, sich aktiv an der Gestaltung der »European Green Capital 2011« zu beteiligen.

Im Mittelpunkt der Nachhaltigkeitsstrategie der HHLA stehen ökologische Transportketten. Hocheffiziente Umschlaganlagen, leistungsstarke Transportsysteme und umfassende Logistikdienstleistungen sollen dazu beitragen, die Emissionen des Konzerns nachhaltig zu reduzieren. So soll im Vergleich zu 2007 der spezifische CO₂-Ausstoß bis 2015 konzernweit um mindestens 10 Prozent gesenkt werden.

Die Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft (HOCHBAHN) leistet als öffentliches Verkehrsunternehmen einen wesentlichen Beitrag, um die mit den steigenden Mobilitätsbedürfnissen der Bevölkerung verbundenen Belastungen für die Umwelt durch umweltfreundliche Angebote zu reduzieren. Die Fahrt mit Bussen und U-Bahnen der HOCHBAHN vermeidet gegenüber dem Autoverkehr 130 Tsd. Tonnen CO₂ pro Jahr. Wesentliche Energieeinsparungen sollen zudem durch den Einsatz moderner und ressourcenschonender Antriebstechnologien erreicht werden.

Die Hamburg Energie GmbH (HH Energie) bietet als öffentlicher Energieversorger ihren Kundinnen und Kunden Strom aus regenerativen, umweltfreundlichen Quellen. Auch Privatpersonen und Unternehmen sollen in die Produktion umweltfreundlicher Energie eingebunden werden. Privatpersonen und Unternehmen, die über Dachflächen von mehr als 1.000 m² verfügen, können diese für Solaranlagen an die Hamburg Energie Solar GmbH (HH Energie Solar) vermieten und so selbst zum regionalen Stromerzeuger werden.

Hamburg setzt auf regenerative Energien

Entsorgungssicherheit, nachhaltige Grundwasserbewirtschaftung und schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen gehören zu den wesentlichen Unternehmenszielen des Konzerns Hamburg Wasser. Im Rahmen des Bille-Entlastungsprogramms soll beispielsweise die Belastung des Bergedorfer Stadtgewässers nachhaltig reduziert werden. Damit schließt der Konzern an die überaus erfolgreichen Entlastungsprogramme für die Alster und die Elbe an.

Geschäftsverlauf und Lage des Konzerns Hamburg

WESENTLICHE EREIGNISSE IM JAHR 2010

Konzern

Gründung von Tochterorganisationen und Unternehmen

- Zum 01.01.2010 hat das »Sondervermögen Schule – Bau und Betrieb« seinen Betrieb aufgenommen. Durch Nutzung eines Mieter-/Vermietermodells soll es eine wirtschaftlich nachhaltige Betriebsgrundlage der Schulgebäude gewährleisten. Da das Sondervermögen 2010 noch im Kernbilanzierungskreis geführt wird, werden bilanzielle Auswirkungen – insbesondere aus der beabsichtigten Übertragung der Schulgebäude auf das Sondervermögen – hieraus erst im Geschäftsjahr 2011 eintreten.
- Die städtischen Anteile an der Kühne School of Logistics and Management GmbH sind zum 01.01.2010 vollständig auf die Kühne-Stiftung übergegangen.
- Die GWG-Beteiligungsgesellschaft mbH (GWG-BG) hat Anfang Januar 2010 19 Prozent ihrer Anteile an der GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH (GWG) zu einem Preis von rund 100 Mio. Euro der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg (SAGA) übertragen. Die SAGA hält mit rund 56,9 Prozent der Anteile nunmehr die Mehrheit an der GWG.
- Zum 12.04.2010 wurde die HanseMerkur Zentrum für Traditionelle Chinesische Medizin am UKE gemeinnützige GmbH gegründet. Ihre Aufgabe ist es, Wissenschaft und Forschung sowie Berufsbildung auf dem Gebiet der Traditionellen Chinesischen Medizin zu fördern. Die HanseMerkur Zentrum für Traditionelle Chinesische Medizin am UKE gemeinnützige GmbH ist ein Public-Private-Partnership-Projekt, dessen Mehrheitsgesellschafter die HanseMerkur Versicherungsgruppe ist, welche auch die Anschubfinanzierung geleistet hat. Die Stadt und das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE) sind zu je 24 Prozent an der Gesellschaft beteiligt.
- Im April 2010 wurde von der SpriAG – Sprinkenhof AG (SpriAG) die GGV Grundstücksgesellschaft Verwaltungsgebäude Neuenfelder Straße mbH (GGV) gegründet. Diese verantwortet den Neubau des Verwaltungsgebäudes der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) in Wilhelmsburg.
- Seit Herbst 2010 vereint die Elbe-Werkstätten GmbH die Aktivitäten der drei stadtnahen Werkstätten für Menschen mit Behinderungen in Hamburg. Sie löste damit die Pier Holding GmbH als Dachgesellschaft ab, die in der Elbe-Werkstätten GmbH aufgegangen ist.

Geschäftsvorfälle im Zusammenhang mit der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH

- Im Verlauf des Geschäftsjahres 2010 hat die HGV Anteile an der SAGA im Wert von rund 323 Mio. Euro von der Kernverwaltung erworben. Mit einem Anteil von 58,7 Prozent ist sie nunmehr Mehrheitsaktionärin.
- Ende Januar 2010 leistete die HGV die zweite Rate in Höhe von 7,7 Mio. Euro des Gesellschafterdarlehens von insgesamt 65,7 Mio. Euro an die Hamburgische Seefahrtbeteiligung »Albert Ballin« GmbH & Co. KG (ABKG), die diese Mittel zur Refinanzierung einer Kapitalerhöhung bei der Hapag-Lloyd AG verwendet hat. Des Weiteren stellte die HGV der ABKG – entsprechend einer bereits im Zuge des Anteilserwerbs abgegebenen Patronatserklärung – im März 2010 ein weiteres Gesellschafterdarlehen in Höhe von 175 Mio. Euro zur Verfügung, damit diese ein Gesellschafterdarlehen ablösen kann, das die TUI AG der Hapag-Lloyd AG zur Finanzierung von Schiffsbestellungen gewährt hatte. Die HGV hält nunmehr an der ABKG 46,9 Prozent der Anteile.

*HGV übernimmt weitere
Anteile an der SAGA und ist
nunmehr Mehrheitsaktionärin*

Kernverwaltung

Investitionen

Um den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, tätigte die Freie und Hansestadt Hamburg eine Vielzahl von Investitionen, unter anderem:

*Investitionen zur Förderung
des Wirtschafts- und
Wissenschaftsstandorts*

- Im Juli 2009 bewilligte die Bürgerschaft den Neubau der Psychiatrie für das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, der zum Teil aus Mitteln des Konjunkturpakets zu bestreiten war. Der Neubau wurde am 24. Oktober 2011 eingeweiht. Mit den Zuwendungen aus dem Hamburger Haushalt in Höhe von rund 14 Mio. Euro stärkt die Stadt die Stellung des Universitätsklinikums als national anerkannte Forschungs- und Ausbildungsstätte.
- European XFEL: Der für den geplanten Röntgenelektronenlaser XFEL erforderliche Beschleunigertunnel wird vom DESY-Gelände in Hamburg-Bahrenfeld über 3,2 km nach Schenefeld führen, wo auch die Experimentierhallen erbaut werden sollen. Die Freie und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein werden sich mit einer Festbetragsfinanzierung in Höhe von 90 Mio. Euro (Anteil Hamburgs rund 65 Mio. Euro) am XFEL beteiligen und die für den Bau und Betrieb erforderlichen Grundstücke und Durchleitungsrechte erwerben.
- Kunst- und Mediacampus Finkenau: Um eine hochqualitative Ausbildung im Bereich Medien anbieten und den hohen Bedarf der Medienwirtschaft an Absolventinnen und Absolventen besser decken zu können, hat die Hansestadt seit 2003 das Konzept für einen Kunst- und Mediacampus entwickelt und schrittweise umgesetzt. Die zugrunde liegende Idee ist, die bisher über Hamburg verstreuten öffentlichen Ausbildungsangebote im Bereich der Medien, des Journalismus und der Kunst möglichst an einem Ort zu konzentrieren. Mit dem Umzug der Fakultät Design, Medien und Information (DMI) der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) werden alle denkbaren Ausprägungen der Medienausbildung auf dem Campus Finkenau vereint. Er bietet über 1.500 Studierenden sowie den Professorinnen und Professoren Raum für kreative Entfaltung. Das Projekt hat ein Gesamtvolumen von rund 48 Mio. Euro.
- Der Bau der Elbphilharmonie auf dem Kaispeicher A in der HafenCity gestaltet sich weiterhin schwierig. Ende 2010 hat sich der Bauverzug auf 14 Monate erhöht. Das Gesamtkonzept sieht neben der Philharmonie eine kommerzielle Mantelbebauung mit Hotel-, Wohn- und Parkangeboten vor.
- U-Bahn: Der Bau der U-Bahn-Linie 4 hat im Sommer 2007 begonnen. Die Fertigstellung ist für Ende September 2012 geplant. Der Anteil Hamburgs an den Gesamtkosten beträgt rund 222 Mio. Euro.
- Hochwasserschutz: Mit dem laufenden Bauprogramm zur Verbesserung des Hochwasserschutzes (1993 bis 2015) wird die rund 100 km lange öffentliche Hochwasserschutzlinie um durchschnittlich einen Meter auf 8 bis 8,50 m über Normalnull (NN), im Einzelfall bis auf 9 m über NN, erhöht. Die Wind und Wellen besonders ausgesetzten Deiche, vor allem in Wilhelmsburg, den Vier- und Marschlanden sowie am südlichen Elbufer, sollen vorrangig fertiggestellt werden. Im Planungszeitraum 2008 bis 2012 werden die Hochwasserschutzwände im Innenstadtbereich sowie eine Reihe von Einzelbauwerken (Schleusen, Sperrwerke, Tore) auf die neuen Schutzhöhen gebracht. Das Bauprogramm hat ein Gesamtvolumen von rund 600 Mio. Euro.
- Internationale Bauausstellung (IBA): Die innovativen Projekte der IBA, mit dem Fokus auf die stadt-räumliche Erweiterung, erstrecken sich über die Stadtteile Wilhelmsburg, Veddel und den Harburger Binnenhafen mit einer Gesamtfläche von 26,65 km². Die Siedlungsräume sind jeweils eng verbunden mit den landschaftlichen Elementen der Elbinseln sowie den unterschiedlichen Wasserlagen von Kanälen, Hafenbecken, Entwässerungssystemen und naturnahen Wasserflächen. Durch umfangreiche

Investitionen der Stadt in die Infrastruktur werden herausragende Bedingungen für private Investitionen geschaffen. Die IBA ist mit rund 70 Mio. Euro eines der größten Investitionsprojekte Hamburgs und soll im Abschlussjahr 2013 zu einem kreativeren und facettenreicheren Stadtbild beitragen.

- Internationale Gartenschau (igs): Unter dem Motto »In 80 Gärten um die Welt« präsentiert sich Hamburg auf über 100 Hektar als grüne Metropole am Wasser. Ein wohnortnahes und zentral gelegenes Refugium für Freizeit, Sport und Erholung und einen weiteren intensiven Farbtupfer auf der grünen Landkarte der Hansestadt bietet Wilhelmsburg ab 2013 seinen Besucherinnen und Besuchern. Hierfür sind Investitionen in Höhe von rund 73 Mio. Euro vorgesehen.

Gesetzliche Leistungen

*Steigende Aufwendungen
für gesetzliche Leistungen*

Die Aufwendungen für gesetzliche Leistungen im sozialen Bereich (im Wesentlichen Kindertagesbetreuung, Hilfe zur Erziehung, Kosten der Unterkunft nach Sozialgesetzbuch II und XII, Sozial- und Krankenhilfe, Eingliederungshilfe, Unterhaltsvorschuss, Maßregelvollzug, Schwerbehindertenbeförderung, Hilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohnungslosenhilfe, Hilfe zur Pflege, sonstige Hilfe für ältere Menschen, Blindengeld) steigen nach leicht rückläufigen Tendenzen Ende der 1990er-Jahre seit 2000 kontinuierlich an. Die Ausgaben im Geschäftsjahr 2010 betrugen rund 2,2 Mrd. Euro und stellten mit etwa 20 Prozent weiterhin einen der größten Posten im Hamburger Haushalt dar.

Zuwendungen

*Zuwendungen als
Instrument zur Erfüllung
öffentlicher Aufgaben*

Zuwendungen sind ein Instrument zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben, an denen ein erhebliches öffentliches Interesse besteht. Sie werden in der Regel dann gewählt, wenn die Aufgabenerledigung von Stellen außerhalb der Verwaltung den wirtschaftlicheren Weg zur Erreichung des mit der Zuwendung verbundenen Zwecks darstellt. Gemessen am Zuwendungsvolumen erhielt das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE) wie im Vorjahr den höchsten Gesamtbetrag.

Weitere Informationen über die Zuwendungen der Stadt finden sich im Haushaltsplan, im Finanzbericht, in den Berichten über den Haushaltsverlauf (<http://www.hamburg.de/doppelhaushalt-2009-2010>) sowie im »Vierten Empfängerbezogenen Zuwendungsbericht« des Senats vom 04.10.2011 (Drucksache 20/1740, <http://www.hamburg.de/zuwendungsbericht>).

Beschäftigte der Hamburger Verwaltung

Der statistische Personalbestand der Hamburger Verwaltung hat sich 2010 um 1.197 Beschäftigte bzw. 1,8 Prozent auf 66.663 (Vorjahr: 65.466 Beschäftigte) erhöht. Dies entsprach einem Beschäftigungsvolumen von 58.100 Vollkräften (Vorjahr 57.198; + 902 bzw. +1,6 Prozent). Der Anstieg ist überwiegend auf neue Lehrkräfte an staatlichen Schulen (+ 538 Beschäftigte) sowie leitende/entscheidende Verwaltungsfachleute (+ 396 Beschäftigte) zurückzuführen. Verringert hat sich der Personalbestand bei den Polizeivollzugsbediensteten (– 80) und dem Steuerfachpersonal (– 72). ([i](#) »Personalbericht 2011« des Senats vom 28.06.2011 (Drucksache 20/890)).

*Zahl der Ausbildungsverhältnisse steigt
2010 auf rund 3.100*

Die Zahl der in Ausbildungsverhältnissen Beschäftigten hat sich 2010 auf 3.081 erhöht (Vorjahr: 2.760). Der Anstieg um 321 Auszubildende (+11,6 Prozent) ist im Wesentlichen auf die Zunahme der Ausbildungsverhältnisse bei Polizei und Feuerwehr (+139 Personen) und die im Rahmen der Ausbildungs-offensive erhöhte Anzahl verfügbarer Ausbildungsplätze im Bereich der allgemeinen Verwaltungsdienste (+ 99) zurückzuführen.

Weiterhin stellt die Integration der Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus den Asklepios Kliniken Hamburg GmbH in die hamburgische Verwaltung eine wichtige Aufgabe der Dienststelle Personal Service Integration (PSI) beim Personalamt dar. Im Berichtsjahr 2010 konnten weitere 175 Beschäftigte erfolgreich in die Fachbehörden und Ämter der Stadt integriert werden. Damit reduzierte sich die Anzahl der noch im Personalbestand des PSI zur Vermittlung in den internen Arbeitsmarkt geführten Rückkehrerinnen und Rückkehrer auf 748.

VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Konzern

Die Konzernbilanzsumme erhöhte sich um 993 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr auf 65.836 Mio. Euro.

*Konzernbilanzsumme auf
65.836 Mio. Euro erhöht*

BILANZPOSTEN	31.12.2009 in Mio. Euro	Prozent	31.12.2010 in Mio. Euro	Prozent
Aufwendungen für die Ingangsetzung des Geschäftsbetriebs	3	0,0	3	0,0
Anlagevermögen	54.886	84,7	55.289	84,0
Umlaufvermögen	9.491	14,6	9.602	14,6
Rechnungsabgrenzungsposten	332	0,5	351	0,5
Aktive latente Steuern	—	—	199	0,3
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	131	0,2	392	0,6
SUMME AKTIVA	64.843	100,0	65.836	100,0
Eigenkapital	—	—	—	—
Sonderposten	1.935	3,0	1.972	3,0
Rückstellungen	23.487	36,2	23.701	36,0
Langfristiges Fremdkapital	31.341	48,3	31.611	48,0
Kurzfristiges Fremdkapital	7.845	12,1	8.438	12,8
Rechnungsabgrenzungsposten	235	0,4	105	0,2
Passive latente Steuern	—	—	9	0,0
SUMME PASSIVA	64.843	100,0	65.836	100,0

Auf der Aktivseite stieg das Anlagevermögen auf 55.289 Mio. Euro (Vorjahr: 54.886 Mio. Euro). Dies entspricht einer Anlagenintensität (Verhältnis des Anlagevermögens zur Bilanzsumme) von 84 Prozent. Die Zunahme betraf das Sachanlagevermögen (+1.092 Mio. Euro) sowie das Finanzanlagevermögen (+442 Mio. Euro). Beim Sachanlagevermögen resultiert die Erhöhung im Wesentlichen aus der Neubewertung der HGV (585 Mio. Euro) und der Aufnahme weiterer Tochterorganisationen in den Konsolidierungskreis (200 Mio. Euro). Hintergrund der Erhöhung durch die Neubewertung der HGV ist, dass im Zuge dieser gutachterlichen Neubewertung stille Reserven in Höhe von 585 Mio. Euro bei Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens identifiziert wurden. Die bei der Erstbewertung zur Abbildung der stillen Reserven ursprünglich gebildeten Geschäfts- oder Firmenwerte konnten somit auf Basis der Neubewertung einzelnen Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens zugeordnet werden, sodass der hierdurch bedingten Erhöhung des Sachanlagevermögens eine entsprechende Reduzierung der ausgewiesenen Geschäfts- oder Firmenwerte bei den immateriellen Vermögensgegenständen gegenübersteht. Die Erhöhung der Finanzanlagen betrifft im Wesentlichen die Beteiligungen an assoziierten Organisationen.

Rückläufig entwickelte sich hingegen das immaterielle Vermögen mit –1.131 Mio. Euro. Im Wesentlichen ist dieser Rückgang den ausgewiesenen Geschäfts- oder Firmenwerten geschuldet, die mit 1.399 Mio. Euro um 1.156 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert liegen. Hier wirkt sich zum einen der bereits angesprochene Effekt aus der Neubewertung der HGV aus (Zuordnung von stillen Reserven zum Sachanlagevermögen statt zu den Geschäfts- oder Firmenwerten). Zum anderen wurden Geschäfts- oder Firmenwerte in Höhe von 498 Mio. Euro aufgelöst, da sie auf Minderheiten (HHLA) entfallen.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,2 Prozent auf 9.602 Mio. Euro. Dies ist im Wesentlichen auf leicht gestiegene Vorrats- (+28 Mio. Euro) sowie Forderungsbestände (+103 Mio. Euro) zurückzuführen. Gegenläufig wirkten rückläufige liquide Mittel sowie geringere Wertpapierbestände im Umlaufvermögen.

Nicht durch Eigenkapital
gedeckter Fehlbetrag von
392 Mio. Euro

Zum 31.12.2010 wies der Konzern Hamburg einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 392 Mio. Euro (Vorjahr: 131 Mio. Euro) auf der Aktivseite der Bilanz aus.

Auf der Passivseite veränderten sich Sonderposten und Rückstellungen nur unwesentlich. Der Gesamtbetrag der Sonderposten lag mit 1.972 Mio. Euro leicht um 37 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Die Rückstellungen nahmen um 214 Mio. Euro auf nunmehr 23.701 Mio. Euro zu. Weiterhin bilden die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen mit 21.754 Mio. Euro die Hauptposition. Insgesamt entfielen auf die Rückstellungen 36 Prozent der gesamten Passivpositionen.

Die Verbindlichkeiten des Konzerns Hamburg stiegen im Vorjahresvergleich um 863 Mio. Euro auf nunmehr 40.049 Mio. Euro. Dies entspricht einer Verbindlichkeitenquote von 60,8 Prozent. Zu diesem Anstieg trugen insbesondere höhere Verpflichtungen aus Anleihen und Obligationen bei.

Kernverwaltung

Bilanzsumme der Kernver-
waltung zum 31.12.2010:
50.219 Mio. Euro

Die Bilanzsumme der Kernverwaltung lag zum 31.12.2010 mit 50.219 Mio. Euro um 1.234 Mio. Euro über dem Vorjahreswert von 48.985 Mio. Euro. Im Wesentlichen ist dieser Anstieg auf den Sonder-
effekt aus der Neubewertung der HGV zurückzuführen.

BILANZPOSTEN	31.12.2009 in Mio. Euro	Prozent	31.12.2010 in Mio. Euro	Prozent
Anlagevermögen	43.945	89,7	45.510	90,6
Umlaufvermögen	3.508	7,2	3.824	7,6
Rechnungsabgrenzungsposten	327	0,7	343	0,7
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.205	2,4	542	1,1
SUMME AKTIVA	48.985	100,0	50.219	100,0
Eigenkapital	—	—	—	—
Sonderposten	1.552	3,2	1.539	3,0
Rückstellungen	20.880	42,6	20.974	41,8
Langfristiges Fremdkapital	20.711	42,3	21.149	42,1
Kurzfristiges Fremdkapital	5.707	11,6	6.554	13,1
Rechnungsabgrenzungsposten	135	0,3	3	0,0
SUMME PASSIVA	48.985	100,0	50.219	100,0

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 3,6 Prozent auf 45.510 Mio. Euro (Vorjahr: 43.945 Mio. Euro). Dies entspricht einer Anlagenintensität von 90,6 Prozent.

Die Zunahme betraf mit 1.092 Mio. Euro in erster Linie das Finanzanlagevermögen. Die gutachterliche Neubewertung der HGV ergab einen Zuaktivierungsbedarf von 160 Mio. Euro auf den in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 ausgewiesenen Wert und einen Zuschreibungsbedarf von 1.012 Mio. Euro auf den Buchwert zum 31.12.2010. Gegenläufig wirkten Abgänge aus der Veräußerung von Anteilen an der SAGA.

Ebenfalls zum Anstieg des Anlagevermögens trugen moderate Zuwächse bei den immateriellen Vermögenswerten von 279 Mio. Euro und beim Sachanlagevermögen von 194 Mio. Euro bei.

Das Umlaufvermögen lag mit 3.824 Mio. Euro um 316 Mio. Euro (9 Prozent) über dem Vorjahresniveau von 3.508 Mio. Euro. Neben der Zunahme der liquiden Mittel, die im Vorjahresvergleich um 179 Mio. Euro stiegen, war dies auf höhere Forderungen gegen Dritte, insbesondere aus Steuertatbeständen, zurückzuführen. Der Anstieg der Steuerforderungen ist im Wesentlichen einer veränderten Bilanzierungs-

methodik geschuldet. Forderungen aus Steuertatbeständen werden nunmehr als realisiert betrachtet, sobald der Steuerbescheid bekannt gegeben wurde; zuvor wurde auf die Fälligkeit abgestellt. Ferner wirkte sich die konjunkturelle Belebung im Berichtsjahr aus.

Demgegenüber stehen Rückgänge bei den Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich in Höhe von 170 Mio. Euro.

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag sank aufgrund des Jahresüberschusses auf 542 Mio. Euro (Vorjahr: 1.205 Mio. Euro).

*Nicht durch Eigenkapital
gedeckter Fehlbetrag
von 542 Mio. Euro*

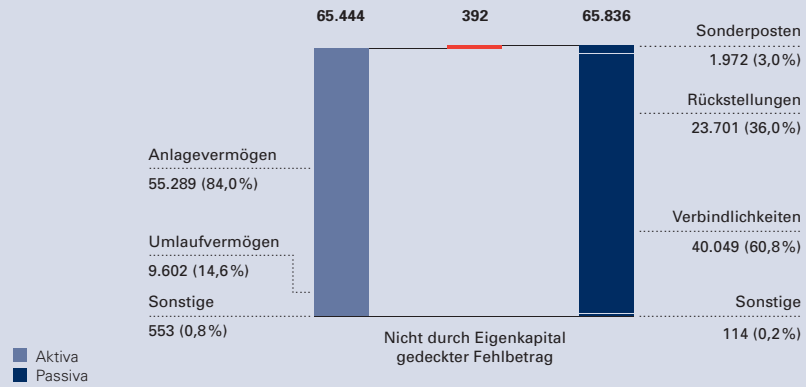
Auf der Passivseite veränderten sich die Sonderposten und die Rückstellungen im Vorjahresvergleich nur unwesentlich. Während die Sonderposten um 13 Mio. Euro auf 1.539 Mio. Euro (Vorjahr: 1.552 Mio. Euro) zurückgingen, stiegen die Rückstellungen um 94 Mio. Euro auf 20.974 Mio. Euro (Vorjahr: 20.880 Mio. Euro). Erhöhungen bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (+ 884 Mio. Euro) und bei den Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen (+ 248 Mio. Euro) stehen Rückgänge bei den sonstigen Rückstellungen von 1.039 Mio. Euro gegenüber. Im Wesentlichen ist der Anstieg der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen jenen Versorgungslasten geschuldet, die auf Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO sowie Landesbetriebe entfallen. Diese wurden zuvor unter den sonstigen Rückstellungen geführt. Die Zunahme bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen korrespondiert somit mit einer entsprechenden Abnahme der sonstigen Rückstellungen. Der Anstieg der Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen ist insbesondere auf die erstmalige Erfassung noch auszahlender Körperschaftsteuerguthaben zurückzuführen.

Die Verbindlichkeiten der Kernverwaltung nahmen im Vorjahresvergleich um 1.285 Mio. Euro (4,9 Prozent) auf 27.703 Mio. Euro (Vorjahr: 26.418 Mio. Euro) zu. In erster Linie trugen hierzu höhere Verpflichtungen aus Anleihen und Obligationen bei. Diese stiegen im Vorjahresvergleich um 1.008 Mio. Euro (11,8 Prozent) auf 9.567 Mio. Euro (Vorjahr: 8.559 Mio. Euro). Wesentliche Verschiebungen von 3.812 Mio. Euro ergaben sich zudem bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, da Schuld-scheindarlehen nunmehr unter den Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Dritten geführt werden, sofern es sich bei den Gläubigern nicht um Kreditinstitute handelt. Die Abnahme bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten korrespondiert somit mit einer entsprechenden Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Dritten.

*Verbindlichkeiten der Stadt
steigen um 4,9 Prozent*

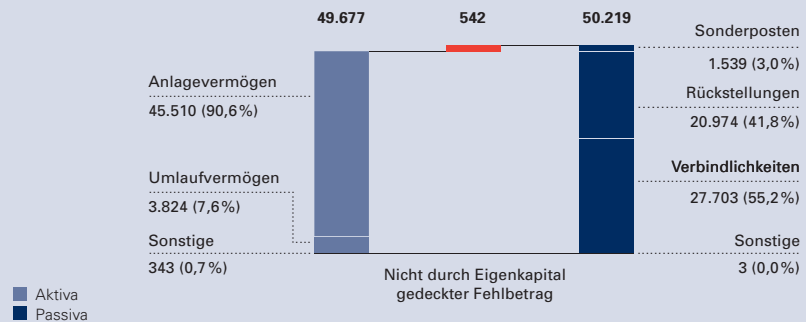
Vermögenslage des Konzerns Hamburg zum 31.12.2010

in Mio. Euro



Vermögenslage der Kernverwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg zum 31.12.2010

in Mio. Euro



ERTRAGSLAGE

Konzern

Die Ertragssituation des Konzerns Hamburg hat sich im Vorjahresvergleich erheblich verbessert. Das Ergebnis aus laufender Geschäftstätigkeit, welches im vergangenen Jahr mit –307 Mio. Euro erstmals negativ war, fiel mit 1.031 Mio. Euro (nach Bereinigung: 644 Mio. Euro, siehe auch im Kapitel Vorbemerkung auf Seite 8) deutlich positiv aus. Erträgen in Höhe von 16.384 Mio. Euro standen Aufwendungen in Höhe von 15.353 Mio. Euro gegenüber.

Konzern Hamburg erzielt positives operatives Ergebnis

Zusammensetzung des Ergebnisses der laufenden Geschäftstätigkeit

ERTRÄGE	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro	AUFWENDUNGEN	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
Steuererträge und steuerähnliche Erträge	7.996	8.614	Materialaufwendungen	1.952	1.988
Erträge aus Transferleistungen	566	831	Personalaufwendungen	6.469	5.921
Erträge aus Betriebsmittelzuschüssen	13	59	Aufwendungen für Transferleistungen	3.154	2.969
Umsatzerlöse	4.102	4.261	Aufwendungen für Betriebsmittelzuwendungen	115	120
Gebühren und ähnliche Erträge	570	712	Aufwendungen für den Länderfinanzausgleich	40	58
Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	116	131	Abschreibungen	1.410	1.323
Erträge aus Mieten und Pachten	90	41	Aufwendungen aus Mieten und Pachten	388	363
Sonstige Erträge	1.912	1.735	Sonstige Aufwendungen	2.144	2.611
SUMME	15.365	16.384	SUMME	15.672	15.353

Die Erträge aus laufender Geschäftstätigkeit stiegen im Vorjahresvergleich deutlich um 1.019 Mio. Euro an. Hierzu trug im Wesentlichen der deutliche Zuwachs bei den Steuererträgen und steuerähnlichen Erträgen von 618 Mio. Euro in der Kernverwaltung bei. Der Anstieg im Vorjahresvergleich ist einerseits auf die Umstellung der bilanziellen Abbildung der Steuererträge zurückzuführen. Andererseits spiegelt sich in den Steuererträgen und steuerähnlichen Erträgen die konjunkturelle Belebung im Berichtsjahr wider.

Anstieg der Erträge aus laufender Geschäftstätigkeit 2010

Ebenfalls aufwärtsgerichtet waren die Erträge aus Transferleistungen (+265 Mio. Euro), die Erträge aus Betriebsmittelzuschüssen (+46 Mio. Euro), die Umsatzerlöse (+159 Mio. Euro) sowie die Gebühren und ähnlichen Erträge (+142 Mio. Euro). Rückläufig entwickelten sich hingegen die Erträge aus Mieten und Pachten und die sonstigen Erträge. Der Anstieg der Erträge aus Transferleistungen geht im Wesentlichen auf höhere zweckgebundene Zuweisungen des Bundes im Bereich der Kernverwaltung zurück.

Die 10 größten Tochterorganisationen nach Umsatzerlösen (nach Konsolidierung)

TOCHTERORGANISATION	Umsatzerlöse 2010 in Mio. Euro
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	558
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	324
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	298
Stadtreinigung Hamburg AöR	257
Flughafen Hamburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung (FHG)	227
Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	224
HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR	216
GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH	210
Hamburger Wasserwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung	166
LOTTO Hamburg GmbH	150

Leichter Rückgang der
Aufwendungen aus laufender
Geschäftstätigkeit 2010

Die Aufwendungen aus laufender Geschäftstätigkeit sanken von 15.672 Mio. Euro im Vorjahr auf 15.353 Mio. Euro. Hierzu trugen Rückgänge bei den bedeutendsten Aufwandspositionen des Konzerns Hamburg, den Personal- und den Transferaufwendungen (– 548 Mio. Euro bzw. –185 Mio. Euro), bei. Der Rückgang der Personalaufwendungen resultiert aus im Vergleich zum Vorjahr geringerem Aufwand aus der Dotierung der Pensionsrückstellungen in der Kernverwaltung.

Das Finanzergebnis minderte das Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit um 1.013 Mio. Euro. Hier schlugen sich insbesondere die Zinslasten der Stadt und ihrer Tochterorganisationen nieder. Insgesamt erwirtschaftete der Konzern Hamburg damit 2010 ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von rund 18 Mio. Euro, eine deutliche Verbesserung im Vergleich zum Vorjahr. Im Vorjahr lag das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit noch bei –1.609 Mio. Euro.

Das Außerordentliche Ergebnis einschließlich Steuern schlug mit –112 Mio. Euro ergebnismindernd zu Buche.

Jahresfehlbetrag von
– 94 Mio. Euro

Im Ergebnis weist der Konzern Hamburg einen Jahresfehlbetrag von –94 Mio. Euro aus.

Kernverwaltung

Die Ertragssituation der Stadt hat sich im Vergleich zum Vorjahr erheblich verbessert. Das Verwaltungsergebnis, welches im Vorjahr mit –136 Mio. Euro erstmals negativ war, fiel mit 592 Mio. Euro positiv aus (nach Bereinigung: 45 Mio. Euro, siehe auch im Kapitel Vorbemerkung ab Seite 7). Erträgen in Höhe von 11.575 Mio. Euro standen Aufwendungen in Höhe von 10.983 Mio. Euro gegenüber.

Kernverwaltung erzielt positives Verwaltungsergebnis

Zusammensetzung des Verwaltungsergebnisses

ERTRÄGE	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro	AUFWENDUNGEN	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
Steuererträge und steuerähnliche Erträge	7.996	8.614	Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	1.183	1.337
Erträge aus Gebühren, Beiträgen und Aufwendungsersatz	580	678	Personalaufwendungen	4.286	3.412
Erträge aus Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern, Geldstrafen	53	51	Aufwendungen für Transferleistungen	4.146	4.521
Privatrechtliche Entgelte	82	23	Aufwendungen für den Länderfinanzausgleich	40	58
Erträge aus Mieten und Pachten	61	96	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	581	553
Erträge aus Transferleistungen	566	833	Sonstige Aufwendungen	903	1.102
Sonstige Erträge	1.665	1.280			
SUMME	11.003	11.575	SUMME	11.139	10.983

Auf der Ertragsseite machte sich die konjunkturelle Belebung im Berichtsjahr bemerkbar. Die Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit stiegen im Vorjahresvergleich deutlich (+ 572 Mio. Euro).

Insbesondere bei den Steuererträgen und steuerähnlichen Erträgen war ein deutlicher Zuwachs von 618 Mio. Euro auf 8.614 Mio. Euro (Vorjahr: 7.996 Mio. Euro) zu verzeichnen. Der Anstieg ist mit 387 Mio. Euro der Umstellung der bilanziellen Abbildung der Steuererträge, die nunmehr mit Bekanntgabe des Bescheids als realisiert betrachtet werden, und der konjunkturellen Belebung im Berichtsjahr geschuldet.

Ebenfalls zum Ertragswachstum trugen die Erträge aus Gebühren, Beiträgen und Aufwendungsersatz (+98 Mio. Euro), die Erträge aus Mieten und Pachten (+35 Mio. Euro) und die Erträge aus Transferleistungen (+267 Mio. Euro) bei. Der Anstieg der Erträge aus Gebühren, Beiträgen und Aufwendungsersatz beruht im Wesentlichen auf höheren Erträgen aus Gerichtsgebühren und Konzessionsabgaben. Bei den Erträgen aus Mieten und Pachten schlugen neu abgeschlossene Mietverträge positiv zu Buche. Der Anstieg der Erträge aus Transferleistungen geht auf höhere Erträge aus zweckgebundenen Zuweisungen des Bundes, insbesondere aus Mitteln nach dem Regionalisierungsgesetz, zurück. Ebenfalls werden unter den Erträgen aus Transferleistungen erstmals die Kompensationszahlungen des Bundes für den Wegfall der Kraftfahrzeugsteuer i. H. v. 79,8 Mio. Euro ausgewiesen.

Rückläufig entwickelten sich dagegen die sonstigen Erträge. Diese sanken um 385 Mio. Euro auf 1.280 Mio. Euro (Vorjahr: 1.665 Mio. Euro). Deutlichen Zuwächsen bei den Erträgen aus Anlagenabgängen und Nachaktivierungen (+418 Mio. Euro) standen rückläufige Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (–629 Mio. Euro) sowie rückläufige übrige sonstige Erträge (–173 Mio. Euro) gegenüber. Der Anstieg der Erträge aus Anlagenabgängen und Nachaktivierungen ist im Wesentlichen auf Flächenanpassungen und auf die Aktivierung von Grundstücken zurückzuführen, die zuvor nicht im Bilanzvermögen der Stadt abgebildet waren. Der Rückgang der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen resultiert aus einer veränderten Buchungssystematik bei den Pensionsrückstellungen. Im Jahresabschluss 2010 wurde die Differenz zwischen Zuführungen und Auflösungen in Höhe von –107 Mio. Euro erstmals entsprechend der handelsrechtlich üblichen Methode im Wege einer saldierten Buchung bei den Personalaufwendun-

gen erfasst. Zuvor wurden bei Wechsel von Pensionsberechtigten von der Aktiv- in die Passivphase der Beschäftigung die entsprechenden Rückstellungsbeträge ertragswirksam (sonstige Erträge) aufgelöst und aufwandswirksam (Personalaufwendungen) neu gebildet.

*Leichter Rückgang der
Aufwendungen aus laufender
Verwaltungstätigkeit*

Die Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nahmen im Vorjahresvergleich geringfügig um 156 Mio. Euro (1,4 Prozent) ab. Der Rückgang enthält zwei wesentliche gegenläufige Effekte: Dem Anstieg der Aufwendungen für Transferleistungen von 375 Mio. Euro stand ein deutlicher Rückgang der Personalaufwendungen von 874 Mio. Euro gegenüber. Die höheren Aufwendungen für Transferleistungen betreffen im Wesentlichen höhere Zuschüsse an Tochterorganisationen. Der Rückgang der Personalaufwendungen ist ausschließlich auf die Umstellung der Buchungssystematik bei den Pensionsrückstellungen zurückzuführen. Betrachtet man die Personalaufwendungen ohne die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, ergibt sich ein Anstieg von 107 Mio. Euro.

Ferner fielen die Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit um 154 Mio. Euro und die sonstigen Aufwendungen um 199 Mio. Euro höher aus als im Vorjahr. Der Anstieg der sonstigen Aufwendungen ist insbesondere auf die Erfassung von Rückzahlungsverpflichtungen aus Körperschaftsteuerguthaben zurückzuführen.

Des Weiteren minderten Abschreibungen von 553 Mio. Euro (Vorjahr: 581 Mio. Euro) und Aufwendungen für den Länderfinanzausgleich von 58 Mio. Euro (Vorjahr: 40 Mio. Euro) das Ergebnis.

Sondereffekt aus der Neubewertung der HGV führt zu positivem Finanzergebnis

Das Finanzergebnis, welches in den Vorjahren stets negativ ausfiel, war im Berichtsjahr mit 72 Mio. Euro (Vorjahr: –1.023 Mio. Euro) erstmals positiv. Hier zeigte sich der Sondereffekt aus der Neubewertung der HGV. Die gutachterliche Wertermittlung zum 31.12.2010 ergab einen Zuschreibungsbedarf von 1.012 Mio. Euro. Die im Jahresabschluss 2008 vorgenommenen Abschreibungen auf die HGV in Höhe von 1,7 Mrd. Euro werden somit zumindest zum Teil kompensiert (siehe ausführlich im Anhang zum Jahresabschluss der Kernverwaltung im Abschnitt 3.5 »Finanzanlagen«). Bereinigt um diesen Effekt stellt sich das Finanzergebnis mit –940 Mio. Euro weiterhin deutlich negativ dar. Ergebnismindernd wirkten sich die Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens von 134 Mio. Euro (Vorjahr: 212 Mio. Euro) und die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von 915 Mio. Euro (Vorjahr: 920 Mio. Euro) aus.

Im Ergebnis weist die Kernverwaltung einen Jahresüberschuss von 664 Mio. Euro (Vorjahr: –1.159 Mio. Euro) aus. Bereinigt um Einmaleffekte ist das Jahresergebnis mit –895 Mio. Euro wie im Vorjahr deutlich negativ.

Nachtragsbericht

SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg; GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH

SAGA erhöht Beteiligungsquote an der GWG

Anfang 2011 hat die GWG-BG, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der HGV, 10,7 Prozent ihrer Anteile an der GWG an die SAGA verkauft. Ziel ist die auch kapitalseitig engere Verflechtung der organisatorisch bereits als Gleichordnungskonzern geführten SAGA GWG. Die Beteiligung der SAGA an der GWG hat sich damit auf rund 67,6 Prozent erhöht. Die übrigen Anteile von rund 32,4 Prozent liegen bei der GWG-BG.

Risiko- und Chancenbericht

KONJUNKTURABHÄNGIGE RISIKEN

Ergebnisse der November-Steuerschätzung 2011

Die November-Steuerschätzung 2011 fand erstmals als Mittelfristschätzung statt und umfasst die Jahre 2011 bis 2016. Die Schätzung hat die Einnahmeprognose für das gesamte Bundesgebiet im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung 2011 in den Jahren 2011 bis 2015 um insgesamt rund 39,5 Mrd. Euro angehoben. Bund, Länder und Gemeinden können danach in 2011 mit rund 16,2 Mrd. Euro, in 2012 mit rund 7,4 Mrd. Euro, in 2013 mit rund 4,5 Mrd. Euro, in 2014 mit rund 5,2 Mrd. Euro und in 2015 mit rund 6,2 Mrd. Euro mehr als im Mai 2011 angenommen rechnen. Für Hamburg signalisiert die November-Steuerschätzung 2011 ein weiteres Wachstum der Steuereinnahmen für die kommenden Jahre. Dabei sind die Einnahmeerwartungen mit 235 Mio. Euro in 2011 (insgesamt rund 8.572 Mio. Euro) und 55 Mio. Euro in 2012 (insgesamt rund 8.830 Mio. Euro) noch höher als im Mai 2011 prognostiziert. Für die Folgejahre 2013 bis 2015 dämpft die November-Steuerschätzung gegenüber Mai jedoch die Einnahmeerwartungen um rund 100 Mio. Euro in 2013 (insgesamt rd. 9.073 Mio. Euro), rund 88 Mio. Euro in 2014 (insgesamt rund 9.401 Mio. Euro) und rund 82 Mio. Euro in 2015 (insgesamt rund 9.744 Mio. Euro). Im neu hinzugekommenen Schätzjahr 2016 wird erstmals mit Steuereinnahmen von über 10 Mrd. Euro (insgesamt rund 10.067 Mio. Euro) gerechnet.

November-Steuerschätzung 2011 signalisiert weiteres Wachstum der Steuereinnahmen für 2011 und 2012

Chancen und Risiken der Entwicklung der Steuereinnahmen

Die positiven Einnahmeerwartungen beruhen ganz überwiegend auf der bundesweit positiven Konjunktur in 2011. So hat die Bundesregierung insbesondere aufgrund einer erstarkenden Binnennachfrage die Erwartung an das Wachstum des BIP in 2011 von nominal 3,5 Prozent (real 2,6 Prozent) auf nominal 3,8 Prozent (real 2,9 Prozent) nach oben korrigiert. Es wird ferner für den Prognosezeitraum mit einem Anstieg des privaten Konsums von durchschnittlich 3,1 Prozent gerechnet. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt mit einer gestiegenen Zahl von Erwerbstätigen und Arbeitnehmern sowie Arbeitslosenzahlen unterhalb der Drei-Millionen-Marke. Hinzu kommt eine dynamische Entwicklung der Löhne und Gehälter. Für den staatlichen Konsum wird eine Wachstumsrate von durchschnittlich 2,5 Prozent jährlich, für die Bruttolanlageinvestitionen eine Wachstumsrate von durchschnittlich 4 Prozent zugrundegelegt. Für den Außenhandel wird in diesem Zeitraum mit einem Wachstum von 6 bis 7 Prozent jährlich gerechnet. Aufgrund der stärkeren Zunahme der Importe wird allerdings der Anteil des Außenbeitrags am BIP absinken.

Positive Konjunktur führt zu Steuermehreinnahmen

Die Herbstprognose unterliegt jedoch erheblichen Unsicherheiten. Insbesondere die Finanz- und Staatsschuldenkrise könnte zu einer Konsum- und Investitionszurückhaltung sowie einer sinkenden Nachfrage auf dem Weltmarkt führen. Die Bundesregierung hat zwar die Wachstumserwartungen für 2012 und die Folgejahre zurückgenommen, geht aber davon aus, dass die Krise politisch beherrschbar bleibt und massive Rückwirkungen auf die Realwirtschaft ausbleiben.

In Hamburg wird aufgrund der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt und des Anstiegs der Löhne und Gehälter bei der Lohnsteuer für 2011 gegenüber 2010 eine Zunahme um 12,3 Prozent (+268 Mio. Euro) erwartet. Für die Folgejahre wird mit geringeren Zuwächsen gerechnet. Die positive Konjunktorentwicklung führt im Vergleich zu 2010 auch zu verbesserten Einnahmeerwartungen bei der Körperschaftsteuer (+21,3 Prozent/+37 Mio. Euro) und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+9,3 Prozent/+27 Mio. Euro). Bei letzteren wurde das vor der Finanz- und Wirtschaftskrise bestehende Niveau noch nicht wieder erreicht, obgleich das Ausschüttungsniveau bei den Unternehmen infolge der Erholung der Ertragslage anstieg. Bei der Umsatzsteuer wird mit Mindereinnahmen von 43 Mio. Euro gegenüber 2010 gerechnet. Gegenüber der Mai-Steuerschätzung sind die Einnahmeerwartungen jedoch um 65 Mio. Euro gestiegen und für die Folgejahre positiv.

Mindereinnahmen gegenüber 2010 werden bei der veranlagten Einkommensteuer (–1,8 Prozent/–15 Mio. Euro) erwartet, bei der das Aufkommen 2010 aufgrund von Selbstanzeigen besonders hoch war. Außerdem sind bestimmte einkommensteuerliche Einkunftsarten wie z.B. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie aus freiberuflicher Tätigkeit weniger konjunkturabhängig als bei der

Körperschaft- und Gewerbesteuer, so dass diese im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise weniger stark eingebrochen sind, im aktuellen Aufschwung dafür aber auch weniger stark anwachsen. Für die Jahre ab 2012 werden deutliche Anstiege erwartet, die allerdings hinter den noch positiveren Schätzwerten vom Mai 2011 zurückbleiben.

Bei der Abgeltungssteuer steigen Hamburgs Netto-Einnahmen gegenüber der Mai-Steuerschätzung um 6 Mio. Euro in 2011 und um 3 Mio. Euro in 2012 an. Dennoch liegen sie um 13 Mio. Euro in 2011 bzw. um 5 Mio. Euro in 2012 unter dem Aufkommen in 2010. Dies ist im Wesentlichen auf die nach wie vor sehr niedrige Durchschnittsverzinsung zurückzuführen. Dadurch dürfte sich in den Anlagestrategien ein seit längerem zu beobachtender Trend weg von zinstragenden Papieren hin zu Dividendenpapieren und Immobilien wieder verstärkt haben. Für die Jahre ab 2012 wird ein stetiger Anstieg der Einnahmen erwartet, wobei erst in 2013 der Stand von 2010 überschritten wird.

Wegen der sehr guten konjunkturellen Entwicklung in den anderen Ländern ist nach der November-Schätzung in 2011 eine Einnahme Hamburgs aus dem Länderfinanzausgleich in Höhe von 28 Mio. Euro zu erwarten. In den Folgejahren ist in wachsendem Umfang wieder mit Zahlungen Hamburgs an den Länderfinanzausgleich zu rechnen.

Risiken aus der Zinsentwicklung

Ebenfalls abhängig vom Konjunkturverlauf ist die Zinsentwicklung. Hamburg hatte im Bereich seiner Kernverwaltung und des »Sondervermögens Konjunkturstabilisierungs-Fonds Hamburg« im Jahr 2010 rund 915 Mio. Euro für Zinslasten aufzubringen.

Risiken aus der Zinsentwicklung für den Hamburger Haushalt

Dabei war das Jahr 2010 von einem besonders niedrigen Zinsniveau geprägt. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise senkte die EZB im Mai 2009 den Leitzins für Hauptrefinanzierungsgeschäfte auf ein Prozent. Nachdem der Leitzins nahezu zwei Jahre auf diesem niedrigen Niveau verblieb, hat die EZB ihn im April 2011 sowie im Juli 2011 im Zuge der wirtschaftlichen Erholung und der anziehenden Teuerungsrate um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf nunmehr 1,5 Prozent angehoben. Im November 2011 senkte die EZB den Leitzins jedoch wieder auf 1,25 Prozent, um auf die sich eintrübenden Wirtschaftsaussichten im Euroraum zu reagieren. In Anbetracht des Ziels des EZB-Rates, die Preissteigerung auch mittelfristig auf niedrigem Niveau – unter, aber nahe 2 Prozent – zu halten, ist angesichts sich verstärkender Inflationstendenzen ein allerdings steigendes Zinsniveau zu erwarten. Dies hat für Hamburg zur Folge, dass bei Refinanzierungen künftig mit höheren Zinsen und folglich steigenden Haushaltsbelastungen gerechnet werden muss.

Die Stadt Hamburg begegnet dem Zinssteigerungsrisiko durch eine vorausschauende Veranschlagung der Zinsaufwendungen im Haushalt und eine zinskostenoptimierte Kreditaufnahmepolitik. Das Zinsänderungsrisiko unterliegt einer fortlaufenden Kontrolle. Darüber hinaus werden Kapitalmarktrisiken auf Basis von Regelungen der Finanzbehörde begrenzt.

STRUKTURELLE RISIKEN

Steigende Aufwendungen für gesetzliche Leistungen in den kommenden Jahren

In den kommenden Jahren ist mit einem weiteren auch anteilmäßigen Anstieg der aus dem Hamburger Haushalt zu finanzierenden großen gesetzlichen Leistungen (Kindertagesbetreuung, Hilfe zur Erziehung, Hilfe zur Pflege, Sozial- und Eingliederungshilfe) zu rechnen. Diese Leistungen machten 2010 mit rund 2,2 Mrd. Euro einen Anteil von etwa 20 Prozent der Gesamtausgaben aus. Für das laufende Haushaltsjahr wird ein vergleichbares Volumen erwartet. Gesellschaftliche Entwicklungstrends wie die steigende Nachfrage nach Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche sowie der demografische Wandel lassen auch künftig steigende Ausgaben für soziale Leistungen erwarten, die sich nur zu einem geringeren Teil durch Steuerungsbemühungen beeinflussen lassen. Die Höhe der künftigen Ausgaben wird jedoch nicht zuletzt durch bundesgesetzliche und konjunkturelle Entwicklungen bestimmt, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht quantifiziert werden können.

DEMOGRAFISCHE RISIKEN

Der demografische Wandel, bedingt durch die erhöhte Lebenserwartung und Geburtenrückgänge, beeinflusst die Aufwands- und Ertragsentwicklung Hamburgs. Trotz positiver Bevölkerungsentwicklungsprognosen für die Stadt bis 2025 wird langfristig eine Verschiebung der Aufwendungen und Erträge nicht ausbleiben. Im Zuge rückläufiger Geburtenzahlen kann langfristig mit einer Entlastung im Bereich der Aufwendungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene (Kita, Schule, Universität) gerechnet werden. Vermehrte Investitionsbedarfe entstehen hingegen tendenziell bei Aufwendungen für ältere Menschen (ambulante Pflege, medizinische Versorgung). Die veränderte Altersstruktur der Gesellschaft erfordert auf allen staatlichen Ebenen strategische Lösungsansätze.

Demografischer Wandel führt zu Verschiebungen in der Aufwands- und Ertragsstruktur

RISIKEN AUS STEUERRECHTSÄNDERUNGEN

Die im Jahr 2010 beschlossenen Steuerrechtsänderungen sehen verschiedene Änderungen bereits ab 2010 vor. Durch das Jahressteuergesetz 2010 wurde beispielsweise im Körperschaftsteuerrecht die Vorschrift, nach der bei Übergang von Anteilen an Kapitalgesellschaften bestehende Verlustvträge untergehen, modifiziert: Insbesondere wurde die Berechnung der stillen Reserven, in deren Höhe Verlustvträge in jedem Fall bestehen bleiben, angepasst. Ferner wurden durch das Jahressteuergesetz 2010 im Bilanzsteuerrecht die Theorien der finalen Entnahme und finalen Betriebsaufgabe gesetzlich verankert. Zu den Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen auf die Steuerbelastung der in den Konzernabschluss einbezogenen Organisationen lässt sich jedoch aufgrund der vielfältig ausgestalteten Sachverhalte in den verschiedenen Organisationen im Detail keine Aussage treffen.

SONSTIGE RISIKEN

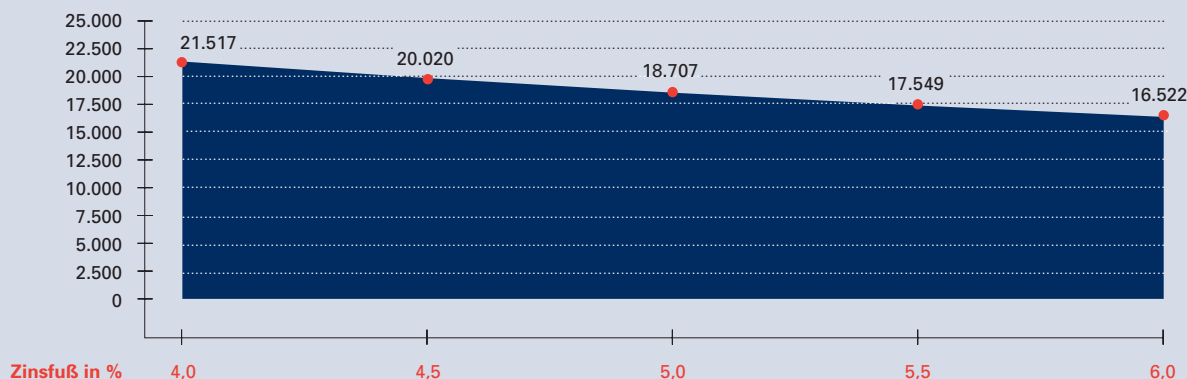
Derzeit bilanziert die Stadt die Pensionsrückstellungen im Jahresabschluss der Kernverwaltung in Anlehnung an das Einkommensteuerrecht mit einem Rechnungszinsfuß von 6 Prozent. Das am 29.05.2009 in Kraft getretene Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) schreibt für private Unternehmen einen von der Bundesbank herausgegebenen Zinssatz vor. Nach der Rückstellungsabzinsungsverordnung des § 253 Abs. 2 Sätze 4 und 5 Handelsgesetzbuch (HGB) beträgt der für den Monat Oktober 2011 bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren anzusetzende Zinssatz 5,13 Prozent.

Die Standards staatlicher Doppik, die von der Freien und Hansestadt Hamburg bei Umstellung auf das Neue Haushaltswesen Hamburg ab dem 01.01.2015 anzuwenden sind, sehen in Abweichung von den Regelungen des BilMoG vor, Pensionsverpflichtungen mit einem Zinssatz von 4,5 Prozent zu diskontieren. Der Zinssatz leitet sich aus dem siebenjährigen Durchschnitt der Umlaufrenditen börsennotierter Bundeswertpapiere mit einer Restlaufzeit von über 15 bis einschließlich 30 Jahren ab. Er wird jährlich durch das Gremium zur Standardisierung des staatlichen Rechnungswesens nach § 49a HGrG überprüft und bei einer festgestellten Abweichung von mehr als 0,5 Prozentpunkten im Vergleich zum Referenzzinssatz angepasst. Bei Ansatz eines Zinssatzes von 4,5 Prozent würde sich in der Bilanz der Kernverwaltung ein eigenkapitalvermindernder Anpassungsbedarf in Höhe von 3,5 Mrd. Euro ergeben.

Regelungen zur Passivierung der Pensionsrückstellungen: Zinssatz von 4,5 Prozent ergäbe Anpassungsbedarf von 3,5 Mrd. Euro

Pensionsrückstellungen der Kernverwaltung per 31.12.2010

Rückstellungsbetrag in Mio. Euro



RISIKOMANAGEMENT DER GEBIETSKÖRPERSCHAFT

Entsprechend den Regelungen nach § 91 Abs. 2 Aktiengesetz (AktG) haben Aktiengesellschaften und über die Ausstrahlungswirkung auch Unternehmen anderer Rechtsformen ein Risikofrüherkennungssystem einzurichten. Ob und in welchem Umfang die Geschäftsführungen der öffentlichen Unternehmen der Freien und Hansestadt Hamburg ein Risikomanagementsystem implementiert haben, hängt ab von Eigenart und Größe des jeweiligen Unternehmens und der Komplexität seiner Struktur.

Die Einrichtung einer mit dem Risikomanagement des Beteiligungsbereichs der Stadt verzahnten Risiko-steuerung einschließlich der Darstellung möglicher Schadenshöhen und Eintrittswahrscheinlichkeiten erfolgt in Anlehnung an die für die Beteiligungen der Stadt geltende Berichterstattung nach § 53 HGrG.

*Risiko-Chancen-
Managementsystem
zur Identifizierung und
Steuerung von Risiken im
Konzernverbund Hamburg*

Im Konzernverbund der Stadt ist zur Identifizierung und Steuerung der Risiken der zukünftigen Entwicklung für alle wesentlichen Konzerngesellschaften ein Risiko-Chancen-Managementsystem (RCMS) eingerichtet. Im Rahmen des RCMS nehmen die Gesellschaften mindestens jährlich eine Risikoinventur vor, indem sie die vorhandenen und zukünftigen Risiken und Risikoursachen erfassen sowie Eintrittswahrscheinlichkeiten und mögliche Schadenshöhen bewerten und klassifizieren. Die Ergebnisse werden in jährlichen Risikoberichten dargestellt. Für das unterjährige Risikocontrolling sind Monitoring- und Steuerungsinstrumente implementiert.

Mit Beschluss der Senatskommission für öffentliche Unternehmen wurde zum 30.06.2009 der Hamburger Corporate Governance Kodex (HCGK) eingeführt. Er gilt für alle Unternehmen, an denen die Stadt oder die HGV eine direkte Mehrheitsbeteiligung halten (mit Ausnahme der HGV selbst).

*Information und Transparenz
durch den Hamburger
Corporate Governance
Kodex (HCGK)*

Mit dem HCGK sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Information aller damit befassten Personen in Hamburg über die wichtigsten Grundsätze zur Führung, Überwachung und Prüfung öffentlicher Unternehmen.
- Einhaltung dieser Grundsätze (Abweichungen sollen jährlich ausgewiesen und begründet werden).

- Öffentlichkeitsarbeit (Information der Bürgerschaft und der interessierten Öffentlichkeit über die Rolle der Stadt als Gesellschafterin in öffentlichen Unternehmen).

Der HCGK orientiert sich in der Struktur und im Inhalt am Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK). Auch wurden Erfahrungen aus anderen Gebietskörperschaften berücksichtigt. Wie der DCGK wird auch der HCGK einmal jährlich angepasst. Die erste Anpassung wurde zum 01.01.2010 vorgenommen. Die öffentlichen Unternehmen haben erstmals für das Geschäftsjahr 2009 Entsprechenserklärungen abgegeben. Nähere Informationen zu den ersten Erfahrungen der öffentlichen Unternehmen mit dem HCGK finden sich im Beteiligungsbericht 2010, der nach Senatsbeschluss im Internet unter <http://www.beteiligungsbericht.fb.hamburg.de/Download.html> veröffentlicht wird.

Im Rahmen der Modernisierung des Hamburger Haushaltswesens werden die verschiedenen Kontroll- und Sicherungsmechanismen zu einem internen Kontrollsystem (IKS) zusammengeführt, das die Standards und Normen des Rechnungswesens nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung beschreibt und überwacht. Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen der Qualitätsverbesserung im Rechnungswesen und die Neugestaltung der Geschäftsprozesse. Das IKS wird voraussichtlich zum Haushaltsjahr 2013 vollständig implementiert sein. Die dazu erforderlichen Arbeiten sind angelaufen (Projekt Herakles); erste Ergebnisse werden für 2011/2012 erwartet.

Einführung eines IKS im Rahmen der Modernisierung des Hamburger Haushaltswesens

CHANCEN

Gesamtwirtschaftliche Chancen

Hamburg, als Zentrum einer mehr als 4 Mio. Menschen zählenden Metropolregion, hat sich in den vergangenen Jahren zu einer der dynamischsten Wirtschaftsregionen Nordeuropas entwickelt. Dabei hat Hamburg nachhaltig von der Expansion des Welthandels im Zuge der Globalisierung profitiert. Besonders zugute kommt der Stadt dabei ihre geografische Lage: Im Norden die hoch entwickelten Volkswirtschaften Skandinaviens, im Süden die europäischen Ballungszentren und im Osten die osteuropäischen Transformationsländer. Eine herausragende Bedeutung für die Bruttowertschöpfung und die Zahl der Arbeitsplätze in Hamburg und der Metropolregion nimmt der Hamburger Hafen ein. Er hat sich als zentrale Drehscheibe des europäischen Handels im Ostseeraum etabliert. Zudem wird mehr als die Hälfte des deutschen Handels mit China über den Hamburger Hafen abgewickelt. Auch fördert er das Wachstum der maritimen Industrie, die sich zu einer wesentlichen Zukunftsbranche in Hamburg entwickelt hat.

Hamburg zählt zu den dynamischsten Wirtschaftsregionen Nordeuropas

Der Hamburger Hafen hat beste Chancen, vom wachsenden Welthandel zu profitieren. Um die Wettbewerbsposition des Hafens zu stärken, wird in die Hafeninfrastruktur investiert; insbesondere wird die Fahrrinnenanpassung der Elbe vorangetrieben.

Als bedeutende Dienstleistungsmetropole, mit besonderen Spezialisierungsvorteilen gegenüber anderen Metropolen Deutschlands in den Bereichen Werbung, Versicherungen, Medien und Kreativwirtschaft, verfügt Hamburg über gute Chancen, am sektoralen Strukturwandel zugunsten des Dienstleistungssektors zu partizipieren. Das hohe Nachfragepotenzial und die hohe Kaufkraft der Hamburger begünstigen dabei die Entwicklung des Dienstleistungssektors. Er wird auch künftig zu den wachstumsstärksten Wirtschaftssektoren zählen.

Obgleich der überwiegende Teil der Wertschöpfung im Dienstleistungssektor erbracht wird, ist auch die Industrie eine tragende Säule der Wirtschaftskraft Hamburgs. Im nationalen Städtevergleich zählt Hamburg zu den drei stärksten Industriemetropolen. So verfügt Hamburg als drittgrößter ziviler Luftfahrtstandort über ein hohes Maß an Spitzentechnologien und Forschungseinrichtungen in diesem Bereich. Somit hat Hamburg beste Chancen, vom internationalen Wachstum der Luftfahrt zu profitieren.

Dank dieses breit gefächerten Wirtschaftsgefüges hat Hamburg sehr gute Aussichten, sich im nationalen und internationalen Wettbewerb der Metropolen behaupten und sein ökonomisches Potenzial ausbauen zu können.

Hamburg mit guter Stellung im Wettbewerb der Metropolen

Strategische Chancen

Hamburg als Zentrum des deutschen Außenhandels und bedeutender Hafenstandort zählt zu den Gewinnern der Globalisierung. Der Globalisierungstrend ist ungebrochen und bewirkt anhaltende Veränderungen der wirtschaftlichen Strukturen. Der Senat begegnet diesen Herausforderungen mit einer aktiven Wirtschafts- und Standortpolitik. Im Zentrum steht dabei nicht nur die Förderung traditioneller wirtschaftlicher Stärken Hamburgs – Hafen, Luftfahrt, Handel und Außenwirtschaft –, sondern auch neuer, innovativer Wirtschaftszweige. Unternehmen aus zukunftssträchtigen Branchen – wie zum Beispiel der Gesundheitswirtschaft, der regenerativen Energien oder der digitalen Wirtschaft – sollen in Hamburg auf optimale Bedingungen treffen. Durch eine enge Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung soll die Innovationskraft der Stadt und der ansässigen Unternehmen nachhaltig gestärkt werden.

Die Standortpolitik ist dabei keinesfalls ausschließlich auf harte Standortfaktoren ausgerichtet. Wirtschaftliche Prosperität bedingt eine hohe Lebensqualität und eine starke Gesellschaft. Die Förderung von Kultur und Sport sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vervollständigt daher die Wirtschafts- und Standortpolitik des Senats. Und die Strategie ist erfolgreich. Entgegen dem bundesweiten Trend verzeichnet Hamburg Bevölkerungszuwächse. Auch die Zahl der Berufspendler nach Hamburg nimmt stetig zu. Dies verdeutlicht die herausragende ökonomische Bedeutung Hamburgs für den nord-deutschen Raum.

Hamburg hat alle Voraussetzungen, seine Position als eine der dynamischsten Wirtschaftsregionen in Nordeuropa zu wahren und auszubauen.

Prognosebericht

STANDARDS STAATLICHER DOPPIK

Die gegenwärtige Fassung der vom Bund-Länder-Arbeitskreis »Kosten- und Leistungsrechnung/Doppik« der Finanzministerkonferenz nach § 49a HGrG zu erarbeitenden Standards staatlicher Doppik wurde im Oktober 2011 beschlossen. Sie sind verpflichtend auf Jahres- und Konzernabschlüsse für Geschäftsjahre anzuwenden, die nach dem 31.12.2010 beginnen.

Standards staatlicher Doppik als Regelwerk für Jahres- und Konzernabschlüsse öffentlicher Gebietskörperschaften

Für Gebietskörperschaften, die ihr Rechnungswesen bis zu diesem Zeitpunkt ganz oder teilweise auf die staatliche doppelte Buchführung umgestellt haben, gilt eine Übergangsfrist bis zum Haushaltsjahr 2015.

Die Standards staatlicher Doppik folgen nach § 7a Abs. 1 HGrG grundsätzlich den Vorschriften des Dritten Buches des HGB. Sie treffen abweichende Regelungen, sofern Besonderheiten der öffentlichen Haushaltswirtschaft dies erfordern. Beispielsweise sind für die Bereiche der investiven Zuwendungen und Pensionsverpflichtungen besondere, vom HGB abweichende Ansatz- und Bewertungsregeln vorgesehen.

ANFORDERUNGEN DER NEUEN FINANZVERFASSUNG

Zu den wesentlichen Bestandteilen der neuen Finanzverfassung gehören die Schuldenbremse des Art. 109 Abs. 3 GG sowie die Einrichtung eines Systems regelmäßiger Haushaltsüberwachung durch den Stabilitätsrat (Art. 109a GG in Verbindung mit dem Gesetz zur Errichtung eines Stabilitätsrats und zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen (Stabilitätsratsgesetz – StabiRatG)). Mit diesen Regelungen, die am 01.01.2010 in Kraft getreten sind, hat sich der Rahmen für die Haushaltspolitik des Bundes und der Länder grundlegend verändert: Ab 2020 ist eine strukturelle Neuverschuldung der Länder nicht mehr zulässig.

Überwachung der Haushaltsentwicklung durch Stabilitätsrat

Bereits ab 2011 sind die Bundesländer angehalten, ihre Haushalte so aufzustellen, dass sie dieses Gebot ab 2020 einhalten können. Der Stabilitätsrat beobachtet die Entwicklung der Haushalts- und Finanzplanung und deren Umsetzung und entscheidet anhand eines Systems von Kennzahlen sowie eines standardisierten Projektionsverfahrens, ob die Haushaltsentwicklung einer Gebietskörperschaft Hinweise auf eine drohende Haushaltsnotlage gibt. Die Grundlage hierfür bildet der vom Bund und jedem Land vorzulegende Stabilitätsbericht.

Der Stabilitätsbericht Hamburgs für 2011 (Bürgerschaftsdrucksache 20/1542 vom 13.09.2011) signalisierte keine drohende Haushaltsnotlage. Die Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung (Standardprojektion) im Rahmen des Stabilitätsberichts zeigte gleichwohl, dass die haushalterischen Handlungsspielräume eingeschränkt bleiben. Dies bestätigt die Entscheidung des Senats, das Ausgabenwachstum der kommenden Jahre auf weniger als ein Prozent pro Jahr zu begrenzen.

Stabilitätsbericht 2011 signalisiert keine drohende Haushaltsnotlage für Hamburg

AUSBLICK

Verschuldungskrise im Euro- raum belastet Konjunktur

Im Verlauf des Jahres 2011 haben sich die Aussichten für die Weltwirtschaft deutlich eingetrübt. Insbesondere wirkte sich die Vertrauens- und Verschuldungskrise im Euroraum und in den Vereinigten Staaten belastend auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Die Lage an den internationalen Finanzmärkten blieb angespannt. Das Ringen der Regierungen der EU um neue Hilfen für Griechenland sowie die Reform des Rettungsfonds zur Beilegung der Schuldenkrise trugen nicht dazu bei, den Vertrauensverlust an den Märkten aufzuhalten. Erst die weitreichenden Beschlüsse des EU- und Euro-Gipfels Ende Oktober, welche u. a. einen Schuldenerlass für Griechenland, eine Hebelung der Mittel des EFSF und höhere Kapitalvorschriften für die Banken umfassten, konnten die Märkte zunächst beruhigen. Weiterhin bestehen aber Zweifel an der Bonität weiterer EU-Länder wie Spanien oder Italien.

Ein weiterer Belastungsfaktor für die Weltwirtschaft war der kräftige Anstieg der Rohstoffpreise in den zurückliegenden Monaten. Mit Blick auf den Rohölpreis besteht zudem die Gefahr, dass sich die politische Lage in Nordafrika weiter verschärft. Auch wirkt die in den meisten Ländern betriebene expansive Geldpolitik inflationstreibend.

Belastbare Aussagen über die konjunkturelle Fortentwicklung sind vor diesem Hintergrund nur eingeschränkt möglich. Große Unsicherheiten bestehen weiterhin hinsichtlich der immensen Staatsverschuldung, insbesondere einiger Staaten im Währungsgebiet des Euro, und der damit verbundenen weiteren Entwicklung an den Finanzmärkten.

Wirtschaftliche Dynamik verlangsamt sich

Von diesen Entwicklungen konnte sich auch die deutsche Wirtschaft nicht gänzlich lösen. Nach einem kräftigen Aufschwung zu Beginn des Jahres 2011 verlangsamte sich die wirtschaftliche Dynamik. Das BIP legte im zweiten Quartal 2011 gegenüber dem ersten Vierteljahr lediglich um 0,1 Prozent zu. Zunehmend verlagerten sich die Wachstumskräfte von der Außenwirtschaft auf die Inlandsnachfrage, insbesondere auf die Bruttoanlageinvestitionen. Die Investitionsnachfrage ist aber wesentlich von der Auslandsnachfrage nach deutschen Waren abhängig, die in absehbarer Zukunft gedämpft bleiben dürfte. Vieles deutet daher darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft auf einen flacheren Wachstumspfad in den kommenden Monaten einschwenken wird. Im Ergebnis rechnet die Bundesregierung mit einem Wachstum von 2,9 Prozent für 2011. Im kommenden Jahr wird das Wachstum voraussichtlich deutlich schwächer ausfallen.

Weiterhin positive Arbeitsmarktentwicklung

Überraschend positiv gestaltete sich die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahmen zu. Die Arbeitslosigkeit war weiterhin rückläufig. Die Arbeitslosenquote betrug im Oktober 2011 7,3 Prozent, ein Rückgang von 0,5 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr.

Die konjunkturelle Grundtendenz in Hamburg blieb aufwärtsgerichtet. Die Umsätze im verarbeitenden Gewerbe lagen von Januar bis August 2011 um 19 Prozent über dem Vorjahresniveau. Auch der Dienstleistungssektor entwickelte sich positiv. So lag die Zahl der Übernachtungen von Januar bis August 2011 8 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Dies wirkte sich positiv auf die Beschäftigung aus. So stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im August 2011 um 2,1 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitpunkt. Die Arbeitslosenquote betrug im Oktober 8,5 Prozent, ein Rückgang von 0,3 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr.

Hamburg ist dank seines breiten Wirtschaftsgefüges mit bedeutenden Industrieunternehmen und einem breiten Dienstleistungssektor im Wettbewerb der Regionen gut aufgestellt und zählt zu den wirtschaftlich dynamischsten Regionen Nordeuropas. Die demografische Entwicklung der Stadt bestätigt dies. Hamburgs Bevölkerungszahl wird im Gegensatz zur Entwicklung im Bund in den nächsten Jahren zunehmen. Der Anstieg ist vor allem Wanderungsgewinnen geschuldet. Die Attraktivität Hamburgs als Wohn- und Arbeitsort gerade für junge, hoch qualifizierte Menschen ist ungebrochen.

Langfristig wird aber auch in Hamburg das Angebot an Arbeitskräften zurückgehen. Der Senat hat dies erkannt. Mithilfe einer umfassenden Fachkräftestrategie, die unter anderem Ausbildungs- und Qualifizierungsinitiativen umfasst, soll dem drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt werden.

Trotz der positiven wirtschaftlichen Aussichten für Hamburg wirken die zuvor beschriebenen Risiken auch auf die Hansestadt. Die Lage des städtischen Haushalts hat sich infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise und einer expansiven Finanzpolitik erheblich verschlechtert. Die zur Einhaltung der Schuldenbremse bis 2020 notwendigen Korrekturen geht der Senat mit einem umfassenden Finanzkonzept an. Diese nachhaltige, die Bedürfnisse nachfolgender Generationen berücksichtigende Finanzpolitik ist Voraussetzung, die beschriebenen Risiken zu begrenzen und die Chancen Hamburgs als Metropole der Zukunft zu nutzen.

*Umfassendes Finanzkonzept
zur Einhaltung der Schulden-
bremse*

Auch unter Einbeziehung der im Risiko- und Chancenteil des Lageberichts dargestellten erwarteten Entwicklung der Steuererträge ist für die Folgejahre auf Ebene sowohl der Kernverwaltung als auch des Konzerns weiterer Eigenkapitalverzehr zu befürchten, da sich der das Ergebnis der Kernverwaltung prägende Einmaleffekt aus der Zuschreibung auf die städtischen Anteile an der HGV nicht wiederholen wird. Insbesondere das Finanzergebnis wird aufgrund der bestehenden Zinslasten noch lange den Ausgleich des Gesamtergebnisses sowohl in der Kernverwaltung als auch im Konzern Hamburg erschweren. Mit seiner finanzpolitischen Maßgabe, den durchschnittlichen jährlichen Ausgabenzuwachs auf weniger als ein Prozent zu begrenzen, konkretisiert der Senat jedoch das Ziel, den Ressourcenverbrauch in zunehmendem Maße durch das erwirtschaftete Ressourcenaufkommen zu decken.

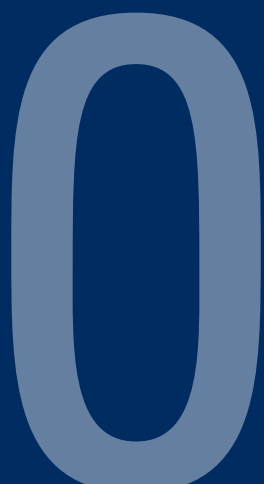
Hamburg, im Dezember 2011

Konzernabschluss

201

42	Konzernbilanz
44	Konzernergebnisrechnung
46	Konzernanlagenspiegel
48	Anhang zum Konzernabschluss
48	Allgemeine Angaben zum Konzernabschluss
49	Konsolidierung
55	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
57	Erläuterungen zur Konzernbilanz
70	Erläuterungen zur Konzernergebnisrechnung
77	Sonstige Angaben
78	Beteiligungsübersicht 2010

Summen und Zwischensummen können Rundungsdifferenzen aufweisen.
Die für die Kernverwaltung angegebenen Werte können konsolidierungsbedingt
von denen im Anhang des Einzelabschlusses abweichen.



Konzernbilanz

zum 31. Dezember 2010

AKTIVA	Anhang	31.12.2009 in Tsd. Euro	31.12.2010 in Tsd. Euro
Aufwendungen für die Ingangsetzung des Geschäftsbetriebs		3.349	2.511
A. ANLAGEVERMÖGEN	(4.1)	54.886.053	55.289.494
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	(4.1)	5.320.213	4.189.325
1. Geleistete Investitionszuwendungen	(4.1)	1.767.208	1.503.382
2. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	(4.1)	73.490	86.980
3. Geschäfts- oder Firmenwerte	(4.1)	2.555.324	1.399.460
4. Geleistete Anzahlungen	(4.1)	924.191	1.199.503
II. Sachanlagen	(4.1)	46.026.268	47.118.350
1. Grundstücke und Bauten	(4.1)	36.112.243	36.699.678
2. Technische Anlagen und Maschinen		4.358.444	4.554.675
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		917.457	981.501
4. Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen		3.186.333	3.224.386
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		1.451.791	1.658.110
III. Finanzanlagen	(4.1)	3.539.572	3.981.819
1. Anteile an verbundenen, nicht vollkonsolidierten Organisationen	(4.1)	276.569	409.512
2. Ausleihungen an verbundene, nicht vollkonsolidierte Organisationen		663	4.859
3. Beteiligungen an assoziierten Organisationen	(4.1)	2.300.629	2.750.742
4. Sonstige Beteiligungen		146.112	154.083
5. Ausleihungen an assoziierte Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(4.1)	203.617	70.474
6. Wertpapiere des Anlagevermögens	(4.1)	557.645	530.115
7. Sonstige Ausleihungen		54.337	62.034
B. UMLAUFVERMÖGEN		9.491.082	9.602.025
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	(4.3)	58.456	71.498
II. Vorräte	(4.4)	579.551	607.506
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	(4.4)	77.176	85.985
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	(4.4)	393.582	441.981
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	(4.4)	1.042	2.187
4. Geleistete Anzahlungen auf Vorräte	(4.4)	107.751	77.353
III. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände	(4.5)	6.344.258	6.447.073
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(4.5)	5.230.786	5.516.715
2. Forderungen gegen verbundene, nicht vollkonsolidierte Organisationen und gegen Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(4.5)	357.636	267.572
3. Forderungen gegen Gesellschafter außerhalb des Konsolidierungskreises	(4.5)	1.135	7.981
4. Sonstige Vermögensgegenstände	(4.5)	754.701	654.805
IV. Wertpapiere des Umlaufvermögens		2.031	25
V. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	(4.6)	2.506.786	2.475.923
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	(4.7)	331.696	351.156
D. AKTIVE LATENTE STEUERN	(4.8)	0	198.581
E. AKTIVIERTER UNTERSCHIEDSBETRAG AUS DER VERMÖGENSVERRECHNUNG		0	144
F. NICHT DURCH EIGENKAPITAL GEDECKTER FEHLBETRAG	(4.9)	131.040	391.859
BILANZSUMME		64.843.220	65.835.770

PASSIVA	Anhang	31.12.2009 in Tsd. Euro	31.12.2010 in Tsd. Euro
A. EIGENKAPITAL	(4.9)	0	0
I. Nettoposition	(4.9)	2.749.859	2.749.859
II. Allgemeine Rücklage (Gewinn-/Kapitalrücklage)	(4.9)	647.764	592.908
III. Zweckgebundene Rücklagen	(4.9)	45.577	67.786
IV. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	(4.9)	–198.141	–129.336
V. Konzernbilanzergebnis	(4.9)	–3.376.099	–3.673.076
VI. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	(4.9)	131.040	391.859
B. SONDERPOSTEN	(4.10)	1.935.057	1.972.061
I. Sonderposten für Investitionszuwendungen	(4.10)	1.661.520	1.704.642
II. Sonderposten für Beiträge und Gebühren	(4.10)	201.525	186.082
III. Sonstige Sonderposten	(4.10)	72.012	81.337
C. RÜCKSTELLUNGEN	(4.11)	23.486.934	23.700.541
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(4.11)	20.835.066	21.753.805
II. Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen und Steuerrückstellungen	(4.11)	80.142	322.267
III. Sonstige Rückstellungen	(4.11)	2.571.726	1.624.469
D. VERBINDLICHKEITEN	(4.12)	39.186.321	40.049.273
I. Anleihen und Obligationen	(4.12)	10.011.160	11.069.088
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(4.12)	23.703.237	18.964.169
III. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	(4.12)	999.848	1.017.053
IV. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(4.12)	1.182.391	1.141.239
V. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen, nicht vollkonsolidierten Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(4.12)	619.034	446.304
VI. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	(4.12)	395.626	398.277
VII. Sonstige Verbindlichkeiten	(4.12)	2.275.025	7.013.143
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	(4.13)	234.908	105.395
F. PASSIVE LATENTE STEUERN	(4.14)	0	8.500
BILANZSUMME		64.843.220	65.835.770

Konzernergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010

	Anhang	2009 in Tsd. Euro	2010 in Tsd. Euro
1. Steuererträge und steuerähnliche Erträge	(5.1)	7.996.467	8.613.518
2. Erträge aus Transferleistungen	(5.1)	565.729	831.308
3. Erträge aus Betriebsmittelzuschüssen		13.286	58.716
4. Umsatzerlöse	(5.1)	4.101.943	4.261.191
5. Gebühren und ähnliche Erträge	(5.1)	570.082	712.317
6. Aktivierte Eigenleistungen		49.913	45.804
7. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		65.697	85.308
8. Erträge aus Mieten und Pachten	(5.1)	90.441	40.572
9. Sonstige Erträge	(5.1)	1.911.799	1.735.108
a) Erträge aus Anlagenabgängen	(5.1)	88.900	106.824
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	(5.1)	953.854	272.214
c) Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	(5.1)	182.502	208.229
d) Übrige sonstige Erträge	(5.1)	686.543	1.147.841
10. Materialaufwendungen	(5.2)	1.952.327	1.988.469
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	(5.2)	431.432	478.071
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	(5.2)	1.520.895	1.510.398
11. Personalaufwendungen	(5.2)	6.468.664	5.920.742
a) Entgelte und Bezüge	(5.2)	3.741.239	4.183.520
b) Sozial- und Versorgungsleistungen für Altersversorgung	(5.2)	1.049.284	1.088.803
c) Sonstige Sozial- und Versorgungsleistungen	(5.2)	1.678.141	648.419
12. Aufwendungen für Transferleistungen		3.154.393	2.968.648
13. Aufwendungen für Betriebsmittelzuschüsse		114.805	119.651
14. Aufwendungen für den Länderfinanzausgleich		40.009	58.181
15. Abschreibungen	(5.2)	1.409.869	1.322.529
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(5.2)	1.394.656	1.318.871
b) Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens und sonstige Abschreibungen		15.213	3.658
16. Aufwendungen aus Mieten und Pachten	(5.2)	388.100	363.052
17. Sonstige Aufwendungen	(5.2)	2.143.849	2.611.402
a) Verluste aus Anlagenabgang	(5.2)	523.583	286.380
b) Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	(5.2)	485.885	747.101
c) Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten	(5.2)	61.788	58.350
d) Übrige sonstige Aufwendungen	(5.2)	1.072.593	1.519.571

	Anhang	2009 in Tsd. Euro	2010 in Tsd. Euro
18. ERGEBNIS DER LAUFENDEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	(5.3)	– 306.659	1.031.168
19. Ergebnis aus Beteiligungen	(5.4)	– 324.583	34.078
20. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		5.571	6.924
21. Zinsen und ähnliche Erträge	(5.4)	273.845	334.049
22. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	(5.4)	10.360	3.618
23. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(5.4)	1.247.221	1.384.727
24. FINANZERGEBNIS	(5.4)	–1.302.748	–1.013.294
25. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	(5.5)	–1.609.407	17.874
26. Außerordentliche Erträge		3.164	21.850
27. Außerordentliche Aufwendungen		18.959	44.926
28. AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS	(5.6)	–15.795	–23.075
29. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(5.7)	50.391	57.092
30. Sonstige Steuern	(5.7)	28.349	18.826
31. Latente Steuern	(5.7)	0	13.097
32. JAHRESFEHLBETRAG		–1.703.942	–94.217
33. Verlustvortrag aus Vorjahren		1.633.704	3.376.099
34. Einstellungen in / Entnahmen aus Rücklagen		– 3.193	–154.388
35. Anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn		46.781	57.403
36. Auf andere Gesellschafter entfallender Verlust		11.522	9.031
37. KONZERNBILANZERGEBNIS		– 3.376.099	– 3.673.076

Konzernanlagenspiegel

zum 31. Dezember 2010

ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN							
	Stand 01.01.2010	Änderun- gen des Konsoli- dierungs- kreises	Zugang	Abgang	Umbu- chung / Umgliede- rung	Anpassun- gen VJ	Stand 31.12.2010
	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Geleistete Investitionszuwendungen	6.011.766	189	84.151	-1.286.937	-74.534	—	4.734.635
2. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	362.938	9.588	18.272	-9.751	18.294	—	399.342
3. Geschäfts- oder Firmenwerte	3.218.622	—	206.580	—	-166.318	-1.327.124	1.931.760
4. Geleistete Anzahlungen	924.191	—	364.989	-49.981	-39.696	—	1.199.503
	10.517.517	9.777	673.993	-1.346.669	-262.254	-1.327.124	8.265.240
II. Sachanlagen							
1. Grundstücke und Bauten	51.092.843	21.543	600.982	-489.237	225.849	669.510	52.121.490
2. Technische Anlagen und Maschinen	7.408.287	209.631	190.874	-86.141	232.934	—	7.955.585
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.194.740	140.088	163.520	-398.466	19.191	—	3.119.073
4. Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen	3.186.455	40.149	1.870	-2.703	—	—	3.225.772
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.532.920	18.559	783.028	-89.196	-501.499	—	1.743.812
	66.415.246	429.970	1.740.274	-1.065.743	-23.525	669.510	68.165.732
III. Finanzanlagen							
1. Anteile an verbundenen, nicht vollkonsolidierten Organisationen	305.905	209	16.294	-7.895	-8.387	121.692	427.818
2. Ausleihungen an verbundene, nicht vollkonsolidierte Organisationen	3.713	—	4.234	-88	—	—	7.859
3. Beteiligungen an assoziierten Organisationen	3.157.885	—	60.166	-25.844	558.199	88.633	3.839.039
4. Sonstige Beteiligungen	219.600	134	3.236	-486	-22.640	—	199.844
5. Ausleihungen an assoziierte Organisa- tionen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	205.662	—	184.920	-77.362	-241.650	—	71.569
6. Wertpapiere des Anlagevermögens	766.593	1.945	105.082	-13.619	-324.584	—	535.417
7. Sonstige Ausleihungen	54.348	—	8.416	-716	—	—	62.048
	4.713.706	2.288	382.348	-126.010	-39.062	210.325	5.143.594
					1)	2)	
ANLAGEVERMÖGEN INSGESAMT	81.646.469	442.036	2.796.614	-2.538.422	-324.841	-447.289	81.574.567

1) Die Spalte Anschaffungs- und Herstellungskosten Umbuchung/Umgliederung enthält
5.656 Tsd. Euro Saldierungen der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
mit Wertpapieren des Finanzanlagevermögens

ABSCHREIBUNGEN / WERTBERICHTIGUNGEN							RESTBUCHWERTE	
Stand 01.01.2010	Änderun- gen des Konsoli- dierungs- kreises	Zugang	Abgang	Zuschrei- bungen	Anpassun- gen VJ	Stand 31.12.2010	Stand 31.12.2009	Stand 31.12.2010
in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro
-4.244.558	-6	-260.270	1.273.581	—	—	-3.231.253	1.767.208	1.503.382
-289.448	-7.177	-25.191	9.453	—	—	-312.362	73.490	86.980
-663.299	—	38.618	—	—	92.381	-532.300	2.555.324	1.399.460
—	—	-421	422	—	—	—	924.191	1.199.503
-5.197.305	-7.183	-247.264	1.283.456	—	92.381	-4.075.915	5.320.213	4.189.325
-14.980.600	-9.392	-518.103	132.297	3.667	-49.680	-15.421.812	36.112.243	36.699.678
-3.049.843	-144.508	-269.369	62.810	—	—	-3.400.910	4.358.444	4.554.675
-2.277.283	-90.744	-166.078	396.527	6	—	-2.137.572	917.457	981.501
-123	-1.221	-50	7	—	—	-1.386	3.186.333	3.224.386
-81.129	—	-5.512	938	—	—	-85.702	1.451.791	1.658.110
-20.388.977	-245.865	-959.112	592.579	3.673	-49.680	-21.047.382	46.026.268	47.118.350
-29.337	-25	11.055	—	—	—	-18.306	276.569	409.512
-3.050	—	—	50	—	—	-3.000	663	4.859
-857.256	—	-218.694	—	—	-12.346	-1.088.297	2.300.629	2.750.742
-73.487	-106	-2.050	—	29.882	—	-45.761	146.112	154.083
-2.045	—	950	—	—	—	-1.095	203.617	70.474
-208.949	—	203.325	321	—	—	-5.302	557.645	530.115
-11	—	-3	—	—	—	-14	54.337	62.034
-1.174.134	-131	-5.417	371	29.882	-12.346	-1.161.775	3.539.572	3.981.819
2)								
-26.760.416	-253.179	-1.211.793	1.876.405	33.555	30.355	-26.285.073	54.886.053	55.289.494

2) Die Spalte Anpassungen VJ enthält Korrekturbuchungen aus der Bewertung der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV) im Anlagevermögen.

Aufgrund des Ausweises in Tsd. Euro können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Anhang zum Konzernabschluss

für das Geschäftsjahr 2010

1 Allgemeine Angaben zum Konzernabschluss

Der Konzernabschluss der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) für das Geschäftsjahr vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2010 wurde in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) aufgestellt. Das Nähere regelt die **Konzernrichtlinie der FHH**.

Der mit dem Konzernabschluss der FHH abgebildete Konsolidierungskreis umfasst neben der Kernverwaltung die wirtschaftlich selbstständigen Tochterorganisationen und die assoziierten Aufgabenbereiche der FHH (siehe im Abschnitt 2 »Konsolidierung«). Konzernmutter ist die Kernverwaltung der FHH. Der Konzernabschluss stellt keine bloße Addition der Daten der einbezogenen Konzerneinheiten dar, sondern fasst die Positionen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den einzelnen selbstständigen Einheiten zur Konzernsicht zusammen.

Für den Konzernabschluss wurde festgelegt, dass zunächst nicht alle Bilanzierungs- und Bewertungsmaßstäbe im Konzern vollständig nach den Grundsätzen des Jahresabschlusses für die Kernverwaltung vereinheitlicht werden (siehe im Abschnitt 3 »Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden«). In einer Übergangszeit bis 2014 werden die Ansatz-, Bewertungs- und Darstellungsgrundsätze im Konzernverbund harmonisiert.

Wesentliche Schritte in diese Richtung hat die Finanzbehörde (FB) mit der Herausgabe von »**Regelungen zur Vereinheitlichung der Bewertungs- und Bilanzierungsstandards im Konzern Freie und Hansestadt Hamburg**« unternommen. Handelsrechtliche Wahlrechte werden von den Tochterorganisationen im Konzernverbund der FHH nunmehr einheitlich ausgeübt.

Zu den wesentlichen Festlegungen für die Konzernrechnungslegung der FHH zählen:

- Verwendung von Beteiligungswerten, die im Zuge der Eröffnungsbilanzerstellung durch die Kernverwaltung nach der Eigenkapital-Spiegelbildmethode (at equity) oder gutachterlich ermittelt und als Anschaffungskosten fortgeschrieben werden.
- Keine Konsolidierung von Steuern im Konzern (siehe im Abschnitt 2.3 »Konsolidierungsgrundsätze«).
- Verzicht auf eine Segmentberichterstattung.
- Begrenzung der Zwischenergebniseliminierungen auf wesentliche Vorgänge (siehe im Abschnitt 2.3 »Konsolidierungsgrundsätze«).
- Verzicht auf Zwischenabschlüsse bei Organisationseinheiten mit abweichendem Geschäftsjahr (siehe im Abschnitt 3.2 »Weitere Festlegungen«).

Das Gliederungsschema der Bilanz nach § 266 HGB Abs. 2 und 3 ist den Besonderheiten der Rechnungslegung der öffentlichen Verwaltung angepasst.

Die Ergebnisrechnung wird entsprechend § 275 Abs. 2 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Mit dem Begriff **Ergebnisrechnung** statt **Gewinn- und Verlustrechnung** wird berücksichtigt, dass bei einer Gebietskörperschaft keine Gewinnerzielungsabsicht besteht.

Um die Ergebnisrechnung und die Bilanz übersichtlicher zu gestalten, werden einzelne Posten zusammengefasst. Diese Posten werden im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Leerposten werden nicht gezeigt.

Der Konzernabschluss wird, wie auch der Jahresabschluss für die Kernverwaltung der Stadt, zusätzlich zur kameralen Rechnungslegung erstellt. Mit dem Konzernabschluss der FHH sind keine handels- und steuerrechtlichen Wirkungen für die Tochterorganisationen verbunden. Insbesondere entbindet er die Tochterorganisationen nicht von der Pflicht, ihrerseits einen befreienden Konzernabschluss aufzustellen.

Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt. Sofern nichts anderes angegeben ist, werden sämtliche Werte auf Millionen Euro (Mio. Euro) gerundet.

2 Konsolidierung

2.1 KREIS DER EINZUBEZIEHENDEN ORGANISATIONEN

Der Konsolidierungskreis umfasst den Kernbilanzierungskreis – dargestellt im Jahresabschluss für die Kernverwaltung – und die wirtschaftlich verselbstständigten Einheiten der FHH, hier als Tochterorganisationen, andere Beteiligungen und Anteile bezeichnet. Letztere können sowohl in öffentlich-rechtlicher als auch in privatrechtlicher Form organisiert sein.

Konzernstruktur der FHH

KONZERN FREIE UND HANSESTADT HAMBURG			
KERNBILANZIERUNGSKREIS		TOCHTERORGANISATIONEN, ANDERE BETEILIGUNGEN UND ANTEILE	
Behörden und Ämter	Sonderbereiche	Öffentlich-rechtliche Organisationseinheiten	Privatrechtliche Organisationseinheiten
■ Fachbehörden ■ Senatsämter ■ Bezirksämter	■ Selbstbewirtschaftungsfonds ■ Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO ohne eigenes Rechnungswesen	■ Landeseinrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO ■ Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO ■ Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO mit eigenem Rechnungswesen ■ Körperschaften des öffentlichen Rechts ■ Anstalten des öffentlichen Rechts ■ Stiftungen des öffentlichen Rechts	■ Kapitalgesellschaften ■ Personengesellschaften

Anstelle des im Handelsrecht verwendeten Begriffs der verbundenen Unternehmen wird der Terminus verbundene Organisationen verwendet, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass auch öffentlich-rechtliche Organisationseinheiten, die keine Unternehmen sind, in den Konzernabschluss einbezogen werden.

Dem Kernbilanzierungskreis sind diejenigen Organisationsbereiche zugeordnet, die mit der FHH verbunden, aber

- wirtschaftlich unselbstständig sind oder
- kein eigenständiges kaufmännisches Rechnungswesen führen oder
- über keine selbstständig entscheidungsbefugte Leitung verfügen.

Für weitergehende Informationen zum Kernbilanzierungskreis wird auf den Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung (siehe im Abschnitt 3.5, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung) verwiesen.

In Abgrenzung zur Kernverwaltung sind die Tochterorganisationen und die anderen Beteiligungen mit der FHH verbundene, aber wirtschaftlich eigenständig operierende Organisationseinheiten, die den Zielen der FHH dauerhaft dienen sollen. Die Eigenständigkeit von Tochterorganisationen manifestiert sich i. d. R. in einer eigenen Leitung und einem eigenen Rechnungswesen.

Tochterorganisationen sind von der FHH beherrschte Einheiten. Die FHH verfügt über einen beherrschenden Einfluss, wenn sie die Finanz- und Geschäftspolitik der Tochterorganisationen bestimmen kann. Dies wird i. d. R. bei einer direkten oder indirekten Kapitalbeteiligung von mehr als der Hälfte der Stimmrechte an der Organisation angenommen, sofern die FHH die Organisation mithilfe dieser Stimmrechte tatsächlich beherrschen kann.

Beteiligungen i. S. v. Gemeinschaftsorganisationen und assoziierten Organisationen sind Konzerneinheiten, auf die die FHH einen maßgeblichen, aber keinen beherrschenden Einfluss ausüben kann. Ein maßgeblicher Einfluss besteht regelmäßig, wenn die FHH einen Anteil von mindestens 20 % an der Organisation hält. Beteiligungen i. S. v. Gemeinschaftsorganisationen sind eine Sonderform der assoziierten Organisationen und werden im Abschluss der FHH analog zu diesen behandelt.

Organisationen, auf die die FHH weder einen beherrschenden noch einen maßgeblichen Einfluss ausüben kann, werden als andere Anteile berücksichtigt. Dies betrifft i. d. R. Organisationen, an denen die FHH Anteilsrechte von weniger als 20 % hält. Sie werden nach der mit dem Anteilsbesitz verbundenen Zwecksetzung als Anlage- oder Umlaufvermögen geführt.

2.2 ABGRENZUNG DES KONSOLIDIERUNGSKREISES 2010

Der Konsolidierungskreis 2010 ist in Übereinstimmung mit den in der Konzernrichtlinie festgelegten Wesentlichkeitskriterien auf der Grundlage der Abschlüsse des Geschäftsjahres 2010 der Organisationen abgegrenzt worden. Grundsätzlich sind diejenigen Tochterorganisationen voll zu konsolidieren, die entweder einen Umsatz von über 15 Mio. Euro erzielen, eine Bilanzsumme von über 20 Mio. Euro aufweisen oder ein Jahresergebnis von über 10 Mio. Euro bzw. unter –10 Mio. Euro erwirtschaften. Tochterorganisationen, die unterhalb dieser Schwellenwerte liegen, werden zu Anschaffungskosten (at cost) in den Konzernabschluss einbezogen. Der Anteil der unwesentlichen Töchter ist in Summe ebenfalls unwesentlich für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns, da auf diese weniger als 1 % der Bilanzsumme und des Ergebnisses des Gesamtkonzerns entfallen. Unter Beachtung der Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit werden nicht in den Konzernabschluss einbezogen:

- Tochterorganisationen, die im Konzernabschluss ihrer Muttergesellschaft als unwesentlich bewertet werden, sowie
- verbundene ausländische Organisationen.

Gegenwärtig noch nicht im Konzernabschluss abgebildet ist das Sondervermögen »Stadt und Hafen«, da dieses derzeit nach kamerale Grundsätzen Rechnung legt und erst zum 01.01.2012 eine den handelsrechtlichen Vorgaben entsprechende Eröffnungsbilanz vorlegen wird. Der kamerale Jahresabschluss für 2010 weist ein Jahresergebnis von 3,1 Mio. Euro und einen Schuldenstand von 286,9 Mio. Euro aus.

In den Konzernabschluss 2010 sind unter Berücksichtigung von Einbeziehungswahlrechten 102 Tochterorganisationen vollkonsolidiert einbezogen worden. Folgende Organisationen sind neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen worden:

- TuTech Innovation GmbH
- KFE Energie GmbH
- Klinik Gastronomie Eppendorf GmbH
- Martini-Klinik am UKE GmbH
- Universität Hamburg
- Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
- Technische Universität Hamburg-Harburg
- Hochschule für Musik und Theater Hamburg
- HafenCity Universität Hamburg – Universität für Baukunst und Metropolenentwicklung
- WERT Wertstoff-Einsammlung GmbH
- GGV Grundstücksgesellschaft Verwaltungsgebäude Neuenfelder Straße mbH

Die GGV Grundstücksgesellschaft Verwaltungsgebäude Neuenfelder Straße mbH wurde 2010 zur Errichtung des neuen Verwaltungsgebäudes der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) gegründet. Sie ist bereits im Gründungsjahr im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen worden, da das Geschäftsmodell so angelegt ist, dass sie in künftigen Abschlüssen als wesentlich zu betrachten sein wird.

Die BeNEX GmbH, die 1. Benex Fahrzeuggesellschaft mbH, die MOLITA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Messe Hamburg KG und die Hamburg Tourismus GmbH (HHT) werden aufgrund von Stimmrechtsbeschränkungen nicht vollkonsolidiert.

Die Forschungs- und Wissenschaftsstiftung Hamburg hat im Abschluss 2010 das Wesentlichkeitskriterium Bilanzsumme knapp überschritten. Da die FHH aber nicht beabsichtigt, die Stiftung dauerhaft weiter zu betreiben, ist sie nicht vollkonsolidiert in den Konzernabschluss einbezogen worden.

Die IGS Internationale Gartenschau Hamburg 2013 Gesellschaft mit beschränkter Haftung hat 2010 das Einzelkriterium Bilanzsumme knapp überschritten. Die Ambulanzzentrum des UKE GmbH und die HHLA Energiehandelsgesellschaft mbH haben lediglich das Einzelkriterium Umsatz 2010 überschritten, wobei die HHLA Energiehandelsgesellschaft mbH zudem zum 01.01.2011 mit der HHLA Container Terminals Gesellschaft mit beschränkter Haftung verschmolzen ist. Daher sind die Gesellschaften 2010 aus Wesentlichkeits- und Wirtschaftlichkeitsgründen nicht in den Konzernabschluss aufgenommen worden.

Gemeinschaftsorganisationen werden in den Konzernabschluss im Wege der Konsolidierung at equity einbezogen. Die Quotenkonsolidierung findet nur dann Anwendung, wenn die Gemeinschaftsorganisationen von wesentlicher Bedeutung sind und eine Konsolidierung at equity zu einem unzutreffenden Bild der wirtschaftlichen Lage des Konzerns führen würde. Daher ist im Konzernabschluss 2010 die HSH Finanzfonds AöR anteilmäßig konsolidiert worden.

Beteiligungen i. S. v. assoziierten Organisationen werden at equity konsolidiert. Für assoziierte Organisationen gelten die gleichen Wesentlichkeitskriterien wie für Tochterorganisationen. Assoziierte Organisationen, die unterhalb dieser Schwellenwerte liegen, werden at cost in den Konzernabschluss einbezogen.

Insgesamt sind zum 31.12.2010 wie im Vorjahr zwölf Beteiligungen at equity konsolidiert worden. Die PIER Holding GmbH ist aus dem Konsolidierungskreis ausgeschieden, da sie mit der Elbe-Werkstätten GmbH verschmolzen ist, die wiederum erstmals 2010 at equity konsolidiert worden ist.

Sonstige Beteiligungen, bei denen weder ein beherrschender noch ein maßgeblicher Einfluss der FHH besteht, werden at cost bewertet.

Die Aufstellung des Beteiligungsbesitzes gemäß § 313 Abs. 2 HGB ist als Abschnitt 7 dem Konzernanhang beigelegt. Sie weist 340 Tochterorganisationen und Beteiligungen aus, davon befinden sich 92 im direkten Anteilsbesitz der FHH.

Organisationen, an denen die FHH weniger als 20 % der Anteile hält, und Tochterorganisationen von assoziierten Organisationen werden nicht gesondert ausgewiesen. Auf die Nennung dieser Anteile wird gemäß § 313 Abs. 2 Nr. 4 HGB verzichtet.

2.3 KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE

Bei der Vollkonsolidierung von Organisationseinheiten aus Teilkonzernen wird auf die jeweiligen Einzelabschlüsse abgestellt. Konzernabschlüsse werden lediglich für die Konsolidierung at equity herangezogen.

Grundsätze für die Vollkonsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Buchwertmethode. Bei dieser werden die Beteiligungsbuchwerte der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterorganisationen gegen das anteilige Eigenkapital aufgerechnet.

Die Vermögensgegenstände und Schulden werden zu Buchwerten übernommen. Verbleibende Unterschiedsbeträge werden im Rahmen der Konsolidierungsrechnung auf ihre Ursachen hin untersucht.

Eine Konsolidierung von Steuererträgen und -aufwendungen sowie Steuerforderungen, Steuerverbindlichkeiten und Steuerlatenzen wird nicht vorgenommen. Bei einem staatlichen Konzernabschluss besteht im Vergleich zu einem privaten Konzern die Besonderheit, dass nicht nur Steueraufwendungen geleistet, sondern auch Steuererträge erzielt werden. Einige der Steuern, die von einbezogenen Tochterorganisationen zu zahlen sind, fließen direkt oder anteilig über Umlagen an die Konzernmutter. Aus Sicht des Konzerns handelt es sich hierbei zwar prinzipiell um Aufwendungen bzw. Erträge, die grundsätzlich zu eliminieren wären, aufgrund des hoheitlichen Charakters der Steuererhebung ist im Konzernabschluss in Modifizierung der Einheitstheorie aber der Bruttoausweis festgelegt. Posten in der Bilanz und Ergebnisrechnung, die aus der Stellung der FHH als Steuergläubigerin resultieren, werden daher auch im Konzernabschluss gezeigt.

Die einzeln zurechenbaren stillen Reserven werden bei den jeweiligen Vermögenswerten aktiviert.

Die gesamten stillen Reserven haben sich im Vergleich zum Vorjahr (1.994,9 Mio. Euro) um 585,2 Mio. Euro erhöht. Dies ist auf die Neubewertung der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV) zum Erstkonsolidierungszeitpunkt zurückzuführen, die zu einer Neuordnung der stillen Reserven und Unterschiedsbeträge auf die der HGV nachgeordneten Organisationen führte.

Zum 31.12.2010 betrug der Wert der aufgrund von Gutachten dem Posten Grundstücke und Bauten zugeordneten stillen Reserven insgesamt 2.580,1 Mio. Euro. Hiervon entfallen

- 1.658,1 Mio. Euro auf die SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg,
- 348,9 Mio. Euro auf die GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH,
- 202,1 Mio. Euro auf die HGV,
- 137,5 Mio. Euro auf die Bäderland Hamburg GmbH (BLH),
- 84,2 Mio. Euro auf die Hamburg Messe und Congress GmbH,
- 74,5 Mio. Euro auf die Hamburger Wasserwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
- 53,3 Mio. Euro auf die HSG Hanseatische Siedlungs-Gesellschaft mbH,
- 12,3 Mio. Euro auf die Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft,
- 5,1 Mio. Euro auf die Pinneberger Verkehrsgesellschaft mbH (PVG) und
- 4,1 Mio. Euro auf die HOCHBAHN Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG.

Vom Gesamtwert der stillen Reserven ist ein Teilbetrag von 794,9 Mio. Euro den Gebäuden zugeordnet und wird planmäßig mit diesen abgeschrieben.

Aufzudeckende stille Reserven bei anderen Vermögensgegenständen als Grundstücke und Bauten ergaben sich nicht.

Verbleibende Unterschiedsbeträge werden entweder mit den Konzernrücklagen verrechnet (negativer Unterschiedsbetrag) oder als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert (positiver Unterschiedsbetrag) und grundsätzlich über 20 Jahre abgeschrieben. Die Geschäfts- oder Firmenwerte werden gesondert unter den immateriellen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte sind von 2.555,3 Mio. Euro um 1.155,8 Mio. Euro auf 1.399,5 Mio. Euro gesunken. Die Abnahme betrifft im Wesentlichen die Neubewertung der HGV mit 1.104,7 Mio. Euro. Darüber hinaus sind Zugänge von 46,4 Mio. Euro zu verzeichnen, denen Abschreibungen von 97,6 Mio. Euro gegenüberstehen. Hiervon entfallen 91,0 Mio. Euro auf außerplanmäßige Abschreibungen.

Die aus der Kapitalkonsolidierung resultierenden negativen Unterschiedsbeträge haben sich im Berichtsjahr um 136,2 Mio. Euro auf 734,6 Mio. Euro erhöht. Sie werden direkt mit den Konzernrücklagen verrechnet.

Von den 2010 hinzugekommenen negativen Unterschiedsbeträgen entfallen 122,1 Mio. Euro auf die im Berichtsjahr erstkonsolidierten Tochterorganisationen (insbesondere Hochschulen), 8,1 Mio. Euro auf die Neubewertung der HGV und 5,9 Mio. Euro auf Kapitalmaßnahmen bereits konsolidierter Organisationen.

Minderheitenanteile Dritter werden in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem auf die FHH entfallenden Eigenkapital ausgewiesen. Das den Minderheitsgesellschaftern zurechenbare Konzernergebnis wird in der Konzernergebnisrechnung separat gezeigt.

Grundsätze für die Quotenkonsolidierung

Seit 2009 wird die HSH Finanzfonds AöR als Gemeinschaftsunternehmen quotal in den Konzernabschluss einbezogen. Für die Quotenkonsolidierung gelten prinzipiell die gleichen Grundsätze wie für die Vollkonsolidierung. Allerdings werden die Abschlussposten des Gemeinschaftsunternehmens nur anteilig in Höhe der Beteiligungsquote des Konzerns in den Konzernabschluss übernommen.

Grundsätze für die Equity-Konsolidierung

Im Gegensatz zur Vollkonsolidierung werden bei der Konsolidierung at equity nicht die Abschlussposten der assoziierten Organisation in die Konzernbilanz übernommen, sondern es wird lediglich der Beteiligungswert modifiziert. Er wird ausgehend von den historischen Anschaffungskosten der Beteiligung entsprechend der Entwicklung des anteiligen Eigenkapitals der jeweiligen assoziierten Organisation fortgeschrieben. Für die Erstkonsolidierung der assoziierten Organisationen wurde die Buchwertmethode angewandt.

Für den Konzernabschluss 2010 wurden gemäß § 312 Abs. 6 HGB grundsätzlich die Konzernabschlüsse der assoziierten Organisationen herangezogen. In den Fällen, in denen keine Konzernabschlüsse aufgestellt wurden, wurde auf den Jahresabschluss abgestellt.

Die Konzernabschlüsse der HSH Nordbank AG und seit 2010 auch der Asklepios Kliniken Hamburg GmbH werden nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Aus der Umstellung bei der Asklepios Kliniken Hamburg GmbH resultierte eine Kapitalzunahme von insgesamt 69,2 Mio. Euro, hiervon entfielen 17,4 Mio. Euro auf den Konzern FHH. Auf eine Vereinheitlichung der Bewertungsmethoden ist nach § 312 Abs. 5 HGB bei allen einbezogenen assoziierten Organisationen im Konzernabschluss verzichtet worden.

Entstehende Unterschiedsbeträge zwischen den Anschaffungskosten der Beteiligung und dem anteiligen Eigenkapital der assoziierten Organisation werden auch bei der Konsolidierung at equity ermittelt.

Der Gesamtwert der im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen Geschäfts- oder Firmenwerte assoziierter Organisationen ist im Geschäftsjahr von 3,7 Mio. Euro auf 42,9 Mio. Euro gestiegen. Im Rahmen der Neubewertung der HGV wurden Geschäfts- oder Firmenwerte von 61,7 Mio. Euro assoziierter Organisationen zugewiesen. Diese wurden um Abschreibungen von insgesamt 22,4 Mio. Euro bereinigt, wobei 12,3 Mio. Euro auf Vorjahre entfallen. Weiterhin sind Zugänge von 0,6 Mio. Euro und Abgänge von 0,5 Mio. Euro sowie Abschreibungen von 0,2 Mio. Euro im Wertansatz der Geschäfts- oder Firmenwerte assoziierter Organisationen berücksichtigt.

Die aus der Kapitalkonsolidierung assoziierter Organisationen resultierenden negativen Unterschiedsbeträge sind im Geschäftsjahr von 1,2 Mio. Euro auf 13,5 Mio. Euro gestiegen. Hiervon entfallen 6,6 Mio. Euro auf die Neubewertung der HGV und im Zuge der Umstellung der Bilanzierung auf IFRS 5,7 Mio. Euro auf die Asklepios Kliniken Hamburg GmbH.

Grundsätze für die Konzernaufrechnungen

Konzerninterne Forderungen, Verbindlichkeiten und Rückstellungen werden im Wege der Schuldenkonsolidierung gegeneinander aufgerechnet. Insgesamt sind zum 31.12.2010 konzerninterne Verpflichtungen i. H. v. 5.940,5 Mio. Euro eliminiert worden. Die saldierten Aufrechnungsdifferenzen i. H. v. 48,5 Mio. Euro sind vollständig ergebniswirksam als Ertrag behandelt worden.

Geschäftsvorgänge zwischen den Konzerngesellschaften (Binnenumsätze) sind im Rahmen der Aufwands- und Ertragseliminierung nach § 305 HGB miteinander verrechnet worden, soweit sie nicht als Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen oder als andere aktivierte Eigenleistungen auszuweisen sind.

Differenzen aus der Aufwands- und Ertragseliminierung sind ergebniswirksam verrechnet worden. Im Ergebnis sind konzerninterne Lieferungs- und Leistungsbeziehungen i. H. v. 2.867,8 Mio. Euro eliminiert und saldierte Differenzen von 84,6 Mio. Euro als Aufwand erfasst worden.

Ergebniseliminierungen waren im Bereich der Finanzanlagen vorzunehmen, da wesentliche Zwischengewinne aus der Veräußerung von Anteilen an vollkonsolidierten Tochterorganisationen (GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH sowie SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg) aufgetreten sind. Diese sind im Rahmen der Vollkonsolidierung in einem Umfang von 147,2 Mio. Euro eliminiert worden.

Neubewertung der HGV

Im Rahmen der Beratungen des Jahres- und Konzernabschlusses auf den 31.12.2007 hat der Haushaltsausschuss der Hamburger Bürgerschaft gefordert, den Wertansatz der HGV im Einzelabschluss und die Bilanzierung von Verkaufserlösen im Konzernabschluss zu überprüfen. Um der Aufforderung des Haushaltsausschusses nachzukommen, hat die Finanzbehörde (FB) eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt, den Zeitwert der Gesellschaft auf den 01.01.2006 und auf den 31.12.2010 auf der Grundlage des Bewertungsstandards IDW S 1 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) »Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen« (IDW S 1) gutachterlich zu ermitteln.

Die Wertbetrachtung zum 01.01.2006 ergab, dass der in der Eröffnungsbilanz der FHH für die HGV ausgewiesene Wert um 160,2 Mio. Euro unter dem methodisch richtig anzusetzenden Wert lag.

Das Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft folgte der Grundannahme, dass sich der Gesamtwert der HGV sowohl zum Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz (01.01.2006) als auch zum 31.12.2010 hauptsächlich aus dem Wert der von der HGV gehaltenen Beteiligungen ergibt. Somit konnte der zur Eröffnungsbilanz für die HGV insgesamt gebildete Geschäfts- oder Firmenwert auf die Organisationen verteilt werden, denen er ursprünglich auch zuzurechnen gewesen wäre.

Auf der Grundlage der gutachterlich berechneten Unternehmenswerte sind neue Zeitwerte für die bewerteten Unternehmen angesetzt und Unterschiedsbeträge errechnet worden. Bestehende stille Reserven sind den zugehörigen Bilanzposten zugewiesen worden und werden mit diesen abgeschrieben. Verbleibende Unterschiedsbeträge sind entweder als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert (positiver Unterschiedsbetrag) oder mit den Konzernrücklagen verrechnet (negativer Unterschiedsbetrag) worden.

Insgesamt ist dabei der Geschäfts- oder Firmenwert der HGV i. H. v. ursprünglich 2,10 Mrd. Euro wie folgt zugeordnet worden:

	in Mio. Euro
Stille Reserven Grundstücke und Gebäude	669
Geschäfts- oder Firmenwerte der Tochterorganisationen	1.292
Reduzierung Geschäfts- oder Firmenwerte (insbesondere aufgrund von Minderheiten) – saldiert	142
SUMME	2.103

Als Folge der gutachterlichen Neubewertung der HGV wurden bereits in Vorjahren ergebniswirksam gebuchte Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert der HGV zurückgenommen. Gleichzeitig sind die auf die neu entstandenen Geschäfts- oder Firmenwerte und stillen Reserven entfallenden Abschreibungen für die Jahre 2006 bis 2009 nachgeholt worden. Im Saldo führen diese Buchungen zu einem Ertrag von 188,4 Mio. Euro, der unter den Sonstigen Erträgen ausgewiesen wird.

Dieser Betrag beinhaltet mehrere gegenläufige Effekte. Zusätzlichen Abschreibungen infolge des höheren Beteiligungsbuchwertes der HGV stehen geringere Abschreibungen im Zusammenhang mit Minderheitenanteilen gegenüber.

Die Effekte aus höheren stillen Reserven und Auflösungen von Geschäfts- oder Firmenwerten gleichen sich annähernd aus.

Der Impairmenttest zum 31.12.2010 ergab keinen weiteren Anpassungsbedarf.

3 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

3.1 KONZERNBILANZ UND KONZERNERGEBNISRECHNUNG

Für den Konzernabschluss ist in der Konzernrichtlinie der FHH festgelegt, dass eine Vereinheitlichung aller bedeutenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden nach den Regelungen des Jahresabschlusses der Kernverwaltung im Konzern FHH nach Umstellung der Kernverwaltung auf die Standards staatlicher Doppik erfolgt. Das gewählte Verfahren diene dem Ziel, mit vertretbarem zeitlichem Aufwand einen Konzernabschluss vorzulegen, der Transparenz über die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der gesamten öffentlichen Gebietskörperschaft FHH einschließlich ihrer Beteiligungen herstellt.

Die Vereinheitlichung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Konzernverbund wird weiter betrieben. Handelsrechtliche Wahlrechte sind von den Tochterorganisationen im Konzernverbund nunmehr einheitlich auszuüben. Bei wesentlichen Abweichungen sind Handelsbilanzen II nach Maßgabe der einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufzustellen.

Die Tochterorganisationen bilanzieren nach den Vorschriften des HGB unter Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG). Auf eine Anpassung der Vorjahreszahlen wurde verzichtet.

Grundsätzlich werden von den Tochterorganisationen folgende wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

- Bilanzierungshilfen für Aufwendungen für die Inangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes, die vor dem 01.01.2010 gebildet wurden, werden unter Anwendung der für sie geltenden Vorschriften in der bis zum 28.05.2009 geltenden Fassung des HGB fortgeführt.
- Vermögensgegenstände des immateriellen Vermögens sowie des Sachanlagevermögens werden zu fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet.
- Dem Werteverzehr des abnutzbaren Anlagevermögens wird durch planmäßige lineare (nach Maßgabe der steuerlichen Abschreibungstabellen) sowie außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen. In Ausnahmefällen werden branchenspezifische Nutzungsdauern zugrunde gelegt.
- Die Anteile an verbundenen Organisationen, Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungskosten bewertet. Soweit ihnen ein geringerer Wert beizulegen ist, werden gebotene Abschreibungen vorgenommen. Von dem handelsrechtlichen Wahlrecht, nicht dauerhafte Wertminderungen bei Finanzanlagen zu bilanzieren, wird kein Gebrauch gemacht. Das Wertaufholungsgebot wird beachtet.
- Entgeltlich erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte werden als immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert.
- Die Ausleihungen werden mit dem Nennwert bilanziert und, soweit erforderlich, auf den Bilanzstichtag abgezinst.
- In den Herstellungskosten sind neben den direkt zurechenbaren Kosten anteilige Gemeinkosten, ggf. auch Fremdkapitalzinsen für die Bauzeit, enthalten.
- Die Vorräte werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. mit dem gewogenen Durchschnitt bewertet, Verbrauchsfolgeverfahren (LIFO/FIFO) sind zugelassen.
- Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und die Sonstigen Vermögensgegenstände werden zum Nennwert bilanziert und, soweit erforderlich, abgezinst. Erkennbare Risiken werden durch Einzel- und Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt.
- Disagien werden als aktive Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert.

- Latente Steuern werden unsaldiert ausgewiesen. Bei der Ermittlung der sich insgesamt ergebenden künftigen Steuerentlastung werden steuerliche Verlustvorträge gemäß § 274 Abs. 1 S. 4 HGB berücksichtigt, soweit sie nicht bereits mit passiven Latenzen verrechnet worden sind. Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt auf Grundlage des geltenden Körperschaftsteuersatzes einschließlich Solidaritätszuschlag sowie des in Hamburg geltenden Gewerbesteuersatzes mit 32,3 %.
- Von der FHH oder Dritten erhaltene investive Zuwendungen bilanzieren die Konzerntöchter grundsätzlich nach der Brutomethode (Bildung von Sonderposten). Aufgrund branchenspezifischer Besonderheiten findet hauptsächlich bei den Verkehrsbetrieben die Nettomethode Anwendung. In diesen Fällen werden die in der Kernverwaltung ausgewiesenen investiven Zuwendungen nicht in die Aufrechnungen einbezogen.
- Die Berechnung der Pensionsrückstellungen erfolgt nach der Anwartschaftsbarwertmethode (Projected Unit Credit Method). § 253 Abs. 2 S. 2 und 3 HGB finden Anwendung. Der Bewertung liegt eine Gehaltsdynamik und eine Rentendynamik entsprechend den unternehmensspezifischen Gegebenheiten zugrunde. Der Zuführungsbedarf wird einheitlich gleichmäßig über 15 Jahre bis zum Jahr 2024 gestreckt. Im Sinne des Art. 67 Abs. 2 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) werden hierdurch nicht ausgewiesene Rückstellungen im Anhang benannt. Als Ausnahme hiervon werden die Pensionsrückstellungen der Landesbetriebe und netto-veranschlagten Einrichtungen im Konzern nach der Berechnungsmethode der Kernverwaltung (siehe im Abschnitt 2, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung) ermittelt.
- In Ausübung des Wahlrechts nach Art. 28 Abs. 1 S. 1 EGHGB wird von einigen Tochterorganisationen auf die Passivierung von Pensionszusagen, die vor dem 01.01.1987 gegeben wurden (Altzusagen), verzichtet. Die nicht passivierten Verpflichtungen zum 31.12.2010 betragen 78,3 Mio. Euro.
- Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen und die Sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags bewertet. Künftige Preis- und Kostensteigerungen nach dem Bilanzstichtag werden mit 1,5 % p.a. berücksichtigt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.
- Die Verbindlichkeiten werden in Höhe des Erfüllungsbetrags ausgewiesen.
- Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung sind mit dem jeweiligen Devisenkassamittelkurs des Geschäftsjahres bewertet, unter Berücksichtigung von Änderungen aus Kursabweichungen zum Bilanzstichtag.
- Erfolgswirksame Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung der Vorschriften des BilMoG werden in der Ergebnisrechnung gesondert im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesen.

Für nähere Ausführungen zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Kernverwaltung wird auf den Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung verwiesen (siehe im Abschnitt 2, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung).

3.2 WEITERE FESTLEGUNGEN

Handelsrechtliche Vorgaben zur Bildung latenter Steuern aus der Konsolidierung gemäß § 306 HGB werden nicht berücksichtigt, da die FHH als Gebietskörperschaft grundsätzlich keiner Steuerpflicht unterliegt.

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Organisationen werden überwiegend zum Stichtag 31.12. erstellt. Auf die Aufstellung von Zwischenabschlüssen bei Tochterorganisationen mit abweichendem Geschäftsjahr wird verzichtet. Bei den einzigen vollkonsolidierten Tochterorganisationen mit einem abweichenden Geschäftsjahr – Hamburgische Staatsoper Gesellschaft mit beschränkter Haftung und HamburgMusik gGmbH – Elbphilharmonie und Laeiszhalle Betriebsgesellschaft – wurden die letzten Jahresabschlüsse vor dem 31.12.2010 zugrunde gelegt. Die Hamburgische Staatsoper Gesellschaft mit beschränkter Haftung und die HamburgMusik gGmbH – Elbphilharmonie und Laeiszhalle Betriebsgesellschaft haben keine Vorgänge von besonderer Bedeutung zwischen den unterschiedlichen Abschlussstichtagen gemeldet.

4 Erläuterungen zur Konzernbilanz

Die für die Kernverwaltung und Tochterorganisationen angegebenen Werte können konsolidierungsbedingt von den in den jeweiligen Einzelabschlüssen ausgewiesenen Werten abweichen.

Vor dem Anlagevermögen sind 2,5 Mio. Euro **Aufwendungen für die Ingangsetzung des Geschäftsbetriebs** ausgewiesen. Es handelt sich um Beträge, die von der Hamburg Energie GmbH aktiviert wurden. Diese sind im Berichtsjahr planmäßig i. H. v. 0,8 Mio. Euro abgeschrieben worden.

4.1 ANLAGEVERMÖGEN

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens im Jahr 2010 zeigt der Konzernanlagenspiegel.

Das **Anlagevermögen** hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 403,4 Mio. Euro erhöht. Hier wirken zwei gegenläufige Effekte: Während für die Kernverwaltung im Anlagevermögen eine Abnahme i. H. v. 1.514,5 Mio. Euro zu verzeichnen ist, ist das Anlagevermögen bei den Sonstigen um 1.917,9 Mio. Euro gestiegen. Beide Effekte resultieren im Wesentlichen aus der Neubewertung der HGV (siehe im Abschnitt 2.3 »Neubewertung der HGV«), die dazu führte, dass die Geschäfts- oder Firmenwerte bei der Kernverwaltung für die HGV aufgelöst und statt dessen den stillen Reserven zugeordnet oder als Geschäfts- oder Firmenwert auf die Tochterorganisationen der HGV verteilt wurden. Die Zunahme bei den sonstigen Tochterorganisationen ist im Wesentlichen der Aufnahme weiterer elf Tochterorganisationen in den Konsolidierungskreis geschuldet, welche zu einer Erhöhung des Anlagevermögens des Konzerns um 203,8 Mio. Euro geführt hat.

ANLAGEVERMÖGEN	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Kernverwaltung	36.832	35.318
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	3.260	3.481
HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR	3.091	3.135
HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH	1.420	1.538
GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH	1.506	1.537
HSH Finanzfonds AöR (Anteil FHH)	1.264	1.263
Hamburg Port Authority	1.103	1.196
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	727	715
Sonstige	5.683	7.106
GESAMT	54.886	55.289

Immaterielle Vermögensgegenstände

Der Gesamtwert der immateriellen Vermögensgegenstände ist von 5.320,2 Mio. Euro auf 4.189,3 Mio. Euro gesunken. Der Rückgang entfällt im Wesentlichen auf die Geschäfts- oder Firmenwerte, die sich im Vorjahresvergleich um 1.155,9 Mio. Euro verringert haben. Dies ist im Wesentlichen auf die Neubewertung der HGV zurückzuführen (siehe im Abschnitt 2.3 »Konsolidierungsgrundsätze«).

Die **Geleisteten Investitionszuwendungen** haben sich im Vorjahresvergleich um 263,8 Mio. Euro auf 1.503,4 Mio. Euro reduziert.

Die **Geleisteten Anzahlungen** auf immaterielle Vermögensgegenstände von 1.199,5 Mio. Euro (Vorjahr: 924,2 Mio. Euro) beziehen sich hauptsächlich auf Investitionszuwendungen für noch nicht fertiggestellte Bauvorhaben. Der Anstieg betrifft mit 271,2 Mio. Euro im Wesentlichen die Kernverwaltung.

Die **Sonstigen immateriellen Vermögensgegenstände** von 87,0 Mio. Euro (Vorjahr: 73,5 Mio. Euro) umfassen u. a. Lizenzen und DV-Software.

Sachanlagen

Der Wert der Sachanlagen stieg von 46.026,3 Mio. Euro auf 47.118,4 Mio. Euro. Wie auch im vergangenen Jahr bilden die **Grundstücke und Bauten** mit 36.699,7 Mio. Euro (Vorjahr: 36.112,2 Mio. Euro) den Hauptposten des Sachanlagevermögens. Hier ist auch der größte Anstieg i. H. v. 587,5 Mio. Euro zu verzeichnen, der u. a. auf die Verteilung der stillen Reserven im Rahmen der Neubewertung der HGV zurückzuführen (siehe im Abschnitt 2.3 »Konsolidierungsgrundsätze«) ist. Des Weiteren haben die **Geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau** mit 206,3 Mio. Euro zum Anstieg des Sachanlagevermögens beigetragen.

Finanzanlagen

Der Gesamtwert der Finanzanlagen ist von 3.539,6 Mio. Euro auf 3.981,8 Mio. Euro gestiegen. Im Wesentlichen betrifft dieser Anstieg die Beteiligungen an assoziierten Organisationen.

Der Gesamtwert der **Beteiligungen an assoziierten Organisationen** hat sich von 2.300,6 Mio. Euro auf 2.750,7 Mio. Euro erhöht. Dies ist hauptsächlich auf die Erhöhung der Beteiligung der HGV an der Hamburgischen Seefahrtsbeteiligung »Albert Ballin« GmbH & Co. KG durch die Umwandlung von Ausleihungen in Kommanditkapital i. H. v. 240,7 Mio. Euro sowie eine zusätzliche Einlage in die Gesellschaft i. H. v. 8,9 Mio. Euro zurückzuführen.

Die **Anteile an verbundenen, nicht vollkonsolidierten Organisationen** sind von 276,6 Mio. Euro auf 409,5 Mio. Euro gestiegen. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die im Zuge der Bewertung der HGV vorgenommene Erhöhung des Beteiligungswertes einer verbundenen, nicht vollkonsolidierten Tochterorganisation i. H. v. 121,7 Mio. Euro zurückzuführen.

Der Gesamtwert der **Ausleihungen an assoziierte Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, hat sich auf 70,5 Mio. Euro gegenüber 203,6 Mio. Euro im Vorjahr deutlich verringert. Hier wirkt sich die Umwandlung von Ausleihungen i. H. v. insgesamt 240,7 Mio. Euro der HGV an die Hamburgische Seefahrtsbeteiligung »Albert Ballin« GmbH & Co. KG in Kommanditkapital aus.

Wertpapiere des Anlagevermögens

Der Gesamtwert der Wertpapiere des Anlagevermögens hat sich von 557,6 Mio. Euro auf 530,1 Mio. Euro verringert. Mit den Wertpapieren des Finanzanlagevermögens sind im Berichtsjahr Pensionsrückstellungen i. H. v. 5,7 Mio. Euro saldiert worden.

4.2 BETEILIGUNGSÜBERSICHT

Die Beteiligungsübersicht ist als Abschnitt 7 dem Konzernanhang beigelegt.

4.3 ZUM VERKAUF BESTIMMTE GRUNDSTÜCKE

Die **zum Verkauf bestimmten Grundstücke** mit einem Wert von 71,5 Mio. Euro (Vorjahr: 58,5 Mio. Euro) sind fast ausschließlich der Kernverwaltung zuzuordnen.

4.4 VORRÄTE

Der Gesamtwert der **Vorräte** im Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr um 27,9 Mio. Euro auf 607,5 Mio. Euro (Vorjahr: 579,6 Mio. Euro) gestiegen. Im Wesentlichen ist dies auf die **unfertigen Erzeugnisse** und **unfertigen Leistungen** zurückzuführen, wohingegen die **Geleisteten Anzahlungen auf Vorräte** sich rückläufig entwickelt haben.

VORRÄTE	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	77	86
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	394	442
Fertige Erzeugnisse und Waren	1	2
Geleistete Anzahlungen auf Vorräte	108	77
GESAMT	580	607

Der größte Anteil der **unfertigen Erzeugnisse und Leistungen** entfällt mit 174,7 Mio. Euro (Vorjahr: 183,9 Mio. Euro) auf ausstehende Beträge für Betriebskosten bei der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg. Weitere 117,0 Mio. Euro (Vorjahr: 91,3 Mio. Euro) beziehen sich auf im Bau befindliche Projekte der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU). Eine weitere deutliche Erhöhung (25,6 Mio. Euro) betrifft unfertige Leistungen bei der Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG.

Die **Geleisteten Anzahlungen auf Vorräte** entfallen mit 77,2 Mio. Euro (Vorjahr: 105,8 Mio. Euro) fast ausschließlich auf die Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG.

4.5 FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Der Forderungsbestand ist im Berichtszeitraum um 102,8 Mio. Euro auf 6.447,1 Mio. Euro leicht angestiegen.

Forderungsspiegel

ART DER FORDERUNG	Gesamt 31.12.2009 in Mio. Euro	Gesamt 31.12.2010 in Mio. Euro	Davon mit RLZ < 1 Jahr in Mio. Euro	Davon mit RLZ > 1 Jahr in Mio. Euro
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.764	6.220	2.251	3.969
Wertberichtigungen auf Forderungen	- 533	- 703	- 703	—
Forderungen gegen verbundene, nicht vollkonsolidierte Organisationen und gegen Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	357	267	248	19
Forderungen gegen Gesellschafter außerhalb des Konsolidierungskreises	1	8	1	7
Sonstige Vermögensgegenstände	755	655	231	424
GESAMT	6.344	6.447	2.028	4.419

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** beziehen sich überwiegend auf

- Hypothekendarlehen der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit 3.739,0 Mio. Euro (Vorjahr: 3.744,4 Mio. Euro) und
- die Kernverwaltung mit 2.127,1 Mio. Euro (angepasster Vorjahreswert: 1.749,5 Mio. Euro).

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** entfallen im Wesentlichen auf

- die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit 262,1 Mio. Euro (Vorjahr: 317,3 Mio. Euro) und
- die Kernverwaltung mit 149,2 Mio. Euro (Vorjahr: 221,7 Mio. Euro; siehe im Abschnitt 3.6, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung).

Es sind sonstige Vermögensgegenstände i. H. v. 4,0 Mio. Euro mit Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie mit sonstigen Personalrückstellungen gemäß § 246 Abs. 2 S. 2 HGB saldiert worden.

4.6 KASSENBESTAND, BUNDESBANKGUTHABEN, GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN UND SCHECKS

Der Gesamtbetrag des Kassenbestands, der Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks hat sich von 2.506,8 Mio. Euro im Vorjahr auf 2.475,9 Mio. Euro leicht reduziert. Die liquiden Mittel sind überwiegend der Kernverwaltung zuzuordnen.

KASSENBESTAND, BUNDESBANKGUTHABEN, GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN UND SCHECKS	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Kernverwaltung*	1.576	1.703
Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA)	149	198
Stadtreinigung Hamburg AöR	85	92
Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	276	90
Hamburg Port Authority	0	72
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	14	50
Sonstige	407	271
GESAMT	2.507	2.476

* Differenzen zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung ergeben sich aus Konsolidierungsmaßnahmen.

Im Vergleich zum Vorjahr weist die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts einen deutlich niedrigeren Kassenbestand aus. Der hohe Anstieg im Vorjahr war auf höhere Forderungsausgleiche zurückzuführen. Der Anstieg bei der Hamburg Port Authority von 72,4 Mio. Euro ist auf den Aufbau von Liquiditätsreserven sowie die Ausschöpfung der Rahmenkreditlinie unmittelbar vor dem Abschlussstichtag zurückzuführen. Der Rückgang bei den Sonstigen ist auf die Tilgung von Darlehen des »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR zurückzuführen.

4.7 AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betragen 351,2 Mio. Euro (Vorjahr: 331,7 Mio. Euro).

AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Kernverwaltung	303	321
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	8	8
Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	4	3
Hamburger Wasserwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung	3	3
Sonstige	14	16
GESAMT	332	351

Unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagien i. H. v. 21,3 Mio. Euro ausgewiesen. Davon entfallen 15,1 Mio. Euro auf die Kernverwaltung.

4.8 AKTIVE LATENTE STEUERN

Die **aktiven latenten Steuern** i. H. v. 198,6 Mio. Euro betreffen im Wesentlichen die SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg mit 92,6 Mio. Euro und die GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH mit 65,5 Mio. Euro aus Verlustvorträgen und abweichenden Ansätzen von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens in der Steuerbilanz. Ansonsten wurden hauptsächlich aktive latente Steuern gebildet, die aus dem unterschiedlichen Ansatz von Pensionsverpflichtungen in der Steuerbilanz einiger Tochterorganisationen resultieren. Hiervon entfallen 27,8 Mio. Euro auf die Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA).

4.9 EIGENKAPITAL

Zum 31.12.2010 weist der Konzern FHH einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag i. H. v. 391,9 Mio. Euro auf der Aktivseite der Bilanz aus (Vorjahr: 131,0 Mio. Euro).

Eigenkapitalspiegel

EIGENKAPITAL / NICHT DURCH EIGENKAPITAL GEDECKTER FEHLBETRAG	Nettoposition	Allgemeine Rücklage (Gewinn- / Kapital- rücklage)	Zweck- gebundene Rücklagen	Erwirtschaftetes Konzern- Eigenkapital	Eigenkapital FHH	Andere Ge- sellschafter	Eigenkapital
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro
Stand 01.01.2009	2.854	623	45	-1.634	1.888	-172	1.716
Änderung Konsolidierungskreis	—	5	—	-4	1	5	6
Zu- / Abgänge	-104	-17	—	—	-121	-22	-143
Umbuchungen / Umgliederungen / Verrechnungen	—	37	—	1	38	-44	-6
Konzernjahresüberschuss / -fehlbetrag	—	—	—	-1.739	-1.739	35	-1.704
Stand 01.01.2010	2.750	648	45	-3.376	67	-198	-131
Änderung Konsolidierungskreis	—	—	—	—	—	—	—
Zu- / Abgänge	—	-174	—	-155	-329	21	-308
Umbuchungen / Umgliederungen / Verrechnungen	—	119	23	—	141	—	141
Konzernjahresüberschuss / -fehlbetrag	—	—	—	-142	-142	48	-94
Stand 31.12.2010	2.750	593	68	-3.673	-263	-129	-392

Nettoposition

Die Nettoposition entspricht mit 2.749,9 Mio. Euro dem Betrag der Kernverwaltung (siehe im Abschnitt 3.9, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung).

Allgemeine Rücklage (Gewinn- / Kapitalrücklage)

Die Allgemeine Rücklage hat sich im Vorjahresvergleich von 647,8 Mio. Euro um 54,9 Mio. Euro auf 592,9 Mio. Euro verringert. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus

- Zugängen aufgrund gebildeter latenter Steuern i. H. v. 166,9 Mio. Euro bei der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg und der GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH,
- Zu- und Abgängen von saldiert 185,1 Mio. Euro, hauptsächlich aus der Übernahme des Vorjahresergebnisses der HSH Finanzfonds AöR in die Allgemeine Rücklage,
- Verrechnungen i. H. v. 141,0 Mio. Euro, die nahezu ausschließlich aus der Erstkonsolidierung der 2010 neu in den Konsolidierungskreis aufgenommenen Organisationen stammen, sowie
- Umgliederungen i. H. v. -22,2 Mio. Euro in die Zweckgebundenen Rücklagen bei der Hamburger Wasserwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Im Rahmen der Neubewertung der HGV ist der Geschäfts- oder Firmenwert für die HGV aufgelöst worden, und neue stille Reserven und Geschäfts- oder Firmenwerte bei den Tochterorganisationen wurden gebildet. Ein Abgang der dies wiedergebenden Allgemeinen Rücklage von –525,7 Mio. Euro ist in erster Linie auf nicht neu gebildete Geschäfts- oder Firmenwerte der Unternehmen des HHLA-Konzerns zurückzuführen (siehe im Abschnitt 2.3 »Konsolidierungsgrundsätze«).

Zweckgebundene Rücklagen

Der Anstieg der Zweckgebundenen Rücklagen von 45,6 Mio. Euro auf 67,8 Mio. Euro ergibt sich aus einer Umbuchung i. H. v. 22,2 Mio. Euro bei der Hamburger Wasserwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Betrag ist zuvor in der Allgemeinen Rücklage geführt worden.

Konzernbilanzergebnis

Das Konzernbilanzergebnis ist von – 3.376,1 Mio. Euro auf – 3.673,1 Mio. Euro gesunken. Es umfasst

- den **Jahresfehlbetrag** von – 94,2 Mio. Euro,
- den **Verlustvortrag aus Vorjahren** von – 3.376,1 Mio. Euro,
- die **Einstellungen in bzw. Entnahmen aus Rücklagen** von –154,4 Mio. Euro,
- die **anderen Gesellschaftern zustehenden Gewinne** von –57,4 Mio. Euro und
- die **auf andere Gesellschafter entfallenden Verluste** von 9,0 Mio. Euro.

Jahresergebnis

Aus der Kernverwaltung ist ein Überschuss von 663,5 Mio. Euro einbezogen worden, aus den Jahresabschlüssen der Tochterorganisationen stammen im Saldo 422,2 Mio. Euro. Im Zuge der Konsolidierung hat sich das rechnerisch durch einfache Summierung ergebende Konzernergebnis um insgesamt 1.179,9 Mio. Euro auf einen Jahresfehlbetrag von – 94,2 Mio. Euro verringert. Im Wesentlichen betrifft dies die Kernverwaltung.

Das Jahresergebnis der Kernverwaltung ist um den Effekt aus der Zuschreibung auf den Beteiligungsbuchwert der HGV i. H. v. 1.012,1 Mio. Euro bereinigt worden. Ferner sind Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für negative Eigenkapitalwerte von Tochterorganisationen i. H. v. 142,8 Mio. Euro eliminiert worden. Schließlich ist die Abschreibung auf die Beteiligung an der Hamburg Port Authority von 176,8 Mio. Euro zurückgenommen worden.

Auf Konzernebene belasten Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie auf stille Reserven i. H. v. 229,2 Mio. Euro und eliminierte Zwischengewinne i. H. v. 147,2 Mio. Euro aus der Veräußerung von Anteilen an der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg und GWG Gewerbe Gesellschaft für Kommunal- und Gewerbeimmobilien mbH das Jahresergebnis.

Aus der Aufwands- und Ertragseliminierung ist ein Aufwand i. H. v. 84,6 Mio. Euro, aus der Schuldenkonsolidierung ein Ertrag von 48,5 Mio. Euro entstanden.

Aus der Neubewertung der HGV ist auf Konzernebene ein Ertrag i. H. v. 188,4 Mio. Euro entstanden.

Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter

Der Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter hat sich um 68,8 Mio. Euro auf –129,3 Mio. Euro (Vorjahr: –198,1 Mio. Euro) verringert. Der Rückgang ist hauptsächlich auf im Rahmen der Neubewertung der HGV nicht erneut gebildete Geschäfts- oder Firmenwerte (siehe Erläuterungen zu den Allgemeinen Rücklagen) und auf die Jahresergebnisse jener Tochterorganisationen zurückzuführen, an denen die FHH weniger als 100 % der Anteile hält.

4.10 SONDERPOSTEN

Der Gesamtbetrag der Sonderposten ist im Vorjahresvergleich leicht von 1.935,1 Mio. Euro auf 1.972,1 Mio. Euro angestiegen.

SONDERPOSTEN	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Sonderposten für Investitionszuwendungen	1.661	1.705
Sonderposten für Beiträge und Gebühren	202	186
Sonstige Sonderposten	72	81
GESAMT	1.935	1.972

Die **Sonderposten für Investitionszuwendungen** bilden weiterhin den wesentlichen Posten und sind mit 1.337,5 Mio. Euro (Vorjahr: 1.347,3 Mio. Euro) überwiegend der Kernverwaltung zuzuordnen. Weitere 240,0 Mio. Euro (Vorjahr: 218,7 Mio. Euro) entfallen auf die HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR.

Die **Sonderposten für Beiträge und Gebühren** werden ausschließlich von der Kernverwaltung gebildet und von dieser bilanziert (siehe im Abschnitt 3.10, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung).

4.11 RÜCKSTELLUNGEN

Die Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr 2010 wie folgt entwickelt:

Rückstellungsspiegel

RÜCKSTELLUNGEN	Stand 01.01.2010	Unter- schieds- betrag BilMoG	Änderung des Kon- solidie- rungs- kreises	Verbrauch	Umbu- chung / Umglie- derung	Betrag aus Auf- und Ab- zinsung	Auflösung	Zu- führung	Stand 31.12.2010
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	20.835	18	0	-117	994	111	-127	40	21.754
Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen	48	0	0	-5	-6	0	-4	257	290
Steuerrückstellungen	32	0	1	-16	-1	0	-1	17	32
Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen und Steuerrückstellungen	80	0	1	-21	-7	0	-5	274	322
Personalarückstellungen	422	-1	22	-128	13	10	-11	147	474
Rückstellungen für ausstehende Rechnungen	107	4	4	-93	9	0	-11	125	145
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	67	-1	0	-19	0	0	-7	8	48
Übrige sonstige Rückstellungen *	1.976	-11	5	-145	-1.157	-5	-238	533	958
Sonstige Rückstellungen	2.572	-9	31	-385	-1.135	5	-267	813	1.625
GESAMT	23.487	9	32	-523	-148	116	-399	1.127	23.701

* Ausweis der Rückstellungen für konzessionsrechtliche Risiken erfolgt unter übrige sonstige Rückstellungen.

Durch die erstmalige Anwendung des BilMoG hat sich die Bewertung der Rückstellungen geändert. Dies hat zu einer Erhöhung des Gesamtbetrags um 9,0 Mio. Euro geführt.

Der Betrag aus Auf- und Abzinsung beinhaltet Aufzinsungen i. H. v. 122,9 Mio. Euro und Abzinsungen i. H. v. 6,9 Mio. Euro.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Im Wesentlichen beziehen sich die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen mit 19.589,6 Mio. Euro auf die Kernverwaltung (siehe im Abschnitt 3.11, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung). Weitere hohe Rückstellungsbeträge werden von den Tochterorganisationen Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA) (288,7 Mio. Euro), »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR (275,1 Mio. Euro) sowie dem Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE) (222,9 Mio. Euro) ausgewiesen. Der verbleibende Betrag von 1.377,5 Mio. Euro entfällt auf die übrigen Tochterorganisationen.

Von den Pensionsrückstellungen der Tochterorganisationen sind 0,6 Mio. Euro nach § 246 Abs. 2 HGB saldiert und im Unterschiedsbetrag BilMoG erfasst.

Die Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen erfolgt bei den nach HGB in der Fassung des BilMoG bilanzierenden Organisationen nach Art. 67 Abs. 1 S. 1 EGHGB bis zum 31.12.2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel. Die zum 31.12.2010 nicht gebildete Rückstellung beträgt 216,4 Mio. Euro.

Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen und Steuerrückstellungen

Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen wurden i. H. v. 289,8 Mio. Euro von der Kernverwaltung (siehe im Abschnitt 3.11, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung) gebildet.

Steuerrückstellungen werden nur von Tochterorganisationen, nicht von der Kernverwaltung, gebildet. Der wesentliche Betrag entfällt mit 12,9 Mio. Euro für Grundsteuer auf die Hamburg Port Authority. Steuerrückstellungen für Umsatzsteuer, Körperschaft- und Gewerbesteuer sind von der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg (4,8 Mio. Euro), der Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA) (3,5 Mio. Euro), der Flughafen Hamburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung (FHG) (2,8 Mio. Euro) und der GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH (1,7 Mio. Euro) gebildet worden.

Sonstige Rückstellungen

Die Sonstigen Rückstellungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr auf 1.624,5 Mio. Euro (Vorjahr: 2.571,7 Mio. Euro) reduziert. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die Kernverwaltung zurückzuführen und wird unten im Abschnitt zu den **Übrigen sonstigen Rückstellungen** erläutert.

Personalrückstellungen

Die Personalrückstellungen setzen sich u. a. zusammen aus

- Urlaubsrückstellungen,
- Altersteilzeitverpflichtungen,
- Vergütungsnachzahlungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und
- künftigen Jubiläumszuwendungen.

Wesentliche Anteile entfallen mit 120,7 Mio. Euro auf die Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft und mit 132,6 Mio. Euro auf die Kernverwaltung.

Von den Personalrückstellungen der Tochterorganisationen sind 9,0 Mio. Euro nach § 246 Abs. 2 HGB saldiert und werden im Unterschiedsbetrag BilMoG erfasst.

Übrige sonstige Rückstellungen

Der wesentliche Teil der Übrigen sonstigen Rückstellungen ist mit 578,4 Mio. Euro der Kernverwaltung zuzuordnen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr bezieht sich in erster Linie auf Anpassungen bei den Allgemeinen Verbindlichkeitsrückstellungen (siehe im Abschnitt 3.11, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung).

Weitere Rückstellungen i. H. v. 64,3 Mio. Euro (Vorjahr: 193,8 Mio. Euro) sind von der Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG unter anderem für Drohverluste gebildet worden.

ÜBRIGE SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Kernverwaltung	1.451	578
Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG	194	64
Hamburg Port Authority	44	48
HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR	42	41
Stadtreinigung Hamburg AöR	39	38
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	26	18
Flughafen Hamburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung (FHG)	24	18
Sonstige	156	153
GESAMT	1.976	958

4.12 VERBINDLICHKEITEN

Die Verbindlichkeiten haben sich im Berichtszeitraum von 39.186,3 Mio. Euro auf 40.049,3 Mio. Euro erhöht.

Verbindlichkeitspiegel

ART DER VERBINDLICHKEIT	Gesamt 31.12.2009 in Mio. Euro	Gesamt 31.12.2010 in Mio. Euro	Davon mit RLZ < 1 Jahr in Mio. Euro	Davon mit RLZ 1 bis 5 Jahre in Mio. Euro	Davon mit RLZ > 5 Jahre in Mio. Euro	Davon dinglich gesichert in Mio. Euro
Anleihen und Obligationen	10.011	11.069	2.423	7.513	1.133	—
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23.703	18.964	2.209	7.246	9.509	369
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.000	1.017	1.017	0	0	—
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.182	1.141	907	13	221	—
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen, nicht vollkonsolidierten Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	619	447	200	90	157	—
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	396	398	398	—	—	—
Sonstige Verbindlichkeiten	2.275	7.013	1.284	1.067	4.662	18
GESAMT	39.186	40.049	8.438	15.929	15.682	387

Die **Anleihen und Obligationen** sind im Vergleich zum Vorjahr um 1.057,9 Mio. Euro gestiegen. Hiervon entfallen

- 1.007,9 Mio. Euro auf die Kernverwaltung und
- 50,0 Mio. Euro auf die HGV.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind um 4.739,1 Mio. Euro auf 18.964,1 Mio. Euro (Vorjahr: 23.703,2 Mio. Euro) gesunken. Dies betrifft im Wesentlichen die Umgliederung jener Schuldscheindarlehen in der Kernverwaltung i. H. v. 3.956,2 Mio. Euro, die nunmehr unter den Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen werden (siehe im Abschnitt 3.12, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung). Ferner sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten der »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR um 500,0 Mio. Euro zurückgegangen. Hiervon entfallen 400,0 Mio. Euro auf die Tilgung von Schuldverschreibungen und 100,0 Mio. Euro auf eine Abtretung an Versicherungen und Versorgungswerke, die nunmehr unter den Sonstigen Verbindlichkeiten geführt werden.

Der Rückgang bei den **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen, nicht vollkonsolidierten Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, geht im Wesentlichen auf die erstmalige Konsolidierung der Hochschulen zurück.

Die Zunahme der **Sonstigen Verbindlichkeiten** ist im Wesentlichen der Umgliederung jener Schuldscheindarlehen in der Kernverwaltung geschuldet, die zuvor unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten geführt wurden. Bei den Sonstigen Verbindlichkeiten wird auf den Ausweis der Davon-Vermerke aus Steuern und im Rahmen der sozialen Sicherheit aufgrund der Besonderheiten der öffentlichen Verwaltung verzichtet.

4.13 PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der Gesamtbetrag der passiven Rechnungsabgrenzungsposten hat sich um 129,5 Mio. Euro auf 105,4 Mio. Euro (Vorjahr: 234,9 Mio. Euro) verringert.

PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Hamburg Messe und Congress GmbH	34	33
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	15	12
Hamburger Friedhöfe AöR	8	9
Universität Hamburg *	—	7
Flughafen Hamburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung (FHG)	6	6
Hamburger Port Authority	6	6
Kernverwaltung	135	3
Sonstige	31	29
GESAMT	235	105

* 2010 erstmals konsolidiert.

Ursächlich für den Rückgang sind im Vorjahr in der Kernverwaltung abgegrenzte Bundeszuweisungen nach dem Regionalisierungsgesetz (RegG) i. H. v. 132,7 Mio. Euro, die nunmehr ertragswirksam vereinnahmt worden sind.

4.14 PASSIVE LATENTE STEUERN

Zum 31.12.2010 betragen die **passiven latenten Steuern** 8,5 Mio. Euro. Hiervon entfallen 3,9 Mio. Euro auf die SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg. Die Latenzen sind auf in der Steuerbilanz gebildete Rücklagen gemäß § 6b EStG zurückzuführen.

4.15 HAFTUNGSVERHÄLTNISSE UND SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die Gesamtsumme der Haftungsverhältnisse des Konzerns zum 31.12.2010 beträgt 6.001,4 Mio. Euro. Hiervon entfallen 5.658,5 Mio. Euro auf die Kernverwaltung.

HAFTUNGSVERHÄLTNISSE	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Bürgschaften	405	437
davon von der Kernverwaltung für verbundene, nicht konsolidierte Organisationen	6	71
davon von der Kernverwaltung für Dritte	343	277
davon von vollkonsolidierten Organisationen für verbundene, nicht konsolidierte Organisationen	7	7
davon von vollkonsolidierten Organisationen für Dritte	49	82
Verpflichtungen aus Gewährleistungsverträgen	5.588	5.581
davon von der Kernverwaltung für verbundene, nicht konsolidierte Organisationen	33	33
davon von der Kernverwaltung für Dritte	5.271	5.278
davon von vollkonsolidierten Organisationen für verbundene, nicht konsolidierte Organisationen	0	4
davon von vollkonsolidierten Organisationen für Dritte	284	266
Gewährte Pfandrechte	0	0
Sonstige Haftungsverhältnisse	13	13
Gesamt	6.006	6.031
abzüglich gebildeter Rückstellungen	28	30
GESAMTSUMME HAFTUNGSVERHÄLTNISSE	5.978	6.001

Insgesamt sind im Einzelabschluss der Kernverwaltung Bürgschaften und Garantien von 15.880,1 Mio. Euro ausgewiesen.

Im Konzernabschluss werden keine für vollkonsolidierte Tochterorganisationen übernommenen Haftungsverhältnisse dargestellt.

Die FHH haftet für Verbindlichkeiten ihrer Beteiligungen im Rahmen der »**Gewährträgerhaftung**«, wenn dies im jeweiligen Errichtungsgesetz vorgesehen ist. Die Gesamtsumme der Gewährträgerhaftung im Konzern beträgt 46.682,7 Mio. Euro. Von den in der Kernverwaltung ausgewiesenen Verpflichtungen von 54.513,2 Mio. Euro (siehe im Abschnitt 3.14, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung) entfallen 7.830,5 Mio. Euro auf in der Konzernbilanz enthaltene Verbindlichkeiten.

Gewährte Pfandrechte sowie **Sonstige Haftungsverhältnisse** sind ausschließlich den Tochterorganisationen zuzurechnen.

Die **Sonstigen finanziellen Verpflichtungen** zum 31.12.2010 betragen 5.414,4 Mio. Euro (Vorjahr: 4.754,6 Mio. Euro) und sind mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Eine Darstellung nach Fristigkeiten wurde für die Bestellobligos und die Anderen finanziellen Verpflichtungen erstmals für diesen Abschluss vorgenommen.

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Bestellobligo bis 1 Jahr *	600	514
<i>davon gegenüber verbundenen, nicht konsolidierten Organisationen</i>	135	70
<i>davon gegenüber Übrigen</i>	465	444
Bestellobligo 1 bis 5 Jahre *	—	59
<i>davon gegenüber Übrigen</i>	—	59
Bestellobligo über 5 Jahre *	—	1
<i>davon gegenüber Übrigen</i>	—	1
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverhältnissen bis 1 Jahr	161	160
<i>davon gegenüber verbundenen, nicht konsolidierten Organisationen</i>	40	20
<i>davon gegenüber Übrigen</i>	121	140
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverhältnissen 1 bis 5 Jahre	448	470
<i>davon gegenüber verbundenen, nicht konsolidierten Organisationen</i>	81	21
<i>davon gegenüber Übrigen</i>	367	449
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverhältnissen über 5 Jahre	1.276	818
<i>davon gegenüber verbundenen, nicht konsolidierten Organisationen</i>	533	41
<i>davon gegenüber Übrigen</i>	743	777
Durch die FHH zugesicherte Zuwendungen	1.082	1.016
<i>davon gegenüber Übrigen</i>	1.082	1.016
Unwiderrufliche Kreditzusagen	562	506
<i>davon gegenüber Übrigen</i>	562	506
Andere finanzielle Verpflichtungen bis 1 Jahr *	626	587
<i>davon gegenüber verbundenen, nicht konsolidierten Organisationen</i>	132	109
<i>davon gegenüber Übrigen</i>	494	478
Andere finanzielle Verpflichtungen 1 bis 5 Jahre *	—	1.225
<i>davon gegenüber verbundenen, nicht konsolidierten Organisationen</i>	—	116
<i>davon gegenüber Übrigen</i>	—	1.109
Andere finanzielle Verpflichtungen über 5 Jahre *	—	58
<i>davon gegenüber verbundenen, nicht konsolidierten Organisationen</i>	—	2
<i>davon gegenüber Übrigen</i>	—	56
GESAMT	4.755	5.414

* Für 2009 wurde keine Unterteilung nach Fristigkeiten vorgenommen.

Die Abnahme der **Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverhältnissen** im Vergleich zum Vorjahr resultiert i. H. v. 134,3 Mio. Euro daraus, dass eine in 2009 nicht vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA), die Mietverträge mit der Hamburg Port Authority hatte, in 2010 mit einer anderen Tochtergesellschaft der Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA) verschmolzen wurde. Da diese andere Tochtergesellschaft im Konzern FHH vollkonsolidiert ist, sind die Verpflichtungen aus den Mietverträgen im Konzernabschluss nicht mehr auszuweisen. Gegenläufig ergibt sich aus den Mietverpflichtungen der Kernverwaltung ein Anstieg um insgesamt 126,0 Mio. Euro. Der Vorjahrsbetrag enthielt 349,2 Mio. Euro gegenüber einer verbundenen vollkonsolidierten Organisation.

Die **Durch die FHH zugesicherten Zuwendungen** sowie die **unwiderruflichen Kreditzusagen** beziehen sich auf die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, die im Rahmen verschiedener Förderprogramme Zuwendungen und Kredite gewährt.

Der hohe Anstieg bei den **Anderen finanziellen Verpflichtungen** resultiert zum größten Teil aus einem Rahmenvertrag der FHH mit verschiedenen Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege und Anbietern von Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen i. H. v. 1.194,0 Mio. Euro.

Zur genaueren Erläuterung der **Sonstigen finanziellen Verpflichtungen** wird auf den Anhang zum Jahresabschluss der Kernverwaltung verwiesen (siehe im Abschnitt 3.14, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung).

4.16 DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Zum 31.12.2010 beträgt das Nominalvolumen der Derivatgeschäfte (Swaps, Swap-Options und Caps) insgesamt 8.307,0 Mio. Euro (Vorjahr: 7.207,4 Mio. Euro). Hiervon entfallen 5.028,0 Mio. Euro (Vorjahr: 4.153,0 Mio. Euro) auf die Kernverwaltung. Der Anstieg von 1.099,6 Mio. Euro beinhaltet die Kernverwaltung mit 875,0 Mio. Euro und die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit 229,3 Mio. Euro.

Die Verbindlichkeiten aus derivativ abgesicherten Kreditgeschäften betragen 2.922,7 Mio. Euro (Vorjahr: 3.068,8 Mio. Euro). Hiervon entfallen 1.806,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2.010,0 Mio. Euro) auf die Kernverwaltung. Teilweise sind Kündigungs- oder Wandlungsoptionen in den Kreditvereinbarungen enthalten. Weitere Informationen enthält Abschnitt 3.15 des Anhangs zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung.

5 Erläuterungen zur Konzernergebnisrechnung

5.1 ERTRÄGE

In der Konzernergebnisrechnung werden **Steuererträge und steuerähnliche Erträge** der FHH von 8.613,5 Mio. Euro (Vorjahr: 7.996,5 Mio. Euro) ausgewiesen. Der Anstieg im Vorjahresvergleich ist einerseits mit 387,3 Mio. Euro auf die Umstellung der bilanziellen Abbildung der Steuererträge zurückzuführen, die nunmehr mit Bescheidbekanntgabe als realisiert betrachtet werden. Zuvor wurde auf die Fälligkeit abgestellt. Andererseits spiegelt sich in den Steuererträgen und steuerähnlichen Erträgen die konjunkturelle Belebung im Berichtsjahr wider (siehe im Abschnitt 4.1, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung).

Die **Erträge aus Transferleistungen** haben sich von 565,7 Mio. Euro auf 831,3 Mio. Euro erhöht. Erträge aus Transferleistungen werden ausschließlich von der Kernverwaltung (siehe im Abschnitt 4.1, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung) erzielt. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Zuweisungen vom öffentlichen Bereich.

Die **Umsatzerlöse** sind um 159,3 Mio. Euro auf 4.261,2 Mio. Euro (Vorjahr: 4.101,9 Mio. Euro) gestiegen. Den Umsatzerlösen liegen aufgrund der unterschiedlichen Geschäftsfelder der Tochterorganisationen unterschiedliche Sachverhalte zugrunde. So werden im Konzernverbund u.a. Mieterträge, abgerechnete Leistungen für Containerumschlag, Erlöse aus Personenbeförderung und Abfallgebühren erzielt.

Die Gesamtsumme der Umsatzerlöse verteilt sich auf die Tochterorganisationen wie folgt:

UMSATZERLÖSE	2009	2010
	in Mio. Euro	in Mio. Euro
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	551	558
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	310	324
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	290	298
Stadtreinigung Hamburg AöR	255	257
Flughafen Hamburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung (FHG)	162	227
Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	220	224
HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR	222	216
GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH	211	210
Hamburger Wasserwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung	165	166
LOTTO Hamburg GmbH	165	150
Sonstige	1.551	1.631
GESAMT	4.102	4.261

Die Umsatzerlöse der Tochterorganisationen der Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA) sind in den Sonstigen enthalten (siehe Konzernabschluss 2010 der Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA)).

Die Umsatzerlöse sind insgesamt etwas höher als im Jahr 2009 ausgefallen. Die mit 65,3 Mio. Euro deutlichste Steigerung entfällt auf die Flughafen Hamburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung (FHG). Hiervon sind 41,0 Mio. Euro im Vorjahr unter den Erträgen aus Mieten ausgewiesen worden.

Die **Gebühren und ähnlichen Erträge** haben sich um 142,2 Mio. Euro auf 712,3 Mio. Euro (Vorjahr: 570,1 Mio. Euro) erhöht. Der Anstieg betrifft mit 104,6 Mio. Euro die Kernverwaltung und mit 30,0 Mio. Euro die erstmals konsolidierte Universität Hamburg.

Die **Erträge aus Mieten und Pachten** betragen im Geschäftsjahr 40,6 Mio. Euro (Vorjahr: 90,4 Mio. Euro). Davon entfallen auf die Kernverwaltung 29,1 Mio. Euro. Die Verringerung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus dem veränderten Ausweis der Erträge aus Mieten und Pachten bei der Flughafen Hamburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung (FHG), die nunmehr unter den Umsatzerlösen geführt werden.

Die **Sonstigen Erträge** sind um 176,7 Mio. Euro auf 1.735,1 Mio. Euro (Vorjahr: 1.911,8 Mio. Euro) gesunken.

SONSTIGE ERTRÄGE	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	954	272
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	183	208
Erträge aus Anlagenabgängen	89	107
Übrige sonstige Erträge	686	1.148
GESAMT	1.912	1.735

Die **Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen** sind um 681,6 Mio. Euro zurückgegangen. Sie entfallen mit 189,7 Mio. Euro (Vorjahr: 840,8 Mio. Euro) im Wesentlichen auf die Kernverwaltung.

Der Rückgang der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen resultiert aus einer veränderten Buchungssystematik bei den Pensionsrückstellungen der Kernverwaltung. Für weitere Erläuterungen wird auf den Anhang zum Jahresabschluss der Kernverwaltung verwiesen (siehe in den Abschnitten 4.1 (Sonstige Erträge) und 4.2 (Personalaufwendungen), Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung).

Die **Übrigen sonstigen Erträge** beinhalten u. a. Erträge des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE) i. H. v. 172,1 Mio. Euro (Vorjahr: 185,9 Mio. Euro) sowie der Kernverwaltung i. H. v. 417,6 Mio. Euro (Vorjahr: 264,9 Mio. Euro). Letztere resultieren im Wesentlichen aus der Nachaktivierung von Anlagevermögen i. H. v. 361,9 Mio. Euro. Die in der Kernverwaltung ausgewiesenen Erträge aus der Anpassung des Unternehmenswerts der HGV wurden i. H. v. 1.012,1 Mio. Euro im Rahmen der Kapitalkonsolidierung eliminiert. Die Umverteilung der Geschäfts- oder Firmenwerte der HGV hat im Konzern zu einem Ertrag i. H. v. 188,3 Mio. Euro geführt (siehe im Abschnitt 2.3 »Neubewertung der HGV«).

5.2 AUFWENDUNGEN

Die **Materialaufwendungen** von 1.988,5 Mio. Euro (Vorjahr: 1.952,3 Mio. Euro) setzen sich aus Aufwendungen

- für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren i. H. v. 478,1 Mio. Euro (Vorjahr: 431,4 Mio. Euro) sowie
 - für bezogene Leistungen i. H. v. 1.510,4 Mio. Euro (Vorjahr: 1.520,9 Mio. Euro)
- zusammen.

Sie verteilen sich auf die Tochterorganisationen wie folgt:

MATERIALAUFWENDUNGEN	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	283	256
Stadtreinigung Hamburg AöR	162	175
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	167	152
Hamburg Port Authority	129	129
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer	115	127
LOTTO Hamburg GmbH	117	107
Sonstige	979	1.042
GESAMT	1.952	1.988

Die **Personalaufwendungen** betragen insgesamt 5.920,7 Mio. Euro (Vorjahr: 6.468,7 Mio. Euro). Hiervon entfallen

- 4.183,5 Mio. Euro auf Entgelte und Bezüge (Vorjahr: 3.741,2 Mio. Euro) und
- 1.737,2 Mio. Euro auf Sozial- und Versorgungsaufwendungen (Vorjahr: 2.727,4 Mio. Euro), davon 1.088,8 Mio. Euro (Vorjahr: 1.049,3 Mio. Euro) auf die Altersvorsorge.

Der überwiegende Anteil der Personalaufwendungen entfällt mit 3.411,9 Mio. Euro (Vorjahr: 4.285,9 Mio. Euro) auf die Kernverwaltung.

PERSONALAUFWENDUNGEN	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
Kernverwaltung	4.286	3.412
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	313	324
Universität Hamburg *	—	236
Hamburger Institut für berufliche Bildung (HIBB)	224	218
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	195	196
Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH	153	155
Stadtreinigung Hamburg AöR	129	119
Sonstige	1.169	1.261
GESAMT	6.469	5.921

* 2010 erstmals konsolidiert.

Im Rückgang der Personalaufwendungen der Kernverwaltung von 873,7 Mio. EUR enthalten ist ein im Vergleich zum Vorjahr um 980,2 Mio. EUR geringerer Aufwand aus der Dotierung der Pensionsrückstellungen. Von diesem Rückgang entfallen 501,6 Mio. EUR auf eine geänderte Buchungssystematik bei den Pensionsrückstellungen. Für weitere Erläuterungen wird auf den Anhang zum Jahresabschluss der Kernverwaltung verwiesen (siehe in den Abschnitten 4.1 (Sonstige Erträge) und 4.2 (Personalaufwendungen), Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung).

Die Personalaufwendungen der Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft enthalten aperiodische Aufwendungen i. H. v. 12,4 Mio. Euro (Vorjahr: 12,7 Mio. Euro), die hauptsächlich im Zusammenhang mit der Zuführung zur Wettbewerbsrückstellung stehen.

Die **Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen** verteilen sich auf Kernverwaltung und Tochterorganisationen wie folgt:

ABSCHREIBUNGEN AUF IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE DES ANLAGEVERMÖGENS UND SACHANLAGEN	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
Kernverwaltung	693	595
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	82	82
HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR	67	72
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	57	58
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	48	50
Hamburg Port Authority	32	37
Sonstige	416	425
GESAMT	1.395	1.319

Der Gesamtbetrag der Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen von 1.318,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.394,7 Mio. Euro) setzt sich zusammen aus

- Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen i. H. v. 903,1 Mio. Euro (Vorjahr: 916,5 Mio. Euro),
- Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte i. H. v. 129,7 Mio. Euro (Vorjahr: 174,1 Mio. Euro) sowie
- Abschreibungen auf sonstige immaterielle Vermögensgegenstände und Geleistete Investitionszuwendungen i. H. v. 286,1 Mio. Euro (Vorjahr: 304,1 Mio. Euro).

Der überwiegende Teil des Abschreibungsvolumens ist mit 595,0 Mio. Euro (Vorjahr: 692,7 Mio. Euro) der Kernverwaltung zuzurechnen (siehe im Abschnitt 4.2, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung). Hiervon sind 553,1 Mio. Euro (Vorjahr: 580,8 Mio. Euro) direkt in den Konzernabschluss übernommen worden, weitere 41,9 Mio. Euro (Vorjahr: 111,9 Mio. Euro) resultieren aus Konzernbuchungen.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen sind im Konzernverbund im Umfang von 7,5 Mio. Euro (Vorjahr: 103,8 Mio. Euro) vorgenommen worden. Größter Posten hierbei war eine außerplanmäßige Abschreibung bei der Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG i. H. v. 4,4 Mio. Euro.

Die **Aufwendungen aus Mieten und Pachten** betragen 363,1 Mio. Euro (Vorjahr: 388,1 Mio. Euro). Die Kernverwaltung weist Aufwendungen aus Mieten und Pachten von 302,5 Mio. Euro (Vorjahr: 315,1 Mio. Euro) aus.

Der Rückgang erklärt sich daraus, dass die Leasingkosten der Hamburg Messe und Congress GmbH i. H. v. 21,8 Mio. Euro im Jahr 2010 unter den sonstigen Aufwendungen statt als Aufwendungen aus Mieten und Pachten ausgewiesen werden.

Die **Sonstigen Aufwendungen** sind im Vorjahrsvergleich von 2.143,8 Mio. Euro auf 2.611,4 Mio. Euro gestiegen.

SONSTIGE AUFWENDUNGEN	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
Verlust aus Anlagenabgang	523	286
Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	486	747
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten	62	58
Übrige sonstige Aufwendungen	1.073	1.520
GESAMT	2.144	2.611

Die **Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit** i. H. v. 747,1 Mio. Euro sind mit 722,8 Mio. Euro überwiegend der Kernverwaltung zuzurechnen (siehe im Abschnitt 4.2, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung). Von den **Verlusten aus Anlagenabgang** entfällt mit 272,7 Mio. Euro (Vorjahr: 505,3 Mio. Euro) der größte Teil ebenfalls auf die Kernverwaltung.

ÜBRIGE SONSTIGE AUFWENDUNGEN	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
Kernverwaltung	213	690
Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	212	224
Hamburg Port Authority	154	61
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	60	62
Universität Hamburg *	—	51
Sonstige	434	432
GESAMT	1.073	1.520

* 2010 erstmals konsolidiert.

5.3 ERGEBNIS DER LAUFENDEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Das Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt 1.031,2 Mio. Euro (Vorjahr: – 306,7 Mio. Euro).

5.4 FINANZERGEBNIS

Das Finanzergebnis beträgt –1.013,3 Mio. Euro (Vorjahr: –1.302,7 Mio. Euro).

Das Ergebnis aus Beteiligungen von 34,1 Mio. Euro (Vorjahr: –324,6 Mio. Euro) setzt sich zusammen aus:

ERGEBNIS AUS BETEILIGUNGEN	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
Erträge aus Beteiligungen an verbundenen, nicht konsolidierten Organisationen	12	10
Ergebnis der assoziierten Organisationen	– 360	9
Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen	21	17
Erträge aus übrigen Beteiligungen	5	2
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	–3	–4
GESAMT	– 325	34

Im Gegensatz zum Vorjahr fällt das Ergebnis aus Beteiligungen positiv aus. Dies resultiert aus dem Ergebnis der assoziierten Organisationen. Der Fehlbetrag des Vorjahres war auf die Übernahme des anteiligen negativen Ergebnisses der HSH Nordbank AG i. H. v. –358,2 Mio. Euro zurückzuführen. Gegliedert nach Organisationen stellt sich das Ergebnis aus Beteiligungen wie folgt dar:

ERGEBNIS AUS BETEILIGUNGEN	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
»Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR	–57	16
Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA)	14	10
SRH Beteiligungsgesellschaft mbH (SRHB)	0	5
Sonstige	–282	3
GESAMT	– 325	34

Das Ergebnis der »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR beinhaltet die Übernahme des Ergebnisses der Asklepios Kliniken Hamburg GmbH i. H. v. 15,5 Mio. Euro (Vorjahr: 8,5 Mio. Euro).

Die Zinsen und ähnlichen Erträge betragen 334,0 Mio. Euro (Vorjahr: 273,8 Mio. Euro), davon sind 1,0 Mio. Euro Erträge aus verbundenen Unternehmen und 4,4 Mio. Euro Erträge aus Abzinsung, die ausschließlich den Tochterorganisationen zuzuordnen sind. Vom Gesamtbetrag entfallen 202,8 Mio. Euro auf die HSH Finanzfonds AöR. Der Betrag resultiert aus den anteiligen Provisionserträgen für die Garantieübernahme für die HSH Nordbank AG. Die Erhöhung der Zinserträge bei der HGV von 5,2 Mio. Euro im Vorjahr auf 14,4 Mio. Euro ist auf die Gewährung von Darlehen im Dezember 2009 zurückzuführen. Im Zuge der Konsolidierungsmaßnahmen sind die Zinsen und ähnlichen Erträge der Kernverwaltung um 1,3 Mio. Euro bereinigt worden. Der Posten enthält keine Zinserträge der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Diese werden bei den Umsatzerlösen ausgewiesen.

ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
HSH Finanzfonds AöR (Anteil FHH)	153	203
Kernverwaltung	95	94
HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH	5	14
Hamburg Port Authority	0	4
»Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR	5	3
Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA)	4	3
Sonstige	12	13
GESAMT	274	334

Die **Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens** belaufen sich auf 3,6 Mio. Euro (Vorjahr: 10,4 Mio. Euro). Die Abschreibungen stammen im Wesentlichen mit 2,4 Mio. Euro (Vorjahr: 4,3 Mio. Euro) aus der Kernverwaltung (siehe im Abschnitt 4.3, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung) und mit 1,1 Mio. Euro (Vorjahr: 5,7 Mio. Euro) aus der Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA).

Die **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** betragen 1.384,7 Mio. Euro (Vorjahr: 1.247,2 Mio. Euro), von denen 0,4 Mio. Euro auf verbundene Unternehmen entfallen. Aufwendungen aus der Abzinsung schlagen mit 81,9 Mio. Euro zu Buche. Die im Jahresabschluss für die Kernverwaltung (siehe im Abschnitt 4.3, Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung) enthaltenen Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von 914,7 Mio. Euro sind im Rahmen der Konsolidierung um 9,3 Mio. Euro bereinigt worden.

ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
Kernverwaltung	899	905
HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR	71	75
HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH	79	71
HSH Finanzfonds AöR (Anteil FHH)	26	43
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	37	41
GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH	33	32
»Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR	15	30
Sonstige	87	188
GESAMT	1.247	1.385

5.5 ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt 17,9 Mio. Euro (Vorjahr: –1.609,4 Mio. Euro).

5.6 AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS

Das Außerordentliche Ergebnis von –23,1 Mio. Euro beinhaltet **Außerordentliche Erträge** i. H. v. 21,8 Mio. Euro und **Außerordentliche Aufwendungen** i. H. v. – 44,9 Mio. Euro. Zum größten Teil resultiert das Außerordentliche Ergebnis aus der erstmaligen Anwendung der Regelungen des BilMoG bei den Tochterorganisationen der FHH (insbesondere Neubewertung von Rückstellungen).

5.7 STEUERN

Die Steueraufwendungen betragen 89,0 Mio. Euro (Vorjahr: 78,7 Mio. Euro). Hiervon entfallen

- 57,1 Mio. Euro auf Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
- 18,8 Mio. Euro auf Sonstige Steuern und
- 13,1 Mio. Euro auf Latente Steuern (saldiert).

STEUERAUFWENDUNGEN	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA)	5	31
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	6	25
Hamburg Port Authority	18	9
FBK Flughafen Hamburg Konsortial und Service GmbH & Co. oHG	5	7
HHLA Container-Terminal Altenwerder GmbH	25	4
Sonstige	20	13
GESAMT	79	89

Bei der Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA) ist die Zunahme hauptsächlich auf das im Vergleich zum Vorjahr gestiegene Jahresergebnis zurückzuführen. Der Anstieg bei der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg resultiert vorwiegend aus dem Ausweis latenter Steuern i. H. v. 14,0 Mio. Euro.

6 Sonstige Angaben

6.1 BESCHÄFTIGTE

Die Anzahl der im Konzern beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beträgt zum Bilanzstichtag und im Jahresdurchschnitt:

BESCHÄFTIGTE	Bilanzstichtag 31.12.2010	Jahresdurchschnitt 2010
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	65.559	64.728
Beamteninnen und Beamte	39.094	38.952
Zwischensumme	104.653	103.680
Auszubildende	4.308	3.959
GESAMT	108.961	107.639

Die quotal einbezogene HSH Finanzfonds AöR beschäftigte im Jahresdurchschnitt einen Vollzeitmitarbeiter.

Durch die Erstkonsolidierung der neu in den Konsolidierungskreis aufgenommenen Organisationen erhöhte sich die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Bilanzstichtag um 7.780, im Jahresdurchschnitt um 8.266.

6.2 ANGABEN DES EINFLUSSES STEUERLICHER VORSCHRIFTEN AUF DAS KONZERNJAHRESERGEBNIS

Die Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil nach § 6b EStG war letztmalig für das Geschäftsjahr 2009 möglich. Drei Tochterorganisationen machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch und behielten den Sonderposten nach Art. 67 Abs. 3 S. 1 EGHGB bei. Nach Auflösungen von 4,4 Mio. Euro beträgt der Sonderposten mit Rücklageanteil zum Bilanzstichtag insgesamt 36,0 Mio. Euro.

6.3 CORPORATE GOVERNANCE

Die einzige börsennotierte Tochterorganisation der FHH, die Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA), hat die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung zur Anwendung der Empfehlungen der »Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex« abgegeben und auf ihrer Internetseite (www.HHLA.de) veröffentlicht.

6.4 SENAT/BÜRGERSCHAFT

Siehe Abschnitte 5.1 und 5.2 im Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung.

6.5 ANGABEN ZU ORGANBEZÜGEN, ORGANKREDITEN UND ANDEREN RECHTSVERHÄLTNISSEN

Hinsichtlich der Angaben zu Organbezügen, Organkrediten und anderen Rechtsverhältnissen wird auf den Anhang zum Jahresabschluss für die Kernverwaltung sowie auf die Einzelabschlüsse der Tochterorganisationen verwiesen.

7 Beteiligungsübersicht 2010

Aufstellung des Anteilsbesitzes der Freien und Hansestadt Hamburg zum 31.12.2010

ORGANISATION	Rechtsform	Sitz	Beteiligungs- anteil 31.12.2010 in %	EK gesamt 31.12.2010 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2010 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
Vollkonsolidierte Organisationen						
1. HaGG Hamburger Immobilienbeteiligung GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	-23.447	0	
AKK Altonaer Kinderkrankenhaus gGmbH	GmbH	Hamburg	94,00	1.312	343	
Bäderland Hamburg GmbH (BLH)	GmbH	Hamburg	100,00	38.093	0	²⁾
Berufsbildungswerk Hamburg GmbH (BBW)	GmbH	Hamburg	90,00	19.153	-640	
Berufsförderungswerk Hamburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	100,00	9.448	769	¹⁾
BNM Baugesellschaft Neue Messe mbH	GmbH	Hamburg	100,00	25	0	³⁾
CTD Container-Transport-Dienst GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	256	0	²⁾
CTL Container Terminal Lübeck GmbH	GmbH	Lübeck	100,00	30	0	²⁾
Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	-137.725	1.734	¹⁾
f & w fördern und wohnen AöR	AöR	Hamburg	100,00	24.216	-12.444	^{1), 3)}
FEG Fischereihafenentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	39.975	306	¹⁾
FFG Fahrzeugwerkstätten Falkenried GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	4.100	0	²⁾
FHK Flughafen Hamburg Konsortial und Service GmbH & Co. oHG	oHG	Hamburg	51,00	0	16.735	
Fischmarkt Hamburg-Altona GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	4.518	0	²⁾
Flughafen Hamburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung (FHG)	GmbH	Hamburg	97,50	63.760	0	²⁾
Friedr. Jasper Rund- und Gesellschaftsfahrten GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	4.163	0	²⁾
GGV Grundstücksgesellschaft Verwaltungsgebäude Neuenfelder Straße mbH	GmbH	Hamburg	100,00	25	0	²⁾
GHL Gesellschaft für Hafen- und Lagereiimmobilien-Verwaltung Bei St. Annen mbH	GmbH	Hamburg	100,00	9.243	387	
GroundSTARS GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	1.136	1.025	
Grundstücksgesellschaft Polizeipräsidium mbH	GmbH	Hamburg	100,00	28	0	²⁾
GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH	GmbH	Hamburg	100,00	348.685	26.509	
GWG Gewerbe Gesellschaft für Kommunal- und Gewerbeimmobilien mbH	GmbH	Hamburg	100,00	992	0	²⁾
GWG-Beteiligungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	190.632	0	²⁾
HADAG Seetouristik und Fährdienst AG	AG	Hamburg	100,00	4.096	0	²⁾
HafenCity Universität Hamburg – Universität für Baukunst und Metropolenentwicklung	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	7.819	-1.732	^{1), 3)}
HaGG Hamburger Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und Projektplanung mbH (HaGG-Projekt)	GmbH	Hamburg	100,00	2.224	0	²⁾
Hamburg Energie GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	-3.581	-3.214	
»Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR	AöR	Hamburg	100,00	-236.976	79.595	¹⁾
Hamburg Messe und Congress GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	11.679	0	^{2), 3)}
Hamburg Port Authority	AöR	Hamburg	100,00	686.166	-106.901	¹⁾
Hamburger Friedhöfe AöR	AöR	Hamburg	100,00	8.273	-320	¹⁾

ORGANISATION (Fs.)	Rechtsform	Sitz	Beteiligungs- anteil 31.12.2010 in %	EK gesamt 31.12.2010 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2010 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
Vollkonsolidierte Organisationen (Fs.)						
Hamburger Gesellschaft für Gewerbebauförderung mbH (HaGG-Vermögen)	GmbH	Hamburg	60,00	5.303	476	1)
Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA)	AG	Hamburg	69,65	436.563	86.498	
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	AG	Hamburg	100,00	142.434	0	2), 3)
Hamburger Institut für berufliche Bildung (HIBB)	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	21.028	3.107	1)
Hamburger Kunsthalle Stiftung öffentlichen Rechts	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	–3.173	61	1), 3)
Hamburger Wasserwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	100,00	141.690	10	2)
Hamburgische Staatsoper Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	100,00	974	463	1), 4)
Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	AöR	Hamburg	100,00	751.768	–3.100	1)
HamburgMusik gGmbH – Elbphilharmonie und Laeiszhalle Betriebsgesellschaft	GmbH	Hamburg	95,20	466	16	1), 4)
HCCR Hamburger Container- und Chassis-Reparatur-Gesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	1.942	0	2)
HGL Hamburger Gesellschaft für Luftverkehrsanlagen mbH	GmbH	Hamburg	100,00	985	0	2)
HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH	GmbH	Hamburg	100,00	2.414.772	605	1)
HHLA Container Terminal Tollerort GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	34.741	0	2)
HHLA Container Terminals Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	100,00	111.424	0	2)
HHLA Container-Terminal Altenwerder GmbH	GmbH	Hamburg	74,90	74.072	0	2)
HHLA Container-Terminal Burchardkai GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	76.961	0	2)
HHLA CTA Besitzgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	74,90	6.360	0	2)
HHLA Frucht- und Kühl-Zentrum GmbH	GmbH	Hamburg	50,98	13.483	–1.376	
HHLA Intermodal GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	29.043	0	2)
HHLA Logistics GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–1.237	0	2)
HHLA Rosshafen Terminal GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	17.843	414	
HHLA-Beteiligungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	131.547	0	2)
HOCHBAHN Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	56.038	5	
HOCHBAHN Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	39.572	2.673	3)
Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW)	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	10.618	–3.860	1), 3)
Hochschule für Musik und Theater Hamburg	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	1.309	–1.313	1)
HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR	AöR	Hamburg	100,00	1.055.360	31.171	1)
HSG Hanseatische Siedlungs-Gesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	8.545	0	2)
HWW-Beteiligungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	613.828	0	2)
IMPF Hamburgische Immobilien Management Gesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	25	0	2)
Innovationsstiftung Hamburg	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	56.392	–120	1), 3)
Institut für Hygiene und Umwelt	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	5.780	–890	1)

ORGANISATION (FS.)	Rechtsform	Sitz	Beteiligungs- anteil 31.12.2010 in %	EK gesamt 31.12.2010 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2010 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
Vollkonsolidierte Organisationen (Fs.)						
KFE Energie GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	25	0	2)
KFE Klinik Facility-Management Eppendorf GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	107	0	2)
KLE Klinik Logistik Eppendorf GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	70	0	2)
Klinik Gastronomie Eppendorf GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	50	0	2)
Kommanditgesellschaft VHG Verwaltung Hamburgischer Gebäude GmbH & Co.	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	79.418	7.556	1), 3)
Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	22.788	-174	1)
Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	15.348	668	1), 2), 3)
Landesbetrieb Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	34.516	-1.944	1), 3)
Landesbetrieb Hamburgische Münze	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	11.795	-486	1), 2)
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	-2.904	4.128	1)
Landesbetrieb Verkehr	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	11.058	112	1), 2)
LOTTO Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	3.881	171	1)
Martini-Klinik am UKE GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	112	0	2)
Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	-1	45	1)
Pinneberger Verkehrsgesellschaft mbH (PVG)	GmbH	Schenefeld	100,00	11.367	0	2)
Projektierungsgesellschaft Finkenwerder mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	327.377	1.620	1)
Reisering Hamburg RRH GmbH	GmbH	Hamburg	92,00	2.072	0	2)
RMH Real Estate Maintenance Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	100	0	2)
SAGA Erste Immobiliengesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	7.200	0	2)
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	AG	Hamburg	100,00	743.929	115.490	1)
SCA Service Center Altenwerder GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	601	0	2)
Service Center Burchardkai GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	26	0	2)
Sondervermögen Hamburgisches Telekommunikationsnetz	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	102.003	977	1), 3)
spriag – Beteiligungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	17.370	0	2)
SpriAG – Sprinkenhof AG	AG	Hamburg	100,00	6.486	0	2)
SRH Beteiligungsgesellschaft mbH (SRHB)	GmbH	Hamburg	100,00	15.151	3.563	
SRH Verwaltungsgesellschaft mbH (SRHV)	GmbH	Hamburg	100,00	11.706	1.384	
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	4.760	-392	1)
Stadtreinigung Hamburg AöR	AöR	Hamburg	100,00	82.894	6.549	1)
Technische Universität Hamburg-Harburg	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	32.031	4.838	1)
TEREG Gebäudedienste GmbH	GmbH	Hamburg	56,00	1.731	0	2)
TuTech Innovation GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	3.346	291	1)
UNIKAI Lagerei- und Speditionsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	51,00	4.460	1.412	
Universitäres Herzzentrum Hamburg GmbH (UHZ)	GmbH	Hamburg	100,00	140	0	2)
Universität Hamburg	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	88.439	-2.214	1)
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	KöR	Hamburg	100,00	36.350	1.300	1)
Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH	GmbH	Hamburg	100,00	101.679	7.022	1)
Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein Aktiengesellschaft	AG	Hamburg	94,19	17.635	0	2)
WERT Wertstoff-Einsammlung GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	902	0	2)

ORGANISATION (FS.)	Rechtsform	Sitz	Beteiligungs- anteil 31.12.2010 in %	EK gesamt 31.12.2010 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2010 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
Verbundene, nicht konsolidierte Organisationen						
1. Benex Fahrzeuggesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	30	0	2), 5)
1. HaGG Hamburger Verwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	28	0	5)
ABG Ahrensburger Busbetriebsgesellschaft mbH	GmbH	Ahrensburg	58,00	74	0	2), 5)
Aerotronic – Aviation Electronic Service GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–1	–1	5)
agilis Eisenbahngesellschaft mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Regensburg	100,00	7.268	–7	5)
agilis Verkehrsgesellschaft mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Regensburg	100,00	275	0	5)
agilis Verwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Regensburg	100,00	29	2	5)
AIRSYS – Airport Business Information Systems GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	500	0	2), 5)
Ambulanzzentrum des UKE GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	157	0	2), 6)
Analytical Services North GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	167	0	2), 5)
AREHOR s.r.o.	s.r.o.	Senov/ Tschechien	100,00	1.022	–97	5)
ATG Alster-Touristik GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	3.472	0	2), 5)
BCH BüroConsult Hamburg Gesellschaft für Personal- dienstleistungen mbH	GmbH	Hamburg	100,00	130	0	2), 5)
BeNEX GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	61.345	2.133	5)
Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin (BNI)	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	507	4	1), 5)
Berufliches Trainingszentrum Hamburg (BTZ) Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	100,00	2.785	32	5)
BFW Vermittlungskontor GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	384	66	5)
C.A.T.S. Verwaltungs-GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	41	2	5)
CATS Cleaning and Aircraft Technical Services GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	407	0	2), 5)
Chance Beschäftigungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	1.158	–42	5)
Claus-Ramm-Stiftung	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	20	1	1), 5)
CONSULAQUA Hamburg Beratungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	50	0	2), 5)
CSP Commercial Services Partner GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	40	0	2), 5)
Deichtorhallen Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–903	–506	1), 5)
DYKO, spol. s.r.o.	s.r.o.	Kolin/ Tschechien	100,00	2.769	433	5)
Ebba-Wittke-Nachlass	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	25	0	1), 5)
Elbphilharmonie und Laeiszhalle Service GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	176	–19	1), 4), 5)
EVG Elmshorner Verkehrsgesellschaft mbH	GmbH	Elmshorn	100,00	26	0	2), 5)
FBG Fulda Bus GmbH	GmbH	Fulda	100,00	–493	0	5)
FEG Fischereihafenentwicklungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	24	–1	1), 5)
Filmfest Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	5	7	5)
FilmFörderung Hamburg/Schleswig-Holstein GmbH (FFHSH)	GmbH	Hamburg	74,80	26	0	1), 5)
FLZ Hamburger Feeder Logistik Zentrale GmbH	GmbH	Hamburg	66,00	25	0	5)
ForEx Gutachten GmbH	GmbH	Pinneberg	100,00	25	0	2), 5)
Forschungs- und Wissenschaftsstiftung Hamburg	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	–9.541	–9.591	1), 5)
GAC German Airport Consulting GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	160	6	5)
GHL Erste Gesellschaft für Hafen- und Lagereimmobilien-Verwaltung mbH	GmbH	Hamburg	100,00	2.735	0	2), 5)
GHL Gesellschaft für Hafen- und Lagereimmobilien-Verwaltung Block D mbH	GmbH	Hamburg	100,00	8.184	0	2), 5)

ORGANISATION (FS.)	Rechtsform	Sitz	Beteiligungs- anteil 31.12.2010 in %	EK gesamt 31.12.2010 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2010 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
Verbundene, nicht konsolidierte Organisationen (Fs.)						
GHL Gesellschaft für Hafen- und Lagereiimmobilien-Verwaltung Block T mbH	GmbH	Hamburg	100,00	1.327	0	2), 5)
GHL Zweite Gesellschaft für Hafen- und Lagereiimmobilien-Verwaltung mbH	GmbH	Hamburg	100,00	874	0	2), 5)
Globus 24 Gesellschaft für Leistungen zur Omnimobilität mit Bus und Schiene mbH	GmbH	Schenefeld	100,00	30	0	2), 5)
GroundSTARS Verwaltungs-GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	48	3	5)
Grundstücksgesellschaft Billstr. 82-84 mbH	GmbH	Hamburg	100,00	23	5	5)
Grundstücksgesellschaft Kaltenkirchen mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	87	-4	5)
Grundstücksgesellschaft Kaltenkirchen Verwaltungs-GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	28	0	5)
HAB Hamburger Arbeit – Beschäftigungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	8.304	-2.961	1), 5)
HAB Service Gesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	142	109	5)
HADAG Verkehrsdienste GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	30	0	2), 5)
HafenCity Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	75	3	5)
Hamburg Convention Bureau GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	42	1	5)
Hamburg Energie Solar Betriebs GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	1.700	0	3), 5)
Hamburg Energie Solar GmbH	GmbH	Hamburg	60,00	-199	-694	3), 5)
Hamburg Energie Wärme GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	500	k. A.	5)
Hamburg Innovation GmbH	GmbH	Hamburg	90,00	129	59	5)
Hamburg Kreativ GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	25	0	1), 5)
Hamburg Marketing GmbH (HMG)	GmbH	Hamburg	55,00	100	0	1), 5)
Hamburg Tourismus GmbH (HHT)	GmbH	Hamburg	51,00	94	3	1), 5)
Hamburg Travel GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	40	2	5)
HAMBURG WASSER Service und Technik Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	100,00	4.212	203	5)
Hamburger Krematorium Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	100,00	25	17	2), 5)
Hamburger Krematoriums-Transport-Gesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	80,00	25	9	2), 5)
Hamburger Verkehrsverbund GmbH (HVV)	GmbH	Hamburg	85,50	60	0	1), 5)
Hamburger Volkshochschule	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	3.683	-152	1), 5)
Hamburgische Luft- und Raumfahrt Beteiligungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	25	0	5)
HCC Hanseatic Cruise Centers GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	1.045	374	5)
HCCR Erste Beteiligungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	34	0	5)
HCU NIAH Forschung-Weiterbildung-Service GmbH	GmbH	Hamburg	70,00	74	-15	5)
HEG Hamburger Entsorgungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	295	96	5)
HHB Hamburg-Holstein-Bus Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	100,00	26	0	2), 5)
HHLA Energiehandelsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	25	8	2), 5)

ORGANISATION (Fs.)	Rechtsform	Sitz	Beteiligungs- anteil 31.12.2010 in %	EK gesamt 31.12.2010 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2010 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
Verbundene, nicht konsolidierte Organisationen (Fs.)						
HHLA Intermodal Polska Sp.z o.o.	Sp.z o.o.	Warschau/ Polen	100,00	4.143	– 678	6)
HHLA Intermodal Polska Terminals Sp.z o.o.	Sp.z o.o.	Warschau/ Polen	100,00	3	– 6	5)
HHLA Logistics Altenwerder GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	227	– 1.089	5)
HHLA Logistics Altenwerder Verwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	48	– 1	5)
HHLA-Personal-Service-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	100,00	45	0	2), 5)
HHW Hamburger Hochbahn-Wache GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	26	0	2), 5)
HMC International GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	12	12	3), 5)
HNB Hamburger Nahverkehrs-Beteiligungsges. mbH	GmbH	Hamburg	100,00	1.081	1.004	5)
HOCHBAHN-Verwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	133	5	5)
Hochschule für bildende Künste Hamburg	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	1.640	– 232	1), 3), 5)
HPC Hamburg Port Consulting GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	1.367	0	2), 5)
HPC Ukraina Ltd.	Ltd.	Odessa/ Ukraine	100,00	53.227	12.388	6)
HPTI Hamburger Port Training Institute GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	102	0	2), 5)
HSE Hamburger Stadtentwässerung Verwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	29	– 1	5)
HWC Hamburger Wohn Consult Gesellschaft für wohnungswirts. Beratung mbH	GmbH	Hamburg	100,00	130	0	2), 5)
HWf Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH	GmbH	Hamburg	51,00	224	50	1), 5)
hySOLUTIONS GmbH	GmbH	Hamburg	61,00	33	2	5)
IBA Hamburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	100,00	25	0	1), 5)
IBZ Pankrac a.s.	a.s.	Nyrany/ Tschechien	93,33	209	– 1	5)
IGS Internationale Gartenschau Hamburg 2013 Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	66,60	– 10.040	– 3.365	1), 6)
IGS Servicegesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	100,00	25	6	5)
Israel Samuel Bonn – Legat	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	30	0	1), 5)
Junge Werkstatt – bbw Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	133	– 8	5)
Kasse.Hamburg	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	901	0	1), 2), 5)
KLIFF Zentrum für Klimafolgenforschung GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	26	8	5)
KME Klinik Medizintechnik Eppendorf GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	51	0	2), 5)
komm.pass.arbeit GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	919	923	5)
Kraftverkehr Lauterbach Beteiligungs GmbH	GmbH	Lauterbach	100,00	58	5	5)
Kraftverkehr Lauterbach GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Lauterbach	100,00	400	19	5)
KSE Klinik Service Eppendorf GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	68	0	2), 5)
KTE Klinik Textil Eppendorf GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	25	0	2), 5)

ORGANISATION (Fs.)	Rechtsform	Sitz	Beteiligungs- anteil 31.12.2010 in %	EK gesamt 31.12.2010 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2010 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
Verbundene, nicht konsolidierte Organisationen (Fs.)						
Landesbetrieb Philharmonisches Staatsorchester	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	89	–114	1), 2), 4), 5)
Landesbetrieb Rathaus-Service	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	1.340	–180	1), 5)
Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand	§ 26 (1) LHO	Jork	100,00	1.088	–154	1), 4), 5)
Leipziger Institut für Energie GmbH	GmbH	Leipzig	100,00	237	140	3), 5)
Logisyst GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	54	84	5)
Ludwig-Peters-Stiftung	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	71	0	1), 5)
Luisse-Gothmann-Fonds	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	7	–1	1), 5)
LZN Laser Zentrum Nord GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	56	28	5)
LZU Leercontainer Zentrum Unikai GmbH	GmbH	Hamburg	65,00	1.869	1.569	5)
Maria-Wolters-Stiftung	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	3	0	1), 5)
MAZ level one GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	167	–3	1), 5)
Media Desk Informationsstelle für europäische Filmförderung GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	26	0	5)
MediGate GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	71	0	2), 5)
METRANS (Danubia) a.s.	a.s.	Dunajska Streda/ Slowakei	100,00	15.952	2.154	6)
METRANS (Deutschland) GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	146	29	5)
METRANS a.s.	a.s.	Prag/ Tschechien	51,50	110.102	20.315	6)
METRANS Adria D.O.O.	D.O.O.	Koper/ Slowenien	100,00	392	340	5)
METRANS Danubia Kft.	Kft.	Győr/ Ungarn	100,00	–123	–300	5)
MKH – Multimedia Kontor Hamburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	100,00	223	25	5)
MOLITA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Messe Hamburg KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	–12.635	2.277	5)
Museum für Völkerkunde Hamburg	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	–341	24	1), 3), 5)
MVZ am Altonaer Kinderkrankenhaus GmbH (MVZ AKK)	GmbH	Hamburg	100,00	33	1	5)
Neue Schauspielhaus-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	100,00	–830	–544	1), 4), 5)
NOZ Norddeutsche Zyklotron GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	25	0	2), 5)
Orthmann´s Reisedienst ORD GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	793	0	2), 5)
P+R-Betriebsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	94,80	314	0	2), 5)
Planetarium Hamburg	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	8.829	749	1), 5)
ProQuartier Hamburg Gesellschaft für Sozialmanagement und Projekte mbH	GmbH	Hamburg	100,00	200	0	2), 5)
Railtransport s.r.o.	s.r.o.	Prag/ Tschechien	80,00	86	–399	5)

ORGANISATION (Fs.)	Rechtsform	Sitz	Beteiligungs- anteil 31.12.2010 in %	EK gesamt 31.12.2010 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2010 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
Verbundene, nicht konsolidierte Organisationen (Fs.)						
Rechenzentrum der Hamburger Staatstheater Gesellschaft bürgerlichen Rechts	GbR	Hamburg	100,00	205	14	5)
ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	1.049	110	1), 5)
Richard-Bruns-Vermächtnis	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	5	0	1), 5)
RMVB Ratzeburg-Möllner Verkehrsbetriebe GmbH	GmbH	Ratzeburg	76,00	829	248	5)
S.A.E.M.S. Verwaltungs-GmbH (SAEMS Verwaltung)	GmbH	Hamburg	100,00	39	1	5)
S.T.A.R.S. Verwaltungs-GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	47	2	5)
SAEMS Special Airport Equipment and Maintenance Service GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	60,00	300	0	2), 5)
SAGA IT Services GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	103	0	2), 5)
SBG Süderelbe Bus GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	2.000	0	2), 5)
School of Life Science Hamburg Gemeinnützige Gesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	443	49	5)
Schulservice Hamburg Gesellschaft für Facility Management mbH	GmbH	Hamburg	100,00	50	0	2), 5)
SecuServe Aviation Security and Services Hamburg GmbH (SecuServe Hamburg)	GmbH	Hamburg	100,00	150	0	2), 5)
SecuServe Aviation Security and Services Holding International GmbH (SecuServe Holding)	GmbH	Hamburg	100,00	250	0	2), 5)
ServCount Abrechnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	100,00	1.168	159	5)
SGG Städtische Gebäudeeigenreinigung GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	26	0	2), 5)
SIM Sprinkenhof Immobilien Management GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	26	0	2), 5)
Sondervermögen »Stadt und Hafen«	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	0	-3.084	1), 3), 5)
SRH Wertstoff – Verwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	24	0	5)
SRH Wertstoff GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	-2.750	76	5)
STARS Special Transport and Ramp Services GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	51,00	500	0	2), 5)
Stiftung Elbefonds	Stiftung des öR	Grünen- deich	100,00	10.604	242	1), 3), 5)
Stiftung Harburg	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	75	1	1), 5)
Stiftung Historische Museen Hamburg	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	-3.017	69	1), 3), 5)
Stiftung Lebensraum Elbe	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	11.562	1.544	1), 3), 5)
Stilbruch Betriebsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	95	0	2), 5)
STR Stadtteilreinigungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	538	143	5)
Thalia-Theater GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	-282	-742	1), 3), 4), 5)
Transport-Schienen-Dienst GmbH	GmbH	Kirnitzschtal	100,00	32	32	5)
TPH Triennale der Photographie Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	31	8	5)
Ulrich Stein Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	51,00	501	345	5)
Uniconsult Universal Transport Consulting GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	100	0	2), 5)

ORGANISATION (FS.)	Rechtsform	Sitz	Beteiligungs- anteil 31.12.2010 in %	EK gesamt 31.12.2010 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2010 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
Verbundene, nicht konsolidierte Organisationen (Fs.)						
Unikai Hafenbetrieb GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	3.640	0	2), 5)
Universitäres Herz- und Gefäßzentrum Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	26	-1	3), 5)
Universitäres Transplantationszentrum Hamburg gGmbH	GmbH	Hamburg	100,00	26	0	3), 5)
Universität Hamburg Marketing GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	327	144	5)
VBR-Verkehrsbetriebe- und Servicegesellschaft mbH	GmbH	Neuhof	100,00	142	54	5)
Vereinigung KITA Servicegesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	609	3	5)
Vereinigung Kitas Nord gGmbH	GmbH	Hamburg	100,00	638	212	5)
Verwaltung Hamburgischer Gebäude VHG GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	26	1	5)
Verwaltungsgesellschaft Finkenwerder mbH	GmbH	Hamburg	100,00	34	1	5)
VHH Neumünster GmbH	GmbH	Neu- münster	100,00	24	0	5)
VKN Vertriebsgesellschaft Kompostprodukte Nord mbH	GmbH	Hamburg	64,83	42	1	5)
WSH Wohnservice Hamburg Gesellschaft für wohnungswirtschaftliche Dienste mbH	GmbH	Hamburg	100,00	130	0	2), 5)
Zentral-Omnibus-Bahnhof »ZOB« Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	83,64	712	38	5)
Zentrum für Personaldienste (ZPD)	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	1.123	-122	1), 3), 5)

ORGANISATION (FS.)	Rechtsform	Sitz	Beteiligungs- anteil 31.12.2010 in %	EK gesamt 31.12.2010 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2010 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
Anteilmäßig konsolidierte Organisationen						
HSH Finanzfonds AöR	AöR	Hamburg	50,00	553.472	306.540	¹⁾
Assoziierte at equity konsolidierte Organisationen						
AKN Eisenbahn AG	AG	Kalten- kirchen	50,00	13.652	0	^{1), 2)}
Asklepios Kliniken Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	25,10	328.638	53.559	
Dataport	AöR	Altenholz	34,48	54.330	689	¹⁾
Elbe-Werkstätten GmbH	GmbH	Hamburg	32,30	7.685	-77	¹⁾
Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH	GmbH	Kiel	50,00	13.736	-539	
Hamburgische Seefahrtsbeteiligung »Albert Ballin« GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	46,87	1.550.892	-14.594	
Hansaport Hafenbetriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	49,00	5.156	0	²⁾
HSH Nordbank AG	AG	Hamburg	42,33	5.992.285	-219.049	²⁾
MVR Müllverwertung Rugenberger Damm GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	25,00	35.439	19.388	
Polzug Intermodal GmbH	GmbH	Hamburg	33,33	6.728	45	
Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein	AöR	Hamburg	47,50	2.919	891	¹⁾
TFG Transfracht Internationale Gesellschaft für kombinierten Güterverkehr mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	50,00	-742	-4.525	

ORGANISATION (FS.)	Rechtsform	Sitz	Beteiligungs- anteil 31.12.2010 in %	EK gesamt 31.12.2010 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2010 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
Assoziierte, nicht konsolidierte Organisationen						
AHS Aviation Handling Services GmbH (AHS Holding)	GmbH	Hamburg	32,25	-774	-4.640	5)
AHS Hamburg Aviation Handling Services GmbH	GmbH	Hamburg	49,00	1.113	407	5)
Arbeitsstiftung Hamburg – Gesellschaft für Mobilität im Arbeits- markt mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	45,00	73	4	5)
ARS-UNIKAI GmbH	GmbH	Hamburg	50,00	306	17	5)
Biotex GmbH (ruhende Geschäftstätigkeit)	GmbH	Hamburg	20,00	k. A.	k. A.	5)
Biowerk Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	47,50	41	3	5)
Biowerk Hamburg GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	47,50	645	-642	5)
BTI Blohm und TERE Industriendienstleistungen GmbH	GmbH	Hamburg	50,00	60	0	2), 5)
cantus Verkehrsgesellschaft mbH	GmbH	Kassel	50,00	6.037	3.114	5)
Centrum für Angewandte Nanotechnologie (CAN) GmbH	GmbH	Hamburg	34,80	28	0	1), 5)
CIT Container Inland Trucking GmbH	GmbH	Hamburg	50,00	23	-2	5)
Cuxcargo Hafenbetrieb GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Cuxhaven	50,00	0	6	5)
Cuxcargo Hafenbetrieb Verwaltungs-GmbH	GmbH	Cuxhaven	50,00	17	-1	5)
CuxPort GmbH	GmbH	Cuxhaven	25,10	6.007	849	5)
Demos Gesellschaft für E-Partizipation mbH	GmbH	Hamburg	25,10	96	91	5)
Deutsches Klimarechenzentrum GmbH (DKRZ)	GmbH	Hamburg	27,27	3.474	-48	1), 5)
DHU Gesellschaft für Datenverarbeitung Hamburger Umschlags- betriebe mbH	GmbH	Hamburg	40,40	1.516	671	5)
Eichdirektion Nord	AöR	Kiel	23,48	3.401	0	1), 2), 5)
Gemeinnützige Gesellschaft für Alten- und Behindertenhilfe mit beschränkter Haftung	GmbH	Hamburg	50,00	141	-190	5)
Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	50,00	25	21	1), 5)
hamburg.de GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	20,00	-2.594	-41	1), 5)
Hamburg-Consult Gesellschaft für Verkehrsberatung und Verkehrsmanagement mbH (HC)	GmbH	Hamburg	49,00	741	25	5)
Hamburger Verkehrsmittel-Werbung GmbH	GmbH	Hamburg	24,90	-1.713	37	5)
Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut gemeinnützige GmbH	GmbH	Hamburg	50,00	617	16	5)
HanseCom Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH	GmbH	Hamburg	26,00	2.203	544	4), 5)
HanseGM Gebäudemanagement GmbH	GmbH	Hamburg	50,00	153	93	5)
HanseMerkur Zentrum für Traditionelle Chinesische Medizin am UKE gemeinnützige GmbH	GmbH	Hamburg	48,00	28	3	1), 5)
HMS Hamburg Media School GmbH	GmbH	Hamburg	50,00	804	-58	1), 5)
Holsteiner Wasser GmbH	GmbH	Neumünster	50,00	9.588	1.562	5)
HPV Hamburger Papiervermarktung GmbH	GmbH	Hamburg	49,00	181	81	5)
IPN Inland Port Network GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	50,00	86	-39	5)

ORGANISATION (FS.)	Rechtsform	Sitz	Beteiligungs- anteil 31.12.2010 in %	EK gesamt 31.12.2010 in Tsd. Euro	Jahres- ergebnis 2010 in Tsd. Euro	Erläute- rungen
Assoziierte, nicht konsolidierte Organisationen (Fs.)						
IPN Inland Port Network Verwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	50,00	23	–2	5)
Kombi-Transeuropa Terminal Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	50,00	163	53	5)
KViP-Kreisverkehrsgesellschaft in Pinneberg mit beschränkter Haftung	GmbH	Uetersen	48,00	15.601	–304	3), 5)
metronom Eisenbahngesellschaft mbH	GmbH	Uelzen	25,10	500	0	2), 5)
MPCH Medizinisches PräventionsCentrum Hamburg GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	49,00	153	–103	5)
MPCH Medizinisches PräventionsCentrum Hamburg Verwaltungs GmbH	GmbH	Hamburg	49,00	28	0	5)
MzN Mobilitätszentrale Nord Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	Uetersen	20,00	71	0	2), 5)
NBE nordbahn Eisenbahngesellschaft mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Kalten- kirchen	50,00	1.000	329	5)
NBE nordbahn Eisenbahn-Verwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Kalten- kirchen	50,00	29	1	5)
Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur GmbH	GmbH	Hamburg	40,00	62	–1	1), 5)
ODEG Ostdeutsche Eisenbahn GmbH	GmbH	Parchim	50,00	2.369	65	5)
Polder - Seehäfen - Harburg GmbH	GmbH	Hamburg	22,47	93	3	4), 5)
Stadtverkehr Lübeck GmbH	GmbH	Lübeck	49,90	31.081	0	2), 5)
TFG Verwaltungs GmbH	GmbH	Frankfurt/M.	50,00	127	0	5)
UKE Consult und Management GmbH	GmbH	Hamburg	40,00	120	67	5)
Verwaltungsgesellschaft MVR Müllverwertung Rugenberger Damm mbH	GmbH	Hamburg	25,00	52	2	5)
WoWi Media GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	29,35	6.337	3.590	3), 5)
ZEBAU Zentrum für Energie, Bauen, Architektur und Umwelt GmbH	GmbH	Hamburg	23,52	82	3	5)
Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung GmbH	GmbH	Hamburg	29,00	13.926	–648	1), 5)

1) Direkte Beteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg, im Jahresabschluss der Kernverwaltung unter den Finanzanlagen bilanziert.

2) Mit Ergebnisabführungs-/Verlustübernahmevertrag bzw. Ergebnisabführung an den Haushalt und Verlustübernahme durch den Haushalt.

3) Vorläufige Jahresabschlusszahlen.

4) Die Tochter hat ein abweichendes Wirtschaftsjahr.

5) Nicht vollkonsolidiert bzw. nicht at equity konsolidiert, da unwesentlich.

6) Nicht vollkonsolidiert bzw. nicht at equity konsolidiert, da die für die Aufstellung des Konzernabschlusses erforderlichen Angaben nicht ohne unverhältnismäßige Kosten oder Verzögerungen zu erhalten sind.

k. A.: Ein Wert liegt nicht vor.

Weitere Informationen zu den Tochterorganisationen und Beteiligungen der FHH enthält der Beteiligungsbericht der Stadt. <http://www.beteiligungsbericht.fb.hamburg.de>

Jahresabschluss für die Kernverwaltung



201

92 Bilanz

94 Ergebnisrechnung

96 Anlagenspiegel

102 Anhang zum Jahresabschluss

- 102 Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss
- 103 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
- 107 Erläuterungen zur Bilanz
- 123 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung
- 130 Sonstige Pflichtangaben

Summen und Zwischensummen können Rundungsdifferenzen aufweisen.



Bilanz

zum 31. Dezember 2010

AKTIVA	Anhang	31.12.2009 in Tsd. Euro	31.12.2010 in Tsd. Euro
A. ANLAGEVERMÖGEN		43.945.305	45.509.864
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	(3.3)	3.931.058	4.209.951
1. Geleistete Investitionszuwendungen	(3.3)	2.939.948	2.826.067
2. Lizenzen, DV-Software		12.133	10.895
3. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	(3.3)	3.465	7.531
4. Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	(3.3)	975.512	1.365.458
II. Sachanlagen	(3.4)	31.887.100	32.080.681
1. Grundstücke für eigene Zwecke	(3.4)	7.571.426	7.512.371
a) Hochschulen, Schulen, Sportanlagen und kulturelle Einrichtungen		3.524.628	3.588.092
b) Innere Sicherheit		352.763	337.301
c) Sozial-, Gesundheits- und Jugendeinrichtungen		426.777	448.594
d) Sonstige Verwaltung		3.267.258	3.138.384
2. Grundstücke des Infrastrukturvermögens	(3.4)	11.831.475	12.086.090
a) Straßen, Wege, Plätze, Schienenwege, Flugplätze		6.754.707	6.798.808
b) Hafenflächen und Gewässerschutzflächen		400.808	464.116
c) Parks, Grünflächen, Land- und Forstwirtschaft		4.651.937	4.792.795
d) Wasserflächen		24.023	30.371
3. Bauten für eigene Zwecke	(3.4)	4.329.791	4.246.964
a) Hochschulen, Schulen, Sportanlagen und kulturelle Einrichtungen		3.435.006	3.376.590
b) Innere Sicherheit		258.872	260.096
c) Sozial-, Gesundheits- und Jugendeinrichtungen		111.750	109.152
d) Sonstige Verwaltung		524.163	501.126
4. Bauten des Infrastrukturvermögens		3.541.741	3.492.467
a) Straßen, Wege, Plätze, Brücken, Tunnel, Schienenwege		1.948.415	1.914.362
b) Hafenanlagen und Gewässerschutzbauten		967.492	965.959
c) Parks, Grünflächen, Land- und Forstwirtschaft		625.834	612.146
5. Anlagen zur Verkehrslenkung, Ver- und Entsorgung		284.825	269.222
6. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		214.638	219.507
7. Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen		3.154.261	3.153.785
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	(3.4)	958.943	1.100.275
III. Finanzanlagen	(3.5)	8.127.146	9.219.232
1. Anteile an verbundenen Organisationen	(3.5)	7.606.291	8.641.085
a) Landeseinrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO		37.106	32.413
b) Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO		110.740	108.755
c) Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO		259.199	282.199
d) Körperschaften, Anstalten und Stiftungen	(3.5)	2.425.824	2.509.594
e) Verbundene Unternehmen in privater Rechtsform	(3.5)	4.773.422	5.708.124
2. Beteiligungen		51.123	52.229
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	(3.5)	325.227	411.231
4. Ausleihungen	(3.5)	144.505	114.687
B. UMLAUFVERMÖGEN		3.507.612	3.824.242
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke		53.242	71.484
II. Vorräte		8.421	13.228
III. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände	(3.6)	1.785.491	1.900.089
1. Forderungen gegen Dritte (ohne den öffentlichen Bereich)	(3.6)	607.749	988.237
2. Forderungen gegen verbundene Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(3.6)	334.168	311.616
3. Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	(3.6)	619.324	449.209
4. Sonstige Vermögensgegenstände	(3.6)	224.250	151.027
IV. Wertpapiere des Umlaufvermögens		22	15
V. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	(3.7)	1.660.436	1.839.426
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	(3.8)	327.057	343.239
D. NICHT DURCH EIGENKAPITAL GEDECKTER FEHLBETRAG	(3.9)	1.205.244	541.746
BILANZSUMME		48.985.218	50.219.091

PASSIVA	Anhang	31.12.2009 in Tsd. Euro	31.12.2010 in Tsd. Euro
A. EIGENKAPITAL	(3.9)	—	—
I. Nettoposition	(3.9)	2.854.076	2.749.859
Korrekturen zur Eröffnungsbilanz		–104.216	—
II. Ergebnisvortrag	(3.9)	–2.796.369	–3.955.104
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	(3.9)	–1.158.735	663.499
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	(3.9)	1.205.244	541.746
B. SONDERPOSTEN	(3.10)	1.551.956	1.539.389
I. Sonderposten für Investitionszuwendungen	(3.10)	1.347.030	1.337.493
II. Sonderposten für Beiträge und Gebühren	(3.10)	201.525	186.081
III. Sonstige Sonderposten	(3.10)	3.401	15.815
C. RÜCKSTELLUNGEN	(3.11)	20.880.109	20.973.773
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(3.11)	18.705.845	19.589.634
II. Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen	(3.11)	41.306	289.794
III. Sonstige Rückstellungen	(3.11)	2.132.958	1.094.345
D. VERBINDLICHKEITEN	(3.12)	26.418.298	27.702.757
I. Anleihen und Obligationen	(3.12)	8.558.626	9.566.557
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(3.12)	13.750.405	9.938.044
III. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	(3.12)	601.290	624.502
IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Dritten	(3.12)	848.777	4.763.759
a) Öffentlicher Bereich		720.796	694.481
davon aus Länderfinanzausgleich		48.442	18.556
b) Privatrechtlicher Bereich		127.981	4.069.278
davon Rückzahlung von Steuern und Abgaben		64.281	68.584
V. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Organisationen			
und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(3.12)	1.716.819	1.798.863
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	(3.12)	942.381	1.011.032
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	(3.13)	134.855	3.172
BILANZSUMME		48.985.218	50.219.091

Ergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010

	Anhang	2009 in Tsd. Euro	2010 in Tsd. Euro
1. Erträge aus Verwaltungstätigkeit	(4.1)	8.771.953	9.462.316
a) Steuererträge und steuerähnliche Erträge	(4.1)	7.996.467	8.613.518
<i>davon aus Gemeinschaftssteuern</i>		4.463.506	4.938.810
<i>davon aus Landessteuern</i>		651.360	655.802
<i>davon aus Gemeindesteuern</i>		2.861.855	2.996.395
<i>davon steuerähnliche Erträge</i>		19.746	22.511
b) Erträge aus Gebühren, Beiträgen und Aufwendungsersatz	(4.1)	579.521	678.590
c) Erträge aus Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern, Geldstrafen		52.945	51.022
d) Privatrechtliche Entgelte	(4.1)	82.085	22.917
e) Erträge aus Mieten und Pachten	(4.1)	60.935	96.269
2. Erträge aus Transferleistungen	(4.1)	565.729	833.140
<i>davon aus sozialen Transferleistungen</i>		264.862	300.154
3. Sonstige Erträge	(4.1)	1.665.193	1.279.552
a) Erträge aus Anlagenabgängen und Nachaktivierungen	(4.1)	317.878	736.002
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	(4.1)	962.285	333.178
c) Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	(4.1)	154.216	152.910
d) Übrige sonstige Erträge	(4.1)	230.814	57.462
4. Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	(4.2)	1.182.766	1.337.254
a) Aufwendungen für Miete, Bewirtschaftung und Unterhaltung Grundstücke		457.413	462.017
b) Aufwendungen für die Bewirtschaftung und Unterhaltung Infrastrukturvermögen		108.229	118.585
c) Aufwendungen für Verwaltungsbedarf		474.941	464.252
d) Aufwendungen für Rechtshilfe und andere bezogene Leistungen		93.920	263.224
e) Aufwendungen für Lehr- und Lernmittel		48.263	29.176
5. Personalaufwendungen	(4.2)	4.285.859	3.412.214
a) Entgelte		648.051	671.024
b) Beamtenbezüge	(4.2)	1.445.130	1.493.708
c) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		2.192.678	1.230.502
d) Sonstige Personalkosten		—	16.980
6. Aufwendungen für Transferleistungen	(4.2)	4.145.999	4.520.916
a) an Dritte (ohne öffentlichen Bereich)	(4.2)	2.732.923	2.884.347
b) an Tochterorganisationen	(4.2)	777.573	977.109
c) an den sonstigen öffentlichen Bereich		635.503	659.460
7. Aufwendungen für den Länderfinanzausgleich	(4.2)	40.009	58.181
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(4.2)	580.800	553.128
<i>davon Gebäude</i>		117.080	116.487
<i>davon Infrastrukturvermögen</i>		128.207	127.012
9. Sonstige Aufwendungen	(4.2)	903.574	1.101.660

	Anhang	2009 in Tsd. Euro	2010 in Tsd. Euro
10. VERWALTUNGSERGEBNIS		-136.132	591.655
11. Erträge aus Beteiligungen		9.500	9.707
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		2.527	3.241
<i>davon aus verbundenen Organisationen</i>		<i>2.527</i>	<i>3.241</i>
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		97.418	95.043
<i>davon aus verbundenen Organisationen</i>		<i>885</i>	<i>1.350</i>
14. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	(4.3)	—	1.012.058
15. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	(4.3)	211.558	133.528
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(4.3)	920.490	914.677
<i>davon an verbundene Organisationen</i>		<i>23.430</i>	<i>11.441</i>
17. FINANZERGEBNIS	(4.3)	-1.022.603	71.844
18. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT		-1.158.735	663.499
19. JAHRESFEHLBETRAG / JAHRESÜBERSCHUSS		-1.158.735	663.499

Anlagenspiegel

zum 31. Dezember 2010

ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN					
	Stand 01.01.2010 in Tsd. Euro	Zugang in Tsd. Euro	Abgang in Tsd. Euro	Umbuchung / Umgliederung in Tsd. Euro	Stand 31.12.2010 in Tsd. Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Geleistete Investitionszuwendungen	7.184.506	84.151	-1.286.937	75.586	6.057.306
2. Lizenzen, DV-Software	130.208	3.486	-4.824	898	129.768
3. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	3.465	30	0	4.037	7.532
4. Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	975.512	542.465	-108.639	-43.880	1.365.458
	8.293.691	630.132	-1.400.400	36.641	7.560.064
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke für eigene Zwecke					
a) Hochschulen, Schulen, Sportanlagen und kulturelle Einrichtungen	3.607.326	73.351	-21.108	13.514	3.673.083
davon Hochschulen	600.512	19.590	-133	2.680	622.649
davon Schulen	1.983.257	10.729	-10.484	740	1.984.242
davon Sportanlagen	808.483	22.904	-10.489	6.353	827.251
davon kulturelle Einrichtungen	215.074	20.128	-2	3.741	238.941
b) Innere Sicherheit	365.515	2.233	-5.344	-13.274	349.130
c) Sozial-, Gesundheits- und Jugendeinrichtungen	455.307	11.857	-6.913	16.873	477.124
davon Sozialeinrichtungen	391.141	11.857	-6.523	-2.269	394.206
davon Gesundheitseinrichtungen	62.707	0	0	0	62.707
davon Jugendeinrichtungen	1.459	0	0	0	1.459
davon Wohngebäude	0	0	-390	19.142	18.752
d) Sonstige Verwaltung	3.493.761	134.973	-164.008	-110.821	3.353.905
	7.921.909	222.414	-197.373	-93.708	7.853.242
2. Grundstücke des Infrastrukturvermögens					
a) Straßen, Wege, Plätze, Schienenwege, Flugplätze	7.121.635	67.558	-38.464	12.800	7.163.529
davon Straßen, Wege, Plätze	6.343.484	43.397	-38.388	13.445	6.361.938
davon Schienenwege	158.195	5.451	-76	-645	162.925
davon Flugplätze	619.956	18.710	0	0	638.666
b) Hafenflächen und Gewässerschutzflächen	432.922	15.538	-3.331	50.972	496.101
davon Hafenflächen	92.368	7.967	0	46.733	147.068
davon Gewässerschutzflächen	340.554	7.571	-3.331	4.239	349.033
c) Parks, Grünflächen, Land- und Forstwirtschaft	4.784.928	125.229	-23.531	41.497	4.928.123
davon Parks, Spielplätze, Grünanlagen	4.113.504	111.133	-15.436	7.032	4.216.233
davon Land- und Forstwirtschaft	671.424	14.096	-8.095	34.465	711.890
d) Wasserflächen	24.492	2.655	-510	4.937	31.574
	12.363.977	210.980	-65.836	110.206	12.619.327

Aufgrund des Ausweises in Tsd. Euro können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

ABSCHREIBUNGEN / WERTBERICHTIGUNGEN					RESTBUCHWERTE	
Stand 01.01.2010 in Tsd. Euro	Zugang in Tsd. Euro	Abgang in Tsd. Euro	Zuschrei- bungen in Tsd. Euro	Stand 31.12.2010 in Tsd. Euro	Stand 31.12.2009 in Tsd. Euro	Stand 31.12.2010 in Tsd. Euro
-4.244.558	-260.262	1.273.581	0	-3.231.239	2.939.948	2.826.067
-118.075	-5.446	4.648	0	-118.873	12.133	10.895
0	-1	0	0	-1	3.465	7.531
0	0	0	0	0	975.512	1.365.458
-4.362.633	-265.709	1.278.229	0	-3.350.113	3.931.058	4.209.951
-82.698	-2.293	0	0	-84.991	3.524.628	3.588.092
-11.482	-1.340	0	0	-12.822	589.030	609.827
-26.751	24	0	0	-26.727	1.956.506	1.957.515
-41.759	-991	0	0	-42.750	766.724	784.501
-2.706	14	0	0	-2.692	212.368	236.249
-12.752	358	565	0	-11.829	352.763	337.301
-28.530	0	0	0	-28.530	426.777	448.594
-11.916	0	0	0	-11.916	379.225	382.290
-16.614	0	0	0	-16.614	46.093	46.093
0	0	0	0	0	1.459	1.459
0	0	0	0	0	0	18.752
-226.503	5.512	5.470	0	-215.521	3.267.258	3.138.384
-350.483	3.577	6.035	0	-340.871	7.571.426	7.512.371
-366.928	-91	2.298	0	-364.721	6.754.707	6.798.808
-168.631	-501	2.298	0	-166.834	6.174.853	6.195.104
-8.184	410	0	0	-7.774	150.011	155.151
-190.113	0	0	0	-190.113	429.843	448.553
-32.114	-126	255	0	-31.985	400.808	464.116
-1.346	0	0	0	-1.346	91.022	145.722
-30.768	-126	255	0	-30.639	309.786	318.394
-132.991	-2.660	323	0	-135.328	4.651.937	4.792.795
-125.012	-2.734	275	0	-127.471	3.988.492	4.088.762
-7.979	74	48	0	-7.857	663.445	704.033
-468	-735	0	0	-1.203	24.023	30.371
-532.501	-3.612	2.876	0	-533.237	11.831.475	12.086.090

Anlagenspiegel (Fs.)

zum 31. Dezember 2010

ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN					
	Stand 01.01.2010 in Tsd. Euro	Zugang in Tsd. Euro	Abgang in Tsd. Euro	Umbuchung / Umgliederung in Tsd. Euro	Stand 31.12.2010 in Tsd. Euro
3. Bauten für eigene Zwecke					
a) Hochschulen, Schulen, Sportanlagen und kulturelle Einrichtungen	6.649.721	27.849	-69.606	38.073	6.646.037
davon Hochschulen	1.532.857	14.497	0	31.290	1.578.644
davon Schulen	3.992.260	9.555	-58.768	2.816	3.945.863
davon Sportanlagen	778.910	3.738	-9.744	3.753	776.657
davon kulturelle Einrichtungen	345.694	59	-1.094	214	344.873
b) Innere Sicherheit	420.101	2.763	-4.565	-8.703	409.596
c) Sozial-, Gesundheits- und Jugendeinrichtungen	264.573	287	-14.558	20.703	271.005
davon Sozialeinrichtungen	80.650	187	-13.902	602	67.537
davon Gesundheitseinrichtungen	8.057	0	0	0	8.057
davon Jugendeinrichtungen	175.866	100	0	128	176.094
davon Wohngebäude	0	0	-656	19.973	19.317
d) Sonstige Verwaltung	1.337.027	6.629	-66.790	23.267	1.300.133
	8.671.422	37.528	-155.519	73.340	8.626.771
4. Bauten des Infrastrukturvermögens					
a) Straßen, Wege, Plätze, Brücken, Tunnel, Schienenwege	4.966.781	7.185	-24.142	55.412	5.005.236
davon Straßen, Wege, Plätze	3.891.124	4.306	-10.200	39.046	3.924.276
davon Brücken, Tunnel	1.075.657	2.879	-13.942	16.366	1.080.960
b) Hafenanlagen und Gewässerschutzbauten	2.970.576	1.344	-245	16.957	2.988.632
davon Hafenanlagen	5.510	0	0	0	5.510
davon Gewässerschutzbauten	2.965.066	1.344	-245	16.957	2.983.122
c) Parks, Grünflächen, Land- und Forstwirtschaft	1.159.576	1.468	-4.052	1.223	1.158.215
davon Parks, Grünflächen	1.147.221	1.035	-2.047	751	1.146.960
davon Land- und Forstwirtschaft	12.356	432	-2.005	472	11.255
	9.096.933	9.997	-28.439	73.592	9.152.083

Aufgrund des Ausweises in Tsd. Euro können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

ABSCHREIBUNGEN / WERTBERICHTIGUNGEN					RESTBUCHWERTE	
Stand 01.01.2010 in Tsd. Euro	Zugang in Tsd. Euro	Abgang in Tsd. Euro	Zuschrei- bungen in Tsd. Euro	Stand 31.12.2010 in Tsd. Euro	Stand 31.12.2009 in Tsd. Euro	Stand 31.12.2010 in Tsd. Euro
-3.214.716	-94.121	39.390	0	-3.269.447	3.435.006	3.376.590
-694.946	-19.451	0	0	-714.397	837.911	864.247
-1.945.802	-54.899	33.393	0	-1.967.308	2.046.458	1.978.555
-398.473	-14.190	5.355	0	-407.308	380.437	369.349
-175.495	-5.581	642	0	-180.434	170.200	164.439
-161.229	8.606	3.123	0	-149.500	258.872	260.096
-152.823	-17.521	8.491	0	-161.853	111.750	109.152
-49.539	-1.225	8.041	0	-42.723	31.111	24.814
-5.489	-101	0	0	-5.590	2.568	2.467
-97.795	-2.344	0	0	-100.139	78.071	75.955
0	-13.851	450	0	-13.401	0	5.916
-812.864	-19.674	33.531	0	-799.007	524.163	501.126
-4.341.632	-122.710	84.535	0	-4.379.807	4.329.791	4.246.964
-3.018.367	-91.317	18.810	0	-3.090.874	1.948.415	1.914.362
-2.488.416	-78.108	9.935	0	-2.556.589	1.402.709	1.367.687
-529.951	-13.209	8.875	0	-534.285	545.706	546.675
-2.003.084	-19.623	34	0	-2.022.673	967.492	965.959
-3.333	-107	0	0	-3.440	2.177	2.070
-1.999.751	-19.516	34	0	-2.019.233	965.315	963.889
-533.742	-15.714	3.387	0	-546.069	625.834	612.146
-525.976	-15.543	2.010	0	-539.509	621.245	607.451
-7.766	-171	1.377	0	-6.560	4.590	4.695
-5.555.193	-126.654	22.231	0	-5.659.616	3.541.741	3.492.467

Anlagenspiegel (Fs.)

zum 31. Dezember 2010

ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN					
	Stand 01.01.2010 in Tsd. Euro	Zugang in Tsd. Euro	Abgang in Tsd. Euro	Umbuchung / Umgliederung in Tsd. Euro	Stand 31.12.2010 in Tsd. Euro
5. Anlagen zur Verkehrslenkung,					
Ver- und Entsorgung	295.686	5.890	-20.528	1.458	282.506
<i>davon Verkehrslenkung</i>	289.031	5.890	-20.497	1.405	275.829
<i>davon Ver- und Entsorgung</i>	6.655	0	-31	53	6.677
6. Andere Anlagen, Betriebs- und					
Geschäftsausstattung	888.859	47.522	-347.481	2.205	591.105
<i>davon Fahrzeuge</i>	168.471	18.366	-10.974	112	175.975
<i>davon Informations- und</i>					
<i>Kommunikationsausstattung</i>	148.992	14.746	-29.944	355	134.149
<i>davon Andere Anlagen, Betriebs-</i>					
<i>und Geschäftsausstattung</i>	571.396	14.410	-306.563	1.738	280.981
7. Kunstgegenstände, Denkmäler					
und museale Sammlungen	3.154.382	3	-442	0	3.153.943
8. Geleistete Anzahlungen					
und Anlagen im Bau	958.943	504.767	-141.454	-221.977	1.100.279
	43.352.111	1.039.101	-957.072	-54.884	43.379.256
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	10.169.774	367.144	-233.307	0	10.303.611
a) Landeseinrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO	37.106	0	0	0	37.106
b) Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO	115.903	0	0	0	115.903
c) Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO	259.199	23.000	0	0	282.199
d) Körperschaften, Anstalten und Stiftungen	3.160.512	127.526	0	0	3.288.038
e) Verbundene Unternehmen					
in privater Rechtsform	6.597.054	216.618	-233.307	0	6.580.365
2. Beteiligungen	51.143	1.106	0	0	52.249
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	325.227	86.298	-294	0	411.231
4. Ausleihungen	144.516	594	-7.989	0	137.121
	10.690.660	455.142	-241.590	0	10.904.212
ANLAGEVERMÖGEN INSGESAMT	62.336.462	2.124.375	-2.599.062	-18.243	61.843.532

Aufgrund des Ausweises in Tsd. Euro können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

ABSCHREIBUNGEN / WERTBERICHTIGUNGEN					RESTBUCHWERTE	
Stand 01.01.2010 in Tsd. Euro	Zugang in Tsd. Euro	Abgang in Tsd. Euro	Zuschrei- bungen in Tsd. Euro	Stand 31.12.2010 in Tsd. Euro	Stand 31.12.2009 in Tsd. Euro	Stand 31.12.2010 in Tsd. Euro
-10.862	-2.524	102	0	-13.284	284.825	269.222
-8.446	-2.244	70	0	-10.620	280.585	265.209
-2.416	-280	32	0	-2.664	4.240	4.013
-674.221	-42.987	345.610	0	-371.598	214.638	219.507
-102.067	-13.776	10.075	0	-105.768	66.404	70.207
-117.257	-15.708	29.917	0	-103.048	31.735	31.101
-454.897	-13.503	305.618	0	-162.782	116.499	118.199
-121	-37	0	0	-158	3.154.261	3.153.785
0	-4	0	0	-4	958.943	1.100.275
-11.465.013	-294.951	461.389	0	-11.298.575	31.887.100	32.080.681
-2.563.482	-111.102	0	1.012.058	-1.662.526	7.606.291	8.641.085
0	-4.693	0	0	-4.693	37.106	32.413
-5.163	-1.985	0	0	-7.148	110.740	108.755
0	0	0	0	0	259.199	282.199
-734.688	-43.756	0	0	-778.444	2.425.824	2.509.594
-1.823.631	-60.668	0	1.012.058	-872.241	4.773.422	5.708.124
-20	0	0	0	-20	51.123	52.229
0	0	0	0	0	325.227	411.231
-11	-22.423	0	0	-22.434	144.505	114.687
-2.563.513	-133.525	0	1.012.058	-1.684.980	8.127.146	9.219.232
-18.391.159	-694.185	1.739.618	1.012.058	-16.333.668	43.945.304	45.509.864

Anhang zum Jahresabschluss

für das Geschäftsjahr 2010

1 Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) für das Geschäftsjahr vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2010 wurde in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB)* und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) aufgestellt. Das Nähere regelt die **Bilanzierungsrichtlinie der FHH als Anlage zur Verwaltungsvorschrift (VV) zu § 15a Landeshaushaltsordnung (LHO)**.

Die FHH nimmt staatliche und gemeindliche Aufgaben durch Behörden, Ämter, Landesbetriebe, juristische Personen des öffentlichen Rechts und privatrechtlich verfasste Tochterorganisationen wahr. Der Jahresabschluss wird für den Bilanzierungskreis der Kernverwaltung (Kernbilanzierungskreis) aufgestellt. Dieser umfasst neben den Behörden und Ämtern auch Selbstbewirtschaftungsfonds nach § 15 Abs. 3 LHO, Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO und Landeseinrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO, die zum Bilanzstichtag kein eigenständiges kaufmännisches Rechnungswesen führen (siehe im Abschnitt 3.5 »Finanzanlagen«).

Das Gliederungsschema der Bilanz nach § 266 Abs. 2 und 3 HGB ist den Besonderheiten der Rechnungslegung des öffentlichen Bereichs entsprechend angepasst.

Das Vermögen ist nach öffentlichen Aufgabenfeldern gegliedert. Dies lässt Rückschlüsse auf den Grad der Bindung des Vermögens für öffentliche Zwecke bzw. auf Verwertungsmöglichkeiten zu.

Die Ergebnisrechnung wird entsprechend § 275 Abs. 2 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Mit dem Begriff **Ergebnisrechnung** anstatt des handelsrechtlichen Terminus **Gewinn- und Verlustrechnung** wird der Tatsache Rechnung getragen, dass bei einer Gebietskörperschaft keine Gewinnerzielungsabsicht besteht. Auch in der Ergebnisrechnung ist die Gliederung derart angepasst, dass die Inhalte des staatlichen Handelns erkennbar sind. Leerposten werden nicht gezeigt.

Die Beträge in der Bilanz und der Ergebnisrechnung werden in Tausend Euro angegeben. Da die hoheitlichen Leistungen einer juristischen Person des öffentlichen Rechts nicht der Umsatzsteuerpflicht unterliegen und die FHH daher i. d. R. nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, werden Beträge grundsätzlich einschließlich Umsatzsteuer ausgewiesen.

* Der Rechnungslegung der FHH liegt grundsätzlich das HGB in der Fassung vor dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) zugrunde.

2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1 AKTIVA

In der laufenden Bilanzierung bewertet die FHH ihr Vermögen zu fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzungsdauer zeitlich begrenzt ist, werden linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauern sind in der Abschreibungstabelle der FHH festgelegt.

Der Herstellungskostenansatz umfasst im Sinne des § 255 Abs. 2 Satz 2 HGB die Materialkosten, die Fertigungskosten und die Sonderkosten der Fertigung sowie angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten. Auf den Ansatz des fertigungsbedingten Werteverzehrs von Anlagevermögen, der Kosten der allgemeinen Verwaltung sowie der Zinsen für Fremdkapital im Sinne des § 255 Abs. 3 Satz 2 HGB wird verzichtet.

Für bewegliche und immaterielle Vermögensgegenstände gilt grundsätzlich eine Aktivierungsgrenze von 5.000 Euro brutto.

Die FHH stellt Dritten u. a. Mittel für investive Zwecke zur Verfügung, wenn an der Wahrnehmung von Aufgaben außerhalb der Verwaltung ein erhebliches öffentliches Interesse besteht. Die Investitionszuwendungen, mit denen Zuwendungsempfänger bilanzierungsfähiges Anlagevermögen schaffen, werden als immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert, wenn der Geförderte zu einer Gegenleistung verpflichtet ist. In diesen Fällen bilanziert die FHH das ihr hieraus entstehende Recht als immateriellen Vermögensgegenstand. Die Zuwendungen werden grundsätzlich über die vertraglich vereinbarte Bindungszeit abgeschrieben. In Einzelfällen können aus sachlichen Gründen abweichende Nutzungsdauern in Zuwendungsbescheiden festgelegt werden. Die Nutzungsdauer beträgt beispielsweise nur zehn Jahre bei Pauschalförderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) und dem Hamburgischen Krankenhausgesetz (HmbKHG).

Die Straßen sind grundsätzlich in Sammelanlagen erfasst. Gleiches gilt für Infrastrukturbauten in Parkanlagen und Grünflächen. Diese Ausnahme vom Grundsatz der Einzelbewertung nach § 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB ist aus Gründen der Wirtschaftlichkeit gewählt worden.

Straßenbäume und Anlagen zur Verkehrslenkung, z. B. Lichtsignalanlagen und Parkscheinautomaten, werden aus Wesentlichkeitsgründen ebenso mit Festwerten bewertet wie Standardbüroausstattung, Sammlungen und Bibliotheken im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Technische Anlagen und Maschinen werden in der FHH vornehmlich im Bereich der Verkehrslenkung sowie der Ver- und Entsorgung eingesetzt. Deshalb ist der nach § 266 Abs. 2 HGB vorgesehene Bilanzposten »Technische Anlagen und Maschinen« durch den Bilanzposten **Anlagen zur Verkehrslenkung, Ver- und Entsorgung** ersetzt.

Standardbürosoftware ist wie IT-Hardware im Bilanzposten **Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung** enthalten.

Die musealen Sammlungen werden zu Bewertungseinheiten zusammengefasst und mit Festwerten auf der Grundlage vorsichtig geschätzter Zeitwerte im Posten **Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen** geführt.

Bei den **Geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau** werden nur Fremdleistungen bilanziert.

Die Bewertung der **Anteile an verbundenen Organisationen und Beteiligungen** ist für die Eröffnungsbilanz grundsätzlich mithilfe der Eigenkapital-Spiegelbildmethode vorgenommen worden. Soweit diese Bewertung aufgrund vermuteter wesentlicher stiller Reserven (über 250 Mio. Euro) zu bedeutenden Abweichungen vom Zeitwert führte, sind die Unternehmenswerte durch Gutachten ermittelt worden. Die auf diese Weise ermittelten Wertansätze werden in den Folgebilanzen als (»fiktive«) Anschaffungskosten für das Finanzanlagevermögen fortgeführt. Sie unterliegen keiner planmäßigen Abschreibung. Ihre Werthaltigkeit wird jährlich überprüft. Abschreibungen auf einen niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag werden vorgenommen, wenn die Wertminderung als voraussichtlich dauerhaft anzusehen ist.

Wertpapiere des Anlagevermögens werden grundsätzlich mit ihren Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. **Ausleihungen** werden mit dem Nennwert des Anspruchs aus der Ausleihung bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Aus Gründen der Wesentlichkeit gilt bei **Vorräten** für Lagerbestände eine Aktivierungsgrenze von 50.000 Euro je Lager.

Die Lager werden vereinfachend zu Anschaffungs- und Herstellungskosten bzw. zu Durchschnittspreisen bewertet. Unfertige Erzeugnisse bzw. Leistungen werden aus Gründen der Wesentlichkeit nicht ausgewiesen.

Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände werden mit ihrem Nennbetrag aktiviert. Die Werthaltigkeit bestehender Forderungen und Sonstiger Vermögensgegenstände wird im Zuge der Jahresabschlusserstellung überprüft. Die Wertberichtigungen in Form von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen tragen dem Ausfallrisiko Rechnung. Aus Wesentlichkeitsgründen werden Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände erst ab einer Wertgrenze von 100.000 Euro je Einzelforderung ausgewiesen. Für die sog. Auswahlbereiche, die zum 01.01.2010 bereits das Neue Haushaltswesen Hamburg (NHH) eingeführt haben (Polizei, Justizbehörde), ist die Wesentlichkeitsgrenze aufgehoben.

Abweichend von § 266 Abs. 2 HGB wird auf einen gesonderten Ausweis von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verzichtet, da den Forderungen im öffentlichen Bereich häufig kein Leistungsaustausch zugrunde liegt. Forderungen aus Steuern und ähnlichen Abgaben, aus privatrechtlichen Entgelten und aus Transferleistungen gegenüber Dritten werden zum Bilanzposten **Forderungen gegen Dritte (ohne öffentlichen Bereich)** zusammengefasst.

Bei den Forderungen aus Gemeinschaftssteuern wird nur der Anteil ausgewiesen, der der FHH zusteht.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden aus Wesentlichkeitsgründen erst ab einer Wertgrenze von 1 Mio. Euro, in den Auswahlbereichen von 10.000 Euro, bilanziert. Auf die Abgrenzung von Mietaufwendungen wird verzichtet. Disagien werden nach § 250 Abs. 3 HGB stets periodengerecht abgegrenzt.

2.2 PASSIVA

Investive Zuwendungen von Dritten werden in der Bilanz nach dem Bruttoverfahren als **Sonderposten für Investitionszuwendungen** ausgewiesen und korrespondierend zur bezuschussten Anlage aufgelöst.

Die **Sonderposten für Beiträge und Gebühren** beinhalten u. a. Beiträge für allgemeinen Wegebau, Siedlungsbau, Siedlungsanschluss und Straßenausbau. Eine exakte Kopplung der Sonderposten an die hieraus finanzierten Anlagen, z. B. Straßen, ist zurzeit nicht vollständig möglich. Daher werden vereinfachend Jahressummen gebildet, die ratierlich über eine durchschnittliche Nutzungsdauer von 25 Jahren aufgelöst werden.

Rückstellungen werden mit dem Betrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Bei der Ermittlung der **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** wird das Wahlrecht des Art. 28 Abs. 1 Satz 1 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) einheitlich dahingehend ausgeübt, dass auch Altzusagen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen (Ansprüche, die vor dem 01.01.1987 erworben wurden) passiviert werden.

Die Rückstellungsbedarfe sind durch gutachterliche versicherungsmathematische Berechnungen vom 13.05.2011 auf Basis anerkannter Generationensterbetafeln (Richttafeln 2005 G nach Heubeck) und eines Rechnungszinsfußes von 6 % im Sinne des § 6a Abs. 3 Satz 3 Einkommensteuergesetz (EStG) ermittelt worden.

Für den Bereich der aktiv Beschäftigten ist in Modifikation des steuerrechtlichen Teilwertverfahrens der volle Barwert der Pensionsverpflichtungen für jede anspruchsberechtigte Person angesetzt. Die bis zum Pensionsalter zu zahlenden, diskontierten fiktiven jährlichen Versicherungsprämien werden nicht in Abzug gebracht. Damit entspricht die Berechnungsmethode dem Ausgaben-Umlageverfahren und trägt der Tatsache Rechnung, dass die Pensionsverpflichtungen aus Steuererträgen finanziert und in der FHH derzeit keine wesentlichen Reserven durch das Ansparen von Prämien gebildet werden. Im Bereich der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger (passiv Beschäftigte) entspricht die gutachterliche Bewertung dem konventionellen Teilwertverfahren.

Potenzielle Karriereentwicklungen der Anspruchsberechtigten bis zum Eintritt des Versorgungsfalles werden durch geeignete versicherungsmathematische Faktoren berücksichtigt. Gleiches gilt für die regelmäßigen Anpassungen i. H. v. 1 % für

passiv Beschäftigte im Tarifbereich. Die im Jahr 2011 beschlossenen Tarifanpassungen sind ebenso wenig im Rückstellungsansatz enthalten wie künftige Tarif- und Besoldungssteigerungen.

Die öffentliche Verwaltung ist verpflichtet, Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Senatorinnen und Senatoren und den mit Sonderarbeitsvertrag nach beamtenrechtlichen Grundsätzen Beschäftigten auch nach Eintritt in den Ruhestand Beihilfen im Krankheitsfall zu gewähren. Die entsprechenden Rückstellungen werden anhand von Vorjahreswerten als prozentualer Anteil an den Pensionsrückstellungen ermittelt.

Der nach dem Handelsrecht verpflichtende gesonderte Ausweis von Steuerrückstellungen ist für die FHH aufgrund ihrer Stellung als Steuergläubigerin nicht einschlägig. Hingegen weist die FHH als **Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen** künftige Zahlungsverpflichtungen aus der Erstattung bereits vereinnahmter Steuern, aus der Steuererlegung und aus vergleichbaren Finanzbeziehungen, z. B. dem Länderfinanzausgleich, aus.

Aus Wesentlichkeitsgründen wird darauf verzichtet, Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung, Drohverluste und die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen zu bilden. Gleiches gilt, zumindest bis zur Einführung eines zentralen Zeiterfassungssystems, auch für Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub und geleistete Überstunden.

Für Altlastensanierung sowie Schadstoff- und Gefahrgutentsorgung werden nur für hinreichend konkretisierte Vorhaben Rückstellungen gebildet. Sie werden auf der Grundlage einer Barwertermittlung passiviert. Hierfür werden regelmäßig ein Zeitraum von 20 Jahren und – angelehnt an die steuerlichen Bewertungstabellen (§ 12 Abs. 3 BewG) – ein Zinssatz von 5,5 % zugrunde gelegt. Die Rückstellungen werden im Zuge der Jahresabschlusserstellung überprüft und angepasst.

Sonstige Rückstellungen (z. B. für Prozessrisiken und -kosten, Schadensersatz, ausstehende Rechnungen, Ausgleichsmaßnahmen sowie Allgemeine Aufwands- und Verbindlichkeitsrückstellungen) werden aus Gründen der Wesentlichkeit nur bei Überschreiten einer Wertgrenze von 100.000 Euro je Einzelfall gebildet. Für die Auswahlbereiche gilt eine Wertgrenze von 10.000 Euro.

Für Verlustübernahmeverpflichtungen aus dem Beteiligungsbereich, die über die bereits gewährten Zuschüsse hinaus zu erfüllen und die der Höhe nach ungewiss sind, werden Rückstellungen angesetzt.

Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen werden gebildet, wenn mit einer Inanspruchnahme der FHH konkret zu rechnen ist. Unter diesem Posten werden ebenfalls Rückstellungen für negative Eigenkapitalwerte von Tochterorganisationen ausgewiesen, bei denen eine Inanspruchnahme aus Haftungsverhältnissen droht.

Für Rückbauverpflichtungen werden Rückstellungen bilanziert, wenn eine hinreichende Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der FHH besteht. Abweichend vom Handelsrecht werden die zu erwartenden Verpflichtungen nicht über die Laufzeit angesammelt, sondern in voller Höhe eingestellt. Auch hier gilt eine Wertgrenze von 100.000 Euro bzw. in den Auswahlbereichen von 10.000 Euro je Einzelfall.

Für die Inanspruchnahme von Altersteilzeit im Blockmodell und von Sabbatjahren werden Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet. Diese Rückstellungen werden aus Wesentlichkeitsgründen nicht diskontiert.

Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Bei den Verbindlichkeiten wird eine vom Handelsrecht abweichende Gliederung vorgenommen. Statt Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden allgemein **Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Dritten** dargestellt. Hierunter werden alle Verbindlichkeiten der FHH gegenüber dem öffentlichen Bereich außerhalb des Konzerns FHH sowie gegenüber dem privatrechtlichen Bereich ausgewiesen. Zu diesen zählen u. a. Verbindlichkeiten aus Schuldscheindarlehen, sofern es sich bei den Gläubigern nicht um Kreditinstitute, verbundene Organisationen oder Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, handelt.

Sie werden ab einer Wertgrenze von 100.000 Euro je Einzelfall bilanziert. In den Auswahlbereichen ist diese Wertgrenze aufgehoben.

Bei den **Sonstigen Verbindlichkeiten** werden die handelsrechtlich vorgesehenen Davon-Vermerke (aus Steuern und im Rahmen der sozialen Sicherheit) aufgrund der Besonderheiten der öffentlichen Verwaltung nicht ausgewiesen.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten werden aus Wesentlichkeitsgründen erst ab einer Wertgrenze von 1 Mio. Euro, in den Auswahlbereichen von 10.000 Euro, bilanziert.

2.3 ERGEBNISRECHNUNG

Umsatzerlöse im Sinne des § 277 Abs. 1 HGB sind für die FHH von nachrangiger Bedeutung. Aus diesem Grund stellt die FHH **Erträge aus Verwaltungstätigkeit**, insbesondere Steuererträge, und **Erträge aus Transferleistungen** in der Ergebnisrechnung dar.

Zu den **Steuererträgen und steuerähnlichen Erträgen** zählen die Erträge aus Gemeinschaftssteuern sowie Landes- und Gemeindesteuern. Zu den Gemeinschaftssteuern gehören Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer. Diese Steuern werden von den Ländern vereinnahmt, stehen aber nach Art. 106 Abs. 3 Satz 1 Grundgesetz (GG) Bund und Ländern gemeinsam zu. Die Ergebnisrechnung weist nur den Anteil an den Gemeinschaftssteuern aus, der auf die FHH entfällt. Bei den Anteilen des Bundes handelt es sich aus der Sicht der FHH um durchlaufende Posten.

Grundsätzlich gilt bei allen Steuern der Zeitpunkt der Bekanntgabe des Bescheids als Realisierungszeitpunkt des Ertrags. Steuervorauszahlungen werden mit Zufluss als realisierter Steuerertrag erfolgswirksam vereinnahmt.

Anhand der Beitreibungsquoten der Kasse.Hamburg, der Steuerkasse und der Justizkasse werden bei den Forderungen gegen Dritte Pauschalwertberichtigungen vorgenommen und unter **Sonstige Aufwendungen** bzw. bei Auflösungen unter **Sonstige Erträge** gezeigt. Mit den Quoten wird den unterschiedlich hohen Forderungsausfällen in den verschiedenen Bereichen Rechnung getragen.

Die Sonstigen Aufwendungen umfassen auch Aufwendungen für selbst erstellte materielle Vermögenswerte. Diese werden nur als Eigenleistungen aktiviert, wenn sie in einem EDV-gestützten Verfahren gebucht worden sind und nachgewiesen werden können.

3 Erläuterungen zur Bilanz

3.1 ALLGEMEINE HINWEISE

Für den Ausweis einiger Bilanzposten, insbesondere für Rückstellungen, werden die Wertansätze durch Abfragen bei den Fachbehörden und Ämtern der FHH erhoben.

3.2 ALLGEMEINE HINWEISE ZUM ANLAGEVERMÖGEN

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände, Sach- und Finanzanlagen ist im Einzelnen im Anlagenspiegel dargestellt. Veränderungen der organisatorischen Zuständigkeiten führen zu Anlagentransfers zwischen Behörden und Ämtern, die in den Zu- und Abgängen enthalten sind.

3.3 IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Unter den immateriellen Vermögensgegenständen von 4.210,0 Mio. Euro (Vorjahr: 3.931,1 Mio. Euro) bilden die Geleisteten Investitionszuwendungen mit 2.826,1 Mio. Euro (Vorjahr: 2.939,9 Mio. Euro) den größten Posten.

IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Geleistete Investitionszuwendungen	2.940	2.826
Lizenzen, DV-Software	12	11
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	3	8
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	976	1.365
GESAMT	3.931	4.210

Die **Geleisteten Investitionszuwendungen** verteilen sich im Wesentlichen auf die Bereiche Soziales und Gesundheit (964,4 Mio. Euro), Wissenschaft und Forschung (872,5 Mio. Euro) sowie Verkehr, Stadtentwicklung und Umwelt (680,9 Mio. Euro).

Die innerhalb des Geschäftsjahres 2010 eingetretene Erhöhung der Geleisteten Investitionszuwendungen entfällt im Wesentlichen auf die Bereiche Gesundheit (54,9 Mio. Euro) und Verkehr (50,0 Mio. Euro). Darüber hinaus sind an die Hamburg Port Authority geleistete Zuwendungen i. H. v. 16,8 Mio. Euro aktiviert worden. Die Abgänge im Geschäftsjahr 2010 von 1.286,9 Mio. Euro sind im Wesentlichen auf die Bereinigung des Bestandes nach Ablauf der zugrunde gelegten Nutzungsdauer, insbesondere in den Bereichen Familie, Soziales und Gesundheit (1.080,0 Mio. Euro) sowie Wissenschaft und Forschung (199,0 Mio. Euro), zurückzuführen.

Die Zugänge bei den **Sonstigen immateriellen Vermögensgegenständen** entfallen im Wesentlichen auf den Erwerb von Tunneldienstbarkeiten i. H. v. 3,8 Mio. Euro im Zusammenhang mit dem Bau der U4.

Die wesentlichen Zugänge bei den **Geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände** i. H. v. 542,5 Mio. Euro betreffen

- den Bereich Verkehr (u. a. 121,6 Mio. Euro für den Bau der U4, 104,5 Mio. Euro für die Erneuerung der U-Bahnflotte, 12,9 Mio. Euro für den Neubau des Omnibusbahnhofs Bergedorf sowie 11,2 Mio. Euro für die Erneuerung der U-Bahn-Verkehrswege),
- den Bereich der Krankenhäuser mit 65,8 Mio. Euro (u. a. 22,4 Mio. Euro für das Diakonie-Klinikum Hamburg, 15,8 Mio. Euro für die Asklepios Klinik Nord, 7,4 Mio. Euro für das Klinikum Eilbek, 5,4 Mio. Euro für die Asklepios Klinik Wandsbek, 5,1 Mio. Euro für die Asklepios Klinik Harburg sowie 4,5 Mio. Euro für die Asklepios Klinik Altona) sowie

- den Bereich der Hochschulen mit 31,2 Mio. Euro. Darin enthalten sind Zuwendungen von 16,5 Mio. Euro an die Universität Hamburg, 7,8 Mio. Euro an die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) und 4,4 Mio. Euro an die Technische Universität Hamburg-Harburg.

Weitere Anzahlungen von 29,3 Mio. Euro sind an das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE) im Rahmen des Konzepts »Masterplan UKE« sowie für die Beschaffung von Großgeräten und die Durchführung von Baumaßnahmen geflossen. Auf den Neubau der Psychiatrie entfallen hiervon 7,8 Mio. Euro.

Die Stiftung Deutsches Elektronen-Synchrotron (DESY) hat Zuwendungen i. H. v. 10,0 Mio. Euro zur Förderung des Baus eines X-Ray Free-Electron Lasers (XFEL) erhalten.

Darüber hinaus sind geleistete Anzahlungen an die Internationale Bauausstellung (IBA) von 16,3 Mio. Euro sowie an die Internationale Gartenschau (igs) von 4,7 Mio. Euro geflossen.

Die übrigen Zugänge entfallen u. a. auf die Maßnahmen Niedernfelder und Muggenburger Durchfahrt mit 10,4 Mio. Euro sowie auf verschiedene Baumaßnahmen im Bereich der Kindertagesstätten (u. a. Krippenausbauprogramm).

3.4 SACHANLAGEN

Das Sachanlagevermögen beträgt 32.080,7 Mio. Euro (Vorjahr: 31.887,1 Mio. Euro). Darunter bilden die Grundstücke des Infrastrukturvermögens mit 12.086,1 Mio. Euro (Vorjahr: 11.831,5 Mio. Euro) und die Grundstücke für eigene Zwecke mit 7.512,4 Mio. Euro (Vorjahr: 7.571,4 Mio. Euro) die größten Posten.

SACHANLAGEN	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Grundstücke für eigene Zwecke	7.571	7.512
Grundstücke des Infrastrukturvermögens	11.831	12.086
Bauten für eigene Zwecke	4.330	4.247
Bauten des Infrastrukturvermögens	3.542	3.493
Anlagen zur Verkehrslenkung, Ver- und Entsorgung	285	269
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	215	220
Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen	3.154	3.154
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	959	1.100
GESAMT	31.887	32.081

Der Rückgang im Bereich der **Grundstücke für eigene Zwecke** i. H. v. 59,1 Mio. Euro ist im Wesentlichen auf Korrekturen des Anlagenbestands im Zuge durchgeführter Inventuren zurückzuführen.

Gleiches gilt für den Zuwachs i. H. v. 254,6 Mio. Euro im Bereich der **Grundstücke des Infrastrukturvermögens**. Auch dieser resultiert im Wesentlichen aus Korrekturen des Anlagenbestands im Zuge durchgeführter Inventuren.

Weitere Grundstücke mit einem Wert von 71,5 Mio. Euro werden im Umlaufvermögen geführt, da sie zum Verkauf bestimmt sind. Im Geschäftsjahr sind Grundstücke mit einem Wert von 18,2 Mio. Euro vom Anlage- ins Umlaufvermögen umgegliedert worden.

Unter den **Bauten für eigene Zwecke** werden auch Vermögensgegenstände aus Finanzierungsleasing geführt, deren wirtschaftliche Eigentümerin die FHH ist. Der Gesamtbuchwert dieser Vermögensgegenstände beträgt 196,7 Mio. Euro (Vorjahr: 199,6 Mio. Euro). Hierzu zählen

- das Polizeipräsidium (90,1 Mio. Euro),
- die Fachhochschule Berliner Tor (31,0 Mio. Euro),

- die HafenCity Schule (17,3 Mio. Euro) sowie
- drei Dienstgebäude (58,3 Mio. Euro).

Die Zugänge von 504,8 Mio. Euro bei den **Geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau** beinhalten u. a.

- 157,3 Mio. Euro für Schulbaumaßnahmen im Rahmen des »Sondervermögens Schule – Bau und Betrieb« sowie des Modells Hamburg-Süd,
- 123,2 Mio. Euro für verschiedene Infrastrukturbaumaßnahmen (13,9 Mio. Euro für die Ernst-August-Schleuse, 10,0 Mio. Euro für die Umgehung Finkenwerder, 9,0 Mio. Euro für den Billhafen sowie 90,3 Mio. Euro für verschiedene Straßenbaumaßnahmen),
- 65,5 Mio. Euro geleistete Anzahlungen an die GWG Gewerbe Gesellschaft für Kommunal- und Gewerbeimmobilien mbH im Rahmen des Modells Hamburg-Süd,
- 16,1 Mio. Euro für Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Vedder Wasserkreuz,
- 13,4 Mio. Euro für Hochschulbaumaßnahmen,
- 10,1 Mio. Euro für das Hamburger Bestattungsforum auf dem Friedhof Ohlsdorf,
- 9,3 Mio. Euro für Maßnahmen im Bereich Umweltschutz, Naturschutz und Landschaftspflege und
- 8,8 Mio. Euro für Neu- und Erweiterungsbauten des Center for Free-Electron Laser Science (CFEL).

3.5 FINANZANLAGEN

Die Finanzanlagen werden in der Beteiligungsübersicht (siehe im Abschnitt 7 des Anhangs zum Konzernabschluss), die alle verbundenen Organisationen und Beteiligungen der FHH zeigt, einzeln aufgeführt. Landeseinrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO sowie Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO werden grundsätzlich aufgrund ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit als Finanzanlagen der FHH betrachtet. Sofern ihr Rechnungswesen noch in den Haushalt der FHH integriert ist, sind das Vermögen und die Schulden dieser Einrichtungen im Abschluss der Kernverwaltung abgebildet.

Zur Kernverwaltung zählen folgende Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO:

- Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF),
- Staatlicher Hochbau der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU),
- Wassergütestelle Elbe der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU),
- Feuerwehrakademie,
- Hochschule der Polizei und
- Immobilienmanagement

sowie folgende Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO:

- Zusatzversorgung der FHH,
- Zusätzlicher Versorgungsfonds der FHH,
- Versorgungsrücklage der FHH,
- Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft,
- Schuldendienstrücklage,
- Ausgleichsrücklage nach dem Schwerbehindertengesetz,
- Allgemeine Rücklage,
- Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU),
- »Sondervermögen Konjunkturstabilisierungs-Fonds Hamburg«,
- »Sondervermögen Schule – Bau und Betrieb«,
- Grundstock für Grunderwerb,
- Tierseuchenkasse der FHH und
- Vermächtnis Borsteler Jäger.

Die vier erstgenannten Sondervermögen sind »Kamerale Versorgungsrücklagen«, die die FHH zur Finanzierung zukünftiger Versorgungsverpflichtungen führt. Diese Sondervermögen gehen über die daraus getätigten Wertpapierkäufe und den

Geschäftskontenbestand in die Bilanz der Kernverwaltung ein. Der Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft investiert ausschließlich in Landesobligationen der FHH. Es erfolgt daher kein gesonderter Bilanzausweis.

Das »Sondervermögen Schule – Bau und Betrieb« wurde zum 01.01.2010 errichtet. Es soll die immobilienbezogenen Bau- und Bewirtschaftungsaufgaben im Bereich der Schulen bündeln und auf diesem Wege zu einer effizienteren und effektiveren Aufgabenwahrnehmung beitragen. Vor allem durch die Intensivierung und Verstetigung von Sanierung und Instandhaltung soll eine deutliche Verbesserung der Qualität und des baulichen Zustands der Schulimmobilien erreicht werden.

Die Finanzanlagen betragen insgesamt 9.219,2 Mio. Euro (Vorjahr: 8.127,1 Mio. Euro).

FINANZANLAGEN	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Anteile an verbundenen Organisationen	7.606	8.641
Landeseinrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO	37	32
Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO	111	109
Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO	259	282
Körperschaften, Anstalten und Stiftungen	2.426	2.510
Verbundene Unternehmen in privater Rechtsform	4.773	5.708
Beteiligungen	51	52
Wertpapiere des Anlagevermögens	325	411
Zusatzversorgung der FHH	65	70
Zusätzlicher Versorgungsfonds der FHH	90	108
Versorgungsrücklage der FHH	169	232
Sonstige	1	1
Ausleihungen	145	115
GESAMT	8.127	9.219

Die **Anteile an verbundenen Organisationen** sind im Vergleich zum Vorjahr von 7.606,3 Mio. Euro auf 8.641,1 Mio. Euro gestiegen. Im Wesentlichen ist dieser Anstieg Zugängen bei den Anteilen an Körperschaften, Anstalten und Stiftungen sowie bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen in privater Rechtsform geschuldet.

Die Zugänge bei den **Anteilen an Körperschaften, Anstalten und Stiftungen** von insgesamt 127,5 Mio. Euro entfallen im Wesentlichen auf geleistete Sacheinlagen in Form von Grundstücken und eine Kapitaleinlage bei der Hamburg Port Authority i. H. v. 120,8 Mio. Euro. Die Finanzmittel für diese Kapitaleinlage resultieren aus dem Teilbörsengang der Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA). Das im Zuge der Kapitalmaßnahme angekündigte Prinzip »Hafen finanziert Hafen« wird dadurch verwirklicht. Demgegenüber steht eine Wertberichtigung i. H. v. 43,8 Mio. Euro auf den Wertansatz der Hamburg Port Authority (siehe im Abschnitt 4.3 »Finanzergebnis«).

Die **Anteile an Verbundenen Unternehmen in privater Rechtsform** sind im Vorjahresvergleich um 934,7 Mio. Euro gestiegen. Im Wesentlichen ist dieser Anstieg auf die Anpassung des Wertansatzes der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV) zurückzuführen.

Im Rahmen der Beratungen des Jahres- und Konzernabschlusses auf den 31.12.2007 hat der Haushaltsausschuss der Hamburger Bürgerschaft gefordert, den Wertansatz der HGV im Einzelabschluss zu überprüfen. Um der Aufforderung des Haushaltsausschusses nachzukommen, hat die Finanzbehörde (FB) eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt, den Zeitwert der Gesellschaft auf den 01.01.2006 und auf den 31.12.2010 auf der Grundlage des Bewertungsstandards IDW S 1 »Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen« des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) gutachterlich zu ermitteln.

Die Wertbetrachtung auf den 01.01.2006 zeigte, dass der in der Eröffnungsbilanz der FHH für die HGV ausgewiesene Wert um 160,2 Mio. Euro unter dem methodisch richtig anzusetzenden Wert lag. Die Wertanpassung wird im Sinne des Deutschen Rechnungslegungsstandards 13 (DRS 13) im Ergebnis der laufenden Berichtsperiode berücksichtigt und in der Position Sonstige Erträge abgebildet (siehe im Abschnitt 4.1 »Erträge«).

Die Werthaltigkeitsprüfung auf den 31.12.2010 ergab überdies einen Zuschreibungsbedarf von 1.012,1 Mio. Euro gegenüber dem bisherigen Buchwert, welcher nach DRS 13 im Ergebnis der laufenden Berichtsperiode in einem gesonderten Posten im Finanzergebnis dargestellt wird. Ursächlich für den Zuschreibungsbedarf ist die Tatsache, dass die Wertermittlung zum 31.12.2010 Werterhöhungen bei einzelnen von der HGV gehaltenen Beteiligungen (insbesondere der Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft [HHLA]) ergab. Im Wege der Zuschreibung werden die im Rahmen des Jahresabschlusses auf den 31.12.2008 insbesondere zur Abbildung der Wertminderung der von der HGV direkt und indirekt gehaltenen Anteile an der HSH Nordbank AG vorgenommenen Abschreibungen auf die HGV zum Teil wieder aufgeholt.

Demgegenüber stehen Abgänge i. H. v. 233,3 Mio. Euro aus der Veräußerung von Anteilen an der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg.

Die Zugänge bei den **Wertpapieren des Anlagevermögens** stehen im Zusammenhang mit den Sondervermögen, die die FHH zur Finanzierung zukünftiger Versorgungsverpflichtungen führt.

Der Rückgang bei den **Ausleihungen** von 144,5 Mio. Euro auf 114,7 Mio. Euro ist auf Wertberichtigungen zur Abbildung von Ausfallrisiken i. H. v. 22,4 Mio. Euro und auf Darlehenstilgungen i. H. v. 8,0 Mio. Euro zurückzuführen.

3.6 FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Der Forderungsspiegel zeigt, wie die Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenstände zusammengesetzt sind und welche Restlaufzeiten (RLZ) zum 31.12.2010 bestehen.

Forderungsspiegel

ART DER FORDERUNG	Gesamt 31.12.2009 in Mio. Euro	Gesamt 31.12.2010 in Mio. Euro	Davon mit RLZ < 1 Jahr in Mio. Euro	Davon mit RLZ > 1 Jahr in Mio. Euro
Forderungen gegen Dritte (ohne den öffentlichen Bereich)	1.130	1.678	1.678	—
Wertberichtigungen auf Forderungen gegen Dritte	– 522	– 690	– 690	—
Forderungen gegen verbundene Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	334	312	242	70
Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	619	449	69	380
Sonstige Vermögensgegenstände	224	151	59	92
GESAMT	1.785	1.900	1.358	542

In den **Forderungen gegen Dritte (ohne den öffentlichen Bereich)** sind u. a. 1.280,0 Mio. Euro Steuerforderungen (Vorjahr: 693,0 Mio. Euro) und 113,9 Mio. Euro Forderungen aus Sozialhilfedarlehen (Vorjahr: 103,6 Mio. Euro) enthalten. Der Anstieg der Forderungen aus Steuertatbeständen ist mit 387,3 Mio. Euro im Wesentlichen der Umstellung der bilanziellen Abbildung von Steuerforderungen geschuldet. Diese werden nunmehr grundsätzlich mit Bekanntgabe des Bescheids aktiviert. Zuvor war die Fälligkeit maßgeblich.

Von den vorgenommenen **Wertberichtigungen auf Forderungen gegen Dritte** von insgesamt 689,6 Mio. Euro beruht mit 599,1 Mio. Euro der überwiegende Teil auf einer vorsichtigen kaufmännischen Bewertung ausstehender Steuerforderungen gegenüber Dritten. Weiterhin sind Forderungen aus Sozialhilfedarlehen i. H. v. 75,5 Mio. Euro im Wert berichtigt worden.

Die **Forderungen gegen verbundene Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen u. a.:

- Salden der Geschäftskonten der öffentlichen Einrichtungen in einer Gesamthöhe von 126,6 Mio. Euro,
- Forderungen gegen die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach dem Wohnungsbaugesetz zur Förderung neuer Projekte im Altenwohn- und Pflegebereich (HmbIPG) von 42,0 Mio. Euro sowie
- Ansprüche von 13,3 Mio. Euro gegen die HGV auf Teilrückzahlung eines Gesellschafterzuschusses.

Zu den **Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich** gehören u. a. Forderungen nach § 107b Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) von 380,3 Mio. Euro, Forderungen aus der Abrechnung des Landesanteils am Umsatzsteueraufkommen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs für 2010 von 32,5 Mio. Euro und Forderungen aus der Steuererlegung der Abgeltungssteuer von 18,1 Mio. Euro.

Unter den **Sonstigen Vermögensgegenständen** sind im Wesentlichen 129,9 Mio. Euro bewilligte, jedoch noch nicht ausgezahlte Zuwendungen ausgewiesen. Hiervon entfallen 64,7 Mio. Euro auf Zuwendungen nach dem KHG.

3.7 KASSENBESTAND, BUNDESBANKGUTHABEN, GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN UND SCHECKS

Die Bestände von 1.839,4 Mio. Euro (Vorjahr: 1.660,4 Mio. Euro) setzen sich wie folgt zusammen:

ART DER GUTHABEN	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Termingelder	756	663
Tagesgelder	900	1.150
Zentrale Giroguthaben	2	20
Dezentrale Bargeldbestände und Giroguthaben (Zahlstellen und Handvorschüsse)	2	6
GESAMT	1.660	1.839

3.8 AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Die Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten von 343,2 Mio. Euro (Vorjahr: 327,1 Mio. Euro) enthalten im Einzelnen:

AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Beamtenbezüge Januar Folgejahr	178	187
Sozialhilfe Januar Folgejahr	78	87
Kindertagesheime und Tagespflege Januar Folgejahr	36	35
Schüler-BAföG Januar Folgejahr	1	2
BAföG Januar Folgejahr	7	8
Disagien aus Kreditaufnahmen	17	15
Wohnungsmodernisierung und Klimaschutzmaßnahmen	9	7
Sonstige	1	2
GESAMT	327	343

3.9 EIGENKAPITAL

Das Eigenkapital der FHH hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Eigenkapitalspiegel

EIGENKAPITAL / NICHT DURCH EIGENKAPITAL GEDECKTER FEHLBETRAG	Nettoposition in Mio. Euro	Ergebnisvortrag in Mio. Euro	Jahresergebnis in Mio. Euro	Summe Eigenkapital in Mio. Euro
Stand zum 01.01.2010	2.750	–3.955	—	–1.205
Jahresüberschuss 2010	—	—	663	663
Stand zum 31.12.2010	2.750	–3.955	663	–542

Der Jahresfehlbetrag des Jahresabschlusses auf den 31.12.2009 von –1.158,7 Mio. Euro ist als Ergebnis vorgetragen worden und verminderte den Ergebnisvortrag auf –3.955,1 Mio. Euro. Durch das Jahresergebnis 2010 von 663,5 Mio. Euro hat sich der Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag auf –541,7 Mio. Euro verringert. Der Ausweis des negativen Eigenkapitals erfolgt in der Bilanz unter dem Aktivposten **Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag**.

3.10 SONDERPOSTEN

Der Gesamtbetrag der Sonderposten hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 1.552,0 Mio. Euro auf 1.539,4 Mio. Euro leicht verringert. Die Sonderposten für Investitionszuwendungen bilden auch 2010 den Hauptbestandteil.

SONDERPOSTEN	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Sonderposten für Investitionszuwendungen	1.347	1.337
Sonderposten für Beiträge und Gebühren	202	186
Sonstige Sonderposten	3	16
GESAMT	1.552	1.539

Die **Sonderposten für Investitionszuwendungen**, soweit sie bis einschließlich 2005 gebildet worden sind, sowie die **Sonderposten für Beiträge und Gebühren** werden über 25 Jahre linear aufgelöst. Die Auflösung der neu gebildeten Sonderposten für Investitionszuwendungen orientiert sich seit 2006 an der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes. An den seit 2006 gebildeten Sonderposten haben die Bereiche Wissenschaft und Forschung sowie Schule und Berufsbildung die größten Anteile. Beispielsweise fallen hierunter das Ganztagschulprogramm und die Hochschulbauförderung des Bundes. Unter **Sonstige Sonderposten** sind u. a. Sachschenkungen ausgewiesen. Die Zunahme dieser Position beruht auf unentgeltlichen Überlassungen im Zusammenhang mit der Cityhof-Passage von 10,0 Mio. Euro.

3.11 RÜCKSTELLUNGEN

Insgesamt betragen die Rückstellungen zum 31.12.2010 für die nachstehend aufgeführten Verpflichtungen 20.973,8 Mio. Euro (Vorjahr: 20.880,1 Mio. Euro).

Rückstellungsspiegel

RÜCKSTELLUNGEN	Stand 01.01.2010 in Mio. Euro	Verbrauch in Mio. Euro	Umbuchung/ Umgliederung in Mio. Euro	Auflösung in Mio. Euro	Zuführung in Mio. Euro	Stand 31.12.2010 in Mio. Euro
Pensionsrückstellungen	16.628	0	—	106	0	16.522
Pensionsähnliche Verpflichtungen	0	0	991	17	0	974
Beihilferückstellungen	2.078	0	—	0	16	2.094
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	18.706	0	991	123	16	19.590
Rückstellungen für Steuerrückzahlungsverpflichtungen	37	5	—	—	256	288
Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen aus dem Länderfinanzausgleich	4	—	—	4	2	2
Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen	41	5	—	4	258	290
Rückstellungen für Prozessrisiken und -kosten	36	—	—	2	131	165
Rückstellungen für Verlustübernahmeverpflichtungen	119	—	—	1	—	118
Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen	615	4	—	256	133	488
Rückstellungen für Altlastensicherung	160	—	—	65	—	95
Rückstellungen für Altersteilzeit und Sabbatjahre	112	21	—	—	42	133
Allgemeine Verbindlichkeitsrückstellungen	1.041	15	–991	3	16	48
Weitere sonstige Rückstellungen	50	5	—	2	4	47
Sonstige Rückstellungen	2.133	45	–991	329	326	1.094
GESAMT	20.880	50	—	456	600	20.974

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Zusagen für Pensionen und ähnliche Versorgungsleistungen bestehen für folgende Personengruppen:

- Hamburgische Beamtinnen und Beamte sowie mit Sonderarbeitsvertrag Beschäftigte bei Erreichen der Altersgrenze bzw. im Falle der Invalidität (§§ 4 ff. BeamtVG),
- Hinterbliebene (Witwen, Witwer und Waisen) der hamburgischen Beamtinnen und Beamten und zusätzlich für die Gewährung von Sterbegeld (§§ 16 ff. BeamtVG),
- Beschäftigte (Hamburgisches Zusatzversorgungsgesetz [HmbZVG]),
- Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Senatorinnen und Senatoren sowie deren Hinterbliebene (Übergangsgeld und Ruhegehalt nach §§ 13 ff. Senatsgesetz) sowie
- Abgeordnete der Bürgerschaft (Übergangsgeld und Altersentschädigung nach §§ 9 ff. Hamburgisches Abgeordneten-gesetz).

PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN

	Aktive		Versorgungsempfängerinnen und -empfänger	
	in Mio. Euro	Anzahl	in Mio. Euro	Anzahl
Beamtinnen und Beamte	6.137	37.133	8.988	31.708
Tarifbeschäftigte	325	24.748	1.024	28.616
Abgeordnete der Bürgerschaft, Senatorinnen und Senatoren, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister	23	—	25	—
GESAMT	6.485	61.881	10.037	60.324

Die Rückstellungsbedarfe sind durch versicherungsmathematische gutachterliche Berechnungen vom 13.05.2011 ermittelt worden (siehe im Abschnitt 2.2 »Passiva«). Berücksichtigt sind Rückstellungsbedarfe für die Kernverwaltung der FHH (einschließlich Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO), für die Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO, für den Altbestand der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE), für die Versorgungsansprüche der Waisen sowie für die unverfallbaren Anwartschaften auf Betriebsrenten.

Nicht in die gutachterlichen Berechnungen einbezogen sind die Rückstellungsbedarfe für die Ansprüche der Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft, der Bürgermeisterinnen/Bürgermeister bzw. Senatorinnen/Senatoren sowie die Verpflichtungen nach § 107b BeamtVG, da sich diese Rückstellungen aufgrund der spezifischen rechtlichen Ausgestaltung einer standardisierten versicherungsmathematischen Berechnungsmethode entziehen. Die Rückstellungsbeträge für die Ansprüche der Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft sowie Bürgermeisterinnen/Bürgermeister bzw. Senatorinnen/Senatoren sind auf der Grundlage der durchschnittlichen Aufwendungen für die Versorgung der letzten drei Jahre errechnet worden.

Gruppiert nach Bewertungsbereichen setzen sich die Pensionsrückstellungen wie folgt zusammen:

**PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN
NACH BEWERTUNGSBEREICHEN**

	Aktiv Beschäftigte		Versorgungsempfänger	
	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Beamtinnen und Beamte der Kernverwaltung	5.981	5.814	8.861	8.947
Tarifbeschäftigte der Kernverwaltung	312	316	1.032	1.024
Abgeordnete der Bürgerschaft	—	1	3	1
Altbestand der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	—	—	45	41
Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Senatorinnen und Senatoren	29	22	61	24
Unverfallbare Anwartschaften der Tarifbeschäftigten auf Betriebsrenten	9	9	—	—
Verpflichtungen nach § 107b BeamtVG	295	323	—	—
GESAMT	6.626	6.485	10.002	10.037

Die anteilig auf die Kernverwaltung entfallenden Versorgungslasten der Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO sowie der Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO i. H. v. 974,0 Mio. Euro werden nunmehr unter den pensionsähnlichen Verpflichtungen geführt. Der Ausweis erfolgte im Vorjahr mit 991,4 Mio. Euro unter den Allgemeinen Verbindlichkeitsrückstellungen.

Die gesamten Versorgungslasten der Stadt ergeben sich unter teilweiser Berücksichtigung des Postens »Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht« (siehe im Abschnitt 3.12 »Verbindlichkeiten«). Sie betragen unter zusätzlicher Berücksichtigung der Forderungen nach § 107b BeamtVG insgesamt 19.733,9 Mio. Euro (siehe im Abschnitt 3.6 »Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände«).

Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen

Die Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen beinhalten überwiegend Steuerrückzahlungsverpflichtungen von 287,7 Mio. Euro (Vorjahr: 37,6 Mio. Euro). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die erstmalige Berücksichtigung noch auszahlender Körperschaftsteuerguthaben nach § 37 Abs. 5 Körperschaftsteuergesetz (KStG) i. H. v. 168,1 Mio. Euro zurückzuführen. Weitere 94,6 Mio. Euro entfallen auf drohende Steuerrückzahlungen wegen laufender Rechtsstreitigkeiten bzw. Rechtsbehelfsverfahren. Die aufgrund von Unwägbarkeiten anhängiger Musterverfahren u. a. zur Einkommen-, Gewerbe- sowie Körperschaftsteuer gebildeten Rückstellungen i. H. v. 25,0 Mio. Euro bestehen fort.

Sonstige Rückstellungen

Die Zuführungen zu den **Rückstellungen für Prozessrisiken und -kosten** von 131,6 Mio. Euro beruhen auf der Einschätzung der Prozessrisiken hinsichtlich diverser anhängiger Gerichtsverfahren mit einem Streitwert von über 100.000 Euro pro Einzelfall. Auf mögliche Schadenersatzansprüche entfallen hiervon 107,7 Mio. Euro.

Unter **Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen** i. H. v. 488,1 Mio. Euro (Vorjahr: 614,8 Mio. Euro) sind 30,1 Mio. Euro (Vorjahr: 27,9 Mio. Euro) für die eventuelle Inanspruchnahme aus Bürgschaften und 458,0 Mio. Euro (Vorjahr: 586,9 Mio. Euro) für negative Eigenkapitalwerte von Tochterorganisationen bilanziert. Die Verringerung ist im Wesentlichen auf eine kumulative Reduzierung der Rückstellungen für negatives Eigenkapital bei der »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR i. H. v. 79,8 Mio. Euro und der Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG i. H. v. 58,1 Mio. Euro zurückzuführen. Für zum Bilanzerstellungszeitpunkt nicht vorliegende Abschlüsse von Tochterorganisationen wird eine Rückstellung von 55,0 Mio. Euro (Vorjahr: 55,0 Mio. Euro) ausgewiesen.

Für künftige Kosten der **Altlastensicherung** ist eine Rückstellung auf der Grundlage einer Barwertermittlung i. H. v. 95,5 Mio. Euro (Vorjahr: 160,5 Mio. Euro) gebildet worden. Der Rückgang ist auf eine veränderte Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Rückstellungen sowie auf Verbräuche im Zuge abgeschlossener Maßnahmen zurückzuführen.

Für die Inanspruchnahme von **Altersteilzeit und Sabbatjahren** sind Rückstellungen i. H. v. 115,9 Mio. Euro (Altersteilzeit) und 16,7 Mio. Euro (Sabbatjahre) gebildet worden.

Der Rückgang der **Allgemeinen Verbindlichkeitsrückstellungen** um 992,7 Mio. Euro auf 47,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.040,6 Mio. Euro) ist vorwiegend dem veränderten Ausweis der anteilig auf die Kernverwaltung entfallenden Versorgungslasten der Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO sowie der Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO i. H. v. 991,4 Mio. Euro geschuldet, die nunmehr unter den pensionsähnlichen Verpflichtungen geführt werden. Die Allgemeinen Verbindlichkeitsrückstellungen zum 31.12.2010 beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für noch ausstehende Rechnungen.

3.12 VERBINDLICHKEITEN

Die Verbindlichkeiten zum 31.12.2010 betragen 27.702,8 Mio. Euro (Vorjahr: 26.418,3 Mio. Euro). Langfristige Verbindlichkeiten aus Leasingverträgen sind mit einem Zinssatz von 4,25 % bzw. dem vertraglich vereinbarten Prozentsatz diskontiert worden.

Verbindlichkeitspiegel

ART DER VERBINDLICHKEIT	Gesamt 31.12.2009 in Mio. Euro	Gesamt 31.12.2010 in Mio. Euro	Davon mit RLZ < 1 Jahr in Mio. Euro	Davon mit RLZ 1 bis 5 Jahre in Mio. Euro	Davon mit RLZ > 5 Jahre in Mio. Euro
Anleihen und Obligationen	8.559	9.567	2.258	6.488	821
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.750	9.938	1.267	3.669	5.002
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	601	624	624	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Dritten	849	4.764	735	854	3.175
davon öffentlicher Bereich	721	695	473	1	221
davon privatrechtlicher Bereich	128	4.069	262	853	2.954
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.717	1.799	867	275	657
Sonstige Verbindlichkeiten	942	1.011	803	114	94
GESAMT	26.418	27.703	6.554	11.400	9.749

Die Verbindlichkeiten der FHH haben sich um 1.284,5 Mio. Euro erhöht. Von dieser Erhöhung entfallen 915,0 Mio. Euro auf Kreditaufnahmen im Rahmen des »Sondervermögens Konjunkturstabilisierungs-Fonds Hamburg«. Der Bestand des »Sondervermögens Konjunkturstabilisierungs-Fonds Hamburg« hat sich zum 31.12.2010 auf 1.808,9 Mio. Euro (Vorjahr: 893,9 Mio. Euro) erhöht. Dieser Betrag verteilt sich im Verbindlichkeitspiegel auf die nachfolgenden Positionen:

VERBINDLICHKEITEN »SONDERVERMÖGEN KONJUNKTURSTABILISIERUNGS- FONDS HAMBURG«	Gesamt 31.12.2010 in Mio. Euro	Davon mit RLZ < 1 Jahr in Mio. Euro	Davon mit RLZ 1 bis 5 Jahre in Mio. Euro	Davon mit RLZ > 5 Jahre in Mio. Euro
Anleihen und Obligationen	1.534	450	1.034	50
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	100	—	—	100
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Dritten	175	—	—	175
davon privatrechtlicher Bereich	175	—	—	175
GESAMT	1.809	450	1.034	325

Bei den **Anleihen und Obligationen** von 9.566,6 Mio. Euro (Vorjahr: 8.558,6 Mio. Euro) handelt es sich fast ausschließlich um Landesobligationen i. H. v. 9.565,4 Mio. Euro.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind im Vorjahresvergleich um 3.812,4 Mio. Euro auf 9.938,0 Mio. Euro (Vorjahr: 13.750,4 Mio. Euro) zurückgegangen. Diese Abnahme ist im Wesentlichen dem veränderten Ausweis jener Schuldscheindarlehen i. H. v. 3.956,2 Mio. Euro geschuldet, die nunmehr unter den Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Dritten geführt werden, sofern es sich bei den Gläubigern nicht um Kreditinstitute handelt. Zuvor wurden Schuldscheindarlehen gläubigerunabhängig als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten berücksichtigt.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten korrespondiert folglich mit einer entsprechenden Zunahme der **Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Dritten**. Diese haben sich im Vorjahresvergleich um 3.915,0 Mio. Euro auf 4.763,8 Mio. Euro (Vorjahr: 848,8 Mio. Euro) erhöht. Gegenläufig wirkt sich aus, dass die Verbindlichkeiten aus der Zerlegung der Steueranteile zwischen Bund und Ländern für das vierte Quartal 2010 um 15,3 Mio. Euro im Vorjahresvergleich gesunken sind.

Aufteilung der Darlehensbestände auf Bilanzposten

BILANZPOSTEN	Gesamt 31.12.2009 (veröffentlicht) in Mio. Euro	Gesamt 31.12.2009 (angepasst) in Mio. Euro	Gesamt 31.12.2010 in Mio. Euro
Anleihen und Obligationen	8.559	8.559	9.567
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.746	10.363	9.938
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Dritten	240	3.618	4.196
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Organisationen	337	342	92
GESAMT	22.882	22.882	23.793

Unter den **Erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen** von 624,5 Mio. Euro (Vorjahr: 601,3 Mio. Euro) werden mit 557,5 Mio. Euro im Wesentlichen erhaltene Investitionszuwendungen ausgewiesen, die noch nicht zweckentsprechend verwendet worden sind. Hiervon entfallen u. a.

- 133,0 Mio. Euro auf Förderungen des Bundes nach dem Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG),
- 86,2 Mio. Euro auf abgerufene Mittel im Rahmen des Konjunkturpakets II der Bundesregierung,
- 69,4 Mio. Euro auf Zuschüsse des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG),
- 61,9 Mio. Euro auf Zuschüsse des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz (RegG),
- 55,5 Mio. Euro auf Zuschüsse des Bundes nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HSchulBG),
- 45,7 Mio. Euro auf Zuschüsse des Bundes für den Hochwasserschutz,
- 21,0 Mio. Euro auf Zuschüsse des Bundes für Seehäfen,
- 16,3 Mio. Euro auf Zuschüsse des Bundes im Rahmen des Ganztagschulprogramms,
- 14,8 Mio. Euro auf Zuschüsse des Bundes für Forschungsbauten an Hochschulen und Großgeräte sowie
- 11,2 Mio. Euro auf die Beteiligung anderer Bundesländer am XFEL.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, i. H. v. 1.798,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.716,8 Mio. Euro) beinhalten hauptsächlich:

- Verpflichtungen von 524,6 Mio. Euro zur Erfüllung der Versorgungsansprüche von Landesbetrieben und anderen aus-gegründeten Tochterorganisationen,
- bereits verbindlich zugesagte Zuwendungen von 418,1 Mio. Euro, u. a.
 - an die Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft von 180,3 Mio. Euro, insbesondere für die Erneuerung der U-Bahn-flotte i. H. v. 99,7 Mio. Euro und den Bau der U4 i. H. v. 69,4 Mio. Euro,
 - an das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE) von 32,1 Mio. Euro,
 - an die Asklepios Kliniken Hamburg GmbH von 59,4 Mio. Euro,
 - an die Hamburgische Staatsoper Gesellschaft mit beschränkter Haftung von 29,5 Mio. Euro sowie
 - an die Hamburg Port Authority von 21,3 Mio. Euro,
- Salden der Geschäftskonten öffentlicher Einrichtungen in einer Gesamthöhe von 298,5 Mio. Euro,
- Verbindlichkeiten gegenüber der »Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR von 120,0 Mio. Euro aus einem Haus-haltszuschuss,
- Verbindlichkeiten, die sich aus dem Fördermittelbescheid (Mietkauf) für den Anteil der FHH am Krankenhausneubau der Asklepios Klinik Barmbek von 89,8 Mio. Euro ergeben,
- Verbindlichkeiten aus Darlehen von 87,4 Mio. Euro gegenüber der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt rechtsfä-hige Anstalt des öffentlichen Rechts,
- Verbindlichkeiten öffentlicher Einrichtungen aus Drittmitteln und Studiengebühren von insgesamt 77,8 Mio. Euro,
- Leasingverbindlichkeiten von 53,7 Mio. Euro für das Verwaltungszentrum Billstraße (40,7 Mio. Euro) sowie für den Neubau des Polizeipräsidiums (12,7 Mio. Euro), die im Vorjahr unter den Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wurden.

Zu den **Sonstigen Verbindlichkeiten** von 1.011,0 Mio. Euro (Vorjahr: 942,4 Mio. Euro) zählen u. a.:

- Zinsverpflichtungen von 420,7 Mio. Euro aus 2010, die erst im Folgejahr fällig sind,
- Verbindlichkeiten aus Zuwendungsbescheiden von 290,9 Mio. Euro, davon 101,8 Mio. Euro Fördermittelzusagen zur Krankenhausfinanzierung und
- Verbindlichkeiten gegenüber der Eurohypo AG von 98,7 Mio. Euro. Hierbei handelt es sich um von der GWG Gewerbe Gesellschaft für Kommunal- und Gewerbeimmobilien mbH abgetretene Forderungen im Rahmen des Modells Hamburg-Süd.

3.13 PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Die **Passiven Rechnungsabgrenzungsposten** betragen 3,2 Mio. Euro (Vorjahr: 134,9 Mio. Euro). Die in 2009 abgegrenzten Bundeszuweisungen nach dem RegG i. H. v. 132,7 Mio. Euro sind 2010 in voller Höhe ertragswirksam vereinnahmt worden.

PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Agien aus Darlehensaufnahmen	2	3
Zuweisungen des Bundes aus Regionalisierungsmitteln	133	0
GESAMT	135	3

3.14 HAFTUNGSVERHÄLTNISSE UND SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Unter den Haftungsverhältnissen sind sämtliche Verbindlichkeiten aufgrund von Rechtsverhältnissen subsumiert, aus denen die FHH nur unter bestimmten Umständen in Anspruch genommen werden kann und mit deren Eintritt am Bilanzstichtag nicht zu rechnen ist. Die FHH hat **Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen** gebildet, sofern hier mit einer Inanspruchnahme zu rechnen ist (siehe im Abschnitt 3.11 »Rückstellungen«).

Die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, die zu Aufwendungen in künftigen Haushaltsjahren führen können, bedarf nach § 39 Abs. 1 LHO einer der Höhe nach bestimmten Ermächtigung durch einen Haushaltsbeschluss oder durch ein Gesetz. Weitere Haftungsverhältnisse im Sinne des § 251 HGB bestehen für die FHH nicht. Insbesondere sind Haftungsverhältnisse durch die Bestellung von Hypotheken und Grundschulden für fremde Verbindlichkeiten durch die VV zu § 64 LHO ausgeschlossen.

Die Gesamtsumme der Bürgschaften und Garantieverpflichtungen beträgt abzüglich gebildeter Rückstellungen 15.880,1 Mio. Euro (Vorjahr: 16.115,0 Mio. Euro).

HAFTUNGSVERHÄLTNISSE	31.12.2009 in Mio. Euro	Zugänge 2010 in Mio. Euro	Abgänge 2010 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Bürgschaften	8.623	753	859	8.517
<i>davon für verbundene Organisationen</i>	<i>8.280</i>	<i>725</i>	<i>765</i>	<i>8.240</i>
<i>davon für Dritte</i>	<i>343</i>	<i>28</i>	<i>94</i>	<i>277</i>
Garantien	7.520	110	237	7.393
<i>davon für verbundene Organisationen</i>	<i>839</i>	<i>0</i>	<i>54</i>	<i>785</i>
<i>davon für Dritte</i>	<i>6.681</i>	<i>110</i>	<i>183</i>	<i>6.608</i>
Gesamt	16.143	863	1.096	15.910
abzüglich gebildeter Rückstellungen	28	11	9	30
GESAMT	16.115	852	1.087	15.880

Die größten Zugänge bei den Bürgschaften und Garantien entfallen auf:

- Bürgschaften zugunsten der HGV i. H. v. 350,0 Mio. Euro für Umschuldungsbedarfe entsprechend den Darlehensfälligkeiten und noch unverbürgte Finanzierungen von Beteiligungen und
- Garantien zugunsten der HSH Finanzfonds AöR i. H. v. 102,5 Mio. Euro, die der Kapitalstärkung der HSH Nordbank AG dienen.

Demgegenüber stehen Abgänge bei den Bürgschaften für die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts i. H. v. 509,0 Mio. Euro.

Die FHH haftet für Verbindlichkeiten verbundener Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, im Rahmen der »Gewährträgerhaftung«, wenn dies im jeweiligen Errichtungsgesetz vorgesehen ist.

Bei der Bemessung des Haftungsbetrags ist auf die im Jahresabschluss 2010 der verbundenen Organisation ausgewiesene Summe der Verbindlichkeiten und Rückstellungen abgestellt worden. Sofern eine verbundene Organisation Ansprüche gegen die FHH zur Deckung von Pensionsverpflichtungen aktiviert hat, sind diese mindernd berücksichtigt worden. Für Organisationen, die einen kameralen Abschluss vorlegen, ist der Verschuldungsstand zugrunde gelegt worden. Haftet die FHH zusammen mit weiteren Gewährträgern als Gesamtschuldnerin, ist die volle Summe angesetzt worden, da nach § 421 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) der Gläubiger jeden Gesamtschuldner für die gesamte Forderungshöhe in Anspruch nehmen könnte. Wenn es zu einer Inanspruchnahme der FHH käme, würde eine entsprechende Forderung i. H. d. Regressanspruchs gegenüber den anderen Gewährträgern eingestellt werden. Im Falle der HSH Nordbank AG entfiel die Gewährträgerhaftung für Emissionen nach dem 18.07.2005. Die Gewährträgerhaftung besteht nur noch für diejenigen Verbindlichkeiten der HSH Nordbank AG fort, die zum Zeitpunkt des Abschlusses der sog. Verständigung I über die Abschaffung der Gewährträgerhaftung bereits bestanden haben bzw. die während der Übergangsfrist bis zum 18.07.2005 übernommen wurden. Es wird daher nur auf den verbliebenen Bestand der Verbindlichkeiten mit Gewährträgerhaftung zum Berichtsstichtag abgestellt (siehe unten).

Die Gesamtsumme der Gewährträgerhaftung beträgt abzüglich gebildeter Rückstellungen 54.513,2 Mio. Euro (Vorjahr: 66.314,4 Mio. Euro).

GEWÄHRTRÄGERHAFTUNG	31.12.2009 in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Haftungsbetrag für Anstalten des öffentlichen Rechts	9.970	8.740
Haftungsbetrag für Körperschaften des öffentlichen Rechts	570	570
Haftungsbetrag für Stiftungen	21	44
Haftungsbetrag für Aktiengesellschaften	55.599	44.983
Haftungsbetrag für Landeseinrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO	159	126
Haftungsbetrag für Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO	318	293
Gesamt	66.637	54.756
abzüglich gebildeter Rückstellungen	323	243
GESAMTSUMME GEWÄHRTRÄGERHAFTUNG	66.314	54.513

Eine Inanspruchnahme der FHH aus Gewährträgerhaftung ist im Geschäftsjahr 2010 nicht gegeben.

Die größten Haftungsbeträge aus Gewährträgerhaftung bestehen für die

- HSH Nordbank AG mit 44.983,2 Mio. Euro (Vorjahr: 55.598,9 Mio. Euro),
- Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit 4.046,9 Mio. Euro (Vorjahr: 4.367,8 Mio. Euro),
- HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR mit 1.898,4 Mio. Euro (Vorjahr: 1.914,8 Mio. Euro) und
- HSH Finanzfonds AöR mit 1.227,1 Mio. Euro (Vorjahr: 1.456,0 Mio. Euro). Der Betrag ist um 1.330,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1.410,0 Mio. Euro) bereinigt worden, da Garantien in dieser Höhe unter den Haftungsverhältnissen ausgewiesen sind.

Neu hinzugekommen sind die Gewährträgerhaftungen für die Forschungs- und Wissenschaftsstiftung Hamburg und die Stiftung Elbefonds mit einem Volumen von 21,6 Mio. Euro. Entfallen ist eine irrtümlich angenommene Gewährträgerhaftung für die Hamburg Port Authority i. H. v. 352,5 Mio. Euro.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen der FHH ergeben sich aus Dauerschuldverhältnissen, dem Bestellobligo bei Investitionsvorhaben und Sonstigem. Die Verpflichtungen aus unbefristeten Dauerschuldverhältnissen werden mit der Summe der bis zum frühesten Kündigungstermin anfallenden Beträge ausgewiesen.

Die Gesamtsumme der Sonstigen finanziellen Verpflichtungen beträgt 4.617,0 Mio. Euro. Sie sind mit den Nominalwerten ausgewiesen.

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN	Gesamt 31.12.2010 in Mio. Euro	Davon mit RLZ < 1 Jahr in Mio. Euro	Davon mit RLZ 1 bis 5 Jahre in Mio. Euro	Davon mit RLZ > 5 Jahre in Mio. Euro
Dauerschuldverhältnisse Miete	1.420	126	422	872
<i>davon für verbundene Organisationen</i>	292	25	56	211
<i>davon für Dritte</i>	1.128	101	366	661
Dauerschuldverhältnisse Informationstechnik	224	106	116	2
<i>davon für verbundene Organisationen</i>	224	106	116	2
Dauerschuldverhältnisse Bewirtschaftung, Instandhaltung	336	15	62	259
<i>davon gegenüber verbundenen Organisationen</i>	326	15	61	250
<i>davon gegenüber Dritten</i>	10	0	1	9
Bestellobligo bei Investitionsvorhaben	510	283	224	3
<i>davon gegenüber verbundenen Organisationen</i>	453	267	184	2
<i>davon gegenüber Dritten</i>	57	16	40	1
Übrige finanzielle Verpflichtungen	2.127	518	1.513	96
<i>davon gegenüber verbundenen Organisationen</i>	928	206	626	96
<i>davon gegenüber Dritten</i>	1.199	312	887	0
GESAMTSUMME	4.617	1.048	2.337	1.232

Mit dem Modell Hamburg-Süd (Drucksache 18/5799) ist die Verantwortung für Bau- und Bewirtschaftungsmaßnahmen von 32 Schulen im Süden Hamburgs auf die GWG Gewerbe Gesellschaft für Kommunal- und Gewerbeimmobilien mbH für 25 Jahre übertragen worden. Zu diesem Zweck ist bereits 2007 mit der GWG Gewerbe Gesellschaft für Kommunal- und Gewerbeimmobilien mbH ein Bau- und Sanierungsvertrag geschlossen worden, der eine vollständige Sanierung der Schulstandorte innerhalb von fünf Jahren vorsieht. Soweit die Baumaßnahmen an den Schulimmobilien erbracht wurden und über die monatlichen Zahlungen an die GWG Gewerbe Gesellschaft für Kommunal- und Gewerbeimmobilien mbH hinausgehen, ist eine Verbindlichkeit passiviert worden (siehe im Abschnitt 3.12 »Verbindlichkeiten«). Die restliche Verpflichtung aus diesem Vertrag ist mit 222,3 Mio. Euro unter dem Bestellobligo bei Investitionsvorhaben abgebildet. Daneben ist ein Facility-Management-Vertrag über laufendes Gebäudemanagement und Instandhaltung mit einer Laufzeit von 25 Jahren abgeschlossen worden. Dieser Vertrag ist unter den Dauerschuldverhältnissen Bewirtschaftung und Instandhaltung mit 325,6 Mio. Euro ausgewiesen.

Weitere Verpflichtungen aus Bestellobligo bestehen für den Neubau der HafenCity Universität Hamburg – Universität für Baukunst und Metropolenentwicklung i. H. v. 36,1 Mio. Euro und für den Forschungsneubau des Center for Free-Electron Laser Science (CFEL) in Bahrenfeld i. H. v. 18,4 Mio. Euro.

Die erstmaligen (langfristigen) Anmietungen des Polizeitrainingszentrums Braamkamp mit einem Volumen von 45,0 Mio. Euro und von Büroflächen in der HafenCity mit einem Volumen von 89,4 Mio. Euro sind unter der Position der Dauerschuldverhältnisse aus Mieten abgebildet.

In den Dauerschuldverhältnissen aus dem Bereich Informationstechnik sind Verträge mit Dataport bezüglich Infrastrukturdienstleistungen für Bildschirmarbeitsplätze in der FHH in einer Höhe von 97,2 Mio. Euro enthalten.

Unter den übrigen finanziellen Verpflichtungen ist ein Rahmenvertrag der FHH mit verschiedenen Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege und Anbietern von Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen mit einem Volumen von 1.890,0 Mio. Euro und einer Laufzeit von fünf Jahren ausgewiesen. Hiervon entfallen auf verbundene Organisationen 696,0 Mio. Euro.

Ferner ist ein Kostenerstattungsvertrag mit einem Restvolumen von 216,0 Mio. Euro zugunsten der Hamburg Port Authority für Investitionen im Hafen enthalten. Der FHH steht im Gegenzug aber ein Erstattungsanspruch i. H. v. 90 % der förderungsfähigen Ausgaben nach dem Gesetz über Finanzhilfen des Bundes nach Art. 104a Abs. 4 des Grundgesetzes an die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen sowie Schleswig-Holstein für Seehäfen zu.

3.15 DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Zum 31.12.2010 beträgt das Nominalvolumen der Derivatgeschäfte 5.028,0 Mio. Euro (Vorjahr: 4.153,0 Mio. Euro).

Übersicht über das Derivatgeschäft

ZINSDERIVATE	01.01.2010 in Mio. Euro	Zugänge in Mio. Euro	Abgänge in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Swaps	3.953	1.250	675	4.528
Swaptionen	200	400	100	500
SUMME	4.153	1.650	775	5.028

Neben Derivatgeschäften tätigt die FHH auch derivativ beeinflusste Kreditgeschäfte. Die Verbindlichkeiten hieraus werden mit 1.806,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2.010,0 Mio. Euro) bilanziert. Ein Teil der Kreditvereinbarungen ist mit Kündigungs- oder Wandlungsoptionen abgeschlossen worden.

Übersicht über derivativ beeinflusste Kreditgeschäfte

STRUKTURIERTE FINANZINSTRUMENTE	01.01.2010 in Mio. Euro	Zugänge in Mio. Euro	Abgänge in Mio. Euro	31.12.2010 in Mio. Euro
Strukturierte Anleihen	128	0	0	128
Strukturierte Darlehen	1.882	0	204	1.678
SUMME	2.010	0	204	1.806

4 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

4.1 ERTRÄGE

Die **Erträge aus Verwaltungstätigkeit** von 9.462,3 Mio. Euro (Vorjahr: 8.772,0 Mio. Euro) resultieren im Wesentlichen aus Steuererträgen. Die Erträge aus Gebühren, Beiträgen und Aufwendungsersatz, aus Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern sowie Geldstrafen, aus Mieten und Pachten und aus privatrechtlichen Entgelten stellen lediglich einen Anteil von rund 9 % an den Erträgen aus Verwaltungstätigkeit.

ERTRÄGE AUS VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
Steuererträge und steuerähnliche Erträge	7.996	8.613
<i>davon Gemeinschaftssteuern</i>	4.463	4.939
<i>davon Landessteuern</i>	651	656
<i>davon Gemeindesteuern</i>	2.862	2.996
<i>davon steuerähnliche Erträge</i>	20	22
Gebühren, Beiträge und Aufwendungsersatz	580	679
Mieten und Pachten	61	96
Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder, Geldstrafen	53	51
Privatrechtliche Entgelte	82	23
GESAMT	8.772	9.462

Die **Steuererträge und steuerähnlichen Erträge** gliedern sich nach Steuerarten wie folgt:

STEUERERTRÄGE UND STEUERÄHNLICHE ERTRÄGE	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer	3.092	3.298
Gewerbesteuer	1.569	1.780
Umsatzsteuer	1.585	1.704
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	558	493
Grundsteuer	411	423
Sonstige Steuern und steuerähnliche Erträge	425	414
Grunderwerbsteuer	265	290
Körperschaftsteuer	91	211
GESAMT	7.996	8.613

Die Ertragssituation Hamburgs im Bereich der Steuern hat sich im Vergleich zum Vorjahr erheblich verbessert. So sind die Steuererträge und steuerähnlichen Erträge im Vorjahresvergleich von 7.996,5 Mio. Euro um 617,0 Mio. Euro auf 8.613,5 Mio. Euro gestiegen. Dieser Anstieg ist mit 387,3 Mio. Euro zu einem wesentlichen Teil der Umstellung der bilanziellen Abbildung der Steuererträge geschuldet. Diese werden nunmehr als realisiert betrachtet, sobald der Steuerbescheid bekannt gegeben wurde. Zuvor wurde auf die Fälligkeit abgestellt.

Ferner schlägt sich die wirtschaftliche Erholung in den Steuererträgen und steuerähnlichen Erträgen nieder. Nach einem starken Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität 2009 mit rückläufigen Steuereinnahmen haben sich 2010 insbesondere die unternehmensbezogenen und gewinnabhängigen Steuern positiv entwickelt. Eine hohe Bedeutung für die finanzielle Ausstattung Hamburgs nimmt weiterhin die Gewerbesteuer ein. Ihr Aufkommen ist im Vorjahresvergleich um 13,4 % auf 1.779,7 Mio. Euro (Vorjahr: 1.568,8 Mio. Euro) gestiegen. Dies unterstreicht die unverändert hohe Bedeutung, die dieser Steuerart für die Finanzierung des Hamburger Haushalts zukommt. Auch bei den anderen unternehmensbezogenen und ertragsabhängigen Steuern waren deutliche Zuwachsraten zu verzeichnen. So sind die Einnahmen aus Körperschaftsteuer um 120,8 Mio. Euro gestiegen und haben damit wieder das Niveau des Jahres 2008 erreicht.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sind um 65,7 Mio. Euro (11,8 %) zurückgegangen. Hier wirkt sich das 2010 weiterhin niedrige Zinsniveau aus, welches das Aufkommen aus der Zinsabschlagsteuer verringert.

Im Bereich der Landessteuern hat sich die Grunderwerbsteuer im Zuge des Wachstums des Immobilienmarktes um 24,7 Mio. Euro auf 289,9 Mio. Euro (Vorjahr: 265,2 Mio. Euro) erhöht.

Die im Vorjahr unter der Position **Sonstige Steuern und steuerähnliche Erträge** ausgewiesenen Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer sind entfallen, da die Ertragshoheit auf den Bund übergegangen ist. Der vom Bund im Gegenzug entrichtete Ausgleichsbetrag i. H. v. 162,4 Mio. Euro (Vorjahr: 82,5 Mio. Euro) wird unter den Erträgen aus Transferleistungen ausgewiesen.

Rückläufig hat sich ferner das Aufkommen aus Lotterie- und Feuerschutzsteuer entwickelt. Im Ergebnis ist bei den Sonstigen Steuern und steuerähnlichen Erträgen ein Rückgang von 10,5 Mio. Euro zu verzeichnen.

Die **Erträge aus Gebühren, Beiträgen und Aufwendungsersatz** sind im Vorjahresvergleich um 99,1 Mio. Euro auf 678,6 Mio. Euro (Vorjahr: 579,5 Mio. Euro) gestiegen. Der Anstieg beruht im Wesentlichen auf höheren Erträgen aus Gerichtsgebühren und Konzessionsabgaben.

Die **Erträge aus Mieten und Pachten** von 96,3 Mio. Euro (Vorjahr: 60,9 Mio. Euro) werden 2010 erstmals gesondert ausgewiesen. Der Anstieg von 35,4 Mio. Euro ist auf neu abgeschlossene Mietverträge mit dem Hamburger Institut für berufliche Bildung (HIBB) zurückzuführen.

Der Rückgang der **Privatrechtlichen Entgelte** von 82,1 Mio. Euro auf 22,9 Mio. Euro ist hauptsächlich der erstmaligen Eliminierung interner Umsätze im Bereich der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) geschuldet.

Die **Erträge aus Transferleistungen** betragen 833,1 Mio. Euro (Vorjahr: 565,7 Mio. Euro). Hierbei handelt es sich vorwiegend um Zuwendungen aus dem öffentlichen Bereich.

ERTRÄGE AUS TRANSFERLEISTUNGEN	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
Erträge aus sonstigen Transferleistungen	301	533
<i>davon Zuweisungen vom Bund und von Ländern</i>	30	39
<i>davon Allgemeine Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich</i>	82	168
<i>davon Zweckgebundene Zuweisungen vom Bund</i>	103	248
<i>davon Sonstige Zuschüsse und Erstattungen von der EU</i>	31	41
<i>davon Sonstige Zuweisungen und Erstattungen</i>	55	37
Erträge aus sozialen Transferleistungen	265	300
<i>davon Sonstige Zuweisungen vom Bund</i>	42	51
<i>davon Unbesetzte Pflichtplätze und Ersatzleistungen von Reha-Trägern</i>	24	24
<i>davon Sonstige Erstattungen</i>	150	149
<i>davon Zweckgebundene Zuweisungen von Ländern und Gemeinden</i>	28	48
<i>davon Sonstige Zuweisungen und Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie der Bundesagentur für Arbeit</i>	21	28
GESAMT	566	833

Die Erträge aus sonstigen Transferleistungen sind 2010 um 232,1 Mio. Euro gestiegen. Im Wesentlichen geht dieser Anstieg auf höhere Erträge aus zweckgebundenen Zuweisungen vom Bund zurück. Die 2009 abgegrenzten Erträge aus Bundesmitteln nach dem RegG i. H. v. 132,7 Mio. Euro sind 2010 realisiert worden. Ferner sind die Kompensationszahlungen des Bundes für den Wegfall der Kraftfahrzeugsteuer im Vorjahresvergleich um 79,9 Mio. Euro höher ausgefallen, da erstmals die Einnahmeausfälle der Länder für das gesamte Jahr kompensiert worden sind. Im vergangenen Jahr erfolgte eine Kompensation lediglich für das vierte Quartal.

Erstmals sind 2010 zudem Forderungen aus Zahlungsanträgen gegenüber der EU im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF), des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) i. H. v. 21,0 Mio. Euro gesondert ausgewiesen.

Die **Sonstigen Erträge** von 1.279,6 Mio. Euro (Vorjahr: 1.665,2 Mio. Euro) enthalten:

SONSTIGE ERTRÄGE	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
Erträge aus Anlagenabgängen und Nachaktivierungen	318	736
<i>davon Erträge aus Anlagenabgängen</i>	76	199
<i>davon Erträge aus Nachaktivierungen</i>	242	537
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	962	333
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	154	153
Übrige sonstige Erträge	231	58
<i>davon Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen</i>	16	0
<i>davon periodenfremde Erträge</i>	175	8
GESAMT	1.665	1.280

Die **Erträge aus Anlagenabgängen** resultieren im Wesentlichen aus dem Verkauf von Anteilen an der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg i. H. v. 137,7 Mio. Euro und aus Grundstücksverkäufen i. H. v. 60,0 Mio. Euro.

Die **Erträge aus Nachaktivierungen** von insgesamt 537,2 Mio. Euro (Vorjahr: 242,0 Mio. Euro) entfallen u. a. auf die Aktivierung von Grundstücken und Flächenanpassungen, die zuvor nicht im Bilanzvermögen der FHH abgebildet waren (332,9 Mio. Euro) sowie auf die Anpassung des Eröffnungsbilanzwerts der HGV (160,2 Mio. Euro) im Rahmen der gutachterlichen Neubewertung (siehe im Abschnitt 3.5 »Finanzanlagen«).

Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen werden i. H. v. 333,2 Mio. Euro (Vorjahr: 962,3 Mio. Euro) ausgewiesen. Im Wesentlichen entfallen die Auflösungen auf die Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen (256,7 Mio. Euro).

Der Rückgang der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen resultiert aus einer veränderten Buchungssystematik bei den Pensionsrückstellungen. Im Jahresabschluss 2010 wurde die Differenz zwischen Zuführungen und Auflösungen erstmals entsprechend der handelsrechtlich üblichen Methode im Wege einer saldierten Buchung bei den Personalaufwendungen erfasst. Zuvor wurden bei Wechsel von Pensionsberechtigten von der Aktiv- in die Passivphase der Beschäftigung die entsprechenden Rückstellungsbeträge ertragswirksam (Sonstige Erträge) aufgelöst und aufwandswirksam (Personalaufwendungen) neu gebildet. Wäre bereits im Jahre 2009 die in 2010 angewandte Methodik der saldierten Buchung angewendet worden, hätten sich die in 2009 ausgewiesenen Erträge aus der Auflösung von Rückstellung um 501,6 Mio. EUR auf 460,7 Mio. EUR und entsprechend die Personalaufwendungen um ebenfalls 501,6 Mio. EUR auf 3.784,3 Mio. EUR reduziert.

Die **Erträge aus der Auflösung von Sonderposten** von 152,9 Mio. Euro (Vorjahr: 154,2 Mio. Euro) ergeben sich im Wesentlichen aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuwendungen i. H. v. 129,4 Mio. Euro (Vorjahr: 131,9 Mio. Euro) und für Beiträge i. H. v. 20,3 Mio. Euro (Vorjahr: 21,5 Mio. Euro).

Die **Übrigen sonstigen Erträge** fallen im Vorjahresvergleich mit 57,5 Mio. Euro (Vorjahr: 230,8 Mio. Euro) deutlich geringer aus, da im Vorjahr hohe periodenfremde, also nicht wiederkehrende Erträge angefallen waren.

4.2 AUFWENDUNGEN

Die **Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit** betragen im Berichtsjahr 1.337,3 Mio. Euro gegenüber 1.182,8 Mio. Euro im Vorjahr.

AUFWENDUNGEN AUS VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
Miete, Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken	458	462
Bewirtschaftung und Unterhaltung des Infrastrukturvermögens	108	119
Verwaltungsbedarf	475	464
Rechtshilfe und andere bezogene Leistungen	94	132
Zuführung zu Rückstellungen für Prozessrisiken und -kosten	—	131
Lehr- und Lernmittel	48	29
GESAMT	1.183	1.337

Im Geschäftsjahr 2010 betragen die **Personalaufwendungen** 3.412,2 Mio. Euro (Vorjahr: 4.285,9 Mio. Euro).

PERSONALAUFWENDUNGEN	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
Entgelte	648	671
Beamtenbezüge	1.445	1.494
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.193	1.230
Sonstige Personalkosten	—	17
GESAMT	4.286	3.412

Im Rückgang der Personalaufwendungen von 873,7 Mio. EUR enthalten ist ein im Vergleich zum Vorjahr um 980,2 Mio. EUR geringerer Aufwand aus der Dotierung der Pensionsrückstellungen. Von diesem Rückgang entfallen 501,6 Mio. EUR auf eine geänderte Buchungssystematik. Hierzu wird auf die Ausführungen zu den Sonstigen Erträgen (siehe im Abschnitt 4.1 »Erträge«) verwiesen.

Die **Beamtenbezüge** sind im Vergleich zum Vorjahr um 48,6 Mio. Euro gestiegen. Hierzu hat insbesondere die lineare Besoldungsanpassung von 1,2 % zum 01.03.2010 mit 23,0 Mio. Euro beigetragen.

Die **Aufwendungen für Transferleistungen** betragen im Berichtsjahr 4.520,9 Mio. Euro (Vorjahr: 4.146,0 Mio. Euro).

AUFWENDUNGEN FÜR TRANSFERLEISTUNGEN	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
an Dritte (ohne öffentlichen Bereich)	2.733	2.884
an Tochterorganisationen	778	977
an den sonstigen öffentlichen Bereich	635	660
GESAMT	4.146	4.521

Die **Aufwendungen für Transferleistungen an Dritte** setzen sich u. a. zusammen aus:

- Hilfen zum Lebensunterhalt sowie Leistungen der Grundsicherung i. H. v. 722,0 Mio. Euro,
- Aufwendungen für Kindertagesbetreuung i. H. v. 462,8 Mio. Euro,
- Eingliederungshilfen i. H. v. 376,1 Mio. Euro,
- Hilfen zur Erziehung i. H. v. 173,6 Mio. Euro,
- Hilfen zur Pflege (ambulant und stationär) i. H. v. 172,4 Mio. Euro sowie
- Zuschüssen für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen i. H. v. 138,6 Mio. Euro.

Die **Aufwendungen für Transferleistungen an Tochterorganisationen** haben sich im Vorjahresvergleich um 199,5 Mio. Euro erhöht. Dies betrifft im Wesentlichen einen Haushaltszuschuss i. H. v. 120,0 Mio. Euro an die »Hamburger Versorgungsfonds« (HVF) AöR. Ferner ist ein Verlustausgleich für 2010 von 36,7 Mio. Euro an die HGV geleistet worden.

Die **Aufwendungen für den Länderfinanzausgleich** betragen im Berichtsjahr 58,2 Mio. Euro (Vorjahr: 40,0 Mio. Euro). Damit gehört die FHH weiter zu den Geberländern.

Die **Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen** betragen 553,1 Mio. Euro (Vorjahr: 580,8 Mio. Euro).

ABSCHREIBUNGEN AUF IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE DES ANLAGEVERMÖGENS UND SACHANLAGEN	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
Außerplanmäßige Abschreibungen	23	6
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	276	260
Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	37	43
Abschreibungen auf Gebäude	117	117
Abschreibungen auf Infrastrukturvermögen	128	127
GESAMT	581	553

Die **Sonstigen Aufwendungen** betragen im Berichtsjahr 1.101,7 Mio. Euro (Vorjahr: 903,6 Mio. Euro) und setzen sich aus den nachfolgenden Posten zusammen:

SONSTIGE AUFWENDUNGEN	2009 in Mio. Euro	2010 in Mio. Euro
Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Forderungen	30	184
Zuführungen zu Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen	41	258
Zuführungen zu Rückstellungen für Prozessrisiken und -kosten	9	—
Zuführungen zu Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen	198	133
Verluste aus Anlagenabgängen ohne Erlös	468	253
Nicht zu aktivierende Einlagen in Beteiligungsorganisationen und weitere nicht zu aktivierende Kostenanteile	4	169
Weitere Aufwendungen	142	70
Periodenfremde Aufwendungen	12	35
GESAMT	904	1.102

Die **Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Forderungen** gegen Dritte betragen 184,4 Mio. Euro. Hiervon entfallen 167,0 Mio. Euro auf die Erhöhung der Wertberichtigung und 17,4 Mio. Euro auf Abschreibungen auf Forderungen. Die Erhöhung der Wertberichtigung betrifft mit 161,5 Mio. Euro im Wesentlichen Steuerforderungen. Zurückzuführen ist dies auf den im Zuge der Veränderung der bilanziellen Erfassung der Steuererträge (siehe im Abschnitt 3.6 »Forderungen«) erheblich gestiegenen Forderungsbestand.

Die erhöhten Abschreibungen auf Forderungen beziehen sich u.a. auf Sozialhilfedarlehen von 5,7 Mio. Euro sowie auf diverse Einzelforderungen.

Hinsichtlich der **Zuführungen zu Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen** sowie **Zuführungen zu Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen** wird auf Abschnitt 3.11 »Rückstellungen« verwiesen.

Im Rahmen durchgeführter Inventuren ist der Anlagenbestand bereinigt worden. Die Anpassungen i. H. v. 252,6 Mio. Euro (Vorjahr: 468,2 Mio. Euro) sind als **Verluste aus Anlagenabgängen ohne Erlös** berücksichtigt worden. Überwiegend handelt es sich um Korrekturen bei der Finanzbehörde (FB) im Bereich des Immobilienmanagements i. H. v. 149,7 Mio. Euro,

bei der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA) i.H.v. 41,5 Mio. Euro und bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) i.H.v. 42,5 Mio. Euro.

Die unter der Position **Nicht zu aktivierende Einlagen in Beteiligungsorganisationen und weitere nicht zu aktivierende Kostenanteile** ausgewiesenen Beträge setzen sich im Wesentlichen zusammen aus einer nicht zu aktivierenden Einlage bei der Hamburg Port Authority von 133,0 Mio. Euro, einer nicht aktivierungsfähigen Zustiftung an die Stiftung Elbphilharmonie von 17,5 Mio. Euro und nicht aktivierungsfähigen Aufwendungen im Bereich Wissenschaft und Forschung sowie Schulbau von 13,3 Mio. Euro.

Unter **Weitere Aufwendungen** werden u.a. Mindererlöse aus Anlagenverkäufen i.H.v. 19,5 Mio. Euro (Vorjahr: 20,0 Mio. Euro) ausgewiesen.

Die **Periodenfremden Aufwendungen** beinhalten u.a. 13,4 Mio. Euro aus der Verteilung kameraler Kasseneinnahmereste. Weiterhin sind hier Versorgungslasten der FHH gegenüber der Rudolf-Ballin-Stiftung i.H.v. 9,5 Mio. Euro ausgewiesen, die erstmalig in diesem Abschluss erfasst wurden. Bei der Bereinigung des Anlagenbestandes der immateriellen Wirtschaftsgüter sind nicht zu aktivierende Kostenanteile aus Vorjahren i.H.v. 7,4 Mio. Euro festgestellt und als Aufwand gebucht worden.

4.3 FINANZERGEBNIS

Das Finanzergebnis beträgt im Berichtsjahr 71,8 Mio. Euro (Vorjahr: –1.022,6 Mio. Euro).

FINANZERGEBNIS	Gesamt 2009 in Mio. Euro	Gesamt 2010 in Mio. Euro
Erträge aus Beteiligungen	10	10
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	3	3
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	97	95
Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	1.012
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	–212	–133
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	–921	–915
GESAMT	–1.023	72

Die **Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens** i. H. v. 1.012,1 Mio. Euro sind ausschließlich auf die Anpassung des Wertansatzes der HGV zurückzuführen (siehe im Abschnitt 3.5 »Finanzanlagen«).

Die **Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens** setzen sich wie folgt zusammen:

- Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG mit 56,4 Mio. Euro,
- Hamburg Port Authority mit 43,8 Mio. Euro,
- Wertberichtigung eines Darlehens an die f & w fördern und wohnen AöR mit 22,4 Mio. Euro,
- Institut für Hygiene und Umwelt mit 4,6 Mio. Euro,
- FEG Fischereihafenentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG mit 3,4 Mio. Euro,
- Zentrum für Personaldienste (ZPD) mit 1,3 Mio. Euro und
- Übrige mit 1,6 Mio. Euro.

Auf **Wertpapiere des Umlaufvermögens** entfallen Abschreibungen von 2 Tsd. Euro.

Die von der FHH zu entrichtenden **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** sind trotz gestiegener Verbindlichkeiten leicht um 5,8 Mio. Euro auf 914,7 Mio. Euro (Vorjahr: 920,5 Mio. Euro) gesunken. Der Rückgang ist dem weiterhin niedrigen Zinsniveau im Jahr 2010 geschuldet. So ist der durchschnittliche Refinanzierungssatz der FHH in 2010 auf 2,9 % gesunken. Anfang 2009 betrug er noch 4 %.

5 Sonstige Pflichtangaben

5.1 SENAT IN 2010

In der FHH bilden der Erste Bürgermeister und die Senatorinnen und Senatoren den Senat. Der Senat ist die Landesregierung. Er führt und beaufsichtigt die Verwaltung.

Senatskanzlei, Bevollmächtigter beim Bund, Personalamt, Hanse Office Brüssel

- Christoph Ahlhaus (CDU), Erster Bürgermeister (ab 25.08.2010)
- Ole von Beust (CDU), Erster Bürgermeister (bis 25.08.2010)

Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB)

- Dietrich Wersich (CDU), Zweiter Bürgermeister (ab 30.11.2010)
- Christa Goetsch (GAL), Zweite Bürgermeisterin (bis 29.11.2010)

Finanzbehörde (FB) (Zuständigkeit für die Bezirke)

- Dr. Herlind Gundelach (CDU) (ab 30.11.2010)
- Carsten Frigge (CDU) (bis 30.11.2010)
- Dr. Michael Freytag (CDU) (bis 17.03.2010)

Behörde für Inneres und Sport (BIS) (Behörde für Inneres bis 30.09.2010)

- Heino Vahldieck (CDU) (ab 25.08.2010)
- Christoph Ahlhaus (CDU) (bis 24.08.2010)

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG)

- Dietrich Wersich (CDU), Zweiter Bürgermeister (ab 29.11.2010)

Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA)

- Ian Karan (parteilos) (ab 25.08.2010)
- Axel Gedaschko (CDU) (bis 25.08.2010)

Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF)

- Dr. Herlind Gundelach (CDU)

Behörde für Kultur und Medien (BKM) (Behörde für Kultur, Sport und Medien bis 30.09.2010)

- Reinhard Stuth (CDU) (ab 25.08.2010)
- Prof. Dr. Karin von Welck (parteilos) (bis 25.08.2010)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU)

- Dr. Herlind Gundelach (CDU) (ab 30.11.2010)
- Anja Hajduk (GAL) (bis 29.11.2010)

Justizbehörde (JB)

- Heino Vahldieck (CDU) (ab 30.11.2010)
- Dr. Till Steffen (GAL) (bis 29.11.2010)

5.2 BÜRGERSCHAFT IN 2010

Die Bürgerschaft umfasst 120 Mitglieder aus vier Fraktionen sowie einen fraktionslosen Abgeordneten.

CDU-Fraktion (56 Mitglieder):

Ahrns, Barbara; Beuß, Wolfgang; Böttger, Olaf; Capeletti, Bernd; Dinges-Dierig, Alexandra; Dreyer, Dieter; Engels, Hartmut; Erkalp, David; Felskowsky, Thomas; Fischer, Lydia; Föcking, Dr. Friederike; Folkers, Claudia (seit 03.09.2010);

Frankenberg, Egbert; Freistedt, Marino; Frommann, Jörn; Gienow, Hanna; Goldberg, Thies G. J.; Graage, Eckard (seit 01.05.2010); Grapengeter, Jens; Hamann, Jörg; Harlinghausen, Rolf; Hecht, Heiko; Heinemann, Robert; Heintze, Roland; Hesse, Klaus-Peter; Hochheim, Dr. Natalie; Jürs, Vera; Kleibauer, Thilo; Koop, Karen; Kreuzmann, Thomas; Krüger, Harald; Lafrenz, Hans; Langhein, Dr. A. W. Heinrich; Lemke, Dittmar; Machaczek, Bettina; Martens, Brigitta; Mohaupt, Dr. Lutz; Müller, Stephan; Müller-Kallweit, Wolfgang; Niedmers, Ralf; Ohlsen, Olaf; Özkan, Aygöl (bis 27.04.2010); Ploog, Wolfhard; Reincke, Rolf (bis 02.09.2010); Röder, Berndt; Roock, Hans-Detlef; Schira, Frank; Seelmaecker, Richard; Spethmann, Viviane; Stemmann, Hjalmar; Stöver, Birgit; Thomas, Elke; Trepoll, André; Voet van Vormizeele, Kai; Wankum, Andreas C.; Warnholz, Karl-Heinz; Wersich, Ekkehart; Westinner, Monika

SPD-Fraktion (44 Mitglieder):

Badde, Elke; Balcke, Jan; Bekeris, Ksenija; Böwer, Thomas; Buschhüter, Ole Thorben; Buss, Wilfried; Ciftlik, Bülent (bis 30.06.2010); Dobusch, Gabriele; Domres, Anja; Dressel, Dr. Andreas; Duden, Barbara; Egloff, Ingo; Eisold, Gunnar; Ernst, Britta; Frank, Günter; Grote, Andy; Grund, Uwe; Hakverdi, Metin; Kienscherf, Dirk; Klooß, Rolf-Dieter; Koeppen, Martina; Krischok, Annegret; Kühn, Philipp-Sebastian; Lein, Gerhard; Münster, Arno; Neumann, Michael; Oldenburg, Dr. Christel; Petersen, Dr. Mathias; Quast, Jan; Rabe, Ties; Rose, Wolfgang; Rugbarth, Andrea; Schaal, Dr. Monika; Schäfer, Dr. Martin; Schiedek, Jana; Schmitt, Stefan (bis 14.04.2010); Schumacher, Sören; Schwinke, Karl; Stapelfeldt, Dr. Dorothee; Steinbiß, Olaf (seit 14.04.2010); Thimm, Carola; Timmermann, Juliane; Timmermann, Karin; Tschentscher, Dr. Peter; Veit, Carola; Völsch, Thomas

GAL-Fraktion (12 Mitglieder):

Becker, Horst; Blömeke, Christiane; Goetsch, Christa (seit 30.11.2010); Gregersen, Martina; Güçlü, Nebahat (bis 15.04.2010); Gümbel, Dr. Eva; Gwosdz, Michael; Heitmann, Linda (bis 29.11.2010); Kerstan, Jens; Lieven, Claudius (seit 28.04.2010); Möller, Antje; Müller, Farid; Steffen, Dr. Till (seit 30.11.2010); Waldowsky, Andreas; Weggen, Jenny (bis 29.11.2010)

DIE LINKE-Fraktion (8 Mitglieder):

Artus, Kersten; Baum, Elisabeth; Bischoff, Dr. Joachim; Hackbusch, Norbert; Heyenn, Dora; Joithe-von Krosigk, Wolfgang; Schneider, Christiane; Yildiz, Mehmet

Fraktionslos (1 Mitglied):

Ciftlik, Bülent (seit 01.07.2010)

5.3 BESCHÄFTIGTE DER KERNVERWALTUNG

	Beamte		Arbeitnehmer		Gesamt	
	Stichtag	Jahres-	Stichtag	Jahres-	Stichtag	Jahres-
	31.12.2010	durchschnitt 2010	31.12.2010	durchschnitt 2010	31.12.2010	durchschnitt 2010
Kernverwaltung						
(inkl. Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO ohne eigenes Rechnungswesen)						
Anzahl aller Beschäftigungsverhältnisse	38.396	37.951	21.383	21.186	59.779	59.137
abzüglich Auszubildende	-2.189	-1.959	-892	-840	-3.081	-2.798
abzüglich Beurlaubte	-1.704	-1.696	-801	-806	-2.505	-2.502
abzüglich Beschäftigte in der Freistellungsphase Altersteilzeit	-13	-13	-504	-440	-517	-453
abzüglich Beschäftigte in der Freistellungsphase des Sabbatmodells	-158	-99	-16	-12	-174	-111
GESAMT	34.332	34.185	19.170	19.089	53.502	53.274

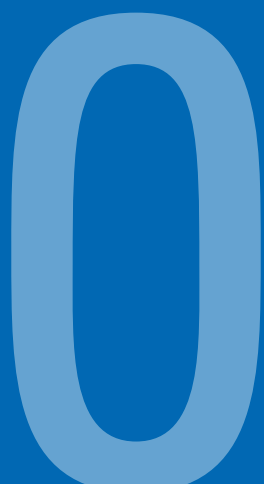
Aufgrund von unterschiedlichen Abgrenzungen des Personenkreises weichen die Beschäftigtenzahlen von den im Abschnitt 3.11 »Rückstellungen« genannten aktiv Beschäftigten ab.

Weitere Informationen



201

134	Hinweis zur Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses
135	Glossar
140	Abkürzungsverzeichnis
142	Impressum



Hinweis zur Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses

Der Jahres- und Konzernabschluss sowie der vorliegende Geschäftsbericht wurden von der Finanzbehörde (FB) erstellt.

Die Arbeiten zur Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses wurden unterstützt von der PricewaterhouseCoopers AG (Konzernabschluss der FHH).

Der Rechnungshof prüft neben der kameralen Buchführung und Rechnungslegung auch die doppelischen Jahres- und Konzernabschlüsse der Stadt. Diese Prüfungen erfolgen im Sinne einer Qualitätssicherung und sollen die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und Bilanzierung sicherstellen. Eines gesonderten Bestätigungsvermerks zum Jahres- und Konzernabschluss bedarf es nicht, solange die Rechnungslegung nach kaufmännischen Grundsätzen haushaltsrechtlich nicht zwingend vorgeschrieben ist.

Der Rechnungshof wird über das Ergebnis der Prüfung des hier vorgelegten Jahres- und Konzernabschlusses 2010 in seinem Jahresbericht 2012 berichten.

Mit der Ergänzung zum Jahresbericht 2011 hat der Rechnungshof über die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses 2009 berichtet (Rechnungshof der FHH, 31.03.2011). Die Prüfung hat sich unter Beachtung des Grundsatzes der Wesentlichkeit, der Wirtschaftlichkeit der Prüfung und des Fehlerrisikos auf Stichproben beschränkt.

Der Rechnungshof ist zusammenfassend zu dem Ergebnis gelangt, dass der vom Senat vorgelegte Jahres- und Konzernabschluss die Transparenz über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt erhöht. Er sieht in dem vom Senat angestrebten System eines ressourcenverbrauchsorientierten Rechnungswesens weiterhin den richtigen Weg zu einer verbesserten Steuerung des Verwaltungshandelns, auch im Interesse intergenerativer Gerechtigkeit.

Die Anmerkungen und Hinweise des Rechnungshofs im Rahmen des Prüfungsverfahrens wurden im Wesentlichen umgesetzt.

Glossar

Ausgewählte Begriffe auf einen Blick

Abschreibungen Abschreibungen erfassen den Werteverzehr für materielle und immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens. Mit ihrer Hilfe werden im Rechnungswesen die für diese Güter anfallenden Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten erfolgswirksam auf die Jahre ihrer Nutzung aufgeteilt.

Anhang Der Anhang ist Bestandteil des Jahresabschlusses. Er hat vor allem die Aufgabe, das Zahlenwerk der Bilanz und Ergebnisrechnung zu erläutern und zu ergänzen. Entsprechend der Ergänzungsfunktion des Anhangs werden dem Jahresabschlussadressaten im Rahmen des Anhangs Informationen, die sich nicht auf die Bilanz oder Ergebnisrechnung beziehen, aber für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unerlässlich sind, bereitgestellt.

Anlagenspiegel Beim Anlagenspiegel handelt es sich um eine Übersicht über die Entwicklung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens innerhalb eines Geschäftsjahres.

Anlagevermögen Zum Anlagevermögen gehören nach § 247 Abs. 2 HGB Vermögensgegenstände, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäfts- beziehungsweise Verwaltungsbetrieb zu dienen. Innerhalb des Anlagevermögens werden die immateriellen Vermögensgegenstände, die Sachanlagen und die Finanzanlagen unterschieden.

At cost Finanzanlagen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten (at cost) bilanziert. In den Konzernabschluss gehen Tochterorganisationen und Beteiligungen unter anderem dann at cost ein, wenn eine Voll- beziehungsweise Equity-Konsolidierung aufgrund des Grundsatzes der Wesentlichkeit nicht in Betracht kommt. In diesen Fällen werden lediglich die Buchwerte der Finanzanlagen (ohne Konsolidierung) in den Konzernabschluss übernommen.

Aufwendungen Aufwendungen stellen den Verbrauch an Mitteln oder den in Geld bewerteten Ressourcenverbrauch (Werteverzehr) eines Geschäftsjahres dar.

Außerordentliches Ergebnis Im Außerordentlichen Ergebnis werden sämtliche Erträge und Aufwendungen zusammengefasst, die außerhalb der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit anfallen und damit auf seltenen sowie ungewöhnlichen Vorfällen beruhen. Hierzu zählen zum Beispiel Aufwendungen und Erträge, die im Zuge von Naturkatastrophen entstehen.

Bilanz In der Bilanz werden das Vermögen (Aktiva) und das Kapital (Passiva) einander wertmäßig gegenübergestellt. Die linke Seite der Bilanz gibt somit Auskunft über die Verwendung der eingesetzten finanziellen Mittel. Die rechte Bilanzseite gibt durch den Ausweis des Fremdkapitals und des Eigenkapitals Auskunft über die Mittelherkunft.

Bruttoinlandsprodukt Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft. Das BIP bezeichnet den Geldwert aller im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen. Das nominale BIP drückt den Geldwert in aktuellen Marktpreisen aus, während das reale BIP alle Waren und Dienstleistungen zu Preisen eines Basisjahres bewertet.

Bruttowertschöpfung Die Bruttowertschöpfung beschreibt den Produktionswert von Gütern und Dienstleistungen in einer Volkswirtschaft nach Abzug erbrachter Vorleistungen (z. B. Rohstoffe, Vorprodukte oder Mieten).

Corporate Governance Kodex Der Corporate Governance Kodex bildet einen rechtlichen und organisatorischen Rahmen für die Überwachung und verantwortungsvolle Führung von Unternehmen. Er soll Transparenz schaffen und die Nachvollziehbarkeit von Unternehmensaktivitäten gewährleisten. Für öffentliche Unternehmen, an denen die FHH oder die HGV eine Mehrheitsbeteiligung hält, wurde 2009 der Hamburger Corporate Governance Kodex (HCGK) eingeführt. Der HCGK soll den Informationsgrad für die Öffentlichkeit erhöhen und die Einhaltung der Grundsätze zur Führung, Überwachung und Prüfung öffentlicher Unternehmen wahren.

Derivate Derivate sind Finanzinstrumente, deren Bewertung sich aus dem Preis, den Preisschwankungen und -erwartungen eines zugrunde liegenden Basisinstruments (z.B. Aktien, Anleihen) ableitet. Zu den bekanntesten Derivaten zählen Swaps, Optionen und Futures. Die FHH nutzt Derivate ausschließlich zur Steuerung vorhandener Zinsänderungsrisiken. Spekulationsgeschäfte sind grundsätzlich verboten (siehe auch Zinsswapgeschäfte).

Diskontierung Die Diskontierung (auch Abzinsung) ist eine Methode aus der Zinseszinsrechnung. Sie ermöglicht die Berechnung des Barwerts aus zeitlich späteren Zahlungen, indem diese Zahlungen auf einen Stichtag abgezinst werden.

Doppelte Buchführung »Doppik« Bei der doppelten Buchführung erfolgt die Buchung auf mindestens zwei Konten. Sie bedient sich dabei der sogenannten Bestandskonten (für die Erstellung einer Bilanz) und der Erfolgskonten (für die Erstellung einer Ergebnisrechnung). Für den Begriff der doppelten Buchführung hat sich auch das Kunstwort »Doppik« (= Doppelte Buchführung in Konten) etabliert.

Eigenkapital Das Eigenkapital ist eine rechnerische Größe. In der Doppik wird darunter die Differenz zwischen dem Vermögen (Aktiva) einer Organisation und den Schulden (Verbindlichkeiten und Rückstellungen) sowie den Sonderposten verstanden. Jahresüberschüsse erhöhen, Jahresfehlbeträge mindern das Eigenkapital. Ist das bilanzielle Eigenkapital durch im abgelaufenen Geschäftsjahr oder in vorangegangenen Jahren angesammelte Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passiva über die Aktiva, so ist nach § 268 Abs. 3 HGB der Fehlbetrag als letzter Posten auf der Aktivseite gesondert unter der Bezeichnung »Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag« auszuweisen.

Equity-Methode Assoziierte Organisationen sind grundsätzlich im Wege der Equity-Konsolidierung in den Konzernabschluss einzubeziehen. Bei der Equity-Methode werden im Gegensatz zur Vollkonsolidierung nicht die Aktiva und Passiva der assoziierten Organisationen in den Konzernabschluss übernommen. Es wird vielmehr der Beteiligungsansatz aus dem Einzelabschluss modifiziert. Zielsetzung der Equity-Methode ist es, die Beteiligung im Konzernabschluss mit dem anteiligen Eigenkapital zu bewerten.

Ergebnisrechnung Die Ergebnisrechnung weist durch Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge eines Geschäftsjahres das Jahresergebnis aus. Übersteigen die Erträge eines Geschäftsjahres die Aufwendungen, entsteht als Saldo ein Jahresüberschuss; anderenfalls wird ein Jahresfehlbetrag ausgewiesen. Die Ergebnisrechnung entspricht der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung.

Erträge Als Ertrag bezeichnet man den in Geld ausgedrückten Wertezuwachs in einem Geschäftsjahr.

Finanzanlagen Als Finanzanlagen werden Finanzinvestitionen, das heißt Investitionen in Unternehmen beziehungsweise Institutionen in der Rolle als Eigenkapital- (zum Beispiel durch den Erwerb von Anteilen) oder als Fremdkapitalgeber (zum Beispiel durch die Gewährung von Darlehen), ausgewiesen, die dazu bestimmt sind, der Stadt dauerhaft zu dienen. Im Wesentlichen zählen das Beteiligungsvermögen der Stadt sowie Ausleihungen hierzu.

Finanzergebnis Das Finanzergebnis umfasst diejenigen Aufwendungen und Erträge, die zwar auch zur laufenden Verwaltungstätigkeit gehören, aber Finanzierungs- oder Kapitalanlagegeschäfte betreffen. Hierunter fallen die Erträge beziehungsweise Aufwendungen aus Beteiligungen oder die auf Schulden zu leistenden Zinsaufwendungen der Stadt.

Finanzrechnung Die Finanzrechnung beinhaltet alle Ein- und Auszahlungen einer Periode. Solange die Kameratechnik in der Freien und Hansestadt Hamburg das führende System darstellt, erfolgt die Rechenschaftslegung über die Finanzströme im Rahmen der kameralen Haushaltsrechnung.

Fremdkapital Fremdkapital wird auf der Passivseite der Bilanz geführt. Es bezeichnet gegenwärtige und zukünftige Schulden (Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter) gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind. Fremdkapital stellt eine der Quellen der Mittelherkunft dar und gibt in Relation zum Eigenkapital den Anteil der Fremdfinanzierung des Vermögens an.

Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) Unter den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) versteht man allgemein anerkannte Regeln über die Führung der Bücher sowie die Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses. Die GoB stellen zwingend zu beachtende Rechtssätze dar, die das Gesetz ergänzen und überall dort greifen, wo Regelungslücken auftreten beziehungsweise wo spezifische Vorschriften einer Auslegung bedürfen.

Haftungsverhältnisse Haftungsverhältnisse sind alle Verbindlichkeiten aufgrund von Rechtsverhältnissen, aus denen die FHH nur unter bestimmten Umständen, mit deren Eintritt nicht zu rechnen ist, in Anspruch genommen werden kann. Sie werden ausschließlich im Anhang dargestellt. Für den Fall, dass mit einer Inanspruchnahme zu rechnen ist, ist eine Verbindlichkeit oder eine Rückstellung zu passivieren.

Handelsgesetzbuch (HGB) Das Handelsgesetzbuch bildet den Kern des deutschen Handelsrechts. Es regelt die Rechtsverhältnisse der Kaufleute.

Immaterielle Vermögensgegenstände Immaterielle Vermögensgegenstände bezeichnen unkörperliche Gegenstände des Anlagevermögens. Sie können nur aktiviert werden, wenn sie entgeltlich erworben wurden. Beispiele sind Geleistete Investitionszuwendungen, Konzessionen und Lizenzen.

Jahresabschluss Ein Jahresabschluss besteht aus einer Bilanz, einer Ergebnisrechnung und einem Anhang. Ein Lagebericht wird ergänzend zum Jahresabschluss erstellt. Durch die Einführung der Doppik wird in Hamburg die kamerale Rechnungslegung (Haushaltsrechnung) durch einen doppelischen Jahresabschluss erweitert.

Jahresergebnis Das Jahresergebnis ist der während der Abrechnungsperiode (z.B. Haushaltsjahr) erwirtschaftete Überschuss oder Fehlbetrag der Erträge gegenüber den Aufwendungen. Umgangssprachlich wird dieser Saldo der Ergebnisrechnung auch kurz (und missverständlich) als Ergebnis bezeichnet.

Kameralistik Die Kameralistik ist die klassische Form der Buchführung im öffentlichen Sektor. Im Gegensatz zur Doppik betrachtet das kamerale Rechnungswesen lediglich die realen Zahlungsströme, jedoch nicht Erträge und Aufwendungen, also Veränderungen von Vermögens- oder Schuldposten.

Kernbilanzierungskreis (KBK) Der Kernbilanzierungskreis ist der Bilanzierungskreis der Kernverwaltung. Neben Behörden und Ämtern werden ihm diejenigen Organisationsbereiche zugeordnet, die zwar mit der FHH verbunden, aber wirtschaftlich unselbstständig sind oder kein eigenständiges kaufmännisches Rechnungswesen führen oder keine selbstständig entscheidungsbefugte Leitung haben.

Konsolidierung Als Konsolidierung wird die Zusammenfassung von Einzelabschlüssen zum Konzernabschluss bezeichnet. Dies erfolgt im Rahmen einer Kapital-, Schulden- und Zwischenergebniskonsolidierung (siehe auch Zwischenergebniseliminierung). Auch sind in der Ergebnisrechnung konzerninterne Aufwendungen und Erträge sowie Umsätze zu bereinigen.

Konsolidierungskreis Der Konsolidierungskreis beschreibt den Kranz der Organisationen, die in den Konzernabschluss der FHH mittels Voll- oder Equity-Konsolidierung einbezogen werden.

Kosten Kosten sind der monetär bewertete Verzehr von Gütern und Dienstleistungen in Prozessen der Leistungserstellung (vgl. auch Ressourcen), während Aufwendungen den Verzehr von Gütern und Dienstleistungen ohne zwingenden Bezug zur Leistungserstellung bezeichnen.

Lagebericht Der Lagebericht hat die Aufgabe, den durch den Jahresabschluss vermittelten Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der FHH durch zusätzliche Angaben zu ergänzen. Er enthält zukunftsorientierte Informationen über die FHH und ihr Umfeld.

Liquidität Liquide Mittel sind die Finanzmittelreserven (z. B. Barmittel oder Forderungen im Sinne von Bankguthaben = Zahlungsmittelbestand), die jederzeit zur Begleichung von Verbindlichkeiten eingesetzt werden können.

Minderheitenanteile Minderheitenanteile sind die Anteile des Eigenkapitals, die weiteren Gesellschaftern einer vollkonsolidierten Tochterorganisation der FHH zustehen. Minderheitenanteile werden im Zuge der Kapitalkonsolidierung berechnet und auf separaten Posten im Konzernabschluss ausgewiesen.

Nachtragsbericht Der Nachtragsbericht ist Bestandteil des Lageberichts. In den Nachtragsbericht sind nach §§ 289 Abs. 2 Nr. 1 und 315 Abs. 2 Nr. 1 HGB Informationen über Tatbestände von besonderer Bedeutung aufzunehmen, die dem Berichterstattenden zwischen Bilanzstichtag und Aufstellungsdatum bekannt geworden sind und die Einfluss auf die dargestellte wirtschaftliche Lage haben.

Prognosebericht Der Prognosebericht soll im Rahmen des Lageberichts einen Überblick über wesentliche, künftige Entwicklungen geben. Beispielsweise sind die Erwartungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung darzulegen. Im Gegensatz zu den übrigen Teilen des Lageberichts handelt es sich damit beim Prognosebericht um einen zukunftsbezogenen Bericht. Den Adressaten des Jahresabschlusses soll auf diesem Wege die Möglichkeit geboten werden, neben vergangenheitsorientierten auch zukunftsbezogene Informationen in die Bewertung der Lage des Berichterstattenden einfließen zu lassen.

Rechnungsabgrenzungsposten Rechnungsabgrenzungsposten dienen der periodengerechten Ergebnismittlung und stellen keine Vermögensgegenstände dar. Dabei wird zwischen aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten unterschieden. Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwendungen für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Analog dazu werden als passive Rechnungsabgrenzungsposten Einnahmen vor dem Abschlussstichtag bilanziert, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Ressourcen Ressourcen sind die (Produktions-)Mittel (Personal und Sachmittel), die in die Produktion von Gütern oder Dienstleistungen eingehen.

Risiko- und Chancenbericht Der Risiko- und Chancenbericht hat im Rahmen des Lageberichts die Aufgabe, Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns FHH zu benennen. Hierzu zählen beispielsweise Chancen und Risiken aus konjunkturellen Entwicklungen.

Rücklagen Rücklagen sind variable Teile des Eigenkapitals. Sie sind nicht mit Rückstellungen zu verwechseln, die Bestandteil des Fremdkapitals sind (siehe auch Eigenkapital), weil sie wirtschaftliche Verpflichtungen gegenüber Dritten darstellen. Rücklagen müssen nicht zwingend mit Zahlungsmittelreserven unterlegt sein.

Rückstellungen Rückstellungen sind Passivposten, die solche finanziellen Verpflichtungen der Berichtsperiode als Aufwand zurechnen, die durch zukünftige Handlungen bedingt werden und deshalb bezüglich ihres Eintretens oder ihrer Höhe nicht völlig, aber dennoch ausreichend sicher sind. Beispiele sind Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen oder Rückstellungen für Prozessrisiken und -kosten.

Sonderposten Sonderposten werden als Gegenposition für aktivierte Vermögensgegenstände eingestellt, die aus Zuwendungsbeträgen von anderen öffentlichen Gebietskörperschaften oder privaten Dritten finanziert wurden. Sie werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Sondervermögen Sondervermögen sind rechtlich un-selbstständige, abgesonderte Teile des Landesvermögens. Sie werden getrennt von dem sonstigen Vermögen verwaltet. Nur Zuführungen und Ablieferungen werden im Haushaltsplan veranschlagt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen Sonstige finanzielle Verpflichtungen bezeichnen künftige Zahlungsverpflichtungen (unter anderem aus Dauerschuldverhältnissen), denen sich die FHH nicht entziehen kann. Sie werden, sofern eine Passivierung als Verbindlichkeit oder Rückstellung nicht geboten ist, im Anhang ausgewiesen.

Stabilitätsrat Der Stabilitätsrat ist ein gemeinsames Gremium des Bundes und der Länder zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen. Seine Einrichtung geht auf die Föderalismusreform II zurück und ist in Artikel 109a des Grundgesetzes (GG) geregelt. Die zentrale Aufgabe des Stabilitätsrates ist die regelmäßige Überwachung der Haushalte des Bundes und der Länder.

Standards staatlicher Doppik Die Standards staatlicher Doppik werden gemäß § 7a Abs. 2 HGrG von einem Bund-Länder-Gremium (Standardisierungsgremium gem. § 49a Abs. 1 HGrG) entwickelt, um einheitliche Ansatz-, Bewertungs- und Darstellungsregeln für das staatliche Rechnungswesen festzulegen. Grundsätzlich folgt die staatliche doppelte Buchführung den Vorschriften des Dritten Buches des HGB. Abweichende Regelungen werden nur bei Besonderheiten öffentlicher Haushaltswirtschaft getroffen, beispielsweise im Bereich der Zuwendungen oder Pensionsverpflichtungen.

Teilkonzernabschluss In einem mehrstufigen Konzern sind Tochterorganisationen, die gleichzeitig im Verhältnis zu nachgeordneten Organisationen Mutterorganisationen darstellen, für die ihnen nachgeordneten Teile grundsätzlich verpflichtet, einen Teilkonzernabschluss aufzustellen, sofern kein befreiender Konzernabschluss nach § 291 HGB vorliegt.

Transferleistungen Eine Transferleistung ist eine Geld- oder Sachleistung, die eine Person erhält, ohne dafür eine direkte Gegenleistung erbringen zu müssen. Der Begriff wird vor allem auf staatlich organisierte oder gesetzliche Leistungen angewandt. Zu den staatlichen Transferleistungen in Deutschland zählen unter anderem Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, BAföG, Elterngeld und Kindergeld.

Umlaufvermögen Zum Umlaufvermögen gehören die Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäfts- oder Verwaltungsbetrieb zu dienen und keine Rechnungsabgrenzungsposten sind. Forderungen, Kassenbestände oder Vorräte zählen beispielsweise zum Umlaufvermögen.

Verbindlichkeiten Eine Verbindlichkeit stellt eine Verpflichtung zur Leistung dar. Sie steht am Bilanzstichtag ihrer Höhe und Fälligkeit nach fest.

Verbraucherpreisindex Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten konsumiert werden, und stellt dabei den zentralen Indikator für die Geldwertentwicklung einer Volkswirtschaft dar. Er wird auf der Grundlage des sogenannten »Warenkorbs« ermittelt.

Verwaltungsergebnis In das Verwaltungsergebnis gehen sämtliche Aufwendungen und Erträge ein, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Leistungserstellungsprozess der Verwaltung stehen. Hierzu zählen zum Beispiel Erträge aus Steuern oder Personalaufwendungen.

Vollkonsolidierung Vollkonsolidierung bedeutet, dass eine Tochterorganisation grundsätzlich mit all ihren Aktiva und Passiva sowie Aufwendungen und Erträgen in den Konzernabschluss einfließt, soweit diese nicht durch Konsolidierungsmaßnahmen modifiziert oder eliminiert werden.

Zinsswapgeschäfte Zinsswapgeschäfte werden zur Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken abgeschlossen und betreffen beidseitig noch nicht erfüllte Zinszahlungsverpflichtungen. Dabei vereinbaren zwei Vertragspartner, zu bestimmten zukünftigen Zeitpunkten Zinszahlungen auf festgelegte Nennbeträge auszutauschen.

Zwischenergebniseliminierung Die Zwischenergebniseliminierung dient dazu, Gewinne und Verluste, die aus konzerninternen Lieferungen und Leistungen entstehen, zu eliminieren. Dabei werden die Vermögensgegenstände, die der Lieferung oder Leistung zugrunde liegen, neu bewertet. Sie werden mit den Konzernanschaffungs- beziehungsweise -herstellungskosten angesetzt.

Abkürzungsverzeichnis

ABKG	Hamburgische Seefahrtsbeteiligung »Albert Ballin« GmbH & Co. KG
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
DAX	Deutscher Aktienindex
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex
DESY	Deutsches Elektronen-Synchrotron
DRS	Deutsche Rechnungslegungsstandards
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EZB	Europäische Zentralbank
FHH	Freie und Hansestadt Hamburg
FIFO	first in - first out
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GWG	GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH
GWG-BG	GWG-Beteiligungsgesellschaft mbH
HCGK	Hamburger Corporate Governance Kodex
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HGV	HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH

Abkürzungsverzeichnis

ABKG	Hamburgische Seefahrtsbeteiligung »Albert Ballin« GmbH & Co. KG
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
DAX	Deutscher Aktienindex
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex
DESY	Deutsches Elektronen-Synchrotron
DRS	Deutsche Rechnungslegungsstandards
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EZB	Europäische Zentralbank
FHH	Freie und Hansestadt Hamburg
FIFO	first in - first out
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GWG	GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH
GWG-BG	GWG-Beteiligungsgesellschaft mbH
HCGK	Hamburger Corporate Governance Kodex
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HGV	HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH

HHLA	Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft
HOCHBAHN	Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft
IBA	Internationale Bauausstellung
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
IFRS	International Financial Reporting Standards
IKS	Internes Kontrollsystem
IWF	Internationaler Währungsfonds
KG	Kommanditgesellschaft
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
LHO	Landeshaushaltsordnung
LIFO	last in - first out
NHH	Neues Haushaltswesen Hamburg
NN	Normalnull
OHG	Offene Handelsgesellschaft
p.a.	Per annum
PSI	Personal Service Integration
RCMS	Risiko-Chancen-Managementsystem
RegG	Regionalisierungsgesetz
RLZ	Restlaufzeit
SAGA	SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg
Stiftung des öR	Stiftung des öffentlichen Rechts
UKE	Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts
VJ	Vorjahr
VV	Verwaltungsvorschrift
XFEL	X-Ray Free-Electron Laser

Impressum

Geschäftsberichtsteam

Hans Hinrich Coorssen (Amtsleiter Haushalt und Aufgabenplanung der Finanzbehörde) dankt

- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Fachbehörden und Ämtern, die bei der Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses und des Geschäftsberichts mitgewirkt haben; im Besonderen den Anlagenbuchhalterinnen und Anlagenbuchhaltern, den Inventurbeauftragten, den IC-Verantwortlichen und Konzernansprechpartnerinnen und Konzernansprechpartnern sowie den Kolleginnen und Kollegen der Ämter Haushalt und Aufgabenplanung sowie Vermögens- und Beteiligungsmanagement;
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den verbundenen Organisationen der Freien und Hansestadt Hamburg, die bei der Erstellung des Konzernabschlusses 2010 maßgeblich mitgewirkt haben;
- Uwe Voss (Leiter des Senatorenbüros);
- den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bereiches Präsidial- und Parlamentsangelegenheiten: Hans-Christian Wedemann, Horst Penner, Ramona Feudel, Sven Przibylka, Axel-Detlef Schulz;
- Claus Rüter (Abteilungsleiter Haushalt und Grundsatz) und vor allem dem Team des Referats Jahres- und Konzernabschluss: Oliver Jensen, Karin Seeger, Lars Pohl, Klaus Riebau, Olga Afanaseva, Christa Bossow, Tanja Ehrlich, Stephanie Feddern, Elisabeth Gay, Monika Heitmann, Regina Herms-Grube, Maren Hess, Olivia Ihrig, Svenja Kühl, Ralf Liesberg, Werner Lux, Wolfgang Marx, Birgit Mincke, Olga Ott, Stefanie Reese, Sarah Reuter, Annika Schober, Daniel Schwab, Dorothee Schröder, Steffi Stubbe, Arne Trost, Holger Voß, Susanne Wintersohl.

Herausgeberin

Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde
Gänsemarkt 36
20354 Hamburg
<http://www.hamburg.de/geschaeftsberichte/>

Rückfragen

Pressesprecher der Finanzbehörde
040 / 42823-1662

Fotos

www.mediaserver.hamburg.de

Konzept und Gestaltung

CAT Consultants
GmbH & Co. KG, Hamburg
www.cat-consultants.de

ClimatePartner[®]
**klimaneutral
gedruckt**

Die CO₂-Emissionen
dieses Produkts wurden
durch CO₂-
Emissionszertifikate
ausgeglichen.

Zertifikatsnummer:
105-10465-1011-1002
www.climatepartner.com



